DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 4 April 1990 E 8080 E



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland:

Völkerrechtlich sind die Deutschen wieder souverän

Dresden: David Irving entschuldigt sich für grausamen britischen Bomben-Terror

Richard von Weizsäcker:

Schaden für deutsche Interessen

CIA:

Geschichte als Propaganda und Desinformation

Kapitalismus:

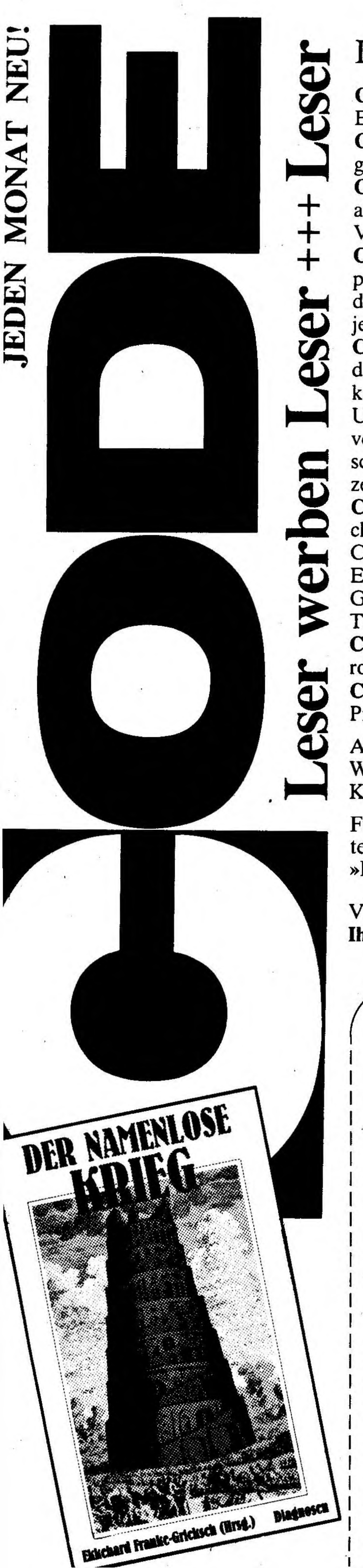
Hemmungsloser Wettbewerb der Banker

Japan:

Der Yen erobert Pearl Harbor

Revisionismus:

Historiker-Streit über Leuchter-Gutachten, Gaskammern und »Preußisch Blau«



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

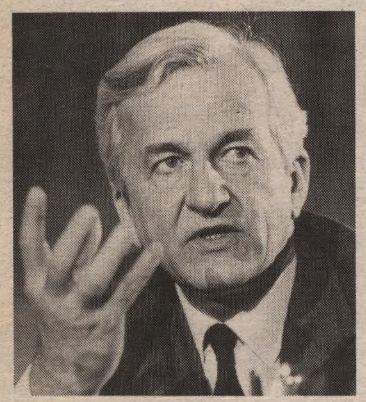
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Als Bundespräsident mischt sich Richard von Weizsäcker immer intensiver in die Tagespolitik ein und vertritt internationalistische Interessen.

Finanzen

Internationales



US-Präsident John F. Kennedy benutzte den CIA bei mehreren Versuchen den kubanischen Diktator Castro zu ermorden.



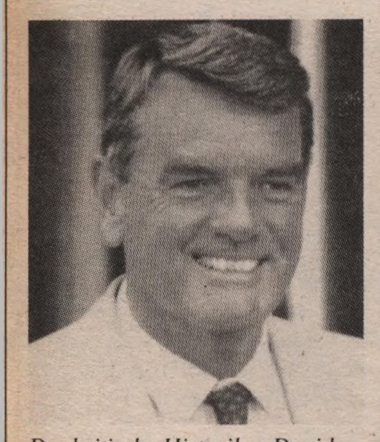
Der rumänische kommunistische Diktator Nikolai Ceausescu war der Liebling des westlichen politischen Establishments.



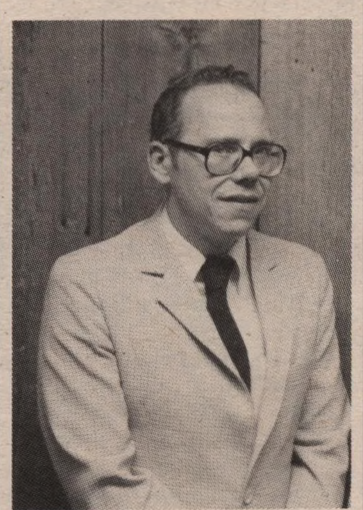
Jitzhak Shamir, Israels Premier, wird von dem Verdacht geplagt, daß sich die USA immer stärker in die israelische Innenpolitik einmischen.

4. Jahrgang Nr. 4 April 1990

Revisionismus



Der britische Historiker David Irving besuchte Dresden und entschuldigte sich für den entsetzlichen Holocaust an den Deutschen in Dresden.



Fred A. Leuchter ist der Experte für Gaskammern. Sein Gutachten über Auschwitz hat für internationale Aufmerksamkeit gesorgt.

Ständige Rubriken

Richard von Weizsäcker

Schaden für deutsche Interessen

Alfred König

In der Vergangenheit hat CODE bereits wiederholt über die antideutsche Politik von Bundespräsident Richard von Weizsäcker als auch über dessen manchmal recht dubios erscheinenden »privaten« Geschäfte berichtet. Nicht zu vergessen, die augenscheinliche Fahnenflucht von Weizsäckers in den letzten Kriegstagen. Und leider hat der Bundespräsident auch in den vergangenen Wochen und Monaten wieder mehr als einmal den deutschen Interessen geschadet.

Konnte man die Begnadigung der beiden »Spioninnen aus Liebe«, der 54jährigen früheren Sekretärin im Bundespräsidialamt Höke und der 45jährigen Falk, im Rahmen der Geschehnisse in der DDR und der Freilassung bundesdeutscher Agenten noch gutheißen, muß aber die Begnadigung der RAF-Terroristen Verena Becker auf größtes Unverständnis stoßen. Die 1974 inhaftierte Becker war 1977 wegen sechsfachen Mordversuchs zu lebenslanger Haft verurteilt worden, nachdem sie 1975 zwischenzeitlich im Austausch gegen den Berliner CDUVorsitzenden Peter Lorenz freigepreßt, 1977 aber zusammen mit dem Terroristen Günter Sonnenberg wieder festgenommen worden war.

Die Öffentlichkeit wurde erst später informiert

Bereits im März des vergangenen Jahres hatte von Weizsäcker trotz heftiger Proteste und größter Bedenken von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann die RAF-Terroristin Angelika Speidel begnadigt, die im zwölfen Jahr ihrer Haft am 30. Juni dieses Jahres freigelassen werden soll.

Zwei Dinge gibt es dabei, die auf besondere Empörung stoßen müssen. So erfolgte die Freilassung Beckers am 30. November, dem Tag, an dem der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, einem gekauften Mordanschlag der RAF zum Opfer fiel. Die Öffentlichkeit wurde über die Begnadigung aber erst rund eine Woche später informiert – mit der Begründung, Verena Becker habe um Geheimhaltung gebeten.

Das zeitliche Zusammentreffen der Haftentlassung mit dem Mord des mehr und mehr nationalen Interessen vertretenden Herrhausen – was nichts an der Kritikwürdigkeit großer Teile der Geschäftspraktiken des größten deutschen Bankhauses ändert – nannte ein Sprecher des Bundespräsidialamtes zwar als »unglücklich«, doch Becker, die in der Haft angeblich völlig vom Terrorismus abgerückt sei, »war und ist gnadenwürdig«.

Die deutsch-polnische Grenzfrage

Man stelle sich einmal diesen menschenverachtenden Zynismus vor: Ein Mann wird von den (angeblichen Ex-)Freunden Bekkers erschossen – wobei wohl als sicher gelten darf, daß Becker, ähnlich wie der auch frühzeitig begnadigte Wackernagel nach wie vor linksextreme Positionen vertritt –, und am selben Tag spaziert eine (Ex-)Terroristin seelenruhig in die Freiheit – statt aus Anstand und Achtung gegenüber den Angehörigen des Ermordeten die Begnadigung zumindest für ein paar Wochen zu verschieben. Und dem Bundespräsidenten fällt nichts anderes ein, als diesen Skandal als »unglücklich« bezeichnen zu lassen.

Ein weiteres Kapitel der neuesten Skandalliste des Bundespräsidenten ist die deutsch-polnische Grenzfrage. Einleitend muß gesagt werden, daß der Bundespräsident laut Grundgesetz mehr oder weniger eine Repräsentationsrolle wahrzunehmen hat, aber keineswegs befugt ist, in die aktuelle Politik einzugreifen. Genau dies tat aber von Weizsäcker, als er sagte: »Auch wenn keiner von uns für einen gesamtdeutschen Souverän zu sprechen vermag, so können, müssen und wollen wir doch für uns selbst klar und eindeutig reden. Und das heißt, an der heutigen polnischen Grenze wird sich nach dem Willen von uns Deutschen jetzt und in der Zukunft nichts ändern.«

Daneben stellt diese Einmischung von Weizsäckers in die aktuelle Tagespolitik einen ganz klaren Verfassungsbruch dar. Was ist das für ein Parlament und welchen Sinn hat das Grundgesetz eigentlich, wenn ein Bundespräsident wiederholt gegen die Verfassung verstoßen kann, ohne daß jemand dagegen angeht?

Überhaupt ist die betreffende Regelung in Artikel 61 des Grundgesetzes äußerst widersprüchlich. Danach muß »der Antrag auf Erhebung der Anklage gegen den Bundespräsidenten von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Bundestages oder einem Viertel der Stimmen des Bundesrates« gestellt werden, wobei der Beschluß dann sogar einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedarf. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß ein Bundepräsident ganz bewußt gegen die Verfassung verstoßen kann, wenn er mindestens ein Drittel plus eins der Mitglieder des Bundestags oder des Bundesrats hinter sich weiß. Da die SPD, die Grünen, die FDP und auch Teile der Union in der deutsch-polnischen Grenzfrage klar antideutsche Positionen vertreten, bleiben also alle eventuellen Verfassungsverstöße von Weizsäckers ungesühnt.

Einmischung in die Tagespolitik

Wäre es denn nicht richtiger – so muß zwangsläufig die Frage lauten –, daß das Verfassungsgericht von sich aus tätig werden muß, wenn es den Verdacht hat, der Bundespräsident habe gegen das Grundgesetz verstoßen? Selbst auf die »Gefahr« hin, daß sich dieser Verdacht später als haltlos erweist. Welchen Sinn hätte denn sonst das Grundgesetz, wenn es von Opportunisten jederzeit umgangen werden kann?

Daß von Weizsäcker eben nicht deutsche, sondern rein internationalistische Interessen vertritt, bewies er auch erneut beim traditionellen Neujahrsempfang der in Bonn akkreditierten Botschafter. Der Bundespräsident wandte sich in seiner Ansprache gegen ein »Vorpreschen« der Deutschen bei der Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands. Von Weizsäcker nannte als Reihenfolge der Ziele: Frieden, Europa, Einheit! An diesen Verfassungsgeboten habe sich nichts geändert: »Sie gehören untrennbar zusammen, die Teilung Europas und die Teilung Deutschlands haben die selben Ursachen und lassen sich nur gemeinsam überwinden.«

Bonn halte an diesem Ziel fest – schon wieder eine grundgesetzlich nicht erlaubte Einmischung in die Tagespolitik –.

Entschlossen müsse die Wirtschafts- und Währungsunion der EG angestrebt werden. Der Bundespräsident sprach sich für eine weitere Bindung der Bundesrepublik an die USA aus. Dies entspreche den »gemeinsamen menschenrechtlichen Überzeugungen und Interessen«. Ist es denn wirklich mit den »menschenrechtlichen Überzeugungen« vereinbar, wenn die USA ein anderes Land – in diesem Fall Panama – überfallen, hunderte von Zivilisten töten und völkerrechtswidrig in andere Botschaften eindringen und damit das gleiche tun, was sie dem Iran vorwarfen?

Einen »Ehrentitel für Genscher«

Trotz anderslautender Medienpropaganda ist Bundesaußenminister Genscher heute unbestritten der Mann, der durch sein Auftreten in der Welt neben von Weizsäcker den wirklichen deutschen Interessen am meisten geschadet hat. Während das Wort »Genscherismus« zuerst in den USA erfunden wurde und eigentlich eine zu starke Annäherungspolitik an den Osten kennzeichnete, bezeichnete von Weizsäcker dieses Wort bei der Vergabe des Theodor-Heuss-Preises an

eben diesen Genscher als »Ehrentitel für verantwortliche Verständigungs- und Friedenspolitik«. Genscher sei »die vertrauensbildende Maßnahme in Person«, der es gelungen sei, im Ausland die Interessen der Deutschen glaubwürdig zu vertreten.

Natürlich kein Wort über die Verzichtspolitik Genschers – warum nehmen sich diese Leute eigentlich kein Beispiel an den Japanern, die bis heute beharrlich auf der Rückgabe der in den letzten Kriegstagen von den Sowjets geraubten Kurilen-Inseln beharren –, auch kein Wort darüber, daß es eben nicht dieser Genscher war, der die friedliche Revolution in der DDR ermöglichte.

Diese machten ausschließlich die Menschen möglich, die beseelt durch Gorbatschows Glasnost- und Perestroika-Politik die bundesdeutschen Botschaften in Polen, der DDR, der Tschechoslowakei und vor allem in Ungarn im wahrsten Sinne des Wortes stürmten. Und es war doch eben dieser Genscher, der eben diese Leute davor abhalten wollte und der sogar zeitweise die Türen der Botschaften absperren ließ, so daß die Flüchtenden über die Zäune klettern mußten und sich dabei oftmals zum Teil schwer verletzten.

Die Gespräche, die Genscher mit den Regierungen Ungarns und der CSSR führte, brachten dann doch nur die Ergebnisse, die durch die Entwicklung von vorneherein klar waren und die nur durch massiven Einsatz von militärischer Gewalt hätten verhindert werden können. Genscher schmückt sich also mit fremden Federn – wie es oft Leute tun, die groß erscheinen wollen, dies aber in Wirklichkeit in keinster Weise sind!

Die strittige Rolle als Gesellschafter

CODE hat in der Vergangenheit mehrfach über den Kampf vom Amtsgerichtsdirektor a. D., Rudolf Deichner, gegen den Bundespräsidenten berichtet. So warf dieser von Weizsäcker unter anderem vor, an einem Kapitalerhöhungsschwindel bei der Bremer Vulkan AG beteiligt gewesen zu sein, trotz entsprechenden gesetzlichen Verbots auch heute noch aktiver Gesellschafter der Robert Bosch Stiftung, die den Bosch-Konzern beherrsche, zu sein und einen Notar zu Falschbeurkundung veranlaßt zu haben.

Wie – leider – nicht anders zu erwarten war, wurden trotz der ausführlichen Begründungen zumeist überhaupt keine Ermittlungsverfahren gegen den Bundespräsidenten eingeleitet.

Und selbst in einem so klaren Fall wie dem nachfolgend noch einmal kurz skizzierten, weigerte sich die Staatsanwaltschaft Stuttgart ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und verwarf Deichners Anzeige beziehungsweise wurde das gegen den Notar Keller eingeleitete binnen kürzester Zeit eingestellt.

Ging aus der Niederschrift der Gesellschafterversammlung vom 19. November 1987 nämlich mittelbar noch hervor, daß von Weizsäcker trotz des in Artikel 55 Absatz 2 des Grundgesetzes stehenden Berufsverbots noch als aktiver Gesellschafter der Robert Bosch Stiftung tätig war, so änderte der betreffende Notar Keller dies am 3. April 1989 dergestalt ab, daß von Weizsäcker sich an der Abstimmung nicht beteiligt hatte.

Ende des vergangenen Jahres hat der »Rechtswissenschaftliche Arbeitskreis Mannheim«, dem Deichner vorsteht, nun bei der Generalstaatsanwaltschaft Köln eine Anzeige gegen den Bundespräsidenten wegen des »Verdacht der Beteiligung am Völkermord (§ 220a StGB)« eingereicht. Wörtlich heißt es dort: »Dr. Richard von Weizsäcker war in seiner Eigenschaft als Geschäftsführender Gesellschafter der Chemiefirma Boehringer-Ingelheim maßgebend an der Lieferung des Kampfstoffes ›Agent Orange‹, von dem die USA zwischen 1962 und 1970 57.000 Tonnen über Vietnam und Laos versprühten, beteiligt ...

Das Problem mit Agent Orange

In der Anzeige heißt es weiter: »Tatsächlich ging unter von Weizsäcker die Weiterentwicklung des Hauses Boehringer steil nach oben. Der offizielle Hauptlieferant für ›Agent Orange‹, Dow Chemical in Midland/Michigan, lobte den ›großartigen Kooperationsgeist‹, den der Boehringer-Konzern zeigte.« □

Ostdeutschland

Polens Probleme mit der deutschen Minderheit

Alfred König

Das Thema um die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze ist in der Bundesrepublik derzeit neben der Öffnung der innerdeutschen Grenze das zweite große Hauptthema. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht irgendein »deutscher« oder polnischer Politiker von der Bundesregierung den verbindlichen Verzicht auf urdeutsche Gebiete verlangt. Daß die Polen aber ihrerseits nicht bereit sind, der »deutschen Minderheit in Polen« auch nur die geringsten Rechte zuzuerkennen, zeigt, daß den Polen nicht an Aussöhnung, sondern ausschließlich am alten Chauvinismus- und Imperialismusstreben gelegen ist.

Besonders bezeichnend für dieses Streben war die Entscheidung des Wojewodschaftsgerichts Oppeln – hierzulande mit dem Amtsgericht vergleichbar –. Dieses hatte sich im Juni des vergangenen Jahres geweigert, eine »Sozialkulturelle Vereinigung der deutschen Minderheit in Polen« ins Vereinsregister einzutragen, mit der Begründung: »Es gibt in Polen keine deutsche Minderheit«. Damit wurden den hunderttausenden, wenn nicht noch Millionen dort lebenden Deutschen die elementarsten Grundrechte verweigert, zum Beispiel Gottesdienste in deutscher Sprache abhalten zu dürfen, deutsche Kulturveranstaltungen durchzuführen, Grundrechte, die selbst im tiefsten Afrika heute jedem Negerstamm gewährt werden.

Deutsche Vereine sind in Gefahr

Die Anwälte der geplanten Vereinigung legten daraufhin Beschwerde ein, mit der Begründung, die erste Instanz hätte sich ausschließlich an die polnischen gesetzlichen Vorschriften des Vereinsrechts halten müssen, aber keine Prüfung »Minderheit ja oder nein« vornehmen dürfen. Da es dies aber nun einmal getan hat, hätte es auch alle Umstände berücksichtigen müssen.

Das oberste Gericht der Republik Polen schloß sich nun diesen Argumenten an, weigerte sich aber dennoch, die Vereinigung von sich aus ins Vereinsregister einzutragen. Vielmehr wurde die erste Instanz angewiesen, sich an die Kriterien des Vereinsrechts zu halten. Dieses sieht nach der im vergangenen Jahr erfolgten Novellierung vor, daß alle Organisationen zugelassen werden müssen, deren Statuten nicht mit geltendem Recht kollidieren. Dieses bedeutet aber nichts anderes, als daß frühestens für Anfang Mai mit einer Entscheidung, ob die Pflege der deutschen Sprache und Kultur gegen polnisches Recht verstoße, zu rechnen ist.

Der Eifer der Deutschen weckt Verdacht!

Nicht genug dessen, fügte der Vorsitzende Richter seiner Entscheidung noch eine »persönliche Bemerkung« an, mit der er alle Verfahrensbeteiligte zur Besonnenheit mahnte. Es müsse auch berücksichtigt werden, daß in einem Teil der polnischen Bevölkerung das Wiederaufleben einer landsmannschaftlichen Organisation der Deutschen »als Ge-

Ostdeutschland

Polens Probleme mit der deutschen Minderheit

fahr« empfunden werde. Diese Ängste seien »begründet aus dem Verhalten der deutschen Minderheit während des Zweiten Weltkriegs« und würden genährt durch »Äußerungen in der Bundesrepublik Deutschland«.

Bundesdeutsche Politiker werden aber nicht müde, trotz der nicht anders als rassistisch zu bezeichnenden Versklavung der vor allem in Oberschlesien lebenden Deutschen die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze – sofern dies ohne einen Friedensvertrag überhaupt geht – oder zumindest eine für alle Zeiten bindende Erklärung des Bundestags und der DDR-Volkskammer zu fordern. Dieses sollte bedingungslos geschehen – also auch ohne die Forderung, daß die polnische Regierung ihrerseits Entgegenkommen bei der Gewährung von Minderheitsrechten zeigen müsse.

Wer nun erwartet hatte, daß Papst Johannes Paul II., bekanntlich der Pole Karol Wojtyla, als Oberhaupt aller christlichen Menschen nun auch die Belange der in Polen lebenden Deutschen wahrnehmen und seinen unbestreitbaren Einfluß in Richtung Ausgleich einsetzen würde, sah sich getäuscht. Vielmehr sieht sich der Papst nach wie vor in erster Linie als Pole und mißbraucht damit sein Amt auf das schärfste.

Die Politik des polnischen Papstes

So äußerte er sich auf eine in der Januarnummer der Jesuiten-Zeitschrift »Stimmen der Zeit« von einem Deutschen geäußerte Kritik zu Papst-Äußerungen über Geburtenkontrolle und Empfängnisregelung, der theoretisch abstrakte Eifer »der Deutschen« wecke bei ihm den Verdacht, »die Deutschen« wollten nur recht haben und alles besser wissen, wogegen er »als Papst und Pole« allergisch sein müsse.

Obwohl Papst Johannes Paul II. sich immer wieder für die Beseitigung der die Menschen trennenden Grenzen eingesetzt hatte, fiel der Hinweis auf den Fall der innerdeutschen Grenze im Wort zum Sonntag des Papstes hierzu mehr als dürftig aus. Auch ein zweitägiges Arbeitstreffen der deutschen Bischöfe mit dem Papst Mitte November 1989 nutzte dieser nicht zu positiven Worten. Vielmehr sagte er sogar so gut wie gar nichts hierzu.

Dafür fordert der Papst aber in fast unklausulierter Form die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze und seine Abneigung gegen Deutschland ist fast unverhohlen erkennbar. So heißt es in der päpstlichen Neujahrsansprache: »Die bösen Folgen des vor 50 Jahren entfesselten Zweiten Weltkriegs raten zur Wachsamkeit. Es ist immer möglich, daß jahrhundertelange Rivalitäten erwachen, daß sich Konflikte zwischen ethnischen Minderheiten wieder entzünden, Nationalismen verhärten. Deshalb ist es notwendig, daß Europa als Gemeinschaft der Nationen auf der Grundlage der Prinzipien von Helsinki 1975 entsteht, welche die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa so glücklich aufgestellt hat.«

Doch es kommt noch »besser«: Im Päpstlichen Jahrbuch 1989 hat sich der Vatikan quasi selbst die endgültige Grenzziehung vorbehalten. Am 23. Januar 1973 hat der »Heilige Stuhl« nämlich für jene kirchlichen Gebiete in der DDR, die Teile der westdeutschen Erzbistümer Osnabrück, Hildesheim, Paderborn, Fulda und Würzburg waren – nämlich Schwerin, Magdeburg und Erfurt-Meiningen –, die in der ganzen Kirche einzigartige Form gefunden, sie bischöflichen Apostolischen Administratoren (»permanenter constituti, für ständig geschaffen«) zuzuordnen. Diese Administratoren sind aber direkt dem Papst unterstellt. Jedoch scheint die Rechtsform die Gemeinsamkeit des alten Territoriums zu wahren.

Wie schaut es aber bei der Kirchenprovinz Görlitz aus, die einst dem Breslauer Erzbischof unterstand? Diese ist nun als Apostolische Administratur aus dem Kirchenverband mit Breslau herausgenommen, wie es im neuen kirchlichen Gesetzbuch Canon 371 2 heißt »ob speciales et graves omnio rationes« (»wegen besonderer und wirklich schwerwiegender Gründe«). Zwar wird damit de jure der Vorbehalt einer noch ausstehenden friedensvertraglichen Regelung bejaht, de facto besteht aber eine eigenständige polnische Kirchenprovinz.

Polen will seinen Raub bestätigt haben

Anders sieht es dagegen bei den polnischen »Ostgebieten« aus, die die Polen nach Ende des Ersten Weltkriegs von der Sowjetunion raubten und die von der UdSSR nach Ende des Zweiten Weltkriegs wieder in ihr Staatsgebiet (zurück-)einverleibt wurden. So erscheint das Erzbistum Lemberg, das nun in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik liegt, nach wie vor im Päpstlichen Jahrbuch unter »Polen«, und sein Apostolischer Administrator residiert unverdrossen im polnischen Lubaczow.

Der polnische Staatspräsident Jaruzelski hat nun vorgeschlagen, daß »alle Alliierten und vor allem die wichtigsten Siegermächte zum 45. Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland im Mai dieses Jahres feierlich die polnischen Grenzen bestätigen« sollen. Sein Land verfolge aufmerksam die deutsche Entwicklung, die vor allem in den fundamentalen Fragen »bisher nicht zufriedenstellend gelöst wurde«. Und der polnische Außenminister Skubiszewski forderte sogar ein neues Sicherheitssystem, »um die Entstehung einer so großen Macht im Herzen Europas zu neutralisieren«.

Ausgleich in den Grenzfragen

Bereits aus diesen ganz wenigen Beispielen, denen noch viele andere folgen könnten, ergibt sich also, daß die absolute Mehrheit der Polen – selbst die doch so freiheitliche Solidarnosc – einig in dem Bestreben ist, ohne auch nur das geringste Zugeständnis ihrerseits die von ihnen besetzten deutschen Ostgebiete in ihr Land einzuverleiben. Auf der anderen Seite werden aber auch die Polen nicht müde, ständig von einer europäischen Einigung zu reden.

Wie könnte nun aber eine alle Seiten befriedigende Lösung aussehen? Hierzu gibt es in Schlesien selber bereits einige interessant erscheinende Denkmodelle.

Ein Plan baut in etwa auf den Äußerungen des Generalsekretärs des Bundes der Vertriebenen (BdV), Koschyk, auf, der erklärt hatte, Ziel von Verhandlungen müsse es sein, in der Grenzfrage einen Ausgleich zu suchen. Dieses Ziel könnte etwa wie folgt aussehen:
Im Rahmen der wohl kaum noch aufzuhaltenden Schaffung eines geeinten Europas – wohingegen im Prinzip auch nichts einzuwenden ist, solange dies auf Basis einer weitestgehenden Souveränität der jeweiligen Nationalstaaten geschieht und lediglich eine Öffnung und Einigkeit in untergeordneten Dingen bedeutet – könnte unter gewissen Umständen durchaus auch die Oder-Neiße-Linie weiterhin als unanrührbare Demarkationslinie toleriert werden.

Im Gegenzug müßten die Polen dann den ostdeutschen Gebieten eine weitestgehende Souveränität oder sogar den Status einer Freihandelszone zusichern und den dort lebenden Deutschen und Deutschstämmigen den Beibehalt der deutschen Staatsbürgerschaft gewähren. Deutsch müßte in diesen Gebieten als zweite Amtssprache anerkannt und die Freiheit der deutschen Kultur und Religionsausübung gewährleistet werden. Enteignete Ländereien müßten zurückgegeben beziehungsweise falls dies aus humanitären Gründen nicht möglich ist, durch vergleichbare Ländereien ersetzt werden.

Die unbeschränkte Reise- und Zollfreiheit wäre eine weitere Voraussetzung genauso wie die Offenlegung aller in polnischen Archiven aufbewahrten Unterlagen über die Konzentrationslager des Dritten Reichs, die sich auf polnischem Gebiet befanden. Auch dürfte es zu keinen weiteren »Kriegsverbrecherprozessen« kommen, sondern müßte 45 Jahre nach Kriegsende eine Amnestie durchgeführt werden. □

DDR

Wiedergutmachung für Israel

Alfred König

Das Weltjudentum hat eines seiner größten Ziele erreicht: Die DDR hat nun – 45 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges – wie schon die Bundesrepublik zuvor den Juden Wiedergutmachungsansprüche zugebilligt. Wörtlich heißt es in dem von DDR-Ministerpräsident Modrow an den Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, gerichteten Schreiben: »Die DDR anerkennt ihre humanitäre Verpflichtung gegenüber den Überlebenden des jüdischen Volkes, die unter Naziunterdrückung gelitten haben, und bekräftigt die Bereitschaft zur solidarischen materiellen Unterstützung ehemaliger Verfolgter des Naziregimes jüdischer Herkunft.«

Nachdem nun in der SED der Jude Gregor Gysi und in der SPD der Jude Ibrahim Böhme das Sagen haben, war dieser Schritt überfällig und kam von daher nicht überraschend. Bisher hatte die DDR unter Berufung auf ihr »antifaschistisches Verständnis« Wiedergutmachungszahlungen abgelehnt. Erst im vergangenen Jahr wollte Honecker mit einer ersten derartigen Zusage Vorbehalte vor allem der amerikanischen Juden vor seinem Staatsbesuch in den USA ausräumen. Damals wurde gerüchteweise die Summe von 500 Millionen Dollar genannt. Diese käme dann zu den 90 Milliarden DM hinzu, die die Bundesrepublik bislang gezahlt hat.

So begann es mit der Wiedergutmachung

Doch erst wenn man sich noch einmal anschaut, wie es mit der Wiedergutmachung begann, wird einem bewußt, wie hier ein Land bis auf den heutigen Tag ausgesaugt wird – und wie mächtig das Judentum ist.

Angefangen hatte alles 1951 als der Staat Israel, obwohl er während des Zweiten Weltkrieges überhaupt noch nicht existiert hatte, Reparationsforderungen gegen die Bundesrepublik geltend machte.
Am 10. September 1952 schloß dann die damalige Bundesregierung unter Kanzler Konrad Adenauer mit dem Staat Israel den Wiedergutmachungsvertrag ab, in dem sich Westdeutschland verpflichtete, in einer Zeitspanne von zwölf Jahren an Israel dreieinhalb Milliarden DM zu zahlen. Dabei darf nicht vergessen werden, welchen starken internationalen Druck die Juden auf die Bundesrepublik ausübten und die drei westlichen Siegermächte sich bis zur Unterschrift dieses Vertrages weigerten, den Staatsvertrag zu unterzeichnen.

Statt Beweispflicht Glaubwürdigkeit

Erst ein halbes Jahr nach dieser Unterzeichnung der kollektiven Wiedergutmachung beschloß dann der Bundestag am 8. April 1953 das Bundesentschädigungsgesetz, das die individuelle Entschädigung aller angeblichen Opfer des Nationalsozialismus regelte.

Der Präsident der Jüdischen Weltkongresse, Nahum Goldmann, antwortete in einem Interview mit der »Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland« am 17. März 1961 auf die Frage: »Sind Sie der Auffassung, daß das, was die Bundesrepublik materiell an Wiedergutmachung getan hat, ausreichend ist?« wie folgt:
»Die Leistungen, die die Bundesrepublik an Israel leistet, sind ein ganz kleiner Teil des gesamten Wiedergutmachungskomplexes. Das übersieht man manchmal. Während die gesamte Wiedergutmachung wahrscheinlich an die 18 bis 20 Milliarden kosten wird – Bund und Länder zusammen – bekommt Israel davon nur drei Milliarden ... Ich erinnere mich, in den ersten Diskussionen mit dem damaligen Finanzminister Schäffer war die große Meinungsdifferenz, daß er schätze, es werde acht Milliarden kosten. Das betrachtete er als zuviel. Und wir schätzten auf sechs Milliarden. Heute ist klar, daß die Sache zwischen 18 und 20 Milliarden kosten wird ...«

Der obige Dr. Schäffer warnte dann 1957 als Bundesjustizminister vor einer Fortsetzung der Wiedergutmachungszahlungen in der bisherigen Form. Wie er sagte, waren bis 1961 acht bis neun Milliarden Mark an Wiedergutmachung vorgesehen gewesen.

Die Forderungen wurden immer höher

Da aber für den tatsächlichen Schaden »keine Beweispflicht, sondern Glaubwürdigkeit« erforderlich sei, habe sich diese Summe inzwischen auf 27 bis 29 Milliarden DM für den gleichen Zeitraum erhöht. Fast sechs Milliarden DM müsse der deutsche Steuerzahler alleine für die ausländischen Rechtsanwälte aufbringen, die von jeder Schadenssumme 20 Prozent Erfolgshonorar (der damalige nordrhein-westfälische Familienminister, Wilhelm Meyer, sprach sogar von »bis zu 50 Prozent«) kassierten. Es soll nur am Rande erwähnt werden, daß Schäffer von allen Seiten, besonders natürlich der jüdischen auf das heftigste angegriffen wurde.

Doch 1961 bedeutete natürlich nicht das Ende der Wiedergutmachung. Vielmehr teilte das Bundesfinanzministerium am 29. November 1963 in ihren »Finanzpolitischen Mitteilungen« auf Seite 1872 mit: »Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß sich für die Durchführung der Wiedergutmachung in ihrer bisherigen Form zuzüglich von 4,5 Milliarden Mark für die beiden Novellen zum BEG und BRÜG ein Volumen von rund 40 Milliarden Mark ergibt. Sie glaubt, daß dieses Volumen nicht überschritten werden darf.« Die Verbände der Betrofffenen verlangten aber bereits zu diesem Zeitpunkt 15 bis 20 Milliarden DM mehr. Wie leichtfertig dabei mit den deutschen Steuergeldern umgegangen wurde, schilderte Ernst Ehrmann in der »Zeit« vom 6. März 1964 wie folgt: »Der Regierungsentwurf des Schlußgesetzes sah ... vor, daß die Kapitalentschädigung für Ausbildungsschaden immer auf 10.000 Mark zu erhöhen ist, wenn sich ›die Schädigung in der Ausbildung nachhaltig auf das berufliche Fortkommen ausgewirkt hat‹. Auf Vorschlag des Bundesrates, dem sich die Bundesregierung angeschlossen hat, wurde jedoch diese Vorschrift dahin abgeändert, daß die Kapitalentschädigung in allen Fällen auf 10.000 Mark zu erhöhen ist, unabhängig davon, ob der Ausbildungsschaden sich auf das berufliche Fortkommen ausgewirkt hat oder nicht.«

Wie wir heute wissen, hörte die Wiedergutmachung auch bei 60 Milliarden DM nicht auf. Insgesamt wurden seitens der Bundesrepublik bis heute fast 90 Milliarden DM gezahlt. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die 100 Milliarden-Hürde auch noch übersprungen werden wird.

Und das Weltjudentum schämt sich nicht, trotz der katastrophalen Finanzlage der DDR Geld zu verlangen. Immerhin sagte Israels Botschafter in der Bundesrepublik, Benjamin Navon: »Wir glauben nicht, daß ein Gespräch mit der DDR beim Geld zu beginnen hat. Zuerst wollen wir moralische, ethische wie auch politische Gespräche.« Nach dem »Zuerst« wird dann aber tüchtig die Hand aufgehalten.

Dabei ist es selbstverständlich nicht so, daß die Juden in der DDR ohne Entschädigung geblieben sind. Wie alle »Opfer des Faschismus« beziehen Betroffene eine Zusatzrente, Gesundheitsbeihilfe und bei Erwerbsminderung Leistungen aus der Sozialversicherung, die denen bei Betriebsunfällen gleichen, auch wenn sie keine Versicherungszeiten aufweisen können. Dazu kommt erhöhter Urlaub, Vorrechte bei der Zuteilung von Wohnraum, bei der Beschaffung von Hausrat und die Gewährung von Studienbeihilfen für Kinder. □

DDR

Ein Lenin im Schafspelz

Martin Voigt

»Es wird uns gelingen, die Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen, wie wichtig die Eigenständigkeit der DDR ist!«, Worte von Gregor Gysi, dem Vorsitzenden der PDS-Kommunisten in der DDR.

Man wird unwillkürlich an Lenin, den Einpeitscher des Bolschewismus, erinnert – richtiger Name Wladimir Iljitsch Uljanow –, wenn man die rhetorischen Finessen, die ausladende Gestik und die Rabulistik des derzeitigen SED-PDS-Kommunistenchefs beobachtet, dessen Familie es in der DDR zu hohen Posten brachte. Sein Vater – seit 1931 KPD, als Jude nach 1933 emigriert, 1945 von der Roten Armee als Bürgermeister eingesetzt – ist unter Ulbricht und Honekker bis zum Minister aufgestiegen. Seine Mutter, ebenfalls 1933 aus rassischen Gründen emigriert, brachte es bis zur Abteilungsleiterin für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland im DDR-Kultusministerium. Er selbst, seit jungen Jahren eifriger Ulbricht- und Honecker-Gefolgsmann, stieg in den Jahren des Unrechts-Staates bis zum Vorsitzenden der SED-Rechtsanwaltsvereinigung auf, dem Bund der linien- und parteitreuen Anwälte also.

Nach wie vor davon überzeugt

Diese Familie versteht etwas von kommunistischer Strategie und Propaganda. »Sicher bin ich Kommunist und nach wie vor davon überzeugt, daß der Bau der Mauer erforderlich war«, erklärt dieser Feind der deutschen Wiedervereinigung, der sogar von manchen westlichen Medien wegen seines Eintretens für »Rechtstaatlichkeit« hochgelobt wird.

Auf dem SED-Parteitag sprach er sich scharf gegen eine Vereinigung der »beiden deutschen Staaten« aus, weil sie »Forderungen nach der Wiederherstellung der Grenzen von 1937 auslösen würden«.



Gregor Gysi: »Sicher bin ich Kommunist und nach wie vor überzeugt, daß der Bau der Mauer erforderlich war.«

Dieser Mann sucht und findet alle möglichen und unmöglichen Argumente, um die deutsche Einheit zu torpedieren. Auf sein Betreiben wurde auf dem jüngsten SED-Parteitag folgender Beschluß angenommen:
»Im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsentwicklung lebt die deutsche Nation in zwei Staaten und Berlin (West). Die Zweistaatlichkeit der Deutschen ist zu einem unverzichtbaren Garanten für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa geworden. Die Eigenständigkeit der ›DDR‹ ermöglicht eine historische Chance einer deutschen Alternative des demokratischen Sozialismus in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas.«

Vorsicht vor diesem Lenin!

Bei allem Jubel und aller Freude über die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 und des Brandenburger Tores vor Weihnachten: Noch nie war die Gefahr der »endgültigen« Trennung und Spaltung West- und Mitteldeutschlands so groß wie in den nächsten Wochen und Monaten.

»Die Grenze soll friedlich und freundlich sein, aber eben eine Grenze«, erklärte einer der gefährlichsten Gegner der Wiedervereinigung in West- und Mitteldeutschland, der SED-PDS-Kommunistenführer Gregor Gysi, der die DDR gegen unerwünschte Einflüsse aus der Bundesrepublik »abschotten« möchte.

Gysi beschwerte sich, daß die Opposition in der DDR in einem Maße Unterstützung aus der Bundesrepublik erhalte, die »allen internationalen Gepflogenheiten« widerspräche. Welch eine Bösartigkeit allein dieser Begriff! Wie kann eine durch Besatzungsdiktat in Zonen getrennte Nation nach »internationalen Gepflogenheiten« miteinander verkehren?
In Wahrheit und im Gegensatz zu Gysis Beschwerde akzeptieren, unterstützen und stabilisieren Bundeskanzler Kohl und die Regierung des westdeutschen Teilstaatprovisoriums die in keiner Weise legitimierte SED-Regierung in einem Maß, daß die Oppositionsgruppen teilweise die Hoffnung auf einen wirklichen Umbruch verloren hätten und die Zahl der resignierenden Übersiedler ständig zunimmt.

Daß die widernatürliche und barbarische, von den Siegern und ihren Helfershelfern von Adenauer bis Ulbricht gezogene und verfestigte »Zonengrenze«, die »Demarkationslinie« mit Mauer, Stacheldraht und Minenfeldern in der Mitte Deutschlands und Europas nicht ewig bestehen würde, war klar. Alle Völker der Welt schüttelten den Kopf über diese Deutschen, die sich so lange und widerstandslos dem Siegerwillen beugten und auch noch versuchten, ihn 150prozentig überzuerfüllen – in Ost und West.
Nun aber besteht die Gefahr, daß diese von den Besatzungsmächten gezogene Zonen-Demarkationslinie in angeblich »freier Selbstbestimmung« – jetzt erst – zu dem wird, was sie nie war: zu einer Grenze, zu einer richtigen, wirklichen, anerkannten Grenze.

In einer gemeingefährlichen gemeinsamen Strategie von Politikern und Medien in Ost und West

werden jetzt Popanze aufgebaut, mit denen man das Ziel »Deutschland einig Vaterland« verhindern und eine anerkannte Zweistaatlichkeit schaffen will.

Da wurden in der DDR einige Parolen gesprüht, unter anderem: »Besatzer raus«. In der Bundesrepublik ist das nicht nur die jahrelange, unablässige Forderung aller wirklich wiedervereinigungs-bestrebten Deutschen, sondern seit Jahren endlich auch Erkenntnis und Programm der Linken und Grünen: Abzug der Besatzungsmächte aus Ost und West, Austritt aus der Nato und Warschauer Pakt. Und auch Oppositionssprecher in Mitteldeutschland fordern das gleiche, weil es der einzige Weg zur deutschen Einheit ist.

Weil junge, ungestüme Deutsche das nun parolenhaft verkürzten – wenn es nicht die Tat und Provokation von Agenten war, was eher zu vermuten ist –, wird ein ebenso riesiger, wie lächerlicher Popanz aufgebaut, den die PDS-Führung dazu benutzt, ihre Stasi-Truppen wieder aufzubauen.

Im Westen kennen wir solche Praktiken und Volksverdummungs-Kampagnen seit vielen Jahren, zum Beispiel die berüchtigte »Kölner-Synagogen-Schmiererei«, mit der verhindert wurde, daß eine mißliebige Partei den ansonsten erwarteten Wahlerfolg erreicht. Erst Jahre später wurde bewiesen, daß es keine »Neofaschisten« sondern KGB-Agenten waren.

Die verbissen um ihr Überleben und um ihre Macht kämpfenden Kommunisten um Gysi und Modrow vermarkten nun schamlos die angebliche neofaschistische Gefahr und Bedrohung der DDR. Fast 250.000 Demonstranten ließen sich verdummen und mißbrauchen, um gegen diese »Gefahr« und gegen die Wiedervereinigung zu demonstrieren. Qui bono? Wem nutzt es?

Der Popanz »polnische Westgrenze«

Da wird der Popanz aufgebaut, die getrennte oder gemeinsame Garantie der »polnischen Westgrenze« sei eine Voraussetzung zum Abriß der Zonengrenze zwischen Mittel- und Westdeutschland.

Die Siegermächte haben völkerrechtswidrig bestimmt, daß Ostdeutschland bis auf weiteres unter polnische Verwaltung gestellt würde. Sie haben bestimmt, daß die Grenzen in einem späteren Friedensvertrag festgelegt würden. Halten wir uns daran! Was soll das Geschwätz beiderseits der Zonengrenze von der notwendigen Vorab-Anerkennung der »polnischen Westgrenze«? Warum sollen wir uns dem Siegerwillen widersetzen oder ihn übererfüllen?

Die Bundesrepublik hat keine gemeinsame Grenze mit Polen, und die DDR erhebt keine Ansprüche auf »polnische Gebiete«. Bisher erheben nur die Polen Ansprüche auf deutsche Gebiete.
Ein gesamtdeutscher Souverän, mit dem ein Friedensvertrag und Grenzfragen verhandelt werden könnten, muß erst geschaffen beziehungsweise wieder handlungsfähig gemacht werden: eine deutsche Nationalversammlung, die sich in freier Selbstbestimmung entweder auf die völkerrechtlich bis heute fortgeltende Weimarer Reichsverfassung beruft und sie übernimmt oder sich eine neue Verfassung gibt.
Die Voraussetzung dafür ist ganz schlicht und einfach die Aufhebung der alliierten Zonen-Demarkationslinie zwischen West- und Mitteldeutschland, und das ist ganz allein die Sache von uns Deutschen. Denn welche der Siegermächte wollte und würde uns vor den Augen der Welt wohl vorschreiben, jetzt »freiwillig« eine echte, wirkliche Grenze zwischen uns zu schaffen?

Natürlich müssen wir auf die Nachbarstaaten und ihre militärischen und wirtschaftlichen Interessen und Besorgnisse Rücksicht nehmen. Wir wollen das auch. Die Sowjets können nicht zulassen, daß die Nato- und US-Armee bis an die Oder-Neiße-Linie vorrücken. Also raus aus der Nato und Warschauer Pakt! Ein friedliches Deutschland braucht keine Beschützer, weil keine Bedroher da sind und die Auseinandersetzungen irgendwelcher »Beschützer« nur in Deutschland stattfinden und ihre Schützlinge vernichten würde.

Die Regierungen und Hintergrundmächte unserer »Freunde und Verbündeten« – nicht »die Franzosen«, sondern Herr Mitterrand, nicht »die Engländer«, sondern deren international gesteuerte Presse-Mafia – fürchten die gesamtdeutsche Vorherrschaft in der EG. Also raus aus der westeuropäischen Klein- und Teil-EG bis zur Schaffung einer wirklichen europäischen Gemeinschaft, in der das 80-Millionen-Volk der Deutschen nur eines unter vielen ist.

Das sind die Fragen, die anstehen, die nächsten Aufgaben – nicht ein Streit um die angebliche polnische Westgrenze.

Nichts in der Geschichte ist endgültig

Falls mit der »polnischen Westgrenze« die von den Siegern per Buntstift auf einer Landkarte willkürlich gezogene Oder-Neiße-Linie gemeint ist: Wer wie Genscher, Frau Süßmuth und andere unnötigerweise und völkerrechtlich völlig unwirksam deren »Anerkennung« fordert, wohl wissend, daß sie damit selbst gegen das beschworene Grundgesetz und verfassungswidrig handeln und von der Regierung Unmögliches fordern, nämlich gegen klare Urteile des Bundesverfassungsgerichtes zu verstoßen, baut absichtlich Hürden auf, Barrikaden und Hindernisse gegen das Nahziel der staatlichen Einheit Mittel- und Westdeutschlands, indem er in unserem 45 Jahre lang umerzogenen, seelisch und geistig verwirrten Volk neue Gräben aufreißt.
Wieso sollte das Festhalten an jahrhundertealten Heimatrechten und die Berufung auf weltweit anerkannte Völkerrechtsnormen und UN-Beschlüsse die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands gefährden?

Halten wir es mit den Vorgaben der Sieger von 1945, nehmen wir uns die Haltung der Juden und Polen in ihrer wechselhaften Geschichte zum Vorbild und vertrauen wir darauf, daß nichts in der Geschichte der Völker endgültig ist, zumal wenn es nicht gerecht geregelt ist.

Der Popanz der »polnischen Westgrenze« hat mit dem aktuellen, großen und ersehnten Ziel dieses Jahres 1990 – Deutschland einig Vaterland – nichts, aber auch gar nichts zu tun. Lassen wir uns nicht aufputschen, auseinanderdividieren und vom Ziel ablenken. □

Medizinbetrieb

Widerstand gegen Verbot von Naturheilmitteln

Hans-Joachim Gerdesheim

Das Vorhaben von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) im Rahmen von notwendigen Kostensenkungen im Gesundheitswesen nun auch einen großen Teil der Naturheilmittel wegen angeblichen Nichtbeweises ihrer Wirksamkeit aus der Erstattungspflicht der Krankenkassen herauszunehmen – Kombinationspräparate mit mehr als drei beziehungsweise sechs arzneilich wirksamen Bestandteilen – oder sogar ganz zu verbieten, stößt auf immer mehr Widerstände. Einer der vehementesten Gegner dieser Reform ist der niedersächsische Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Walter Hirche (FDP).

Bereits am 19. Oktober des vergangenen Jahres hatte Hirche einen ersten Brief an Blüm geschrieben. Neben der »Sorge um viele Arbeitsplätze in mittelständischen Betrieben« hat Hirche den »Anschein, daß die Grundgedanken, die den Entwurf prägen, das vom Bundestag in einer früheren Entscheidung geforderte plurale Wissenschaftsverständnis zugunsten einer einseitigen Schulmedizin verengen«.

Naturheilmittel nicht teuerer sondern billiger

Das Ziel Blüms ist es, den gesetzlichen Krankenkassen durch seine Maßnahmen einen Betrag zwischen 180 und 220 Millionen DM bei einem Gesamtaufwand von etwa 5,5 Milliarden DM für umstrittene Arzneimittel (Stand 1988) einzusparen. Doch eine in Hirches Ministerium bereits am 2. Oktober erstellte Studie schrieb hierzu folgendes: »Bekanntermaßen sind Negativlisten in Erstattungsfragen im Sinne einer Kostendämpfung eine höchst fragwürdige Lösung. Erfahrungsgemäß werden dadurch kostensteigernde und medizinisch bedenkliche Substitutionsprozesse angeregt. Anstelle der von der jeweiligen Negativliste betroffenen Präparate werden oft teurere, stärkere und unter anderem nebenwirkungsreichere Medikamente eingesetzt.

Der Regierungsentwurf des BMA (Bundesarbeitsministeriums) läßt diese Zusammenhänge außer Acht. Der Entwurf stellt nämlich auf eine besonders ausgeprägte Substitution ab. Wenn Arzneimittel mit einem Umsatz von rund 1,5 Milliarden DM betroffen sind und die Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung auf circa 180–220 Millionen DM beziffert wird, dann zeigt sich, daß selbst in den Annahmen der Bundesregierung die Substitutionseffekte mit etwa 1,3 Milliarden DM den Einspareffekt um ein Mehrfaches übersteigen und zwischen der angestrebten Einsparung und der erwarteten Substitution ein deutliches Mißverhältnis besteht.«

Verunsicherung bei Ärzten und Patienten

»Dabei sind«, so die Studie weiter, »all diese Zahlen prognostische Schätzwerte und von vorneherein mit Unsicherheit behaftet. Nachweislich falsch ist die Behauptung, viele der ausgegrenzten Arzneimittel seien überdurchschnittlich teuer. Statt dessen gilt, daß ein Großteil der betroffenen Präparate besonders im Naturheilverfahrensbereich bewährte Medikamente darstellen, die seit langem auf dem Markt sind und niedrige Preise haben. Hiernach ist es von vorneherein mehr als ungewiß, ob durch die jetzt beabsichtigte Erweiterung der Negativliste tatsächlich eine Einsparung erzielt wird. Sicher ist allerdings eine erhebliche Verunsicherung bei Ärzten und Patienten sowie ein massiver Eingriff in die Sortimentsgestaltung vor allem mittelständisch strukturierter Pharmaziehersteller. Es wird geschätzt, daß aufgrund der beabsichtigten Negativliste etwa jede zehnte ärztliche Verordnung geändert werden müßte. Die damit einhergehenden Therapieprobleme sind offensichtlich.«

Doch nicht nur die wirtschaftliche Seite, sondern vor allem auch die durch Blüms Vorhaben entstehenden gesundheitlichen Gefahren sind nach Ansicht des niedersächsischen Ministers sehr groß: »Für die therapeutische Anwendung in einem bestimmten Indikationsgebiet sind ausschließlich Nettoeffekte relevant und nicht die pharmakologischen Wechselwirkungen der Bestandteile miteinander. Jedes Monopräparat verhält sich, in den Organismus gebracht, sofort wie ein Kombinationspräparat. Auch hier werden ausschließlich Nettoeffekte beobachtet, »die« – und jetzt kommt es –, »zumeist mit schweren Nebenwirkungen behaftet sind. Dies tritt im Bereich der Naturheilverfahrensmethoden nicht auf, da die angewandten Kombinationspräparate einerseits durch allgemeine Anwendungsverfahren über Jahrzehnte (zum Teil Jahrhunderte) vor allem aber durch die individuelle Erfahrung des Arztes im verantwortungsvollen Umgang mit dem Patienten ›geprüft‹ worden sind und nicht in problematischen Tierversuchen oder den zumeist im Hinblick auf chronische Krankheiten und Tumore wenig aussagekräftigen randomisierten Doppelblindstudien.«

Gegen die Interessen der Patienten

Daneben verstoße das vorgesehene Verbot auch gegen den Entwurf der Arzneimittelprüfungsrichtlinie des Gesundheitsministeriums. Während dieser sich ebenfalls auf die angeblich wissenschaftliche Erkenntnis berufe, daß nämlich »die kumulativen und wechselseitigen positiven und negativen Wirkungen bei mehr als drei Wirkstoffen in einer Arzneimittelkombination wissenschaftlich grundsätzlich nicht mehr beurteilbar« seien, lasse diese Prüfungsrichtlinie aber bei Altpräparaten, um die es bei der geplanten Negativliste im wesentlichen geht, die »konkrete Erfahrung« als Erkenntnisgrundlage zu. Diese soll jetzt aber im Kassenerstattungsbereich ignoriert werden. »Das ist wissenschaftlich unhaltbar und geht gegen das Interesse der Patienten«, so Hirche in der Studie.

Daneben werde in dem Blüm-Entwurf auch übersehen, daß für einen Gesundungsprozeß nicht nur naturwissenschaftlich exakt nachvollziehbare Wissenschaftsergebnisse maßgeblich sind, sondern auch persönliche Einstellungen sowie Wohlbefinden und Lebensqualität.

Die Studie folgert weiter: »Der Entwurf des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung für eine Negativliste orientiert sich ausschließlich an schulmedizinischen, zellularpathologischen Kategorien, verneint den gesetzlich gewollten Wissenschaftspluralismus, der im übrigen auch seinen Niederschlag in der gesetzlichen Vorschrift im § 34 Abs. 3 Satz 3 Gesundheitsreformgesetz findet, wonach bei dem Entwurf einer entsprechenden Rechtsverordnung, wie jetzt vorgelegt, bei der Beurteilung von Arzneimitteln der besonderen Therapierichtungen wie homöopathischen, phytotherapeutischen (auf pflanzlicher Basis hergestellten Arzneimitteln; der Verfasser) und anthroposophischen Arzneimitteln der besonderen Wirkungsweise dieser Arzneimittel Rechnung zu tragen ist.

Verstoß gegen das wissenschaftliche Selbstverständnis

Der vorgelegte Entwurf verstößt gegen diese gesetzliche Vorschrift, da nach dem wissenschaftlichen Selbstverständnis dieser genannten Therapierichtungen ein solcher pauschaler Ansatz von maximal sechs wirksamen arzneilichen Bestandtei-

len als Obergrenze für die gesetzliche Erstattung in der Krankenversicherung wissenschaftstheoretisch unhaltbar ist.«

Diesem Diktum sei nämlich die Verpflichtung des Herstellers vorausgegangen, mit hohem finanziellem Aufwand Wirksamkeitsnachweise zu erbringen. Aber auch Heilmittel mit derart nachgewiesener Wirksamkeit wären von der Verordnung betroffen. In diesem Falle wäre ebenfalls der Grundsatz des Vertrauensschutzes mißachtet, da dem pharmazeutischen, meistens mittelständischen Hersteller keine Möglichkeit bleibe, auf diese Situation zu reagieren.

Reduziere er nämlich die Zahl der Arzneiinhaltsstoffe, liege nicht mehr dasselbe Arzneimittel vor, mit dem die dem Bundesgesundheitsamt eingereichten Erfahrungen gemacht wurden. Eine Neuzulassung nach den Bestimmungen des derzeit gültigen Arzneimittelgesetzes komme aber aus ökonomisch und vor allem auch aus sachlich nicht zu leistenden Anforderungen – Tierversuche, kontrollierte klinische Studien – nicht in Betracht.

»Da von der pharmazeutischen Herstellerseite somit kein Ersatz für die von der Erstattungspflicht ausgeschlossenen Arzneimittel geleistet werden kann, ist eine ordnungsgemäße Arzneimittelversorgung bei den besonderen Therapieeinrichtungen für die Bevölkerung nicht mehr gewährleistet, da es sich ja nicht um den Ausschluß real, sondern lediglich in administrativer Hinsicht hypothetisch unwirksamer Präparate handelt, die lediglich einer willkürlichen Anforderung nicht genügen.

Wertvolle Erfahrungen werden aufs Spiel gesetzt

Aus Sicht der Ärzteschaft erscheint es dabei noch wichtiger, die Entwicklung und Zulassung neuer Heilmittel zu erleichtern, als auf eine generelle Beschränkung der Zahl der Inhaltsstoffe zu verzichten.«

Die Überprüfung der Wirksamkeit zum Beispiel der homöopathischen Arzneimittel müsse dabei »am Gesunden als Erkenntnisgrundlage« erfolgen. »Es ist ein eklatanter Verstoß«, heißt es in der Studie weiter, »gegen das vom Bundestag 1976 aufgestellte Postulat vom Wissenschaftspluralismus, wenn allen Therapieeinrichtungen, die aus der naturwissenschaftlichen Medizin – die eigene Erkenntnisgrundlagen aufweist – stammende klinische Doppelblindstudie als einziges anerkanntes Erkenntnisinstrument abverlangt wird.

Verstehbarkeit und damit ›Beurteilbarkeit‹ innerhalb der Therapierichtung ist dabei unabhängig von der Zahl der Inhaltsstoffe (auch ein Präparat, in dem lediglich fünf Substanzen zusammengefaßt sind, kann ›unverständlich‹ sein). Staatlichen Organen kann es aber nicht zukommen, zwischen den verschiedenen wissenschaftlichen Ansätzen der Therapierichtungen zu unterscheiden und sich somit zum ›Wissenschaftsrichter‹ aufzuwerfen. Die garantierte Freiheit der Wissenschaft würde auch durch einseitige ökonomische Entscheidungen staatlicher Organe verletzt.«

Die Studie kommt zu dem Schluß: »Mit der vorgeschlagenen Rechtsverordnung kann der erklärte Zweck und das gesteckte Ziel keinesfalls erreicht werden. Demgegenüber werden jedoch wertvolle Erfahrungen aufs Spiel gesetzt, tiefe Eingriffe in die Therapiefreiheit riskiert, gesunde wirtschaftliche Strukturen umgebrochen und leichtfertig Arbeitsplätze in sehr großer Zahl aufs Spiel gesetzt.«

Als »Anlage 2« überreichte Hirche dem Bundesarbeitsminister die Ergebnisse einer im Juni des vergangenen Jahres durchgeführten Umfrage des Allensbach Instituts. Diese trug den bezeichnenden Titel »Die junge Generation wendet sich den Naturheilmitteln zu«.

Meinung von Ärzten und Patienten ist wichtiger

In dieser Umfrage wurde zum ersten Mal seit 1984 wieder nachgemessen, wie groß heute der Kreis der Verwender von Naturheilmitteln in der Bevölkerung ist. Dieser Kreis hat sich Allensbach zufolge seit Anfang der 70er Jahre stürmisch entwickelt. So gehörten in diesen Tagen »im weitesten Sinn« mit 58 Prozent mehr als die Hälfte der Bevölkerung zu dem Kreis, der schon Naturheilmittel verwendet hat. Vor allem sei aber in den vergangenen 19 Jahren die regelmäßige Verwendung dieser Mittel von 30 auf 46 Prozent gestiegen! Die große Zunahme der Anhänger dieser Therapieform habe sich dabei vor allem bei der jüngeren Bevölkerung, den Unter-45jährigen, zugetragen.

Insgesamt 81 Prozent der befragten 2.000 Bundesbürger haben sich nach Angaben Allensbachs dafür ausgesprochen, daß Naturheilmittel auch in Zukunft verkauft werden dürfen. Besonders von den Ärzten wurde gefordert, daß sie sich zukünftig mehr für den Gebrauch dieser Mittel einsetzen sollen.

Interessant ist auch das Ergebnis zu der Frage, woran es liege, wenn bei einem Naturheilmittel die Wirksamkeit nicht mit den bei chemischen Mitteln angewandten Prüfungen erzielt werden kann. Während 49 Prozent die Wirkung von Arzneimitteln als anders und damit mit den Chemotests nicht nachprüfbar erklärten, sagten nur neun Prozent, daß Naturheilmittel keine »richtige Wirkung« hätten.

Bei der Frage, was geschehen müsse, wenn die Naturheilmittel bei den Prüfungen keine wissenschaftlich nachweisbaren Wirkungen zeigten, lehnten 62 Prozent ein Verordnungsverbot ab und forderten, daß die Meinung von Ärzten und Millionen von Patienten wichtiger zu werten sei. Ebenfalls mit überwältigender Mehrheit lehnten die Befragten ab, daß beispielsweise Kräutertees, Knoblauchpillen oder Arnikasalbe künftig nur noch in Apotheken und nicht mehr wie bisher auch in Drogerien und Reformhäusern verkauft werden sollten.

Wie groß die Angst vor Nebenwirkungen bei chemischen Mitteln ist, läßt sich aus den Antworten auf diese Frage erkennen. So glauben nur zwölf Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung, daß die Nebenwirkung von chemischen Arzneimitteln gering ist.

41 Prozent schätzen sie für mittelgroß ein, während die Mehrheit (42 Prozent) sogar von großen Nebenwirkungen ausgeht. Bei einer Skala von 0 bis 10 (ganz geringe bis sehr große Nebenwirkungen) kommen diese Medikamente auf eine Wertung von 6,8. Anders dagegen bei den Naturheilmitteln. Dort glauben nur zwei Prozent der Bevölkerung an große und zwölf Prozent an mittlere Nebenwirkungen. 74 Prozent erwarten sogar gar keine oder nur geringe. Dementsprechend schneiden diese Mittel mit einer Bewertung von 2,3 deutlich besser ab als Chemotherapeutika.

Insgesamt kommt Allensbach zu dem Ergebnis: »Die Ablehnung der Bevormundung ist deutlich zu erkennen.«

Zeigt die Allensbach-Umfrage nur das Stimmungsbild auf, das subjektiv ist und durchaus nicht immer mit den Realitäten übereinstimmen muß, so deckt die im Auftrag des niedersächsischen Wirtschaftsministers Walter Hirche erstellte Studie aber ganz klar nicht nur die Schwachpunkte, sondern, was viel wichtiger ist, die Gefahrenpunkte, die von der Reform Blüms zu erwarten sind, schonungslos auf. Es zeigt sich, daß dieses ganze Reformvorhaben in Wirklichkeit ein Schritt zurück ist.

Angst vor den Nebenwirkungen

Über Jahrhunderte erprobte und bewährte Mittel sollen verboten werden, zugunsten einer immer stärkeren Verseuchung des Körpes mit chemischen Mitteln, wobei natürlich nicht übersehen werden soll, daß diese Mittel bei manchen Krankheiten unverzichtbar sind.

Das geplante Verbot vieler Naturarzneimittel ist aber auch aus einem ganz anderen Punkt unverständlich. Viele Kräutertees oder Kräutermischungen, zum Beispiel Schwedenkräuter, sind eine billige, dafür aber hochwirksame Vorbeugung vor vielen Krankheiten. Regelmäßig angewandt lassen sie viele Krankheiten erst gar nicht aufkommen oder nur in stark abgemilderter Form – und das für umgerechnet wenige Pfennig pro Tag.

Dies aber wiederum paßt der Chemielobby natürlich ganz und gar nicht in den Kram. Denn dieser Personenkreis stellt ein ungeheures Potential dar, darum sollten viele Naturarzneimittel verboten werden. □

Deutschland

Völkerrechtlich souverän

Harald Anders

45 Jahre nach Kriegsende, nur wenige Wochen nach der Volkskammerwahl in der DDR wird auch für den Blindesten der Beweis geliegert: Die Alliierten betrachten die Bundesrepublik noch immer nicht als souveränes Land, sondern vielmehr als besiegten Feindstaat, über dessen Zukunft andere zu urteilen haben. Wie anders ist es denn zu erklären, daß jetzt eine Sechser-Konferenz – bestehend aus den vier Alliierten und den »beiden« deutschen Staaten sowie Ländern mit Beobachterstatus – sowie eine EG-Konferenz über die Wiedervereinigung – in Wirklichkeit nur eine Teil-Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland ohne Einbeziehung Ostdeutschlands – beraten.

Entlarvend war die Begründung der Amerikaner, mit der den Polen eine Mitsprache bei den Beratungen über die deutsche Einheit zugesprochen wurde – es soll nur daran erinnert werden, daß Polen schon in den dreißiger Jahren durch sein fast größenwahnsinnig zu nennendes Verhalten letztendlich der Auslöser des deutsch-polnischen Kriegs war, und nicht das Deutsche Reich –: Eine Sprecherin des amerikansichen Außenministeriums erklärte, man erkenne zwar die Sorgen und Interessen der deutschen Nachbarstaaten an, die USA, die Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien hätten aber aus der Kriegs- und Nachkriegszeit stammende besondere Rechte und Pflichten, die sie mit den beiden deutschen Staaten besprechen müßten.

Immer noch Siegerallüren

Daß in der UdSSR wohl von allen »Siegermächten« noch die größte Sympathie für Deutschland vorherrscht, dürfte unbestritten sein, doch ändert dies letztendlich nichts an den Siegerallüren, die auch dort herrschen. So erklärte der Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, der frühere Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik, Falin, kürzlich, daß es nunmehr an der Zeit und auch notwendig sei, mit der Bundesrepublik einen Friedensvertrag abzuschließen. In diesem würden dann die »Rechte und Pflichten Deutschlands definiert, womit wir einen Schlußstrich unter die Periode des Krieges ziehen könnten«.

Hierzu und zu anderen ähnlichen Erklärungen, speziell der Frau Thatchers, hörte man seitens »unserer« Bundesregierung jedoch so gut wie nichts, zumindest nichts den skandalösen Äußerungen Angemessenes.

Interessant ist, was einige mit dem Völkerrecht bewandte Männer hierzu denken: Danach gibt es heute, 45 Jahre nach Beendigung des zweiten Völkerringens, kein Land mehr – Friedensvertrag hin, Friedensvertrag her –, das noch in irgendeiner Art und Weise über die Bundesrepublik verfügen oder zumindest Einfluß in irgendwelchen Belangen ausüben könnte.

Die Gewalt des Faktischen

Zwar sei es richtig, daß die Alliierten sich im Deutschlandvertrag und anderen Verträgen ein Mitspracherecht über gewisse Punkte betreffend die Bundesrepublik hätten einräumen lassen. Doch seien auch diese mit Ablauf dieses langen Zeitraums nichtig geworden. Daran ändere auch der formelle Kriegszustand zwischen Deutschland und diesen Ländern, der nur durch ein Waffenstillstandsabkommen unterbrochen sei, nichts.

Vielmehr sei durch die »Gewalt des Faktischen« und dem langen Zeitablauf der Waffenstillstand stillschweigend in einen Friedensvertrag übergegangen. Denn alle, aber auch wirklich alle Experten seien sich heute einig, daß beispielsweise Frankreich ohne Bruch des Völkerrechts nicht wegen irgendwelcher angeblicher Gefahren für ihr Land durch eine Wiedervereinigung und der »Befürchtung«, daß Deutschland dann militärisch zu stark sei und in der Vergangenheit Frankreich ja bereits mehrfach »überfallen« habe, das Waffenstillstandsabkommen einseitig auflösen und einen »Präventivschlag« gegen Deutschland vornehmen oder wieder in die ehemalige französische Besatzungszone einmarschieren könnte.

Dies sowie die Tatsache, daß ein Waffenstillstand, alleine schon vom Verständnis her, kurzfristig aufgebaut und nicht für einen Zeitraum von 45 Jahren gedacht sei, habe die völkerrechtliche Konsequenz, daß – zumindest für die drei ehemaligen westlichen Besatzungszonen – stillschweigend ein Friedensvertrag schon seit Jahren in Kraft getreten sei. Die relativ wenigen Rechte, die die Alliierten hier noch in Anspruch genommen hätten – zum Beispiel Truppenstationierung oder etwa die Überwachung des Funk- und Fernmeldeverkehrs – seien zum einen durch NATO-Verträge überlappt und zum anderen insgesamt an den sämtlichen Souveränitätsrechten eines Staates so gering, daß hieraus eine so extrem starke Machtausübung, wie man sie unter einer Besatzung etwa gleich jener der UdSSR in Afghanistan versteht, im Sinne des Völkerrechts nicht gegeben sei.

Nur Berlin ist eine Ausnahme

Anders sehe es sicherlich auch heute noch in Berlin aus und habe es bis vor kurzem auch in der DDR ausgesehen, da dort alle vier Alliierten noch laufend und in großem Umfang Besatzungsrechte ausübten, wie beispielsweise die Zulassung nur ihnen genehmer Parteien (Stichwort: Verbot der NPD in Berlin), die Befehlshoheit in allen militärischen und polizeilichen Dingen, den zwangsweisen Beitritt der Staaten zum Beispiel in den Warschauer Pakt und Comecon.

Anders als in der Bundesrepublik, wo zwar durch die NATO-Verträge eine gewisse Befehlshoheit abgetreten wurde, in vielen Fällen aber doch ausschließlich deutsche Oberbefehlshaber verantwortlich sind. Da die UdSSR jetzt aber erklärt habe, es sei alleine Sache der Deutschen, ob sie sich wiedervereinigen oder nicht und wie dann das politische System dieses vereinten (Teil-) Deutschlands aussehe, habe sie damit völkerrechtlich auch ihrerseits die Besatzung aufgegeben und Mitteldeutschland in die volle Souveränität entlassen.
Wenngleich sicherlich zugestanden werden müsse, daß die Souveränität der Bundesrepublik und auch noch der DDR in vielen Punkten eingeschränkt sei, müsse aber berücksichtigt werden, daß dies weniger für das »tägliche Leben« gelte, sondern in der Regel nur für Ausnahmesituationen. Dies rechtfertige dann aber im völkerrechtlichen Sinne nicht mehr den Status einer Besatzung, selbst wenn die jeweiligen Regierungen der Bundesrepublik diese durch ihr Verhalten oder durch »Nichtnegieren« quasi stillschweigend duldeten. Wenn es aber völkerrechtlich keine Besatzung mehr gebe, sei damit auch der Zustand des Waffenstillstandes durch die lange Zeitdauer stillschweigend in einen formellen Frieden übergegangen.

Bonns Verzicht auf Souveränität

Dies werde auch durch die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO, EG, UN und anderer Organisationen, wo die Bundesrepublik gleichberechtigt neben den ehemaligen Feindstaaten sitze und von den Westalliierten sogar als Verbündeter bezeichnet werde, bestätigt. Denn mit einem jetzigen Verbündeten könne man sich nicht in einem Zustand des Waffenstillstandes, also im Sinne des Wortes »in einem latenten Kriegszustand« befinden.
Und von daher sei es auch ganz alleine Sache der Deutschen, ob sie weiterhin einem militärischen Bündnis angehören oder militärisch lieber neutral werden wollen. □

NEU:

DIE WELTNEUHEIT: OHNE WASSER – OHNE REINIGUNGSMITTEL IN SEKUNDEN GLASKLARE FENSTER

elektrischer Fensterreiniger

Machen Sie Schluß mit dem unangenehmen und lästigen Fensterputzen. Jetzt können Sie auf einfache und problemlose Art alle glatten Flächen (Fenster, Spiegel, Glastüren, Fliesen usw.) reinigen. Hygienisch und keimfrei. Ohne Streifen.

Die Funktionsweise

Der neue **elektrische Fensterreiniger Blitz-Blank-Meister** funktioniert ohne großen Aufwand: ohne Wasser, ohne Reinigungsmittel!

Sie fahren nach Aufheizen des Gerätes leicht über die zu säubernde Fläche. Eine leichte Dampfschicht zwischen der zu reinigenden Fläche und dem Gerät löst jeden Schmutz sorgfältig und sauber auf. Ideal auch für Wintergärten und Büro/Ladengeschäfte mit großen Schaufenstern.



Ein faires Angebot: 14 Tage zur Probe

Wir möchten, daß auch Sie, liebe Leser von CODE, sich von den Vorteilen des Blitz-Blank-Meisters überzeugen. Deshalb bieten wir Ihnen an, das Gerät 14 Tage lang zu testen.

Fordern Sie den elektrischen Fensterreiniger ohne Vorauszahlung und Verpflichtung mit dem untenstehenden Coupon oder einfach per Telefon an. Sie haben dann die Möglichkeit, das Gerät auszuprobieren. Sollten Sie, entgegen unserer Erwartung, nicht mit dem Blitz-Blank-Meister zufrieden sein, so können Sie diesen gegen eine Gebühr von DM 15 wieder an uns zurückschicken. Sie zahlen diese Gebühr nur im Fall der Rücksendung. Wir sind jedoch sicher, daß Sie den tollen Fensterreiniger behalten werden. In diesem Fall überweisen Sie nur den Kaufpreis in Höhe von DM 198.

Einige Auszüge aus den zahlreichen Erfahrungsberichten unserer Kunden:

Eheleute Staps aus Wiggensbach sind begeistert und schreiben:
Schon bei unserer Bestellung waren wir mehr als skeptisch. Wie wird das „Ding" wohl funktionieren? Aber schon nach drei „Übungsfenstern" waren wir hellauf begeistert. Eine tolle Idee!

Dr. Petri aus Vechta ist auch vom Blitz-Blank-Meister überzeugt und berichtet:
Als Skeptiker glaubte ich nicht so recht an die Wirksamkeit Ihres angebotenen Gerätes. Ich entschloß mich jedoch zum Kauf. Meine bisherigen „Fensterputzverrenkungen" hinterließen nur ein „schlampiges" Ergebnis, so daß meine Frau erst richtig „ran" mußte. Heute habe ich die Fakultät gewechselt und bin zum Fensterputz-Meister aufgestiegen; beim dritten Arbeitsgang waren die Scheiben kristallklar dank des Blitz-Blank-Meisters. Ich freue mich schon jetzt auf die großen Augen meiner Frau beim Anblick der glasklar zu erkennenden Umwelt.

Frau Küchle aus Albstadt schreibt:
Ihren Blitz-Blank-Meister habe ich jetzt ausgiebig verwendet und bin sehr begeistert. Fensterputzen war lange Zeit ein großes Problem für mich, da ich nicht mehr auf Leitern steigen kann. Der Reiniger erspart mir dies, und so bereitet es mir jetzt gar keine Probleme mehr. Fensterputzen könnte direkt ein neues Hobby von mir werden…

Frau Gierß aus Stuttgart 1 ist ebenfalls begeistert:
Ich habe den Blitz-Blank-Meister erhalten und sofort in Betrieb genommen. Ich bin sehr angetan, konnte ich doch auf zweimal meine gesamten Fenster sauber machen (15 Fenster – große!) Die Handhabung ist einfach, das Gerät ist nicht zu schwer, die Verlängerung auch auf größere Höhen mit Besenstiel sehr gut.

UNSER GESCHENK:

Alle Leser von CODE, die einen BLITZ-BLANK-MEISTER bestellen, erhalten 10 Reinigungstücher GRATIS.

Wenn auch Sie in Zukunft ohne Reinigungsmittel und ohne Wasser Ihre Fenster, Spiegel, Glastüren, Fliesen usw. einfach und ohne Kraftaufwand säubern wollen, so sollten Sie noch heute den Coupon ausschneiden und senden an: VITAL-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 11, 4460 Nordhorn, oder schnell telefonisch (05921) 4074.

CODE

BESTELL-COUPON

Ja, auch ich möchte demnächst auf moderne und begeisternde Art Fenster reinigen und bestelle:

- ☐ weitere ausführliche Gratis-Infos
- ☐ Zustellung des Blitz-Blank-Meisters – komplett mit 10 Tüchern
- ☐ auf Rechnung/zur Probe
- ☐ per Nachnahme

Name ______

Vorname ______

Straße ______

PLZ/Ort ______

Unterschrift ______

VITAL-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 11, 4460 Nordhorn

Strafbefehl nach geglückter Flucht

Daß es auch in Bayern übereifrige Gesetzeshüter gibt, bewies jetzt die Staatsanwaltschaft Traunstein. Diese schickte zwei jungen Männern Strafbefehle über 1.500 DM und 2.000 DM zu – wegen »Ausweismißbrauch zur Verschleierung der Identität«. Was war geschehen? Der 20jährige Ronny Schiwek und der 25jährige Thomas Neumann hatten im Mai des vergangenen Jahres Ausreiseanträge aus der DDR gestellt. Während Schiwek ausreisen durfte, wurde dies Neumann verweigert.

Im Oktober trafen sie sich in Budapest. Neumann reiste dann mit Schiweks bundesrepublikanischem Paß über Österreich nach Bayern. Der 20jährige folgte dann wenig später mit einem Ersatzpaß der Deutschen Botschaft nach Bayern. Ihr Pech war, daß sie die Flucht der Polizei schilderten. □

Möllemann rechnet mit Welle von DDR-Studenten

Bundesbildungsminister Möllemann will nicht ausschließen, daß in den kommenden Monaten rund 100.000 junge Menschen aus der DDR an den ohnehin überfüllten bundesdeutschen Hochschulen studieren wollen. Da »mit Sicherheit« sämtliche Studenten aus Mitteldeutschland voll unterstützungsberechtigt seien, bedeute dies »auf einen Schlag« etwa ein Drittel mehr Bafög, erklärte der Minister.

Möllemann forderte daher, den Bundesbildungsetat im kommenden Jahr um mindestens 15 Prozent, »eher werden sogar 20 Prozent gebraucht«, aufzustocken. Mit dieser Forderung wolle er auch die Bundesländer zwingen, mehr Geld für die Hochschulen auszugeben. Am katastrophalsten hätten sich die Pro-Kopf-Ausgaben für die Studierenden in Nordrhein-Westfalen entwikkelt. □

Schriftliche Begründung des »Soldaten-Urteils«

Das Landgericht Frankfurt hat jetzt nach mehreren Monaten die schriftliche Begründung des am 20. Oktober 1989 ergangenen sogenannten »Soldaten-Urteils« vorgelegt. Damals war ein Arzt unter Aufhebung des Urteils eines Schöffengerichts vom Vorwurf der Beleidigung und Volksverhetzung freigesprochen worden. Der Arzt hatte bei einer Diskussion mit Schülern in Anwesenheit eines Jugendoffiziers 1984 die Soldaten der Bundeswehr als »potentielle Mörder« bezeichnet. In der gleichen Diskussion sagte der Angeklagte weiter: »In der Bundeswehr gibt es einen Drill zum Morden über 15 Monate lang, besonders in den ersten drei Monaten.«

In der 47 Seiten langen schriftlichen Urteilsbegründung heißt es nun, daß die Äußerungen zwar eine Beleidigung des angesprochenen Jugendoffiziers und der Bundeswehr seien, der Angeklagte jedoch »in Wahrnehmung berechtigter Interessen« gehandelt habe. Dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung sei in diesem Fall der Vorrang vor dem Schutz der Ehre einzuräumen gewesen. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft, der Verteidigungsminister für die Bundeswehr als Nebenkläger sowie der Jugendoffizier haben beim Oberlandesgericht Frankfurt Revision gegen dieses Urteil eingelegt. □

Hilfsaktion zur Rettung Dresdens

Eine Hilfsaktion zur Rettung Dresdens hat die Berliner CDU gefordert. Die Erhaltung und Wiederaufbau der Stadt, die im Zweiten Weltkrieg durch britisches Flächenbombardement zum Großteil zerstört wurde, seien »eine große Aufgabe für alle Deutschen«. Die CDU appellierte in diesem Zusammenhang auch an USA und Großbritannien, sich am Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche zu beteiligen. Ohne diese »schönste Barockkirche der Welt«, die ebenfalls bis auf die Grundmauern niederbrannte, sei der Wiederaufbau Dresdens gar nicht denkbar, da diese Kirche für Dresden eine vergleichbare Bedeutung wie das Brandenburger Tor in Berlin habe. Der Dresdner Stadtrat für Stadtentwicklung und Stadtgrün, Gängler, betonte, ohne Hilfe von außen »ist Dresden nicht mehr zu retten«. □

Bundesrepublik größter Handelspartner des Ostens

Die Bundesrepublik ist der mit Abstand größte Handelspartner des Ostblocks. Alleine in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahrs betrug der Warenaustausch mit den Ländern Osteuropas umgerechnet rund 14,6 Milliarden Dollar. Der zweitplazierte, Italien, brachte es dagegen nur auf etwa fünf Milliarden Dollar und damit nur auf gut ein Drittel des deutschen Osthandels. Als großer Pluspunkt hierfür erweist sich dabei die geo graphische Nähe zu diesen Ländern. □

Acht Millionen Tonnen Obst und Gemüse vernichtet

Die Europäische Gemeinschaft hat in den vergangenen fünf Jahren insgesamt rund acht Millionen Tonnen Obst und Gemüse vernichtet. Damit sollen die Preise hochgehalten werden, wie die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände berichtete. Nicht nur, daß diese insgesamt viele Milliarden DM kostete, viel verwerflicher ist, daß gleichzeitig auf der Welt viele hunderttausend Leute eines Hungertodes sterben, während hier aus reiner Profitgier Lebensmittel auf den Müll gekippt werden. □

Indizien für Ermordung Barschels mehren sich

Die Indizien, daß der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel am 10. Oktober 1987 ermordet wurde und nicht Selbstmord begangen hat, mehren sich. Jüngst veröffentlichte die schweizerische Zeitung »Tribune de Geneve« ein aus den Untersuchungsakten stammendes Bild des Zimmerschlosses, auf dem deutliche Spuren einer gewaltsamen Beschädigung zu erkennen sind. Bislang war dies von der Untersuchungsrichterin Claude-Nicole Nardin stets abgestritten worden. □

Berliner Senat gibt Millionen für jüdisches Museum

Ungeachtet der desolaten Finanzlage Berlins, die sich durch die Öffnung der innerdeutschen Grenze noch verschlechtert hat, hat der rot-grüne Berliner Senat jetzt die Erweiterung des Berlin-Museums um die Abteilung »Jüdisches Museum« beschlossen. In der Investitionsplanung sind für dieses Projekt, mit dessen Bauarbeiten im kommenden Jahr begonnen werden soll, rund 77 Millionen DM vorgesehen. □

Co op will Gewerkschaftsholding verklagen

Der Einzelhandelskonzern Co op hat jetzt von der Gewerkschaft Millionen DM verlangt. Grund dafür sind mehrere angeb-

liche »Transaktionen zum Nachteil der Co op«. Die Gesamtsumme soll sich auf 691 Millionen DM belaufen. Für Ansprüche in Höhe von 300 Millionen DM liegen bereits Rechtsgutachten von mehreren namhaften Professoren vor. Hintergrund ist, daß die BGAG viele Jahre die Geschäftspolitik der Co op kontrolliert hatte und dabei die Interessen der Co op AG schwer geschädigt haben soll. □

Vogts für gesamtdeutsche Bundesliga

Eine gesamtdeutsche Fußball-Bundesliga mit 20 Vereinen, darunter vier aus der DDR, hat der künftige Fußball-Nationaltrainer Berti Vogts gefordert. »Später müßte die Liga dann verkleinert werden«, sagte der designierte Nachfolger von Teamchef Franz Beckenbauer in einem Interview. Der 43jährige glaubt nicht an Widerstände hiergegen aus den Reihen der bundesdeutschen Erstligaclubs. »Wir sind doch alle zu sehr Deutsche, um uns dagegen zu wehren.«

Auch hält es Vogts nicht für ausgeschlossen, daß bereits in der Europameisterschafts-Qualifikation für die Endrunde 1992 eine gemeinsame deutsche Nationalmannschaft antritt. »Vielleicht führt die rasante politische Entwicklung ja dazu, daß es nur noch eine Vierer-Gruppe mit einer gesamtdeutschen Mannschaft gibt«, sagte Vogts. Bei der Auslosung im Januar dieses Jahres war dem deutschen Auswahlteam neben den Nationalmannschaften von Belgien, Wales und Luxemburg auch die Elf der DDR zugelost worden. □

Von Weizsäcker bereit für gesamtdeutsche Präsidentschaft

Obwohl Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU) sich offiziell noch nicht zu den Plänen für eine gesamtdeutsche Präsidentschaft seinerseits geäußert hat, verlautet offiziell aus dem Präsidialamt: »Richard ist hierzu gerne bereit.« Und obwohl sich die Stimmen aus der SPD mehren, ihren Ehrenvorsitzenden Willy Brandt für dieses Amt zu nominieren, werden dem Ex-Kanzler und Friedensnobelpreisträger hierfür so gut wie keine Chancen eingeräumt. »Wenn Weizsäcker will, kann ihm dieses Amt keiner streitig machen.« Angesichts »der mit nichts zu vergleichenden Situation« wird in Bonn bereits laut darüber nachgedacht, die bislang auf maximal zehn Jahre befristete Präsidentschaft »ausnahmsweise« um weitere fünf Jahre zu verlängern. □

Ausländische Terroristen dürfen bei Foltergefahr nicht abgeschoben werden

Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich ein Urteil zum Asylrecht getroffen, das die innere Sicherheit der Bundesrepublik auf das höchste gefährdet. Danach haben aktive Mitglieder und Sympathisanten ausländischer Terrororganisationen zwar keinen Anspruch auf Asyl, dürfen aber bei »Gefahr von Folter oder erniedrigender Behandlung« nicht in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Die »erniedrigende Behandlung« oder gar die »Folter«, die diese Terroristen ihren Opfern zuteil haben werden lassen, scheinen die Richter des höchsten deutschen Gerichts dagegen nicht zu interessieren. □

SPD läßt Worten keine Taten folgen

Die SPD hat in den vergangenen Wochen massive Kritik an der Bundesregierung wegen angeblich mangelnder materieller Hilfe für die DDR geübt. Soforthilfe in zweistelliger Größenordnung war nur ein Vorschlag von vielen. Was aber wirklich von diesem Getöne zu halten ist, kennzeichnen folgende Zahlen: Während die CDU- und CSU-regierten Bundesländer bis Ende Februar insgesamt 648,5 Millionen DM aus Haushaltsmitteln für Wirtschaftshilfen an die DDR zur Verfügung stellten, waren es im gleichen Zeitraum seitens der SPD-regierten Länder nur 48,55 Millionen DM – weniger als ein dreizehntel der seitens der CDU und CSU bewilligten Gelder.

Am krassesten ist das Mißverhältnis in Nordrhein-Westfalen, das mit rund 17 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Bundesland ist. Dennoch stellt die SPD-Regierung unter Ex-Kanzlerkanditat Johannes Rau nur 34 Millionen DM für die DDR zur Verfügung. In Hessen mit seinen 5,5 Millionen Einwohnern sind es dagegen 250 Millionen DM. Schlußlicht ist, wie nicht anders zu erwarten war, das Saarland. Der designierte Kanzlerkandidat der SPD, Oscar Lafontaine, ist lediglich zu einer Finanzspritze von lächerlichen 1,25 Millionen DM bereit. □

Steuerzahler muß 100.000 DM zahlen

Für einen typischen Fall von Parteibuch-Karriere muß jetzt nach neunjähriger Prozeßdauer der Steuerzahler 100.000 DM zahlen. Folgendes war geschehen: Dr. Wolfgang Franz, der 1969 nach seinem Studium im Bundesgesundheitsministerium anfing und dort schnell wegen seiner ausgezeichneten Leistungen die Karriereleiter hochkletterte, machte sich 1977 bei der damaligen Ministerin Antje Huber (derzeit stellvertretende nordrhein-westfälische SPD-Landesvorsitzende) unbeliebt, weil er bei Personalentscheidungen auf Einhaltung des Beamtenrechts pochte und gegen die Parteibuch-Karriere des Huber-Günstlings S. opponierte.

Dieser, ein verdientes SPD-Mitglied, wurde als Leiter ihres Ministerbüros eingestellt, im Schnellverfahren zum Ministerialrat und nur zwei Monate später zum »Ministerialrat de Luxe« mit der sehr hohen Besoldungsgruppe B 3 befördert. Rechtliche Bedenken hiergegen tat Huber, wie später im Prozeß bekannt wurde, mit dem Hinweis ab, S. habe »viel für die Partei getan, was zu honorieren sei«.

Für den unbequemen Personalreferenten Franz hatte dessen Widerspruch dagegen harte Konsequenzen: Nicht nur, daß er 1980 bei der Beförderung übergangen wurde, folgte dann auch noch die (Straf-)Versetzung in das unbedeutende Referat »Jugendhilfe«.

Bei dem ersten Verfahren, in dem es um die Versetzung ging, rechtfertigte Huber diese mit dem Vermerk von Ministerialdirektor K., wonach Dr. Franz mit Arbeitsverweigerung gedroht habe. Als Zeuge gestand K. dann jedoch, er habe diesen Vermerk so auf »ausdrückliche Anweisung« von Huber gefertigt. Dr. Franz bekam vom Gericht recht, was dann auch höchstrichterlich bestätigt wurde.

Im zweiten Verfahren, das Dr. Franz wegen der unterbliebenen Beförderung anstrengte, urteilte das Gericht, das hierfür »nicht sachliche Kriterien ausschlaggebend« gewesen seien, vielmehr sei Franz der einzige der zur Beförderung anstehenden Beamten gewesen, der als »hervorragend geeignet« beurteilt worden sei. Das Gericht verurteilte das Ministerium zur Zahlung von 63.157,60 DM für die entgangenen Bezüge zuzüglich vier Prozent Zinsen (rund 13.000 DM). Auch dies wurde später vom Oberlandesgericht in letzter Instanz bestätigt.

Obwohl für Schadensersatzzahlungen laut Gesetz der halbe Steuersatz gilt, behandelte das Finanzamt St. Augustin die Überweisung wie eine normale Gehaltszahlung und verlangte den vollen Steuersatz. Gerüchte wollen wissen, daß hiefür »der lange Arm« Hubers verantwortlich sei. Das mittlerweile wieder angerufene Gericht erklärte nun lapidar: »Eine Entschädigung, die ein Beamter wegen pflichtwidrig unterlassener Beförderung von seinem Dienstherrn enthält, unterliegt dem ermäßigten Steuersatz.«

Möglicherweise folgt bald der nächste Prozeß, da sich Franz und das Ministerium nämlich noch über den Grundsatz der mathematischen Prozentrechnung für die Zinsen streiten. Das interessante ist, daß es also bereits eine große Koalition gibt: denn das Bundesgesundheitsministerium wird heute von der CDU-Ministerin Lehr geleitet. □

Der Kapitalismus ist putzmunter

C. Gordon Tether

Der Kommunismus-Sozialismus mag tot sein, aber der Kapitalismus ist leider noch immer putzmunter. Die Epoche machende politische Umwälzung, die sämtliche osteuropäischen Satelliten Sowjetrußlands in den letzten Monaten heimgesucht hat, ging in den einzelnen Ländern auf verschiedene Weise vor sich.

Aber zwei Folgen hatte sie in jedem Fall. Eine ist die Beseitigung der Regierungsform des Polizeistaates, die das Leben aller Bürger der jeweiligen Länder seit dem Zeitpunkt, als sie gegen Ende des Zweiten Weltkrieges dem Stalinismus zum Opfer fielen, beherrscht hat.

Auch Moskau kehrt sich vom Sozialismus ab

Die andere ist der völlige Verzicht auf die kommunistische Ideologie, nach der bisher nach dem Willen ihrer sowjetischen Herren jeder Aspekt des alltäglichen Lebens gestaltet werden sollte.

In der Sowjetuntion war Michail Gorbatschow etwas zurückhaltender damit, im formellen Sinn mit der Beendigung des Kommunismus-Sozialismus reinen Tisch zu machen. Aber was den Abbau von Polizeistaatmethoden betrifft, so brachte Moskau selbst den Stein ins Rollen.

Und es scheint ziemlich klar zu sein, daß jedes Zögern seitens des Kremls dem Kommunismus den Rücken zu kehren weniger von einer Entschlossenheit ihn am Leben zu halten als von der Angst zeugt, daß ein Verzicht auf ihn auf breiter Basis die Wirtschaftsreform eher schwieriger gestaltet als ihr dienlich sein könnte.

Was für den derzeitigen Stand des Nachdenkens der neuen Sowjetregierung über diese Frage höchst bedeutsam ist, ist die Tatsache, daß die Sowjetunion keinesfalls im Wege stand als seine osteuropäischen Satelliten den Kommunismus-Sozialismus über Bord warfen.

Wie ein offizieller Sprecher des Kremls es ausdrückte, als er gefragt wurde, etwas zu dieser Angelegenheit zu sagen, war Moskau ganz glücklich darüber, daß die einzelnen Länder »die Sache auf ihre Weise regelten«.

Moskaus heilige Kuh

Da ist auch noch der Punkt, daß ein großer Teil der wirtschaftlichen Neuordnung, die der Kreml durchzuführen versucht, den Verzicht auf viele Aspekte des Kommunismus, so wie er in der UdSSR fast das ganze gegenwärtige Jahrhundert praktiziert wurde und der zur heiligen Kuh geworden ist, impliziert.

Kurz gesagt: Wir können uns jetzt ein ziemlich klares Bild darüber machen, mit welcher Form des politischen und wirtschaftlichen Lebens die Bestandteile des Sowjetblocks von nun an nichts mehr zu tun haben wollen. Was noch geklärt werden muß ist die Frage, wodurch das System des bösen Imperiums, wie Präsident Reagan es einmal nannte, ersetzt werden soll. Die neugebildeten Regierungen in den Satellitenstaaten haben davon gesprochen den »Sozialismus« zum Schlüsselthema der Reformprogramme zu machen, zu deren Durchsetzung sie sich verpflichtet haben. Aber das ist offenkundlich ein verschwommener Begriff.
Wie verschwommen er ist, sieht man schon an der Vielfalt der politischen Parteien, die ihn in ihrem Namen führen und die heute überall in der Welt tätig sind. Es könnte bedeuten, daß die mit neuen Besen Kehrenden lediglich ins Auge gefaßt haben so etwas weiterzuverfolgen was man »Kommunismus mit menschlichem Antlitz« nennen könnte. Oder es würde bedeuten, daß man die Form des nach dem kapitalistischen System orientierten Sozialismus übernimmt, wie er schon seit langem in Schweden praktiziert wird.

Kommunismus mit menschlichem Antlitz?

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es einige Zeit dauern wird, den Schlamassel zu sortieren, den die Revolution im Kielwasser hinterlassen hat. Wir werden erleben, wie die Überbleibsel der ehemaligen kommunistischen Regierungen versuchen werden, sich an der Macht in der Form des »New Look« zu klammern und sich mit den neuen Parteiungen, die die Umwälzung nach oben spült, herumschlagen werden.

Wie dieses Gerangel schließlich ausgehen wird, läßt sich offensichtlich noch nicht sagen. Was bereits deutlich ausgemacht werden kann ist, daß dieses Machtvakuum von den großen Bataillonen der westlichen Kapitalisten energisch ausgebeutet werden wird.

Sie sind zum Eingreifen durch die Versicherungen europäischer und amerikanischer Politiker ermuntert worden, daß der Niedergang des Kommunismus im Sowjetblock eine direkte Folge des Erfolges des Vormarsches des Kapitalismus der Marktkräfte im Westen sei.

Natürlich, wenn es solch eine Umwandlung bei den osteuropäischen Satelliten gegeben hat, dann folgt daraus, daß sich plötzlich ein riesiges neues Gebiet der Welt für alle möglichen Tätigkeiten des kapitalistischen Systems eröffnet hat.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß kein Grund dafür besteht, warum eine größere Expansion solcher internationaler Wirtschaftstätigkeiten keine wohltätigen Folgen haben sollte, wenn die Völker des Westens wie auch des Ostens dabei Empfindsamkeit an den Tag legen. Es ist in diesem Zusammenhang angebracht darauf hinzuweisen, daß, obwohl das Angebot an Gütern aus westlichen Industrien dazu neigt die Nachfrage zu überschreiten, im Sowjetblock ein ernsthaftes Unterangebot auf diesem Gebiet vorherrscht.

Jagd nach Posten und Profiten

Es muß jedoch gesagt werden, daß bislang die Bemühungen des westlichen Kapitalismus, die Explosion des Sowjetblocks in seine Berechnungen einzubeziehen, allzuviel von der Postenjägerei widerspiegelt, die sich im amerikanischen Süden im Kielwasser des Krieges zwischen den Staaten entwickelte. Die Vertreter des Großgeschäfts im Westen sind aus allen Richtungen hineingeströmt. Ihr offensichtliches Ziel besteht allzu oft darin, das derzeit in der Region vorherrschende Chaos auszubeuten, um sich Unterschriften auf Verträgen zu sichern, die die osteuropäischen Länder vielleicht noch einmal bedauern werden.
Einer der beunruhigendsten Gesichtspunkte dieser Entwicklung ist die Eröffnung in den Hauptstädten des Sowjetblocks, darunter Moskau, von mächtigen Missionen, die sich aus westlichen Banken zusammensetzen. Geleitet von solch bemerkenswerten Persönlichkeiten wie der ehemalige Leiter des New Yorker Bankarms des Federal Reserve Board, besteht ihre Zielsetzung darin, die Regierungen des New Look über ihre Teilnahme am internationalen Bankgeschäft im allgemeinen und über die Gelegenheiten, die dieses für die Lockermachung von Krediten zur eigenen Verwendung im besonderen, zu beraten.

Man kann von den neuen Formen des Kapitalismus, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten im Westen entwickelt haben, kaum behaupten, daß sie der kapitalistischen Lebensart Ehre machen. Man kann nur hoffen, daß diesem Bericht nicht noch ein weiteres schimpfliches Kapitel hinzugefügt werden muß. □

Kapitalismus

Hemmungsloser Wettbewerb der Banker

C. Gordon Tether

Die Auflösung des kalten Krieges könnte dem Wettkampf zwischen den großen Handelsblöcken der Welt einen neuen Auftrieb geben.

Die von den Vereinigten Staaten und den meisten anderen fortgeschrittenen Industrieländern betriebenen Exzesse in der Geldpolitik, bei dem Versuch die aus den siebziger Jahren ererbten Inflationsprobleme in den Griff zu bekommen, gestalteten die Anfangsjahre des vergangenen Jahrzehnts für die Weltwirtschaft ringsumher zu einer schwierigen Zeit. Aber die Dinge besserten sich merklich, als die Behandlung der Krankheit Erfolge zeitigte, die eindrucksvoll genug waren, um eine beträchtliche Verringerung der Dosierung zuzulassen.

Schuldenkrise als Mühlstein am Hals

Für die meisten Länder begann eine Zeitspanne der wirtschaftlichen Expansion, die, an geschichtlichen Maßstäben gemessen, ungewöhnlich lange anhielt. Unglücklicherweise, das muß gesagt werden, umspannte sie nicht den Teil der Weltbevölkerung, der ihrer am meisten bedurfte: die Bewohner der dritten Welt.

Für die meisten dieser Länder war die Zeit unmittelbar nach der gigantischen Anleihewelle, zu der sie das internationale Bankwesen in den siebziger Jahren ermutigt hatte, ein gewaltiger Sprung in den Bedienungskosten für Auslandsschulden. Es war schlimm genug Verheerung in ihren Auslandszahlungen anzurichten und damit den wirtschaftlichen Fortschritt, den sie in den vorangegangenen 30 Jahren mit Mühe erzielen konnten, urplötzlich in das Gegenteil zu verkehren.

Obwohl die Schuldenkrise den meisten darunter leidenden Ländern immer noch wie ein Mühlstein am Hals hängt, gibt ihnen der Beginn der neunziger Jahre eine gewisse Rechtfertigung zum Optimismus.

Aber für die übrige Welt sind die Aussichten verhältnismäßig gut. Wie die American Express Bank, die die Szene untersucht hat, es in ihrem neuesten Bulletin formuliert, »ist auch nach einer ungewöhnlich langen Expansion, die damit verbundene typische Anhäufung von Problemen, besonders Inflation, immer noch nicht zu schwerwiegend«.

Ein optimistischerer Ton bei Banker

Die Hauptsorge, so wird im Bulletin festgestellt, besteht darin, daß man sich zu sehr auf Zinssätze verläßt, um die gewünschten Wachstumsquoten zu erzielen, da vergangene historische Erfahrungen darauf hindeuten, daß eine erfolgreiche Feinabstimmung schwer zu bewerkstelligen ist.

Bis vor kurzem, so wird man sich erinnern, drückten die Fachgelehrten ihre Besorgnis über die Möglichkeit aus, daß die weltweite Expansionsbewegung sich entweder überschlagen oder als Folge der vorübergehenden Sättigung des Appetits der Öffentlichkeit auf Verbrauchsgüter an Triebkraft verlieren könnte.

Wenn bei den Voraussagern jetzt eine Tendenz vorhanden ist, einen optimistischeren Ton anzuschlagen, so ist das teilweise mit dem Denkanstoß über diesen Aspekt der Weltangelegenheiten durch die politische Umwälzung in Osteuropa und die dadurch ausgelöste Liquidierung des kalten Krieges zu erklären.

In einer Hinsicht ist dies natürlich eine Entwicklung, die darauf abgezielt sein könnte, die Bremse zu betätigen bei einer Art von Wirtschaftstätigkeit, die lange Zeit eine der Hauptstützen der weltweiten Expansion darstellte: Das Wachstum des Handelsverkehrs mit Waffen.

Es gibt zwei Gründe dafür, warum die gängige Meinung dahin tendiert, daß dieses, nach Abwägung, seinen Einfluß in die umgekehrte Richtung geltend machen wird. Einer ist darin zu sehen, daß offenbar allgemein akzeptiert wird, daß ungeachtet der Annäherung zwischen Ost und West die Einstellung zur Abrüstung auf beiden Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs vorsichtig genug sein wird, um zu gewährleisten, daß sich die Abwärtsbewegung der Industrietätigkeit in dieser Hinsicht nur ganz allmählich vollzieht.

Viele Kredite für den ehemaligen Ostblock

Der andere Grund ist in der weit verbreiteten Ansicht zu sehen, daß die politische Umwandlung Osteuropas und die damit einhergehende Eröffnung von Gelegenheiten zu Handelsgeschäften mit einem gewaltig großen Bereich, der der westlichen Geschäftswelt bislang weitgehend verschlossen war, führen muß.

Großes weltweites Interesse geweckt

Es ist nicht schwer vorauszusehen, daß der Einfluß des letzteren Faktors auf das weltweite Wachstum den des ersteren leicht mehr als zunichtemachen könnte. Und es liegen in der Tat schon viele Beweise dafür vor, daß das Interesse der westlichen Geschäftswelt durch Hinweise darauf geweckt wird, daß den Sowjetblockländern des New Look sehr viele Kredite zur Verfügung stehen werden, um die Dinge ins Rollen zu bringen.

Amerika, die Bundesrepublik Deutschland und verschiedene andere europäische Länder haben bereits wesentliche offizielle Darlehen zugesagt. Und man kann ziemlich sicher darauf warten, daß größere internationale Bankinstitutionen nicht mehr lange hinterherhinken werden, um selbst aktiv zu werden.

Es gibt natürlich, das braucht nicht gesagt zu werden, keine Garantie dafür, daß der Faktor der osteuropäischen Explosion sich auf eine so wohltätige Art und Weise auswirken wird, wie allgemein angenommen wird. Sogar wenn, wie einigermaßen sicher zu sein scheint, Glasnost nicht durch eine Gegenrevolution ins Gegenteil verkehrt wird, so besteht immer noch die Gefahr, daß die Rivalitäten zwischen den Parteiungen, die den Kommunismus von der Zentralbühne verjagt haben, die Region noch monatelang, wenn nicht jahrelang, in Aufruhr halten werden.

Möglichst ein großes Stück vom Kuchen

Nicht weniger relevant für die Frage, wohin die Weltwirtschaft von hier aus gehen wird, ist, wie weit ihr Wohlergehen durch die lebhafter werdende Kriegsführung zwischen den internationalen Handelsblöcken, die sich in den achtziger Jahren mächtig entwickelt haben – Westeuropa, Nordamerika und die von Japan angeführte Gruppe des Pazifischen Beckens – untergraben werden könnte.

Ihre Bemühungen sich das größtmögliche Stück aus dem internationalen Wirtschaftskuchen zu sichern, gibt bereits Anlaß zu beträchtlichen Spannungen. Und dies wird unvermeidlich noch durch den Vormarsch des Fusionswahnsinns verstärkt, der zum Hauptmerkmal der jüngsten Evolution des kapitalistischen Systems geworden ist. □

Banker-Journal

Weltbank bedroht Bangladesch

Die Weltbank schaltete sich in eine Kampagne gegen die Regierung des Präsidenten Generalleutnant Ershad von Bangladesch ein, heißt es in Berichten aus der Hauptstadt Dakka. Der Vertreter der Bank in Dakka wies in einem Interview warnend darauf hin, daß Auslandsdarlehen an Bangladesch – 85 Prozent des Haushaltes dieses Landes sind von Auslandshilfe abhängig – darunter leiden würden, wenn die Hilfsgelder nicht in angemessener Weise verwendet werden. Dies bedeutet, daß Bangladesch aufhören muß, seine Bevölkerung zu ernähren.

Das Land erhält etwa zwei Milliarden Dollar pro Jahr von den Gläuberstaaten, dem Klub von Paris, aber im Augenblick stekken immer noch fast fünf Milliarden Dollar aus Hilfsgeldern in der unbenutzten Pipeline, weil Dakka mit der entsprechenden Finanzierung aus dem Inland nicht nachkommen kann.

Francis Van Gigch, der Vertreter der Weltbank, führte Bangladesch's Unfähigkeit im Inland – hier beträgt das Prokopfeinkommen 170 Dollar pro Jahr – Hilfsmittel für Lohnerhöhungen zu mobilisieren auf »unkluge Beschaffung von Nahrungsmittelgetreide« zurück. Van Gigch beschwert sich darüber, daß Bangladesch versucht Reis zu kaufen, obwohl das Land mit einer reichen Ernte rechnet.

Regierungssprecher weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, daß ein »Puffervorrat« von wesentlicher Bedeutung sei, um im kommenden Jahr mit einem möglichen Nahrungsmittelmangel fertigzuwerden, da – ganz abgesehen von Wirbelstürmen und anderen Katastrophen, die Bangladesch regelmäßig verwüsten – gute und schlechte Ernten sich in der Geschichte des Landes einander abgelöst haben. □

Rafi Eitans Rückkehr zur Spionage

Rafel Eitan (der »anrüchige Rafi«) ist wieder im Spionagegeschäft und operiert in der Benelux-Region – Belgien, Niederlande, Luxemburg –, verlautet aus Kreisen des israelischen Geheimdienstes. Eitan hat die Lakam (Lishka Lekishrey Mada) – das Office of Scientific Liaison, die spezielle wissenschaftliche Spionageeinheit des Verteidigungsministeriums, die den Jonathan Pollard-Spionageeinsatz gegen amerikanische Geheimdienste durchführte, wieder zum Leben erweckt.

Eitan wurde von seiner Position als Leiter von Israels größter Chemiefirma in den aktiven Spionagedienst zurückberufen, »um in dem neuen BSP(Bruttosozialprodukt)-Krieg auszuhelfen«. Wie aus diesen Quellen verlautet, hat Israel erkannt, daß das Ende des kalten Krieges zwischen dem Westen und dem sowjetkommunistischen Imperium auch den Beginn eines neuen Krieges, einer internationalen Wirtschaftskonkurrenz, signalisiert.

»Es wird ein Frei-für-alle sein, in dem die USA, Japan und die Europäische Gemeinschaft (EG) alle gegeneinander konkurrieren werden«, verlautet aus Kreisen der israelischen Geheimdienste. »Aber Israel kann auch ein Mitspieler sein, indem es vertrauliche technische Daten zur eigenen Verwendung oder zum Verkauf an den höchsten Anbieter unter den Hauptwettbewerbern erwirbt.«

Wie berichtet, baut Eitan seinen Betrieb im Benelux-Bereich aus zwei Gründen auf. Erstens, es ist das technologische Zentrum Europas und bietet daher guten Zugang zu aller Art von Daten, nach denen die Israelis streben. Und zweitens versetzt die kosmopolitische Atmosphäre Lakam in die Lage, sich mit allen Seiten der neuen Wirtschaftskonkurrenz, darunter die osteuropäischen Länder und die Sowjetuntion, zu befassen.

Aus Kreisen der amerikanischen Abwehr verlautet, daß die Art von Geheimorganisation, die Eitan in den Benelux-Ländern aufbauen will, fast mit Lakams ursprünglichen Missionen in den USA identisch ist – bis die israelische Spionageorganisation durch ihren »Abstecher« in das amerikanische Nachrichtendienstwesen durch die Pollard-Affäre entlarvt wurde.

»Die Israelis stehlen schon seit Jahren technische Informationen von uns«, sagte ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des amerikanischen Verteidigungsministeriums. »Aber es besteht keine Möglichkeit alles zu verwerten, was sie erworben haben. Einen Teil der Daten mußten sie anderen Interessenten weitergeben, und der wahrscheinlichste Empfänger muß die Sowjetunion gewesen sein.« □

Kissinger als Schuldeneintreiber für Chase Manhattan

Der dicke Henry Kissinger, der sich einst den Zorn Lateinamerikas zuzog, indem er mit päpstlicher Autorität verkündete: »Nichts bedeutendes ist jemals aus dem Süden gekommen«, fügte seiner Abneigung gegen die Region eine neue Dimension hinzu, als er sagte: »Ich unterstütze Präsident Bush, aber die Invasion Panamas ist nur ein ›Zwischenfall‹.«

Kissinger sieht seine Aufgabe in der unverzüglichen Schuldendienstzahlung an seine Kunden, wie die Chase Manhattan Bank, die weit wichtiger ist als ein Wiederaufleben von »Zwischenfällen der Kanonenboot-Diplomatie«.

Henry Kissinger wählte zu seinem Kompagnon auf einer dieser kleinen Schuldeneintreibungsfahrten – diesmal nach Venezuela – den Modedesigner Oscar de la Renta. Er machte einen dreistündigen Besuch in Caracas, wo er mit Präsident Carlos Andrés Pérez zusammentraf. Er reiste von Santa Domingo dorthin, wo de la Renta eine Villa namens »La Romana« besitzt, die Kissingers reguläre Zuflucht zur Sonnenwende ist. Dazu stellte der Cisneros-Clan von Venezuela Kissinger wieder einmal sein Privatflugzeug zur Verfügung.

Die Cisneros haben viel mit Henry Kissinger gemeinsam, besonders seit sie den Vertrieb eines Buches in Venezuela unterbanden, das sie mit Finanzinstituten und Personen in Verbindung bringt, von denen man glaubt, daß sie in Drogengeldwäsche verwickelt sind. Einige von Kissingers eigenen Kunden sind natürlich auch in die Drogengeldwäsche verwickelt, darunter die Midland Bank PLC, dessen Geschäftsbereich in Händen des Vorstandsvorsitzenden von Kissinger Associates, Larry Eagleburger, lag. Eine Midland Filiale wurde 1985 strafrechtlich angeklagt, weil sie über drei Milliarden Dollar gewaschen hat, die wie das US-Finanzministerium glaubt, aus Erlösen von Opium und Heroin aus dem Goldenen Dreieck stammt. □

US-Pleiten sind ein Wachstumsgeschäft

Wall Streets neue Geschäftskonjunktur ist die massive Welt der Zusammenbrüche und Konkurse, schreibt die »New York Times«. »Pleiten sind ein Wachstumsgeschäft«, meint ein Banker der Wall Street zur Einstellung »gegenüber der Welle von Firmenzusammenbrüchen, die für jene blühende Finanzindustrie, die sich auf Firmenzusammenbrüche spezialisiert hat, eine Konjunktur herbeiführen wird. Größere Maklerhäuser, darunter First Boston, Shearson und Drexel, verwenden mehr Energie auf die Umorganisation und Umstrukturierungen, womit sie Angebotskriege für Konkursspezialisten auslösen«. Die gleichen Häuser, deren Rat und Geschäftsleitungsexpertisen den Zusammenbruch dieser Firmen verursacht haben, »bereiten sich darauf vor, über die kommenden Jahre hinweg gewaltige Gebühren einzustreichen, um die Fehler zu korrigieren, die sie selbst mitverursacht haben.

Und wenige an der Wall Street kritisieren dieses Konzept. Ein Banker sagt dazu: ›Solange die

Leute eines Finanzengineerings bedürfen, wird Wall Street mit im Spiel sein und dementsprechend Geld machen.‹

Gewinne zu machen mit der Wiedergutmachung ihrer eigenen Untaten ist bei der Wall Street große Tradition.«

Es ist »praktisch unmöglich eine Bank oder eine Anwaltsfirma mit Erfahrung zu finden, die nicht bereits in die Campeau-Situation verwickelt ist. ›Alle Berater an der Wall Street werden bei diesem Handel Höchstgewinne erzielen«, meint ein Banker und verweist dabei auf das Jung-Bonds-Imperium von Robert Campeau. Häuser wie First Boston, das auf wertlosen Campeau-Papieren in Höhe von 500 Millionen Dollar hängengeblieben ist, streben danach, ihren Verlust wieder hereinzuholen, indem sie ihre eigenen Opfer prüfen und nach unbedarften untersuchen, um denen Neuschulden zu verkaufen, damit die Zinsen daraus die Verluste ausgleichen.« □

Stellvertretender US-Außenminister als Kissingers Bote

Kaum hatte Henry Kissinger seine Stimme erhoben, um die Aufregung in Lateinamerika über Panama abzuwinken, als sein ehemaliger Angestellter und heutiger stellvertretender amerikanische Außenminister, Lawrence Eagleburger, von US-Präsident George Bush als Leiter einer Kommission entsandt wurde, vorgeblich um die Finanzbedürfnisse Panamas zu ermitteln. Aber das US-Außenministerium wollte nicht ausschließen, daß Eagleburger in Wirklichkeit wegen eines Vorstoßes in allerletzter Minute entsandt worden sein könnte, den Vatikan unter Druck zu setzen, den General Manuel Noriega aus der päpstlichen Nuntiatur in Panama City freizugeben.

Dies war der gleiche Larry Eagleburger, der nach seiner Chinareise im Dezember 1989, wo er mit Deng Xiaoping, dem »Schlächter von Peking«, zusammentraf und veranlaßte, daß Kissinger im amerikanischen Fernsehen mit Nachdruck darauf hinweisen sollte, daß die Kritik an der Reise unbegründet sei, weil »alle Arten von Fragen über Menschenrechte«, die während dieses Besuches aufgeworfen wurden, bald bekannt gemacht würden.

Eine dieser Fragen, von denen Kissinger behauptete, Eagleburger habe sie aufgeworfen, befaßte sich mit dem Recht des chinesischen Dissidenten Fang Lizhi, der in der amerikanischen Botschaft in Peking Unterschlupf gefunden hat.

Der eigentliche Zweck von Eagleburgers Reise nach Panama wird möglicherweise erst in Monaten bekannt werden. Aber was Eagleburger auch immer in Wirklichkeit getan haben mag, er gab sicherlich keine Bargeldversprechungen für den Schaden von Milliarden Dollar ab, der durch die amerikanische Militär-Taktik angerichtet wurde. Bei der Dienstreise Eagleburgers sei von einer läppischen Summe von 70 Millionen Dollar die Rede gewesen.

Eagleburger soll gesagt haben, Panamas Wirtschaftsprobleme seien durch »Mißwirtschaft und Korruption des Noriega-Regimes« entstanden – eine feine Art, die Vereinigten Staaten trotz der zwei Jahre dauernden amerikanischen Sanktionen und der schweren Bombardierung von Panama City aus dem Schneider zu lassen.

Zbigniew Brzezinski, Carters ehemaliger Berater für Nationale Sicherheit, der heute mit Henry Kissinger in US-Präsident Bushs Foreign Intelligence Advisory Board (PFIAB) sitzt, empfahl, Eagleburger für einen neuen Aufgabenbereich vorzusehen: Überwachung aller amerikanischen Hilfsprogramme für Osteuropa. Wie der Sprecher des National Democratic Policy Committee, Scott Thompson, die einzige Person, die gegen Lawrence Eagleburgers Ernennung stimmt, im vergangenen Frühjahr warnend sagte, gehörten zum Geschäftsbereich von Eagleburgers Klienten bei Kissinger Associates mehrere Firmen, die Milliarden von Dollar in Osteuropa investiert haben, wodurch sich die Frage großer Interessenkonflikte erhebt, falls er wieder einmal mit Fragen des Ost-West-Handels zu tun haben sollte.

Nicht nur befinden sich Banken von Gläubigern von Kissinger Associates in Osteuropa – darunter Polen, wo Kissinger sich für eine Art von Sparprogramm im Stil des Internationalen Währungsfonds eingesetzt hat, das die Solidarnosc-Regierung in Mißkredit und möglicherweise zu Fall bringen wird –, sondern Eagleburger hat sich auch auf Geschäfte spezialisiert, als er in Jugoslawien tätig war. Er war Mitglied des Vorstands von Global Motors, die den Yugo produziert, und ist Mitglied der LBS-Bank von New York, selbst eine Filiale der jugoslawischen Ljubljanska Banka, in deren Vollbesitz sie sich befindet, und die 1988 wegen Geldwäsche in Tateinheit mit versuchten Übertretungen des Arms Control Act (Waffenbewirtschaftungsgesetz) unter Anklage stand. □

Thailand fürchtet, USA verlieren Drogenkrieg

»Amerika verliert den Heroinkrieg« lautet die Überschrift der Bangkoker Tageszeitung »Thai Rat«. In dem Artikel wird zu einer Ansprache Stellung bezogen, die der amerikanische Botschafter Daniel O'Donohue vor der amerikanischen Handelskammer gehalten hat.

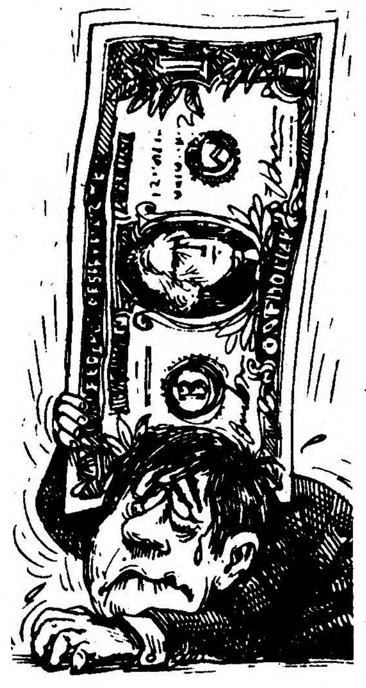
Der Artikel berichtet, daß etwa 40 bis 50 Prozent des in den Vereinigten Staaten verkauften Herons ins aus Thailand komme, und daß 80 bis 85 Prozent des in New York vertriebenen Heroins aus Südostasien über Thailand geliefert werde, da die Haupterzeugergebiete sich im nahegelegenen Burma befinden.

»Die Vereinigten Staaten können sich nicht aus der Drogenbekämpfung zurückziehen. sonst wird die Welt glauben, daß Präsident Bush vor den bösartigen Elementen kapituliert und es zuläßt, daß sie die Welt beherrschen. Wir sind nicht der Meinung, daß Präsident Bush die Welt irgendwie enttäuscht hat, weil er Kolumbien im Kampf gegen die Hauptkokain-Zentren nicht ernsthaft unterstützt hat. Zu einer Zeit, in der Kolumbien wegen dieser Mafia beinahe gefallen wäre, geben die Vereinigten Staaten bekannt, es sei dabei im Heroinkrieg in Südostasien eine Niederlage zu erleiden. Kein Wunder, daß das Prestige der Vereinigten Staaten sich in vielen Regionen so stark verschlechtert, daß sogar die Kokainmafias öffentlich eine Belohnung von 750 Millionen Dollar auf den Kopf des Präsidenten Bush ausgesetzt haben.« □

Japan ist der Weltführer

Japan wird in diesem Jahr dreimal mehr pro Kopf in neue Fabriken, Roboter und Maschinen investieren, schreibt die »Washington Post«. Japanische Firmen setzen 86 Prozent der Roboter der Welt ein – 175.000 im Vergleich zu 33.000 in den Vereinigten Staaten, laut Statistik der japanischen Industrie-Roboter-Gesellschaft – und die Kluft wird immer größer.

Eine japanische Firma, Fanuc, beherrscht 70 Prozent des japanischen Marktes und etwa die Hälfte des Weltmarktes in numerisch gesteuerten Maschinen. Fanuc hat zusammen mit der schwedischen ASEA Joint-Ventures mit General Motors und General Electric zur Lieferung von Robotern und RoboterTechnologie ins Leben gerufen. □



Börse

Geschäfte am Roulettetisch

Günther Jansen

Eine seriös aufgemachte Börse kann durchaus einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen aufweisen. Dies hat die deutsche Börse gerade in den Nachkriegsjahren und auch noch vor fünf, sechs Jahren – von einzelnen Übertreibungen abgesehen – oftmals bewiesen. Unternehmen wurden so durch Kapitalerhöhungen oder durch Beteiligung finanzstarker Partner die Möglichkeit gegeben, sich der geänderten Struktur und dem internationalen Wettbewerbsdruck anzupassen. Skandale, wo beispielsweise Banken Dritten durch ungerechtfertigte Kreditkündigungen Aktienpakete spottbillig abjagten und diese wenig später mit Riesengewinn wieder verkauften, gab es zwar immer – doch bildeten diese glücklicherweise die Ausnahme

Geändert hat sich dies aber alles nun, seit einige windige Köpfe den Terminhandel für sich entdeckten. Der Terminhandel ist an sich nichts Verwerfliches – genau wie eine Wette, die erst verwerflich wird, wenn sie von einem Verbrecher benutzt wird. Ursprünglich war der Terminhandel als reines Absicherungsgeschäft verstanden gewesen.

Das Terrain für Spekulanten

Das deutsche Unternehmen, das seine Waren nach den USA lieferte, gleichzeitig aber ein Zahlungsziel von, sagen wir mal, sechs Monaten vereinbarte, kaufte sich eine Dollar-Verkaufsoption über den Rechnungsbetrag, mit der Dollar nach Ablauf der Sechs-Monate-Frist zum seinerzeitigen Kurs verkauft werden konnten. Zwar mußte das Unternehmen hierfür eine Prämie bezahlen, war aber vor Kursverlusten abgesichert. Stieg der Dollar, dann wurde der zusätzliche Währungsgewinn eben etwas geschmälert. Der Nutzen überwog das Risiko aber bei weitem. Oder wußte ein Unternehmen, daß es in einigen Monaten einen hohen Betrag erhalten würde, glaubte aber gleichzeitig, daß der später für seinen Auftrag benötigte Rohstoff zum Beispiel aufgrund unklarer politischer Verhältnisse im Kurs steigen müßte, konnte es sich nun auf Termin die Lieferung dieses Rohstoffes sichern, mußte hierfür aber nur einen Einschuß von in der Regel fünf bis zehn Prozent leisten (die deutschen Banken verlangen nun aber zumeist mehr).

Diese sehr seriösen Geschäfte gibt es auch heute noch in Hülle und Fülle. Was bedenklich stimmt, ist, daß der Terminhandel besonders in den Vereinigten Staaten in den letzten drei, vier Jahren mehr und mehr von Berufsspekulanten – oder einfacher ausgedrückt: Spielern – entdeckt wurde. Angelockt werden diese durch die niedrige Einschußpflicht. Wer 50.000 Dollar einsetzte, bewegte also Waren oder Kontrakte in Höhe von einer Million Dollar.

Entweder Millionär oder Bettler

Dieser gigantische sogenannte Hebeleffekt kann einen binnen weniger Tage zum Millionär oder aber auch zum Bettler machen, besonders wenn man bedenkt, daß bei manchen Waren aufgrund dieser Hebelwirkung eine Änderung von lediglich einem Cent manchmal 100 Dollar Kurswert ausmacht. Das gefährliche ist nun, daß der Kurs der Ware – und damit verbunden der Kurswert des Kontraktes überproportional – auch sinken kann – und wer dann nicht in der Lage ist, Kapital aufzubringen, um seinen Einschuß in der erforderlichen Höhe zu halten, verliert alles und hat gegebenenfalls auch noch Schulden.

Das Schlimme ist aber nun, daß Änderungen der Terminkurse – zumindest dann, wenn es sich um stärkere Ausschläge handelt –, sich auch sofort auf den »normalen« Handel niederschlagen. Ein ganz simples Beispiel: Kostet heute eine Tonne der Ware XYZ 10.000 Dollar, wird diese aber auf Termin von drei Monaten nur noch mit 7.000 Dollar gehandelt, versuchen viele, heute noch zu verkaufen – und der Kurs sinkt. Kostet die Ware auf Termin drei Monate aber 13.000 Dollar, versuchen viele heute, noch für 10.000 Dollar zu kaufen und ein Verkaufskontrakt auf Termin drei Monate abzuschließen – die Folge sind steigende Preise.

Verstärkt wird dies heute noch dadurch, daß oftmals reine Kontrakte gehandelt werden, hinter denen absolut keine Liefer- oder Bezugsabsicht steckt sowie dadurch, daß hochmoderne Computer mit genau darauf abgeschnittenen Programmen diese Differenzen bereits im Ansatz entdecken und dann sofort Kauf- oder Verkaufsprognosen oder oftmals sogar direkt Kauf- oder Verkaufsorders erteilen. Da dies aber nicht nur ein Computer macht, sondern jede Firma oder auch vermögende Privatpersonen solche Computer besitzen, schaukeln sich diese Bewegungen hoch.

Mittelbare Auslöser waren die Computer

Bestes Beispiel hierfür war der 16. Oktober 1987, der als »Schwarzer Freitag« in die Börsengeschichte einging, da der an diesem Tag über 20 Prozent liegende Rückgang des Dow-Jones-Indexes den größten Börsencrash aller Zeiten auslöste. Insgesamt gaben die Kurse innerhalb kurzer Zeit um mehr als 40 Prozent nach. Der »Schwarze Montag« vom Oktober 1929 wurde dabei um ein vielfaches übertroffen.

Mittelbar Auslöser hierfür waren die Verkaufsprogramme der Computer, die nach Unterschreiten bestimmter Indexstände Verkaufsorders in den Markt warfen. Da dies in großer Stückzahl erfolgte, wurden weitere sogenannte Stop-Loss-Marken unterschritten – und die nächste Verkaufswelle folgte. Das war auch der Grund, warum der Terminhandel in den USA jetzt bei Erreichen bestimmter Verluste in einer bestimmten Zeit erst einmal ausgesetzt wird.
Mittelbar deswegen, weil die Computer zum einen von Menschen programmiert werden und zum anderen – was noch wichtiger ist – erst einmal eine Verkaufswelle da sein muß – umgekehrt geht es natürlich auch mit steigenden Kursen –. Gleichzeitig decken sich diese Leute jedoch mit Kaufoptionen in einer riesigen Größenordnung beziehungsweise kaufen die billigen Aktien »leer«, das heißt ohne Geld, und verkaufen sie dann später mit Gewinn.

Ein sehr hoch angesiedelter Händler einer der größten deutschen Banken sagte dann kürzlich auch: »Geben Sie mir eine Vorbereitungszeit von einigen Wochen, Kapital von mindestens einigen hundert Millionen Dollar oder besser noch von ein bis zwei Milliarden Dollar – oder im allerbesten Fall einige skrupellose Banken oder Broker, die Leerverkäufe großen Umfangs zulassen –, und ich treibe Ihnen den Dow- Jones-Index innerhalb von zwei Handelstagen um mindestens 500 Punkte nach unten.« Dieses war auch in etwa die Größenordnung des 87er-Crashs.
Der sogenannten »Mini-Crash« vom 13. Oktober des vergangenen Jahres, als die Aktienkurse in New York um durchschnittlich rund fünf Prozent an einem Tag fielen, beruhte in erster Linie ebenfalls auf einem Kurseinbruch am Terminmarkt. Und gibt es an einem Tag besonders an Wall Street große Ausschläge in die eine oder andere Richtung, wird dies mit nahezu schlafwandlerischer Sicherheit mit dem Terminhandel begründet.

Kunststücke mit gestreuten Gerüchten

Besonders einfach ist es bei den – im internationalen Vergleich – Minibörsen, zu denen auch die deutsche zählt. Eins der beliebtesten »Kunststücke« ist es derzeit, den deutschen in London gehandelten »Bund-Future«, also den Terminkontrakt auf eine langlaufende deutsche Bundesanleihe, in die eine oder andere Richtung zu puschen. Dies geht schon mit wenigen Millionen Pfund Sterling oder sogar mit einigen geschickt gestreuten Ge-

rüchten – und die Deutschen gukken wie das Kaninchen auf die Schlange vormittags nach London, was der »Bund-Future« macht. Steigt dieser, sinken hierzulande die Zinsen – steigende Rentenkurse bedeuten sinkende Zinsen, da die Rendite eines festverzinslichen Wertpapieres umso geringer ist, je höher der Kurs ist –, und umgekehrt. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß derzeit die deutsche Rententendenz in London gemacht wird.

Und dieses »Spielchen« geht bei allem, was an der Börse gehandelt wird. Da die Aktien zumindest der großen Unternehmen heute nicht mehr nur an ihrer »Heimatbörse«, sondern rund um die ganze Welt gehandelt werden, eignen sich besonders die Tage vor Feiertagen oder vor einem Wochenende, um die Nervosität anzuschüren. Bezeichnenderweise waren der 16. Oktober 1987 und der 13. Oktober 1989 dann auch Freitage!

Eine Warnung an Gorbatschow

Gerüchte besagen aber auch, daß der »Mini-Crash« vom vergangenen Oktober eine Demonstration an UdSSR-Staats- und -Parteichef Michail Gorbatschow gewesen sein soll, wie mächtig bestimmte US-Gruppen sind, und daß er sich besser nicht mit ihnen anlegen soll. Pikanterweise soll US-Notenbankchef Alan Greenspan – von dem Gerüchte wissen wollen, daß er ein Verwandter des Herschel Grynspan sei, der 1939 in Paris den Legationssekretär Ernst vom Rath umbrachte, was dann durch gesteuerte Aktionen in der Reichskristallnacht endete – etwa zu dieser Zeit in der UdSSR gewesen sein und mit Gorbatschow Gespräche über finanzpolitische Themen geführt haben soll.
Dollar, Deutsche Mark, Pfund, Sojabohnen, Erdöl, Schweinebäuche – es gibt nichts, was sich mit entsprechenden Finanzmittel nicht in die eine oder andere gewünschte Richtung treiben ließe. Geschickt ausgestreute Gerüchte, untermauert durch aus diesen Ländern kommende »unauffällig auffällige« Verkäufe – und schon potenzieren sich die Verkäufe nach dem Dominostein-Effekt. Ins Fäustchen lachen sich die in unserer Welt bejubelten »mutigen Cleveren«, die zu Tiefstkursen kaufen und dann, wenn sich das Gerücht wie beabsichtigt mit der Zeit als »Ente« entpuppt, den großen Reibach machen. Nur zu leicht vergessen wird dabei jedoch, daß oftmals kleine Sparer oder Anleger aus Angst, ihr ganzes Geld oder zumindest den Großteil dessen zu verlieren, oftmals mit Verlust verkaufen.
Umso bedenklicher ist es nun, daß nun auch in der Bundesrepublik der hochspekulative Terminhandel wieder für jedermann zugelassen wurde, nachdem er nach dem Zweiten Weltkrieg nur den Vollkaufleuten vorbehalten und damit quasi auf Warensicherungsgeschäfte beschränkt war. Auch gab es vier Ausübungstermine, während jetzt die Option jederzeit ausgeübt werden kann.

Besonders entlarvend ist eine Antwort des für das Wertpapiergeschäft verantwortlichen Vorstandsmitglieds der Deutschen Bank, Horst E. Breuer. Dieser antwortete in einem Interview mit der »Welt am Sonntag« auf die Frage: »Nun muß der Stillhalter nicht immer zu 100 Prozent die Aktien besitzen, die er zur Verfügung stellt. Bedeutet das nicht, daß Hektik in die Börse hineinkommen kann, wenn der Trend gegen die Erwartungen des Stillhalters läuft und er an der Börse kaufen oder verkaufen muß?«

Der Dumme ist der Kleinanleger

Breuers Antwort lautete: »Das glaube ich schon. Ich würde sagen, die Börse wird beweglicher. Wir haben die Erfahrung ja schon beim jetzigen Optionsgeschäft (gemeint ist das bis Anfang dieses Jahres gegoltene) gemacht. An den vier Ausübungstagen hat die Börse ganz deutlich unter dem Einfluß der Ausübung oder Nichtausübung gestanden. Künftig wird sich das, da es losgelöst ist von Ausübungsterminen, über das ganze Jahr erstrecken.«

An einer »beweglichen Börse« verdient aber nur der Berufsspekulant, der Sonderkonditionen bei seiner Bank hat, oder die Banken selber. Denn der Kleinanleger hat meist nicht das Wissen, die Zeit und die Übersicht, sich hierum zu kümmern und zum anderen lohnt es sich für ihn angesichts der hohen Gebühren nicht. □

Japan

Der Yen erobert Pearl Harbor

Martin Burns

Nirgendwo in den Vereinigten Staaten hat man die Auswirkungen japanischer Kapitalanlagen unmittelbarer gespürt als in Hawaii – gemeint ist der US-Bundesstaat, nicht nur die Insel. Als Einwohner von Hawaii sieht unser Mitarbeiter Martin Burns diese Auswirkungen Tag für Tag. Nicht nur gehören japanischen Geldanlegern die meisten guten Hotels in Hawaii, sie besitzen auch die Alleinvertretungen am Ort für spezielle amerikanische Einrichtungen wie Pizza Hut und Burger King.

Der hauptsächlichste Einzelgrund für die japanische Investitionstätigkeit in Hawaii ist, Hawaiis Beliebtheit als Ziel für japanische Touristen. Es ist besonders beliebt für Hochzeiten. Hawaii empfängt ungefähr 1,5 Millionen japanische Besucher pro Jahr, wie das Hawaii Visitors Bureau mitteilt. Hawaii ist schon seit langem der beliebteste Zielort für japanische Urlauber, und japanische Besucher machen jetzt etwa 25 Prozent aller Besucher Hawaiis aus. Da die amerikanische Wirtschaft Anzeichen der Schwäche aufweist, wird dieser Prozentsatz wahrscheinlich noch steigen.

Die Gewinne gehen nach Japan

Im Jahr 1988 stieg die Gesamtzahl der Besucher aus allen Richtungen gegenüber 1987 um sechs Prozent, jedoch die Gesamtausgaben der Besucher stieg im gleichen Zeitraum um 26 Prozent. Der Hauptgrund dafür ist nicht die Inflation – die natürlich auch ein Faktor ist –, sondern die Tatsache, daß japanische Besucher im Schnitt 530 Dollar pro Tag im Vergleich zu 117 Dollar pro amerikanischen Tourist ausgeben.

Die Flugkosten werden bei den Ausgaben am Ort nicht mitgerechnet, und japanische Besucher befinden sich mit größerer Wahrscheinlichkeit als Amerikaner auf einer Gruppenreise und genießen daher den Vorteil tragbarer Gruppenpreise für Hotelzimmer. Der Unterschied besteht darin, daß japanische Besucher Dinge kaufen, die daheim viel mehr kosten, darunter japanische Armbanduhren, Kameras und elektronische Geräte. Zu den beliebten Dingen amerikanischer Herkunft gehören Golfschläger, Schnaps, erstklassige Steaks, Zitrusfrüchte und Spezialbekleidung.

Die Motels gehören den Japanern

Die meisten Gewinne aus dem japanischen Tourismus in Hawaii fließen sofort wieder nach Japan zurück. Japanischen Geldanlegern gehören alle Strandhotels an Honolulus berühmter Waikiki Beach bis auf eines; und das eine, das ihnen nicht gehört, das Hilton Hawaiian Village, der größte Hotelbesitz im Staate – soll für eine Milliarde Dollar zum Verkauf stehen. Das Hilton gehört jetzt der Prudential Insurance Co. und Hiltons Inc. zu gleichen Anteilen.

Laut Mitteilung der Rechnungsfirma Kenneth Leventhal & Co. in Los Angeles besitzen japanische Interessengruppen jetzt 92 Prozent der Deluxe Hotelzimmer und 57 Prozent der Luxuszimmer im Staat Hawaii. Bis Mitte 1992 werden auf den Inseln 14 Hotels der Spitzenklasse eröffnet sein, alle von Japanern er-

Japan

Der Yen erobert Pearl Harbor

baut. Diese Hotels müssen mindestens zu 75 Prozent, mit einem Kostenpunkt von 350 Dollar pro Zimmer pro Nacht, besetzt sein, um die Rentabilitätsgrenze zu erreichen.

Hawaiis Wirtschaft beruht auf dem dreibeinigen Schemel Tourismus, Landwirtschaft und Militärausgaben. Hawaiis Plantagenlandwirtschaft – Zuckerrohr und Ananas – ist rückläufig, und obwohl eine diversifizierte Landwirtschaft wie Papayas, Guavafrüchte, Macadamianüsse und Kaffee ein Teil des Rückgangs wieder wettmacht, wird sie wohl kaum die Arbeitsplätze und Investitionen retten, die jetzt an die ausländische Konkurrenz verlorengehen.

Die Militärausgaben stehen kurz davor, auf landesweiter Basis einen beträchtlichen Schlag hinnehmen zu müssen, und Hawaii wird zweifellos aufgefordert werden, einen Teil der Kosten für die Schließung von Militärstützpunkten aus seinen Taschen zu bezahlen. So verbleibt der Tourismus als einziger Sektor mit Wachstum und wird mehr und mehr von japanischen Eigentümern beherrscht.

Ohne Japan läuft in Hawaii nichts

Die First Hawaiian Bank stellte in ihrem Nachrichtenbrief »Economic Indicators« fest:
»In den letzten Jahren, in denen sich die Investitionen aus dem Festland Vereinigte Staaten verringert haben, sind japanische Kapitalanlagen, die Japans steigende Wirtschaftsmacht und den Wert seiner Währung widerspiegeln, auf nie dagewesene Höhen gestiegen. Heute wird kaum ein Hotel gebaut oder eine größere Handelsentwicklung begonnen, ohne daß japanische Geldanleger daran beteiligt sind. Mit japanischen Geldanlagen wurde fast jedes größere Hotel- und Handelsunternehmen in Honolulu und den benachbarten Inseln in den letzten Jahren finanziert.

Die kombinierte Auswirkung japanischer Geldausgaben und Geldanlagen war enorm. 1988 gaben japanische Besucher 3,7 Milliarden Dollar in Hawaii aus, was zu 6,7 Milliarden Dollar in mittelbaren und unmittelbaren Geschäftsabschlüssen in der Wirtschaft führte. Wirtschaftstätigkeiten im Werte von rund 9,5 Millionen Dollar erfolgten auf Grund von japanischen Geldausgaben in Hawaii. Bei einem Bruttosozialprodukt in Hawaii im Jahre 1988 von 21,3 Milliarden Dollar, belief sich die aus Japan eingeführte Wirtschaftstätigkeit auf 45 Prozent oder fast die Hälfte der Gesamtwirtschaft Hawaiis auf das Jahr berechnet.«

Die lukrativen Luxushotels auf Hawaii sind finanziell und von der Belegung her fest in der Hand der Japaner.

Ärger über japanische Kapitalanlagen

Wie man sich vorstellen kann, hatten diese Kapitalanlagen politische Verästelungen zur Folge und diese drücken sich oft als Ärger über Käufe von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen durch Japaner aus. Auf dem Höhepunkt 1987/88 kauften Japaner fast die Hälfte der Eigentumswohnungen auf dem Markt in Waikiki auf. Die Preise für Häuser in vornehmen Gegenden von Honolulu wie Waialae und Kahala haben sich mehr als verdoppelt.

Der rege Zustrom hat zwar etwas nachgelassen, aber es findet jetzt ein Überschwappen in weniger feine Wohngegenden statt, da die Preise landesweit angestiegen sind. Bürger von Hawaii, die Arbeitsstellen in der örtlichen Wirtschaft haben, sind immer weniger in der Lage Wohnungen zu kaufen und in vielen Fällen auch nur zu mieten. In Kailua-Kona auf der Großen Insel Hawaii, Standort vieler neuer und geplanter Ferienhotels, können sich Familien mit kleinen Kindern, bei denen beide Elternteile arbeiten, keine Wohnung leisten und müssen oft in Zelten auf öffentlichen Plätzen schlafen.

Das Establishment am Ort findet dies für sein Image schädlich und die Polizei erzwingt nun eine Fünf-Tage-Begrenzung für Camping auf staatlichen Plätzen.

Honolulus republikanischer Bürgermeister, Frank Fasi, ist ein ausgesprochener Gegner der umsichgreifenden japanischen Investitionen. Im Mai 1988 drang Fasi bei der staatlichen Gesetzgebung darauf, den Verkauf von Wohnland, Landwirtschaftsland und »Naturschutzland« an Ausländer, die nicht mindestens eine Hälfte des Jahres in Hawaii leben, zu verbieten.

Viele Arbeitsplätze ohne Zukunft

Hawaiis demokratischer Gouverneur, John D. Waihee, murmelt etwas über das Bauen von »preislich tragbaren Wohnungen« und beklagt sich im Wettstreit mit Fasi darüber, daß nicht mehr gebaut wird. Aber es ist ganz entschieden Hawaiis Democratic Party, die die Wohnungsbaupreise hoch halten will, und sich einen Dreck um die Auswirkung auf die Ortseinwohner kümmert.

Trotz des derzeitigen Mangels an Arbeitsplätzen – die Arbeitslosigkeit liegt bei drei Prozent, eine der niedrigsten Quoten der Vereinigten Staaten –, treten etwa Zweidrittel der Einwohner von Hawaii, die vom College abgehen, jedes Jahr Stellungen auf dem Festland an. Arbeitsplätze, die in Hawaii reichlich zur Verfügung stehen, sind Dienstleistungsstellen in Hotels, Restaurants und bei Einzelhändlern. Schlecht bezahlte Jobs ohne Zukunft sind fast überall vorhanden.

Hawaiis natürliches Bevölkerungswachstum kommt daher von jungen Leuten vom Festland, die in Hawaii leben möchten, und denen es ganz gleich ist, welche Arbeitsstelle sie bekommen. Die andere Gruppe sind wohlhabende Pensionäre. Soweit diese Neuankömmlinge politisch tätig werden, werden sie konservative Republikaner oder liberale Demokraten. Sie passen ganz sicherlich nicht in die Lokalpolitik der herrschenden Democratic Party hinein, die staatliche und örtliche Behörden dazu veranlaßt, Arbeitsplätze und Verträge für Ortsansässige mit guten Beziehungen zu beschaffen.

Niedrigere Baupreise würden Neuankömmlinge nur ermutigen sich in Hawaii niederzulassen, die aller Wahrscheinlichkeit nach gegen das örtliche politische Establishment wählen würden. Daher werden recht wenige »preislich tragbare« Wohnungen gebaut, auch wenn mit dem Brustton der Überzeugung das Gegenteil behauptet wird.

Hawaiis Zukunft liegt in Japans Hand

Aber Hawaii wird seinen Marsch in die brave neue Welt des »Pazifischen Jahrhunderts« fortsetzen. Die First Hawaiian Bank behauptet, daß dies unvermeidlich ist:

»Hawaii ist ganz klar, ob durch eigene Wahl oder durch die Umstände bedingt, auf dem Wege in das Zeitalter der Wirtschaftsglobalisierung. Eine vorsichtige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik muß die Bedeutung und der Rolle Japans in Hawaiis Volkswirtschaft erkennen.« □

Geschichte als Propaganda und Desinformation

Victor Marchetti

In den Augen der Nachwelt wird es unvermeidlich so aussehen, daß wir bei der Wahrung unserer Freiheit diese zerstört haben. Der riesige heimliche Apparat, den wir aufbauten, um die Hilfsmittel und Absichten unserer Feinde nachzuweisen, diente am Ende nur noch dazu, unsere eigenen Absichten zu verwirren. Jene Praxis, andere zum Wohle des Staates zu täuschen, führte unfehlbar dazu, daß wir uns selbst täuschten. Und jenes riesige Heer des heimlichen Personals, das aufgebaut wurde, um diese Absichten in die Tat umzusetzen, verfing sich bald im Gewebe seiner eigenen krankhaften Phantasien, mit katastrophalen Folgen für dieses Personal und für uns.

Hier wird in aller Kürze zusammengefaßt, was der CIA über die Jahre hinweg durch seine verschiedenen heimlichen Propaganda- und Desinformationsprogramme erreicht hat. Er hat sich selbst und den amerikanischen Steuerzahler, ohne es zu wissen und oft vorsätzlich, betrogen. Der CIA ist Meister der Geschichtsklitterei – sogar in der Herstellung seiner eigenen Version der Geschichte, um seinen institutionellen und einsatzgemäßen Zwecken zu dienen. Er kann das weitgehend wegen zweier großer Vorteile tun, die er besitzt. Einer ist die übertrieben geheime Umgebung, in der der CIA operiert, und der andere besteht darin, daß er im wesentlichen ein privates Instrument der Präsidentschaft ist.

Auch das eigene Volk ist der Feind

Der eigentliche Grund für die amtliche Geheimhaltung besteht in den meisten Fällen nicht darin, die Opposition – beschönigender Begriff des CIA für den Feind – davon abzuhalten zu erfahren, was vor sich geht; der Feind weiß das gewöhnlich. Der Hauptgrund für die regierungsseitige Geheimhaltung ist darin zu sehen, das eigene Volk im Unklaren zu lassen, denn die Bürger werden auch als Opposition oder Feind angesehen.

Wenn die Öffentlichkeit nicht weiß, was die Regierung oder der CIA tut, dann kann sie auch nicht ihre Zustimmung oder Mißbilligung für dessen Aktionen zum Ausdruck bringen. Der CIA kann das Volk sogar darüber belügen, was er tut oder getan hat.

Was den zweiten Vorteil betrifft, trotz des häufigen Hinweises darauf, der CIA sei ein abseits der Herde lebender bösartiger Elefant, sieht die Wahrheit so aus, daß die Agentur unter der Leitung von und als Reaktion auf das Präsidialamt arbeitet. Alle ihre größeren heimlichen Einsätze werden mit direkter Billigung oder auf unmittelbare Zuordnung des Weißen Hauses durchgeführt. Der CIA ist eine Geheimwaffe des Präsidenten – jedes amerikanischen Präsidenten. Und jeder Präsident seit Truman hat das amerikanische Volk belogen, um die Agentur zu schützen. Wenn Lügen versagten, war es die Pflicht des CIA die Schuld für den Präsidenten auf sich zu nehmen und ihn somit zu schützen. Dies ist im Geschäft als »plausibles Dementi« bekannt.

Der CIA, der als geheimes Instrument der US-Regierung und der Präsidentschaft fungiert, hat die Geschichte seit langem mißbraucht und manipuliert und tut es weiterhin. Ich machte mir erstmals Sorgen um diese Geschichtsverdrehung im Jahre 1957, als ich als junger Offizier im Geheimdienst des CIA diente.

US-Präsident John F. Kennedy benutzte den CIA bei mehreren Versuchen den kubanischen Diktator Castro zu ermorden.

Eines Abends, nach Dienstschluß, ging ich mit einem Amtskollegen, der früher ein Reporter für die United Press war, die Constitution Avenue hinunter. »Wie werden sie das jemals erfahren?«, fragte er. »Wer? Wie soll ›wer‹ was jemals erfahren?«, fragte ich. »Wie soll das amerikanische Volk jemals erfahren, was die Wahrheit ist? Wie soll es erfahren, was wir in Wahrheit die ganzen Jahre hindurch getan haben?«, sagte er. »Wir operieren im Geheimen, wir handeln mit Betrug und Desinformation, und dann verbrennen wir unsere Akten. Wie sollen die Historiker jemals die volle Wahrheit über das, was wir bei diesen verschiedenen Operationen getan haben, erfahren, diesen Operationen, die einen derart großen Einfluß auf so viele wichtige Ereignisse in der Geschichte hatten?«

Ich konnte ihm seinerzeit nicht antworten. Und ich kann ihm heute nicht antworten. Ich weiß nicht, ob das amerikanische Volk jemals wirklich die Wahrheit über die vielen Dinge erfahren wird, in die der CIA verwickelt war. Oder wie es jemals die Wahrheit über die großen geschichtlichen Ereignisse unserer Tage erfahren soll. Die Regierung schreibt laufend Geschichte und schreibt sie neu – oft mit Hilfe des CIA –, um ihren eigenen Zwecken zu dienen.

Nachstehend ein aktuelles Beispiel. Erst vor einigen Monaten fand in Moskau eine sehr seltsame Zusammenkunft statt. Der ehemalige Secretary of Defense (Verteidigungsminister), Robert McNamara, traf mit dem ehemaligen sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko und einem Mitglied des kubanischen Politbüros zusammen. Diese drei Männer waren zusammen mit untergeordneten ehemaligen Beamten ihrer jeweiligen Regierungen alle in die kubanische Raketen-Krise von 1962 verwickelt gewesen, und sie waren in der sowjetischen Hauptstadt zu einer Konferenz zusammengetroffen, um über das zu sprechen, was in jener denkwürdigen Krise, die fast zum dritten Weltkrieg geführt hätte, wirklich geschah.

Die Kuba-Krise ein Mißverständnis

Da ich persönlich darin verwikkelt war, interessierte ich mich für die aus Moskau kommenden Nachrichtenberichte über das, was bei dieser ziemlich merkwürdigen Zusammenkunft ehemaliger Beamter vor sich ging. Zu meiner großen Überraschung erfuhr ich, daß Robert McNamara gesagt hatte, weder er noch die amerikanischen Geheimdienste

CIA

Geschichte als Propaganda und Desinformation

seien sich darüber im klaren gewesen, daß sich im Herbst 1962 tatsächlich 40.000 sowjetische Soldaten in Kuba aufhielten.

Der ehemalige Verteidigungschef der Kennedy-Regierung sagte auch, er und die US-Regierung hätten nicht gewußt, daß die paar Dutzend Mittelstreckenraketen, die die Sowjets heimlich nach Kuba bringen wollten, tatsächlich mit Atomsprengköpfen bestückt und bereit waren auf Ziele in den USA abgefeuert zu werden. Außerdem behauptete er, die Vereinigten Staaten hätten nicht verstanden, daß dieser riesige militärische Aufbau durch die Sowjets durchgeführt worden war, um Kuba zu schützen und die USA daran zu hindern, das kommunistische Regime des Landes anzugreifen.

Um das Maß vollzumachen, sagte er noch, er sei überrascht gewesen aus den Gesprächen in Moskau zu erfahren, daß die Sowjets und Kubaner glaubten, die USA hätten Pläne um die Regierung von Fidel Castro gewaltsam zu stürzen. Laut McNamara war die gesamte kubanische Raketenkrise ein gefährliches Mißverständnis, das wegen mangelhafter Kommunikation unter den an der Beinahe-Katastrophe beteiligten Regierungen zustande kam.

Nun, als ich hörte, was McNamara und die Band in Moskau spielten, sagte ich zu mir: »Entweder wird McNamara im hohen Alter etwas unsicher und weiß nicht mehr, was während der kubanischen Raketenkrise geschah – oder es gibt einen anderen Grund hierfür.«

Nun, es wurde bald offensichtlich, daß McNamara keineswegs senil war. Was ist denn nun der Grund für diese merkwürdigen – und falschen – »Eingeständnisse« in Moskau? Der Grund ist, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sich dazu entschlossen haben, wieder Freunde zu werden, und Washington möchte gerne die Bühne zur Annäherung an Castros Kuba vorbereiten.



Sowjetführer Nikita Chruschtschow wollte auf Kuba Raketen stationieren, um jede Stadt in den USA im Visier zu haben.

Der Weg zum neuen Internationalismus

Es ist augenscheinlich von den derzeitigen Mächten in den USA beschlossen worden, ein kleines Zusammentreffen in Moskau zu veranstalten, um der Welt zu sagen, daß wir alle hinsichtlich Kuba etwas durcheinander waren und nicht wußten, was dort 1962 geschah, weil wir seinerseit keine gute Verbindung zu den Sowjets hatten.

So kann das amerikanische Volk erkennen, wie nahe wir dem Krieg gekommen waren, daß wir eine bessere Verbindung zu den Sowjets unterhalten müssen, und daß diese letztenendes gar nicht so üble Burschen sind. Und was das betrifft, Fidel Castro und seine Bande auch nicht. Daraus folgt, daß wir in ein paar Monaten mit der Abrüstung und was sonst notwendig ist fortschreiten, um den neuen Internationalismus herzustellen, der sich zwischen Ost und West heranbildet. Und gleichzeitig sollten wir auch damit beginnen, eine neue Brücke nach Kuba zu errichten.

Aber um die richtige Atmosphäre für die kommende Annäherung an Moskau und später an Kuba zu schaffen, war es notwendig, der amerikanischen Öffentlichkeit und der Welt Angst einzujagen und ihnen einzureden, die Krise vom Oktober 1962 sei schlimmer gewesen als sie eigentlich war. Um dies zu erreichen, trieben McNamara, Gromyko und andere ein kleines Spielchen – ihre eigene verdrehte Marke des historischen Revisionismus. Sie schreiben die Geschichte neu, um den derzeitigen Zwekken ihrer jeweiligen Regierung zu dienen.

Nun dachte ich, was ist, wenn ich ein Reporter wäre. Wäre ich dann in der Lage durch diese kleine Charade, die in Moskau abgezogen wurde, hindurchzuschauen? Wahrscheinlich nicht. Ich begann damit die »kenntnisreichen« Kolumnisten, die für mehrere Zeitungen schreiben, zu studieren. Sie schreiben Dinge wie: »... Mein Gott, wir haben niemals begriffen, was die Sowjets in Kuba im Schilde führten. Ja, wir sollten lieber etwas dagegen tun.« Was McNamara und Freunde in Moskau sagten wurde jetzt Tatsache. Es wird zur Tatsache, daß wir, die US-Regierung, eigentlich nicht wußten, was während der Raketenkrise vorging. Das ist eine Lüge.

Gute Zusammenarbeit in der Kuba-Krise

Wenn es jemals eine Zeit gegeben hat, in der der CIA im Geheimdienstwesen der Vereinigten Staaten und die amerikanischen Streitkräfte wirklich zusammengearbeitet und ihre Bemühungen miteinander abgestimmt haben, dann war das während der kubanischen Raketenkrise. Die kubanische Raketenkrise ist wahrscheinlich eines der wenigen Beispiele – vielleicht sogar das einzige – dafür, daß das Nachrichtenwesen wirklich so funktionierte, wie es in einer Krisenlage funktionieren sollte.

Ich war seinerzeit dort und tief in dieses historische Ereignis verwickelt. Ein Kollege und Freund von mir, Tack, damals mein Assistent, und ich waren die ursprünglichen »Kistologen« (Kistenuntersucher), eine kleine Geheimdienstkunst, die wir entwikkelt hatten und die nur wenigen bekannt ist. Wir waren durch eine Reihe von professionellen Tricks, von denen einige unsere Eigenmarke waren, in der Lage zu unterscheiden, was sich in gewissen Kisten auf sowjetischen Handelsschiffen befand als diese nach Kuba, nach Indonesien, Ägypten, Syrien und anderswohin unterwegs waren. Wir konnten auseinanderhalten, ob eine Kiste eine MiG-21, oder eine IL-28, oder eine SAM-2-Rakete enthielt.

Wir taten dies auf derart amateurhafte Weise, daß wir es nicht wagten, irgendjemandem von unseren Methoden zu erzählen. Während das National Photographic Interpretation Center (Staatliches Fotoauslegezentrum) in seiner Dienststelle im Stadtzentrum von Washington 1.200 Leute beschäftigt und die modernste Ausrüstung verwendet, um Luft- und Satellitenaufnahmen zu analysieren, saßen Tack und ich in unserem Büro, die Beine auf dem Tisch ausgestreckt, und benutzten ein lädiertes altes Lineal, um von sowjetischen U-Booten gemachte Fotos zu messen. Ich maß eine Kiste an Deck eines sowjetischen Frachters, sagen wir einmal rund Dreiviertel Zoll auf dem Foto groß.

»Tack, glaubst Du, daß dort eine MiG-21 hineinpaßt?« Er blätterte dann ein altes Air Force-Handbuch durch und sagte: »MiG-21, Rumpflänge 25 Fuß.« »Nun?« »Nimm den Schwanz ab, und sie paßt hinein.« »Okay, nennen wir sie eine MiG-21.«

Der sowjetische Waffenaufbau in Kuba

Wir waren ziemlich gut darin. Wir hatten natürlich andere Erkennungshilfen. Wir konnten heraus-

finden, wann die Sowjets Schiffssendungen vorbereiteten und aus welchem Hafen die Schiffe ausliefen. Wir wußten, welches Personal beteiligt war, und kannten die Bestimmungsorte der Schiffe. So konnten wir die Kriegsmarine in Kenntnis setzen, die manchmal Überflüge durchführte, manchmal die Schiffe mit einem U-Boot aufspürte.

Wir ließen einen Attaché in Istanbul mitten in der Nacht mit einem Türken, den er angeworben hatte, hinausrudern und in einem sowjetischen Frachter nach drei Dingen schauen: seine Deckladung, wie hoch er im Wasser lag, und wie er hieß.

Mit diesen und anderen sinnvollen Mitteln waren wir im Sommer 1962 in der Lage, herauszubekommen, daß die Sowjets in Kuba einen noch nie dagewesenen Waffen-Aufbau durchführten. Während einige der anderen Dienststellen, nämlich die National Security Agency und die Defense Intelligence Agency, mit uns nicht einer Meinung waren, konnte der CIA-Direktor John McCone Präsident John F. Kennedy dazu bringen, mehr Erkennungsüberflüge zu genehmigen. Aus diesen Überflügen ging hervor, daß die Sowjets SAM, Surface-to-Air Missiles (Luft-Boden-Raketen) Abschußbasen bauten um den Aufbau ihrer Militäranlagen zu schützen.

Weitere Überflüge verrieten uns den Bau von Abschußbasen für sowjetische MRBN, Medium Range Balistic Missiles (ballistische Mittelstreckenraketen), die in der Lage waren Atomsprengköpfe in die meisten Städte der Vereinigten Staaten zu tragen. Wir wissen genau, wieviele es waren, wo sie waren, und daß sie noch nicht bestückt waren, weil die Sprengköpfe noch nicht eingetroffen waren.

Die Lügen um dieTruppenstärke

McNamara lügt also, wenn er behauptet, die sowjetischen Raketen in Kuba seien bestückt und gegen die Vereinigten Staaten abschußbereit gewesen. Im Gegenteil, wir beobachteten die Schiffe, die die Sprengköpfe geladen hatten; amerikanische Schiffsbesatzungen, die die Blokkade durchsetzten, die Präsident Kennedy angeordnet hatte, gingen an Bord eines rumänsichen Schiffes – von dem wir wußten, daß es keine Waffen geladen hatte –, und die russischen Schiffe, die die Sprengköpfe geladen hatten, kehrten auf hoher See um und fuhren heimwärts.

Es stimmt auch nicht, daß sich 40.000 sowjetische Soldaten in Kuba befanden. Wir wissen, daß es nur zehntausend waren, weil wir eine einfache aber wirksame Methode entwickelt hatten, sie zu zählen. Die Sowjets hatten ihre Truppen auf Passagierschiffen herübergeschickt, um den Militäraufbau zu tarnen.

Irgendein Genie in Moskau muß damals gesagt haben: »Aber diese Kerle müssen Zivilkleidung tragen; bekleiden wir sie mit Sporthemden.« Aber irgendjemand im Kaufhaus hatte gesagt: »Wir haben nur zwei Sorten.« Daher trug eine Hälfte der Soldaten eine Sorte, die andere Hälte die andere. Es war nicht sehr schwierig, sie ausfinding zu machen.

Und dann ähneln sowjetische Sodaten sehr stark den unsrigen. Sobald die erste Gruppe etabliert war, schickte der Oberst sie hinaus, um einige Felsen weiß zu streichen und dann den Namen der Einheit aufzupinseln: 44. Feldartillerie-Bataillon. Alles, was wir zu tun hatten, war von einem unserer U-2 eine Aufnahme davon zu machen. So war es leicht festzustellen, daß die sowjetische Truppenstärke weit unter 40.000 lag. Daher stimmt McNamara einer zweiten Lüge zu.

Chruschtschow mußte damals zustimmen

Die große Lüge besteht jedoch darin, daß die Sowjetunion nach Kuba kam, um die Kubaner zu schützen. Das war eine sekundäre oder zusätzliche Erwägung. Der Hauptgrund für den militärischen Aufbau war, daß die Sowjets seinerzeit mit ihrer Atomschlagkraft so weit hinter uns waren, daß Chruschtschow sich ausrechnete, er könne einen Quantensprung machen, indem er 48 Raketen hereinbrachte, die in jeder Stadt in Amerika außer Seattle, Washington, einschlagen konnten.
Wir sind dem Krieg auch nicht so nahegekommen, wie viele glauben, weil Chruschtschow wußte, daß er ertappt worden war. Seine Raketen waren nicht bestückt, und er hatte nicht die Truppen, um sie zu beschützen. Kennedy wußte dies, und so konnte er sagen: »Holen Sie sie heraus.« Und Chruschtschow mußte zustimmen.

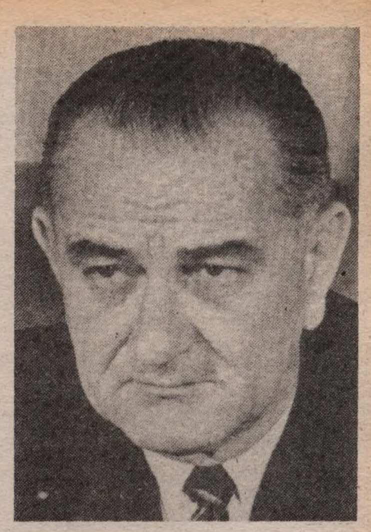
Ich muß zugeben, daß ich seinerzeit etwas besorgt war und auch mein Kumpel Tack war beunruhigt. Wir besetzten den Kriegsraum rund um die Uhr, schliefen zwischendurch vier Stunden und kloppten dann wieder Dienst. Meine Frau hatte den Kombiwagen mit Decken und Verpflegung geladen, und Tacks Frau hatte Bereitschaftswachdienst. Wenn einer von ihnen einen Telefonanruf mit einem bestimmten Wort darin erhielt, sollte er unsere Kinder holen und sie zu meiner Heimatstadt in der Anthrazitregion im Nordosten von Pennsylvania fahren. Wir glaubten, sie seien dort sicher: Wenn sie jemals ein Kohlengebiet mit Tagebau gesehen haben, dann glauben Sie, es sei bereits bombardiert worden, und wir hofften, die Sowjets würden das auch so sehen.

Geheimhaltung ist lebensnotwendig

Die Konferenz in Moskau ist ein Beispiel dafür, wie Geschichte umgeschrieben wird. Ein Historiker, der sich darauf verläßt, was er über die Erklärungen McNamaras, der Russen und der Kubaner in den Zeitungen liest, wird die Wahrheit nie erfahren.

Der CIA hat die Geschichte über die Jahre hinweg auf vielfache Weise fabriziert und das nicht nur durch seine Propaganda und Desinformation, sondern durch die Tarnberichte, die er für seine Einsätze verwendet, und durch Vertuschungen, wenn ein Einsatz schiefgelaufen ist. Dann erfolgt das »plausible Dementi«, das den Präsidenten schützt.

Alle diese Techniken haben eines gemeinsam und hängen von einem ab: Geheimhaltung. Geheimhaltung wird bewahrt nicht um der Opposition – beschönigender Begriff des CIA für den Feind – die Wahrheit über das, was geschieht, vorzuenthalten, denn der Feind weiß gewöhnlich, was los ist. Geheimhaltung besteht um zu verhindern, daß die



US-Präsident Lyndon B. Johnson nutzte den CIA, um die USA in das Vietnam-Abenteuer hineinzuziehen.

Öffentlichkeit erfährt was vor sich geht, weil die in vieler Hinsicht der wirkliche Feind ist.

Wenn die Öffentlichkeit wüßte, was der CIA tut, könnte sie sagen: »Wir mögen das nicht, was Sie tun – höhren Sie auf damit«, oder: »Sie leisten keine gute Arbeit – machen Sie Schluß damit!» Die Öffentlichkeit könnte auch eine Abrechnung über das ausgegebene Geld und die eingegangenen Risiken verlangen.

Daher ist Geheimhaltung für den CIA absolut lebenswichtig. Geheimhaltung deckt nicht nur laufende Operationen, sondern besteht nach deren Beendigung weiter, vor allem wenn sie verpfuscht worden sind. Dann müssen sie mit weiteren Lügen abgedeckt werden, die die Öffentlichkeit natürlich nicht als Lügen erkennen kann. So hat der CIA die Möglichkeit, der Öffentlichkeit zu erzählen, was ihm gerade einfällt.

Das Spielzeug von US-Präsidenten

Präsidenten sehen dies gern. Jeder Präsident, ganz gleich was er gesagt hat, bevor er sein Amt übernahm, war erfreut zu erfahren, daß der CIA sein eigenes privates Werkzeug ist. Die Präsidenten machten sich die Gelegenheit zunutze, den Kongreß und die Öffentlichkeit über ihre Verwendung des CIA im Dunklen zu lassen.

Geschichte als Propaganda und Desinformation

Dies war die Grundlage meines Buches »The CIA and the Cult of Intelligence«. Ich war zu der Schlußfolgerung gekommen, als Mitglied des CIA, daß unsere Politik und Praktiken vielfach nicht im besten Interesse der Vereinigten Staaten sondern eigentlich gegenproduktiv waren, und daß das amerikanische Volk, wenn es davon wüßte, dies nicht dulden würde.

Ich schied 1969 aus dem CIA aus, zu einem Zeitpunkt als wir tief in Vietnam verwickelt waren. Und wie sind wir in großem Maßstab in Vietnam hineingeschlittert? Wie bekam Präsident Lyndon Johnson einen Blankoscheck vom amerikanischen Kongreß? Durch den Zwischenfall im Golf von Tonkin. Dem amerikansichen Volk wurde mitgeteilt, nordvietnamesische Motortorpedoboote seien am Abend des 4. August 1964 hinter zwei amerikanischen Zerstörern hergejagt. Dies wurde durch das Nachrichtenwesen bestätigt.

Wahr an dieser Geschichte ist, daß zwar Torpedoboote ausliefen und die amerikanischen Zerstörer, die sich weit draußen in internationalen Gewässern befanden, anvisiert aber niemals auf diese geschossen haben. Sie unternahmen drohende Manöver, knurrten sozusagen etwas, schossen aber nicht. Es war dunkel und wurde immer dunkler. Unsere Seeleute meinten etwas gesehen zu haben, aber da waren keine Einschläge, keine Meldungen darüber, daß etwas vorbeigezischt war.

So begann das Vietnam-Abenteuer

So wurde auch darüber berichtet: eine kleine Auseinandersetzung, sonst nichts, keine Waffe wurde abgefeuert und auch kein Versuch dazu unternommen. Unsere Schiffe waren nicht in Gefahr. Aber mit Hilfe des Nachrichtenwesens nahm Präsident Johnson den Bericht zur Grundlage, und verkündete wir seien angegriffen worden. Er ging vor den Kongreß, verlangte und bekam seinen Blankoscheck, und der Kongreß spielte mit. Jeder weiß, was dann geschah. Wir steckten bald bis zum Hals im Vietnam-Abenteuer.

Jeder Präsident lobt die Geheimhaltung und kämpft darum. Das tat auch Präsident Nixon in meinem Fall. Als ich zu der Schlußfolgerung kam, daß das amerikanische Volk mehr über den CIA und darüber, was er im Schilde führt, erfahren müsse, entschloß ich mich dazu, nach Capital Hill zu gehen, um mit den Senatoren im Aufsichts-Unterausschuß für das Geheimdienstwesen zu sprechen. Ich erfuhr, daß Senator John Stennis, seinerzeit Leiter des Unterausschusses, schon seit über einem Jahr keine Sitzung mehr abgehalten hatte, so daß die anderen Senatoren überhaupt keine Ahnung davon hatten, was der CIA tat.

Die Senatoren William Fulbright und Stuart Symington sagten immer wieder zu Stennis »Last uns eine Sitzung abhalten«, aber er ignorierte sie. Die anderen Senatoren schrieben Stennis einen Brief und legten ihm dringend nahe, sich wenigstens in einer geheimen Vorstandssitzung anzuhören, was ich zu sagen hatte, aber er ignorierte sie weiterhin.

Dann traf ich Fulbright – in einem Frisörladen. Er hatte Angst, sich mit mir in seinem Büro zu treffen. Ich traf mich mit Symington in seiner Wohnung. Ich traf mit Senatoren auf Cocktail-Parties wie zufällig zusammen. Aber sie konnten Stennis immer noch nicht dazu bringen, den Unterausschuß für das Geheimdienstwesen einzuberufen.

Desinteresse und Naivität im Kongreß

Senator Richard Schweiker aus Pennsylvania sagte mir, er habe in einem Nachmittagsgespräch mit mir mehr über die Arbeitsweise der Geheimdienste erfahren, als in den sechs Jahren seiner Arbeit im Unterausschuß. Das überraschte mich nicht, weil ich einige Jahre zuvor die Budgetangelegenheiten für den CIA-Direktor Richard Helms erledigt hatte. Man befürchtete, daß der Billigungs-Unterausschuß des Senats einige Fragen über die steigenden Kosten für die technischen Spionageprogramme stellen könnte. Direktor Helms hatte dies offensichtlich schon einmal durchgemacht.

Wie Helms es ausdrückte, hatten er und der Leiter für Wissenschaft und Technologie des CIA, Albert (Bud) Wheelon, eine »Laterna magica-Schau« für den Ausschuß veranstaltet, komplett mit Farbdias und Vorführungen der fortgeschrittendsten technischen Errungenschaften des CIA für den Spionagedienst: eine in einem Tabakbeutel versteckte Kamera, einen in einem falschen Zahn verborgenen Funksender, ein Tonband in einer Zigarettenschachtel.

Eine oder zwei harte Fragen wurden von Senator Russell aus Georgia wiedergegeben, der Vorsitzender des Ausschusses und ein starker Unterstützer der Agentur war. Es gab natürlich keine Dias oder High-Tech Hardware, um die Programme zu zeigen, die der CIA vor dem Kongreß verbergen wollte. Der Haushaltsentwurf segelte unangetastet durch den Unterausschuß.

Was ich durch meinen Umgang mit Kongreßabgeordneten, in meiner Zeit beim CIA und nach meinem Ausscheiden aus dem Dienst erfahren hatte, war, daß die Männer, die die Lage ändern wollten, nicht die Macht dazu hatten, und jene, die die Macht hatten, keine Veränderung wollten. Da der Kongreß ein hoffnungsloser Fall und das Weiße Haus bereits im Bilde und sehr dafür war, daß der CIA weiter unter Geheimhaltung arbeiten sollte, entschloß ich mich dazu, mit der Presse zu reden.

Ich gab mein erstes Interview der »U.S. News and World Report« und das brachte den Stein ins rollen. Bald hatte ich Verbindungen zu Verlegern in New York, mit denen ich über die Herausgabe meines Buches sprach.

In der Lampe war eine Wanze

Ich erhielt bald einen Telefonanruf von Admiral Rufus Taylor, der in der Agentur mein Chef, aber um diese Zeit bereits aus dem Dienst ausgeschieden war. Er bat mich, ihn in einem Motel in den Vororten von Virgina, jenseits des Potomac von Washington aus gesehen, aufzusuchen. Nachdem mein Argwohn durch die große Entfernung des Treffpunkts von der Dienststelle geweckt worden war, wurde ich von Admiral Taylor begrüßt, der wohlbedacht einen große Vorrat an Getränken mitgebracht hatte: eine Flasche Scotch, eine Flasche Bourbon, eine Flasche Wodka, eine Flasche Gin ... »Ich konnte mich nicht mehr daran erinnern, was Sie mö-

US-Präsident Richard Nixons Besessenheit hinsichtlich der Arbeit und Erfolge des CIA führte zum Ende seiner Präsidentschaft.

gen«, sagte er zu mir, »daher habe eine von jeder Sorte mitgebracht.«

Ich begann damit, Lärm zu verursachen: Abzug der Toilettenspülung, Händewaschen, Einschalten des Fernsehers. Admiral Taylor war direkt hinter mir und schaltete alles aus. Ich machte weiterhin Geräusche, indem ich das Eis in meinem Glas hin- und herschüttelte bis sich der Admiral niedersetzte. Es befand sich ein Tisch mit einer Lampe darauf zwischen dem Stuhl des Admirals und dem, auf den er mich nun bat mich zu setzen. Er sah mich mit einem verschmitzten Augenzwinkern an: in die Lampe war natürlich eine »Wanze« eingebaut.

Wir sprachen miteinander, und Admiral Taylor sagte zu mir, der CIA sei darüber beunruhigt, was ich in meinem Buch schreiben könnte. Er schlug einen Handel vor: Ich sollte keine Interviews mehr geben, keine Artikel mehr schreiben und vom Capitol Hill fernbleiben. Ich könne mein Buch schreiben, und es ihm und anderen ausgeschiedenen hohen Offizieren zur Durchsicht vorlegen, und sie würden mich und die Agentur beraten. Anschließend sollten der CIA und ich unsere Differenzen bereinigen. Ich sagte zu ihm: »Schön und gut.« Wir stießen darauf an und fuhren hinaus zum Essen. Das war unser Abkommen.

Eine gerichtlich verfügte Zensur

Was ich nicht wußte, war, daß einige Abende später John Ehrlichman und Richard Nixon im Weißen Haus zusammensitzen und über mein Buch sprechen würden. Es gibt ein Tonband von ihrem Gespräch: »Präsident Nixon, John Ehrlichman, 45 Minuten, Thema: Victor Marchetti«, das immer noch versiegelt ist. Ich kann es nicht bekommen. Ehrlichman ließ mich über Kontaktpersonen wissen, daß ich beim Abhören des Bandes genau erfahren würde, was mir widerfahren war und warum.

Was auch immer die Einzelheiten ihres Gesprächs gewesen sein mögen, der Präsident der Vereinigten Staaten hatte entschieden, daß ich mein Buch nicht veröffentlichen dürfe. Ich sollte der erste Autor in der amerikanischen Geschichte mit einer durch ein Gericht der Vereinigten Staaten zugestellten amtlichen Zensurverfügung sein, weil Präsident Nixon nicht in Verlegenheit kommen und auch nicht wollte, daß gegen den CIA eine Untersuchung eingeleitet und dieser einer Reform unterzogen werden sollte. Das hätte ihn nur daran gehindert, den CIA für seine eigenen Zwecke einzuspannen. Ein paar Tage später, am 18. April 1972, erhielt ich eine einstweilige Verfügung der Bundesbehörde mit der mir untersagt wurde, »Geheimdienstinformationen« preiszugeben.

Nach mehr als einem Jahr gerichtlicher Auseinandersetzungen wurde »CIA and the Cult of Intelligence« veröffentlicht. Die Gerichte gestatteten dem CIA, es vorweg zu zensieren, und als Ergebnis davon erschien das Buch mit über Hundert Löchern wegen Streichungen, die von dem CIA angeordnet wurden. In späteren Auflagen sind früher gestrichene Wörter und Zeilen wieder vorhanden, die der CIA laut Gerichtsverfügung in Fettdruck oder Schrägschrift wieder einsetzen mußte. Das Buch ist daher schwierig zu lesen, ja, es ist eine Art Kuriosität. Und natürlich sind alle Informationen, die laut Gerichtsbeschluß herausgeschnitten werden sollten, schließlich doch in die Öffentlichkeit durchgesickert.

Dies alles wurde unternommen, um dem CIA zu helfen Geschichte zu unterdrücken und zu verzerren, und es dem Präsidenten zu ermöglichen, das Gleiche zu tun. Präsidenten wie Harry Truman, der fälschlicherweise behauptete: »Ich hatte niemals den Gedanken als ich den CIA aufstellte, daß er in charakteristische Tätigkeiten von Spionen und

Die schmutzigen Dinge des Präsidenten

verdeckten Agenten (cloak-and-dagger operations) eingespannt werden würde«, der die Agentur aber bereitwillig damit beschäftigte, geheime Spionagedienste zu leisten und verdeckte Eingriffe in die Angelegenheiten anderer Länder durchzuführen. Oder Dwight D. Eisenhower, der es ableugnete, daß wir versuchten Sukarno in Indonesien zu stürzen, als wir gerade dabei waren, und der in große Verlegenheit geriet, als er versuchte, die U-2-Überflüge des CIA abzustreiten und von Chruschtschow 1960 in Paris bloßgestellt wurde.

John F. Kennedy setzte, wie heute jedermann weiß, den CIA bei mehreren Versuchen, Castro zu ermorden, ein. Wir benutzten alles von Mafia-Hauben bis zu Castros Maitresse, Marita Lorenz, die den Diktator mit Pillen vergiften sollte, die in ihrem Speiseeis verborgen waren – die Pillen schmolzen –. Ich habe keinen Zweifel daran, daß wenn wir Castro hätten töten können, die USA nach Kuba hineingegangen wären.

Präsident Nixons Besessenheit

Es herrschte die ziemlich weitverbreitete Annahme vor, einer der Gründe, warum Kennedy ermordet wurde, sei darin zu sehen, daß dieser versucht habe, uns aus Vietnam herauszubekommen. Glauben Sie das nicht. Es war ein Präsident nach dem Geschmack des CIA, rauh, zäh, und auf eine hemmungslose und oft naive Weise kooperativ und unternehmungslustig. Unter Kennedy wurden wir ernsthaft in Vietnam verwickelt, nicht so sehr militärisch als durch geheime Aktionen.

Es ist eine Tatsache, daß die Vereinigten Staaten den Sturz von Ngo Dinh Diem, des Premierministers von Vietnam, und Ngo Dinh Nhu, seines mächtigen Bruders, betrieben haben. Dem Botschafter ging ein Telegramm zu des Inhalts: »Wenn Lou Conein (Lucien Conein war ein Schlüsselagent des CIA in Saigon) seine Sache vermasselt, dann hat er das zu verantworten.«

Als E. Howard Hunt diese Memos und Telegramme fälschte, als er im Namen von Präsident Nixon für die »Klempner« (plumbers) arbeitete, wußte er also, was er tat. Das war seine Verteidigung, daß er nicht irgendetwas tatsächlich fälschte oder erfand. »Solches Zeug war wirklich vorhanden, aber ich konnte es nicht finden«, sagte er. Natürlich konnte Hunt es nicht finden: bis spätestens zu diesem Zeitpunkt waren die Originalunterlagen verschwunden. Aber Hunt wußte genau, was er tat.

Präsident Nixons Besessenheit hinsichtlich der Geheimhaltung führte natürlich zum Ende seiner Präsidentenschaft. Wie schon gesagt, Nixon war dazu entschlossen, mein Buch zu unterdrücken. Bei mehreren Gelegenheiten nach seinem Rücktritt wurde Nixon befragt, was er damit gemeint habe, als er sagte, daß der CIA ihm dabei helfen würde die Watergate-Tonbänder zu vertuschen, weil »er ihm etwas schuldig sei«. Er antwortete: »Ich sprach über Marchetti«, mit anderen Worten über die Bemühungen – immer noch geheim – die Veröffentlichung des Buches »The CIA and the Cult of Intelligence« zu verhindern.

Viele Politiker auf der CIA-Gehaltsliste

Ein weiteres Beispiel für die Versuche der Nixon-Regierung, Geschichte zu verschleiern, ist der noch andauernde Versuch die Einzelheiten über die »Neigung« der Regierung zu Pakistan in dessen Konflikt mit Indien Anfang der siebziger Jahre zu vertuschen. Obwohl die grundlegenden Tatsachen bald ans Tageslicht kamen, enthüllte der Bericht des Journalisten und Pulitzerpreisträger Seymour Hersh über diese Angelegenheit in seinem keineswegs schmeichelhaften Buch über Henry Kissinger, daß Morarji Desai, eine bedeutende indische politische Führungspersönlichkeit, der später Premierminister wurde, ein Agent des CIA war. Kissinger forderte Desai spornstreichs auf, Hersh zu verklagen, und der Fall schleppt sich heute, sieben Jahre später, immer noch hin.

Ich kenne die Wahrheit, Hersh kennt sie ebenso, er lehnte es aber als gewissenhafter Journalist ab, seine Quellen zu nennen. Die geschichtliche Wahrheit ist zwischen der amtlichen Geheimhaltung und Hershs Loyalität seinem Informanten gegenüber eingezwängt; ich hege nichtsdestoweniger große Bewunderung für Hersh wegen siner Standhaftigkeit.

Es ist eine Tatsache, daß sehr viele ausländische Führungspersönlichkeiten, darunter jene, die oft als »neutral« oder sogar feindlich gegenüber den Vereinigten Staaten eingestellt angesehen werden, insgeheim auf der Ge-

CIA

Geschichte als Propaganda und Desinformation

haltsliste des CIA standen. Zum Beispiel als Jimmy Carter sein Amt übernahm, behauptete er, er wolle den CIA umgestalten. Kaum saß er im Weißen Haus, als man schon versuchte ihn auf die Probe zu stellen: die Nachricht, daß Jordaniens König Hussein von dem CIA bezahlt wurde, sikkerte durch; Präsident Carter war bestürzt, denn jetzt war es sein CIA. Seine Bemühungen das Verhältnis abzuleugnen, wurden durch Husseins lässige Offenheit zunichte gemacht. Er sagte vor der Presse: »Ja, ich habe das Geld genommen. Ich verwendete es für meinen Geheimdienst. Und das ist alles, was ich in dieser Sache zu sagen habe.«

Überall die Hand im Spiel

Es gab eine Reihe anderer nationaler Führer, die in Husseins Kategorie passen. Wie ich zum ersten Mal in meinem Buch enthüllte, wurde Joseph Mobuto, ein Unteroffizier in den belgischen Streitkräften im Kongo vor dessen Unabhängigkeit, auf die Gehaltsliste des CIA gesetzt. Deswegen herrscht er heute in Zaire. Der CIA bezahlte dem inzwischen verstorbenen Jomo Kenyatta, dem Herrscher von Kenya, fünfzig- oder hunderttausend Dollar pro Jahr, die er für Getränke und Weiber verpraßte. Daher mußten wir Kenyatta schließlich das Doppelte bezahlen und ihm sagen: »Dies ist für Sie und dies ist für Ihre Partei.«

Der CIA hat Einzelpersonen und Bewegungen durch das ganze politische Spektrum hindurch in der Bundesrepublik Deutschland finanziert. Ein erstklassiges Beispiel dafür ist Willy Brandt, ehemaliger Kanzler der Bundesrepublik, der viel Unterstützung durch den CIA erhielt, als er Regierender Bürgermeister von Berlin war. Axel Springer, der christlich-demokratisch gesinnte Presse- und Verlagsmagnat, der mit dem Finger auf Brandt zeigte, weil dieser mit dem CIA zusammenarbeitete, war ebenfalls eine Bereicherung für den CIA, der seine Druckerzeugnisse dazu benutzte, um CIA-Propaganda und Desinformation zu verbreiten. Es war ein Fall, wo der Topf den Kessel schwarz nannte; ich kannte seinen Sachbearbeiter sehr gut.

So sieht der CIA seine Mission, die Arbeit für die er geschaffen wurde. Der CIA soll mit jedem zu tun gehabt haben, nicht nur mit den Christdemokraten oder den Sozialdemokraten. Die Agentur soll überall ihre Hand im Spiel gehabt haben, auch bei den Kommunisten, so daß sie alle so manipuliert werden können, wie die US-Regierung es wünscht.

Das Verhältnis CIA – Mossad

Ein offensichtliches Feld der Desinformation und der Täuschung besteht in unserem Verhältnis zu einem Land, das oft als unser engster Verbündeter dargestellt wird: Israel. Ich bin oft über das Verhältnis zwischen dem CIA und deren israelischem Gegenstück, den Mossad, befragt worden. Der CIA unterhält praktisch zu jedem ausländischen Geheimdienst, einschließlich des KGB, irgendeine Verbindung. Diese Beziehungen sind von Fall zu Fall unterschiedlich, aber unser Verhältnis zum Mossad war stets von eigenartiger Natur.

Als ich noch im Dienst des CIA war, wurde dem Mossad allgemein kein Vertrauen entgegengebracht. Es herrschte ein ungeschriebenes Gesetz, daß keine Juden israelische oder Nahostangelegenheiten bearbeiten konnten; man hatte seinerzeit das Gefühl, daß diese nicht völlig objektiv sein konnten. Es gab jedoch eine Spaltung in der Dienststelle, und Israel fiel nicht in das übliche Ressort, die Near Eastern Division. Stattdessen wurde es in der Spionageabwehr einem Sonderressort zugeteilt. Der Leiter dieses Ressorts, James Jesus Angleton, stand den Israelis sehr nahe. Ich glaube, daß die Israelis durch Angleton viel mehr erfuhren, als sie eigentlich erfahren sollten, und dadurch auf unsere Tätigkeiten einen weit größeren Einfluß ausübten, als das sonst der Fall gewesen wäre.

Für seine Bemühungen wurde James Angleton, der vor zwei Jahren starb, von den Israelis auf die Art und Weise geehrt, wie sie gewöhnlich ihre nichtjüdischen Helfershelfer ehren. Sie beschlossen in den Bergen von Judäa einen ganzen Wald zu Ehren Angeltons zu pflanzen, und brachten an einem naheliegenden Felsen ein prächtiges Schild in mehreren Sprachen an, auf dem Angelton als großer Freund Israels gepriesen wird. Israels Geheimdienstchefs aus Vergangenheit und Gegenwart wohnten den Einweihungsfeierlichkeiten bei.

Die Gedenktafel war aus Pappe

Später suchte ein Fernsehreporter aus meinem Bekanntenkreis auf einer Dienstreise nach Israel Angletons Denkmal auf. Mit einigen Schwierigkeiten konnte er es zwar ausfinding machen, aber etwas daran kam ihm seltsam vor. Bei genauer Besichtigung stellte sich heraus, daß Angeltons Schild nicht aus Bronze, sondern aus Karton hergestellt war. Auch war die ganze Umgebung nicht besonders schmeichelhaft für Israels verstorbenen Wohltäter: die Bäume und das Schild befanden sich am Rande einer Müllkippe. Der britische Kameramann meines Freundes drückte es am besten aus: »Dieser Kerl hat sein Land an die verdammten Israelis verraten und so haben sie ihn dafür bezahlt!»

Der CIA hat Geschichte auf andere Weise verdreht als durch direkte Vertuschungen und Unterdrückung der Wahrheit. Eine Methode bestand darin, Bücher selbst herzustellen. Zum Beispiel war einer der Spitzenagenten des CIA in der Sowjetunion Oberst Oleg Penkowsky. Penkowsky wurde schließlich geschnappt und hingerichtet. Aber der CIA war nicht bereit, es dabei zu belassen. Die Dienststelle entschloß sich dazu, ein Buch zu schreiben, das man 1965 herausbrachte mit dem Titel »The Penkovsky Papers«. Es beruhte angeblich auf einem Tagebuch, das Penkowsky geführt hatte, ein Tagebuch in dem Penkowsky zahlreiche Spionagecoups enthüllte, die darauf abzielten, die Sowjets in Verlegenheit zu bringen und den CIA aufzubauen.

Spione pflegen natürlich keine Tagebücher zu führen, und es war unwahrscheinlich, daß die Sowjets an die übertriebenen Behauptungen über Penkowsky und den CIA, die in »The Penkovsky Papers« aufgestellt wurden, glaubten.

Wer wurde hereingelegt? Natürlich die amerikanische Öffentlichkeit. Mehr als einmal kamen Leute nach einem Vortrag zu mir und zeigten mir das Buch, als sei es das heilige Evangelium. Ich sagte zu ihnen: »Ich habe den Mann gekannt, der es geschrieben hat.« »Sie kannten Penkowsky?« fragen sie immer wieder, und ich sagte ihnen: »Nein, ich habe Penkowsky nicht gekannt, aber ich kenne den Mann, der das Buch geschrieben hat.«

Die Geschichte der Chruschtschow-Memoiren

Es sind auch nicht nur gewöhnliche Staatsbürger durch den Penkowsky-Betrug hereingelegt worden. Senator Milton Young aus North Dakota, der im Unterausschuß zur Überwachung des CIA diente, sagte 1971 in einer Senatsdebatte, bei der es um die Beschneidung des Geheimdienst-Budgets ging:

»Und wenn Sie etwas Interessantes und Maßgebliches über Geheimdienst wissen wollen, lesen Sie ›The Penkowsky Papers‹ ... das ist eine sehr interessante Geschichte darüber, warum der Nachrichtendienst, den wir in Kuba unterhielten, uns so wichtig war und darüber, was die Russen dachten und wie weit wir gehen konnten.«

Das vielleicht erstaunlichste Beispiel für die Manipulierung der Welt der Publizisten durch den CIA ist der Fall »Khrushchev Remembers«. Es wird immer noch weithin geglaubt, Chruschtschow sei der Verfasser dieses Buches. Er soll es in einem Sommer heruntergeschrieben und sich dann gefragt haben: »Wo kriege ich es veröffentlicht? Aha! Time-Life!«

Die Bände erreichten Time-Life, wir alle lasen das Buch und sagten uns: »Ist das nicht interessant?«

Ein paar Gedanken sollten ausreichen, um die Vorstellung zu zerstreuen, daß der KGB Chruschtschow gestatten würde, sich in seiner Datscha hinzusetzen und ein Tonband nach dem anderen ohne gestört zu werden herunterzudiktieren. Er hat sicherlich Bänder diktiert, aber diese wurden vom KGB zensiert und editiert, und dann wurde zwischen den USA und der UdSSR

Eine großartige Werbung für CIA und KGB

noch eine Menge gestrichen, nachdem auf höchster Ebene entschieden wurde, daß ein solches Buch von gegenseitigem Nutzen sein könnte. Breschnew konnte es gegen Teile des Widerstands verwenden, der ihm von stalinistischen Hardliners entgegengebracht wurde, und Nixon konnte es verwenden um die Unterstützung für seine Entspannung zu verstärken.

Der CIA und der KGB arbeiten bei der Durchführung dieser Operation zusammen. Die Bänder wurden dem Büro der »Times« in Moskau übergeben. Strobe Talbot, der heute oft im Fernsehen auftritt und Büroleiter der »Time« in Washington ist, brachte die Bänder mit. Ich war in einer Wohnung anwesend, in der er sie ein paar Tage lang versteckte. Die Bänder wurden dann übersetzt und ein Manuskript angefertigt. Zu dieser Zeit lehnte »Time« es ab, jemanden der Chruschtschow persönlich gekannt hatte, unter ihnen Mitarbeiter des Weißen Hauses, die Bänder anhören zu lassen.

Kenntnisreiche Leute sagten zu mir: »Ich glaube dies nicht.« »Da ist etwas mächtig faul an der Sache«. Als sie lasen, was Chruschtschow persönlich gesagt haben soll, waren sie noch skeptischer. Aber das Buch kam heraus: »Khrushchev Remembers«, begleitet von einem massiven Werbefeldzug. Es war eine großartige Propagandaleistung für den CIA und den KGB.

Ich habe »Khrushchev Remembers« in meinem Buch kurz angeschnitten, aber mich nicht sehr mit den Einzelheiten befaßt, sondern widmete der Affäre nur versuchsweise ein paar Abschnitte. Kurz, bevor mein Buch veröffentlicht wurde, zog »Time« einen zweiseitigen Artikel über mich in Erwägung, bis man erfuhr, daß ich Vorbehalte über die Glaubwürdigkeit des Buches »Khrushtchev Remembers« zum Ausdruck gebracht hatte. Ich erhielt daraufhin Telefonanrufe von Talbot und Harry Schaechter, seinerzeit »Time« Bürochef in Washington, in denen ich aufgefordert wurde, die anstößigen Passagen herauszunehmen.

Ich hatte wahrheitsgemäß geschrieben, daß vor der Veröffentlichung Strobe Talbot die gebundenen • Niederschriften der Chruschtschow-Bände über Helsinki nach Moskau zurückgebracht hatte, so daß der KGB noch eine letzte Überprüfung vornehmen konnte. Ich sagte zu Schaechter und Talbot, daß wenn sie zu mir kommen, mir in die Augen sehen und mir dann sagen würden, daß ich die Dinge verkehrt sehe, ich dann den Abschnitt über »Khrushchev Remembers« herausnehmen würde. Keiner von ihnen kam jedoch bei mir vorbei und die Abschnitte blieben in meinem Buch, und »Time« brachte trotzdem einen zweiseitigen Artikel über mich.

Wie ich im Vorwort zu »The CIA and the Cult of Intelligence« 1974 ausführte, laufen demokratische Regierungen, die gegen totalitäre Feinde kämpfen, Gefahr, deren Methoden nachzuahmen und dadurch die Demokratie zu zerstören. Durch Unterdrückung historischer Tatsachen und Herstellung von Geschichtsfiktionen stellt der CIA mit seiner hartnäkkigen Geheimhaltung und ausgedehnten Hilfsmitteln eine besondere Gefahr für das Recht der Amerikaner dar, in der Gegenwart und Zukunft durch ein objektives Wissen um die Vergangenheit unterrichtet zu werden. Solange der CIA Geschichte manipuliert, müssen die Historiker, die sich mit seiner Tätigkeit befassen, Revisionisten sein, wenn wir die Wahrheit über die Tätigkeit dieser Dienststelle in Vergangenheit und Gegenwart erfahren sollen. □

Bei dem vorstehenden Beitrag handelt es sich um einen Vortrag von Victor Marchetti auf der neunten internationalen Konferenz der Historiker der revisionistischen Schule. Der Vortrag erschien in englischer Sprache in der Zeitschrift »The Journal of Historical Review«, P.O. Box 1306, Torrance, Kalifornien 90505.

Rumänien

Wer war Ceausescu?

Dan Roman

Dan Roman war Freiheitskämpfer in den rumänischen Bergen als Nicolae Ceausescu von den Medien des westlichen Establishments gelobt und von den westlichen Regierungen einschließlich der der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik geehrt wurde. Roman wurde mehrere Male von der kommunistischen rumänischen Regierung ins Gefängnis gesperrt, einmal sogar zum Tode verurteilt. Er saß fast zwei Jahrzehnte in verschiedenen Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern in Rumänien.

Weihnachten 1989 bescherte dem rumänischen Volk die blutigsten Tage seit dem Zweiten Weltkrieg, und an diesem Tag wurde der blutigste Tyrann unserer Zeit, Nicolae Ceausescu, hingerichtet. Wer war überhaupt dieser vorzeitige Abgänger aus der Volksschule, dieser Schusterlehrling?

Der Liebling des Westens

War er der »unabhängige« Mann, für den die amerikanischen Präsidenten Richard Nixon und Jimmy Carter am Weißen Haus den roten Teppich ausrollen ließen? War er der charismatische Führer der in den Vereinigten Staaten mit 21 Salutschüssen empfangen wurde? War er das »Genie«, das die »selbstregierende« Nation nach dem Image der internationalen Medien führte? Oder war er ein Diktator, ein Despot und Unterdrücker des rumänischen Volkes wie die Medien ihn nach seiner Hinrichtung beschrieben?

Damals in den glorreichen Tagen starteten die westlichen Medien einen eifrigen Propagandafeldzug über Ceausescus »Unabhängigkeit« von Moskau und sein Bild war ständig auf den Fernsehbildschirmen und auf den Titelseiten der Zeitungen überall in der westlichen Welt zu sehen. Keine Einzelheit entging ihnen.

Wenn dieser größte »unabhängige« rumänische Gelehrte nieste, hustete, lächelte oder lachte, mit seiner geliebten Frau Hand in Hand oder sonstwie herumstolzierte, dann war das wert erwähnt, kommentiert und hervorgehoben zu werden. Wenn er seine »Unabhängigkeit« herausstotterte, dann erhob sich ringsum ein Donner des Applaus und der Bewunderung. Da waren sogar einige Stimmen – anfangs im Flüsterton, später lauter – die für den rumänischen Mörder den Friedensnobelpreis vorschlugen.

Unter den Tausenden von Verbrechen die dieser blutige Henker beging, fällt mir eines ein, dessen Zeuge ich war. Ende der sechziger Jahre importierte die rumänische Securitate (Geheimpolizei) aus Moskau eine tödliche Substanz, die zur Hinrichtung politischer Häftlinge bestimmt war. Ceausescu selbst befahl der Securitate das tödliche Gift in berühmten politischen Gefängnissen und Konzentrationslagern wie Aiud, Jilava und Gherla, nur um einige zu nennen, anzuwenden um buchstäblich jeden Versuch der Rebellion gegen sein Regime zu töten.

Die Todesstrahlen vom KGB

Die aus der UdSSR eingeführte Substanz erzeugte Leber- und Nierenkrebs und die Gefangenen starben, als ob sie einer Krankheit unterlegen wären. Ceausescu verwendete das Strahlungsgift um seine Feinde und Rivalen zu töten. Gerüchten zufolge soll sogar Gheorghe Gheorghiu-Dej, sein Vorgänger, durch die todbringenden Strahlen getötet worden sein. In der UdSSR wurden die Todesstrahlen vom KGB unter der Führung von Juri Ehrenstein (Andropow) verwendet, um Leonid Breschnews Gegner zu beseitigen.

Rumänien

Wer war Ceausescu?

Anfang der siebziger Jahre hatte Ceausescu zwei sehr auffällige Motive um westliche Regierungen zu täuschen: den Status der »meistbegünstigten Nation« von den Vereinigten Staaten zu erlangen und sich den Friedensnobelpreis zu erschleichen. Eine Zeitlang, nachdem er von den Bolschewisten ausgewählt worden war, die Karte der chinesisch-israelisch-sowjetischen Verbindung auszuspielen und dabei als »Unabhängiger« zu agieren, redete ihm seine Frau Elena ein, er sei der größte Schauspieler, den die Welt je gesehen habe, und könne fehlerlos den friedliebendsten Mann der Welt darstellen.

Elena, ebenfalls eine vorzeitige Volksschulabgängerin, war eifrig darum bemüht, ihre Person dadurch aufzuwerten, daß sie sich Anerkennung von Universitäten in Ländern, die sie und ihr Ehegatte besuchten, verschaffte – und sie besuchten über hundert Länder. Sie zahlte riesige Summen für Ehrendoktorhüte oder für andere Diplome und Ehrenmitgliedschaften in verschiedenen hochangesehenen wissenschaftlichen Gesellschaften.

Um jeden Preis den Friedensnobelpreis

Leider wollten die angesehenen Universitäten ihr keinen Doktortitel verleihen, ganz gleich wieviel Geld sie dafür zu zahlen bereit war. Nichtsdestoweniger nahmen einige afrikanische Universitäten und Gesellschaften aus der dritten Welt ihr Geld an – das mit dem Blut unschuldiger Rumänen besudelt war – und überreichten ihr kunstvoll gedruckte Papiere in verschiedenen Sprachen und Schriftzeichen mit ihrem Namen darauf.

Und doch wollte diese ungebildete aber ehrgeizige Frau, die die offiziellen Positionen der Kommunistischen Partei und der Regierung zusammen mit ihrem Gatten bekleidete, um jeden Preis den Friedensnobelpreis.

Stiefelleckende Journalisten gingen so weit, das berüchtigte und ungebildete Paar mit Jupiter und Juno zu vergleichen. Niemand hätte so viele Hosiannas ausbringen, so viele Superlative aufzählen können wie diese Speichellekker es bei dieser sowjetischen Marionettenfigur getan haben, die wie zum Hohn von Moskau auf Stephans des Großen Thron »gekrönt« wurde.

Aber trotz all der vorgeblichen Schmeichelei, die so durchsichtig war, daß selbst ein Narr ihre Dreistigkeit durchschauen konnte, spürte der paranoische Größenwahnsinnige, der den »Persönlichkeitskult« weit über den von Josef Stalin erhob, die Verachtung keineswegs. Das rumänische Volk jedoch, das sich über die erste Familie mit Tausenden von höhnischen Possen und zynischen Witzen lustig machte, verglich den Schuster und Unterdrücker mit Caligula, »Papa Doc« Duvalier und Idi Amin, um nur einige zu nennen.



Der damalige US-Präsident Jimmy Carter (zweiter von links) besuchte mit seiner Frau (ganz rechts) das »ehrenwerte« und politische geschätzte Ehepaar Ceausescu.

Eine Schau der Doppelzüngigkeit

Sogar die Rumänische Akademie der Wissenschaften versprach, daß bald eine neue Geschichte des rumänischen Volkes, von 500 nach Christus bis zur Gegenwart, dem sowjetischen Beispiel folgend, herauskommen würde. Das Volk wußte, daß Ähnlichkeiten zwischen der alten und der neuen Geschichte unbeabsichtigte Zufälle sein würden. Ceausescus Zeitalter würde ein besonderes Kapitel gewidmet, in dem seine größten Errungenschaften in erhabenen Fettdruck hervorgehoben und er selbst als die hervorragendste Figur der rumänischen Geschichte gepriesen wird.

Moskau täuschte mit Hilfe der Medien des westlichen Establishments Amerika und andere westliche Länder mit Ceausescus »unabhängiger« Politik. Diese Schau des Betruges und der Doppelzüngigkeit war Teil der bolschewistischen Strategie und Ceausescu war ein Bauer auf dem Schachbrett.

Als augenscheinlich der größte Philosoph, Schriftsteller und Gelehrter des 20. Jahrhunderts »schrieb« Ceausescu eine Reihe von Büchern, die in fast alle Sprachen der Welt veröffentlicht wurden. Da er ein sehr vielseitiger Gelehrter und Experte auf allen Fachgebieten war, schrieb er Bücher über komplizierte Krankheiten und deren Behandlungsmittel, über Kernenergie und Raumfahrt, über marxistische Philosophie und über den Anbau von Gemüse. Einige seiner Bücher wurden in afrikanische Stammesdialekte übersetzt.

Die Veröffentlichung der Bücher wurde auf eine sehr einfache und wirksame Weise in die Wege geleitet. Ein Agent der rumänischen Regierung setzte sich mit einem ausländischen Verleger ins Benehmen und unterzeichnete einen Vertrag, nach dem die rumänische Regierung für alle unverkauften Bücher aufkommen würde – was stets praktisch die ganze Auflage war.

Ceausescu erhielt die Lizenzgebühren in harter Währung, zahlte sie auf ein persönliches Konto bei einer schweizer Bank ein, und die rumänische Regierung zahlte für die Bücher dadurch, daß den Mündern rumänischer Kinder Fleisch, Eier, Milch, Obst und andere Verbrauchsgüter entzogen wurden.

Die Schuld des westlichen Establishments

Die Bücher wurden an Büchereien, Schulen, Klubs und Kirchen kostenlos verteilt, weil kaum jemand – mit Ausnahme von Kanalarbeitern der Partei – etwas dafür bezahlen wollte. Und doch wurden alle Rumänen gezwungen die »erhabenen Gedanken« des »Lieblingssohns« des Volkes zu schlucken und dabei ihren leeren Magen zu vergessen.

Am Weihnachtstag 1989 wurde einer der blutigsten Tyrannen der ganzen Welt zusammen mit seiner gleichermaßen schuldigen Frau hingerichtet. Ihre Milliarden von Dollar in Gold und harter Währung, die in der Schweiz, im Iran, in Rotchina und Libyen zusammengeraffet wurden –, werden vorbehaltlich entsprechender Verhandlungen – zu Vermögenswerten des rumänischen Volkes. Aber damit kann nicht das ganze Leiden und die Todesfälle, für die er in seiner mehr als 20jährigen Regierungszeit verantwortlich war, abgegolten werden. Und das spricht auch nicht die westlichen Länder und deren Medien des Establishments, die mithalfen ihn an der Macht zu halten, von Schuld frei. □



Praktische Produktideen für »CODE«-Leser – vorgestellt vom *VITAL*-Versand Tien:

neues – bewährtes – besonderes

NEU: Elektrischer Fensterreiniger

ohne Wasser-ohne Reinigungsmittel-in Sekunden glasklare Fenster



Endlich können Sie einfach und problemlos ohne Wasser, ohne Reinigungsmittel, ohne Kraftanstrengung Fenster und alle glatten Flächen reinigen. **Keine Streifenbildung**. Keine Schlieren. Der **Blitz-Blank-Meister** hat eine Reinigungsfläche von 20 x 8 cm und ist sehr handlich (nur 800 g schwer). Preis DM 198,00.

Einfachste Handhabung

Der neue elektrische Fensterreiniger Blitz-Blank-Meister funktioniert ohne großen Aufwand. Nach Aufheizen des Gerätes fährt man leicht über die zu säubernde Fläche. Eine leichte Dampfschicht zwischen der zu reinigenden Fläche und dem Gerät löst jeden Schmutz sorgfältig und sauber auf.

Wenn auch Sie in Zukunft auf moderne und einfache Weise Fenster putzen wollen, so fordern Sie Gratisprospekte des elektrischen Fensterreinigers telefonisch oder mit dem Coupon an. Bestellung des Gerätes auf Rechnung möglich.

elektronische Taschenübersetzer

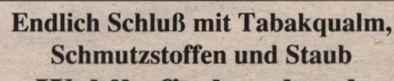


Der erste Übersetzungscomputer der Welt **Hexaglot** hat insgesamt **6 Sprachen** zur Verfügung. Hexaglot verfügt über einen **Wortschatz von 40.800** Wörtern insgesamt. In jeder der Sprachen **Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Spanisch und Portugiesisch 6.800 Wörter**. Zusätzlich pro Sprache **50 Redewendungen**, die es Ihnen ermöglichen, sich immer und überall verständlich zu machen.

Per Knopfdruck kann von jeder in jede Sprache übersetzt werden. Preis DM 398,00. **Hexaglot** kann **14 Tage zur Probe** angefordert werden. Verwenden Sie den Coupon oder rufen Sie einfach bei uns an (Telefon 0 59 21 - 40 74).

Auch bei uns erhältlich:

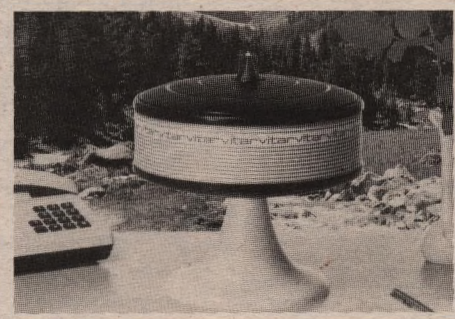
Langenscheidt alpha 40, der "Englisch-Profi" mit 40.000 Wörtern für Deutsch-Englisch. Mit unregelmäßigen Verben, persönlicher Datenbank und Taschenrechner. Preis DM 298,00.



Endlich Schluß mit Tabakqualm, Schmutzstoffen und Staub

Wohlbefinden durch "reine" Raumluft

Die Atemluft in **Wohn- und Schlafräumen, an Büro- und Arbeitsplätzen** wird mit dem patentierten und von der Universität in Bern empfohlenen **Raumluftreiniger und Ionisator VITAR** wirksam und sicher gereinigt; **ohne Wasser** und ganz **ohne Geräusche**! Lungengängige Schwebepartikel (wichtig **bei Zigarettenrauch**-Teerteilchen), **Schmutzstoffe, Bakterien, Ruß und sogar Viren, Pollen und Allergiestoffe** werden mit den VITAR-Ionen verbunden und am Gerät gesammelt. Dadurch effektive Beseitigung der Giftstoffe und keine tägliche Wartung und Pflege notwendig. Kein Luftzug. Geringer Stromverbrauch (nur 1 Watt). Preiswert (nur DM 478,00).



Für VITAR bieten wir Ihnen sogar einen 4-Wochen-Test ohne Vorauszahlung an, damit Sie sehen, was Sie ohne VITAR alles eingeatmet hätten.

Fordern Sie daher umgehend VITAR oder die Gratisprospekte an, um bald "reine" und somit gesunde Luft einatmen zu können.

Wählen Sie aus dem reichhaltigen Sortiment unseres Hauses sinnvolle und besondere Geschenke zu Weihnachten oder zu anderen Gelegenheiten aus. Auch für den Eigengebrauch eignen sich die Produkte bestens.

Anforderungen der Geräte oder Gratisinformationen können Sie schnell und einfach telefonisch oder mit dem Coupon vornehmen beim: Spezialversandhaus *VITAL*-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 7-11/3, 4460 Nordhorn, Telefon (0 59 21) 40 74 (0-24 h)

☐ Bitte senden Sie mir schnellstmöglich über alle Artikel kostenloses Informationsmaterial.

Die Produkte haben auch mich begeistert und überzeugt. Ich fordere daher zur sofortigen Lieferung folgende Geräte an:

. . Stück **elektrische Fensterreiniger** DM 198,00
. . Stück **Hexaglot** 6 Sprachen DM 398,00
. . Stück **alpha 40** Dt./Engl. DM 298,00
. . Stück **VITAR** Raumluftreiniger DM 478,00

☐ zur Probe, zahlbar erst nach 14 Tagen oder Rücksendung des Gerätes
☐ auf Rechnung, +Versandspesen (ca. DM 5,00)
☐ per Nachnahme, ohne Versandkosten

Vorname | Name

Straße und Hausnummer | Telefon

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

VITAL-Versand Tien GmbH, 4460 Nordhorn

CODE

Europa-Journal

Franzosen demonstrierten Laser-Waffensystem

Ein Versuch mit dem Kohlendioxydlaser Latex wurde in der Versuchsanlage der Firma Aerospatiale in Marcoussis bei Paris durchgeführt. Der Laser zerstörte einen Raketenkopf und eine Flugzeugkanzel.

Der auf einem Turm montierte und mit einer ausgeklügelten Zielvorrichtung ausgerüstete Laser wurde aus einer Entfernung von 700 Metern abgefeuert und arbeitet mit einer Leistung von 40 kW. Die Vorrichtung wird bald an Zielen erprobt, die sich mit Geschwindigkeiten von 250 Metern pro Sekunde oder 900 Kilometer pro Stunde bewegen.

Der nächste Schritt, der Bau eines 400 kW Laserwaffensystems ist in Erwartung einer möglichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, die auf ähnlichen Forschungsgebieten tätig ist, zunächst verschoben worden. □

Konsortium für Sänger-Raumfahrzeug gegründet

In der Bundesrepublik wurde ein Konsortium für die Entwicklung eines Sänger-Raumfahrzeuges gegründet. Das Flugzeug könnte fast 20 Milliarden Dollar kosten. Das Konsortium ist zunächst zur Gänze deutsch, aber es bestehen Pläne, es ab 1993 in eine internationale Gesellschaft zur Entwicklung und Erprobung eines kleinen Flugdemonstrators von der Größe eines typischen Jagdflugzeuges umzuwandeln.

Dem Konsortium gehören das Bundesministerium für Forschung und Technologie an, die Deutsche Aerospace – eine Fusion zwischen Dornier und MTU –, verschiedene Universitäten und die von der Bundesregierung subventionierte Deutsche Aerospace-Forschungseinrichtung in Köln. Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), bald ein Teil von Deutsche Aerospace, wird in dem Projekt die wichtigste wirtschaftliche Rolle spielen und ist verantwortlich für die Planungsstudie und die Aerothermodynamik. MTU ist verantwortlich für den Antrieb und Dornier arbeitet an Werkstoffen und Konstruktionen.

Frankreich, das an dem Hermes-Raumpendler arbeitet, und Großbritannien, das soeben sein Aerospace-Flugzeugprojekt Hotol eingestellt hat, werden aus der internationalen Gemeinschaftsfirma ausgeschlossen, aber andere europäische, amerikanische, japanische oder sogar sowjetische Mitarbeit ist möglich, sagt Heribert Kuczera, der Leiter für Systemstudien bei MBB.

Die Entwicklung des Raumfahrzeuges wird etwa 2005 beginnen und die ersten Betriebsflüge sind für 2010 vorgesehen. Aber Kuczera meint, der Plan könne beschleunigt werden, »wenn die Notwendigkeit und die politische Vision vorhanden ist«. □

ADL lobt »Viertes-Reich-Hysterie«

Kenneth Bialkin, ehemaliger Vorsitzender der Anti-Defamation League (ADL) und ehemaliger Anwalt für den Drogendealer Robert Vesco ließ in einem Interview einen Schauer von Lobhudeleien auf die Ausfälle des britischen Journalisten Conor Cruise O'Brien gegen ein wiedervereinigtes Deutschland, das er das »vierte Reich« nannte, herniederprasseln.

»Es gibt keinen feineren Historiker oder politischen Experten in der Welt als Conor Cruise O'Brien. Er ist völlig ehrlich und auffassungsfähig. Ich kenne ihn, ich bin mit ihm zusammengetroffen, ich habe mit ihm gesprochen. Er ist offen, aufrichtig und realistisch. Das Beste, was ich tun kann, ist mit ihm einer Meinung zu sein. Wenn er diese Besorgnis über das Auftauchen eines vierten deutschen Reiches aufwirft, dann glaube ich, sollte man ihn sehr ernst nehmen.«

Bialkin sagte, »es ist verständlich, daß die Wiedervereinigung Deutschlands viele Ängste und Bedürfnisse auslösen wird. Ein vereinigtes und gestärktes Deutschland könnte für Europa und andere eine Art Bedrohung darstellen. Man muß das Hitler-Zeitalter im Auge behalten. Man muß an die Angriffslust der Deutschen denken, die sich auf einen sehr bösen Weg führen ließen.« □

Kritik am angelsächsischen Chaos

Der Mitarbeiter der »Financial Times«, John Plender, zog in einem Artikel mit der Überschrift »The Magic of Unfree Markets« einen Vergleich zwischen den durch die Vorgehensweise der Deutschen und Japaner erzielten Wirtschaftsergebnisse mit dem, was er als »angelsächsisches Chaos« nennt.

Jetzt, wo jedermann über die Fehlschläge und das Scheitern des kommunistischen Wirtschaftssystems redet, sollten »wir damit beginnen, uns ernsthaft mit den Fehlschlägen des kapitalistischen Systems zu befassen, von denen viele von den schlecht überlegten Versuchen der Angelsachsen, ihren Handelspartner eine Entregularisierung aufzuerlegen, herrühren«, schreibt er.

»Schließlich«, warnte Plender, »sind die größeren angelsächsischen Volkswirtschaften kaum attraktive Modelle. Sie leiden unter massiven Handelsdefiziten, durch und durch unstabilen Finanzmärkten, Firmenbereiche, die Erschütterungen durch Übernahmen ausgesetzt sind, und individualistischen Vorstößen, die den sozialen Zusammenhalt untergraben«.

Im Gegensatz dazu habe sich das Herangehen Deutschlands und Japans an ihre jeweiligen Probleme »segensreich« für deren Volkswirtschaften ausgewirkt. Japan schaffe ein »stabiles Klima für stetig wachsende Investitionen in Produktivität, in Anlagen und Maschinen«. Japan »arbeitet«, hob er hervor, und nur der japanisch Eingriff in die Weltwirtschaft habe die USA »stabilisiert« und Kalamitäten verhindert.

Sollten die Japaner den Forderungen, die Kreditbewirtschaftung zu beenden und die enge Zusammenarbeit zwischen Regierung und Industrie zu untergraben, nachgeben, dann würde dies nur ein »ungemildertes angelsächsisches Chaos verursachen«.

Indem er die westlichen Politiker des freien Marktes »züchtigt«, stellt Plender fest, daß Osteuropäer »die Korridore der japanischen Wirtschaftsführer traubenweise bevölkern«, da sie erkannt haben, daß die japanische Politik gesünder ist als die der Angelsachsen. □

Papst plädiert für moralische Werte

In seiner Ansprache »Zustand der Welt« vor dem diplomatischen Corps des Vatikan rief Papst Johannes Paul II. den Westen dazu auf, den jüngst befreiten Ländern Osteuropas zu helfen, Gesellschaften auf der Grundlage moralischer Werte zu entwickeln, und sie nicht als neue Mitglieder eines Klubs von Konsumländern zu behandeln, indem sie die negativen Aspekte der modernen westlichen Gesellschaft wie den »Hedoismus und den praktischen Materialismus« dorthin exportieren.

Mehr als die Hälfte seiner Ansprache war den großen Veränderungen in Osteuropa gewidmet, die sich, wie er sagt, aus dem »unstillbaren Durst nach Freiheit ergaben, der Mauern zum Einsturz brachte und Türen öffnete«.

Aber, so meinte der Papst, der Westen sollte Osteuropa nicht enttäuschen. »Die Zeit ist für die Europäer des Westens, die den Vorteil haben viele Jahre in Freiheit und Wohlstand gelebt zu haben, gekommen, um ihren Brüdern zu helfen voll und ganz einen Platz wieder zu erlangen, der ihnen in einem Europa von heute und morgen gebührt.«

»Traurigerweise haben es westliche Demokratien allzu oft nicht verstanden, die in den vergangenen Tagen für den Preis hoher Opfer errungene Freiheit zu nutzen. Man kann das vorsätzliche Nichtvorhandensein aller transzendenten moralischen Bezugspunkte in der Führung sogenannter entwickelter Gesellschaften nur bedauern.«

Der Papst sagte den Diplomaten aus 120 Ländern, der Westen habe zwar große Werte, wie Gerechtigkeit und Menschenrechte entwickelt, leider aber auch viele »Gegenwerte wie Egoismus, Hedoismus, Rassismus und praktischem Materialismus. Die Neuankömmlinge zur Freiheit und Demokratie dürften von jenen nicht enttäuscht werden, die in einem gewisse Veteranen sind«.

Der Papst empfahl, jetzt, wo ein »Europa des Geistes« wieder lebendig wird, sollten West- und Osteuropäer zusammenarbeiten, um ihre gemeinsamen christlichen Wurzeln neu zu entdecken. □

Albanien richtet seine Dissidenten hin

In Albanien haben Hinrichtungen von Studentenführern und Volksgriechen begonnen, die auswandern wollen, berichtete die Londoner Zeitung »Daily Express«. Albanien ist das einzige kommunistische Land, das bislang noch nicht von der Leidenschaft einer Revolution des Volkes erfaßt worden ist, und seine Hardliner – traditionsgemäß eine Pro-Peking-Führung – möchte auch, daß das so bleibt.

Die Zeitung berichtete, daß Volksmengen gezwungen wurden zuzusehen, als Hinrichtungskommandos rebellische Studenten erschossen. »Reisende, die die albanische Hauptstadt Tirana verließen, berichteten darüber, wie man Studenten eine Woche lang an provisorischen Galgen hängen ließ, als Erinnerung daran, daß einer Rebellion schnelle Rache folgen wird.«

Unter den Protestierenden, berichtet »Daily Express«, befanden sich Angehörige der hunderttausend-köpfigen griechischen Minderheit, die das Recht verlangen, nach Griechenland auswandern zu dürfen. Zeugen behaupten, daß vier Griechen, die durch die streng bewachte Grenze zu entkommen versuchten, »hinten an Fahrzeuge gebunden und über kiesbefestigte Straßen geschleppt wurden, bis sie tot waren«. □

Wie London vietnamesische Flüchtlinge behandelt

Der britische Außenminister Douglas Hurd ordnete ein Geheimabkommen mit der Regierung des kommunistischen Chinas an, um allen vietnamesischen Flüchtlingen Nahrungsmittel und Wasser zu entziehen bei ihrem Versuch, sich die chinesische Küste hoch in Richtung Hongkong zu bewegen, berichtete der Londoner »Sunday Express«.

Hurd forderte die chinesische Regierung auf, den Bewohnern der Küstendörfer zu befehlen, keine Nahrungsmittel, Wasser und andere Hilfe an »boat people« zu verabreichen und mit vietnamesischen Flüchtlingen besetzte Autobusse, die durch chinesisches Gebiet in Richtung Hongkong fahren, zu stoppen.

Es wird erwartet, daß schätzungsweise 30.000 Vietnamesen versuchen werden, nach Hongkong zu fliehen. Ein Mitarbeiter des Roten Kreuzes in den Flüchtlingslagern von Hongkong sagte: »Es sieht wie eine unheilige Allianz zwischen London und Peking aus.« □

Sowjets wurden bei der rumänischen Revolution zu Rate gezogen

Die Sowjetunion wurde über eine militärische Intervention zur Verhinderung der Rückkehr von Nicolae Ceausescu aus dem Iran während der blutigen Revolution vom Dezember »ausgeforscht«, behauptete der rumänisiche Premierminister Petre Roman. Roman gab auch bekannt, daß zwei der Schlüsselfiguren in der Revolution, die Ceausescu entmachtete, Ion Iliescu und General Nicolae Militaru, jetzt Präsident beziehungsweise Verteidigungsminister von Rumänien, sich vorher getroffen haben, um die Bildung eines Rettungsausschusses zu besprechen.

»Ich fand nach der Revolution heraus, daß Iliescu und Militaru sich einmal in einem Park getroffen hatten, um die Bildung eines Ausschusses zur nationalen Rettung in Erwägung zu ziehen, weil die Lage so schwierig wurde«, sagte Roman.

Roman wies Anschuldigungen zurück, die rumänisiche Armee habe während der Revolution unabhängig gehandelt. »Die Armee gehorchte den von Zivilbehörden getroffenen Entscheidungen«, sagte er und fügte hinzu, es sei möglich, daß Geheimpolizisten Armeeuniformen angezogen haben, um das Feuer auf die Bürger in der Stadt Timisoara, wo ein Massaker die Volksrevolution entfachte, eröffnen zu können.

Roman bestätigte, Rumänien werde im Warschauer Pakt bleiben. □

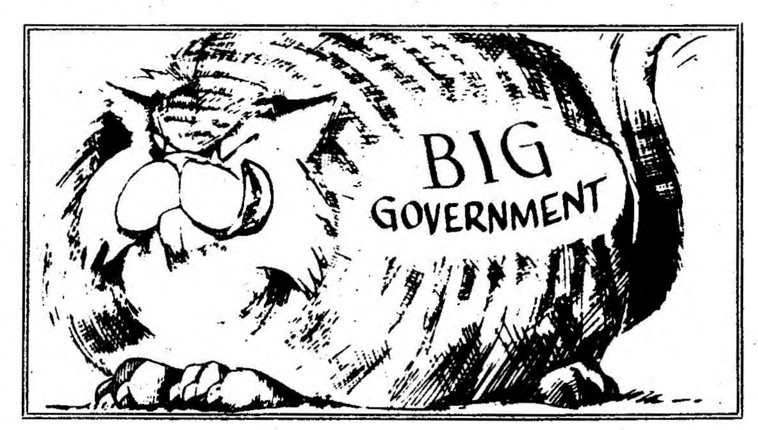
Britische Navy hat neue Lasergeschütze

Die britische Kriegsmarine hat neue Lasergeräte auf Kriegsschiffe montiert, um Angriffe von tieffliegenden Flugzeugen abzuwehren. Nachdem dies zunächst in der spanischen Wochenzeitschrift »Tiempo« berichtet wurde, wird diese Aufstellung nun auch in der britischen Presse diskutiert.

Die Londoner »Times« berichtete, daß das Lasergeschütz oben auf der Brücke eines Kriegsschiffs montiert und vom Kommandoraum des Schiffes gesteuert wird. Der von dem Geschütz ausgehende Laserstrahl ist dazu bestimmt, Piloten in gewissen Reichweiten zu blenden. »Die Waffe der Kriegsmarine wurde anscheinend vom Royal Signals and Radar Establishment (RSRE) des Verteidigungsministeriums in Malver und dem Admiralty Research Establishment (Forschungseinrichtung der Admiralität) entwickelt. Es wird angenommen, daß man im RSRE zur Zeit daran arbeitet, eine ganze Palette ähnlicher Waffen zum Gebrauch in Flugzeugen und an Land zu entwickeln.«

Die »Times« behauptet, die durchgesickerten Berichte der Zeitung »Tiempo« könnten das Programm und die Entwicklung des Lasergeschützes »kompromittieren«, und die British Labour Party beabsichtigte anzufragen, ob andere NATO-Mitglieder auch solche Systeme besitzen.

Die »Times« schreibt: »Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten haben im vergangenen Juni ein Abkommen unterzeichnet, das ›gefährliche militärische Aktionen‹ untersagt. Dazu gehörte die Verwendung von Laserstrahlen durch die Piloten zu Schaden kommen könnten. Das Abkommen, das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft trat, wurde nach einer Reihe von möglicherweise gefährlichen Zwischenfällen im Schwarzen Meer getroffen, als amerikanische Piloten, die sowjetischen Kriegsschiffe überwachten, von Laserstrahlen getroffen wurden.« □



Kuba

Castro exportiert Marxismus

Mike Blair

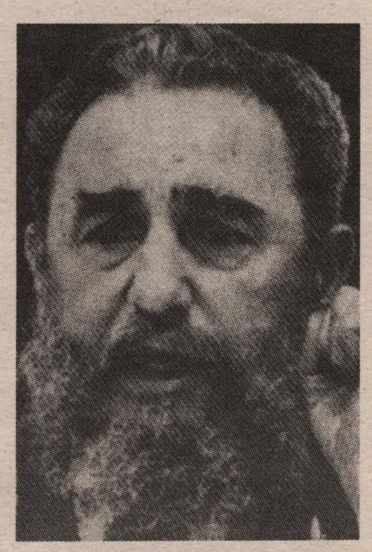
Der marxistische Diktator Fidel Castro benutzt mexikanisches Territorium als Durchgangsgebiet für den Transport von Waffen und Munition für die Farabundo Marti National Liberation Front (FMNL). Diese terroristische Guerillaarmee versucht die antikommunistische Regierung von El Salvador zu stürzen.

Nach uns zur Verfügung stehenden Quellen transportieren kubanische Soldaten, die auf Befehl Castros handeln, in der Sowjetunion hergestellte Waffen und in Kuba hergestellte Munition von Kuba über den 200 Meilen breiten Yucatan-Kanal zu Mexikos Halbinsel Yucatan.

Mexikanische Regierung schaut weg

Von einem Landestützpunkt längs eines unbevölkerten Abschnitts der Küste von Yucatan beginnt eine entfernt liegende Landroute nach El Salvador. Sie verläuft quer durch die Halbinsel, weicht bevölkerten Gebieten aus und führt dann quer hinüber in das benachbarte Guatemala. Von dort werden die Waffen quer durch Guatemala zur nördlichen Grenze von El Salvador befördert.

Die amerikanische Regierung hat leise und heimlich aber förmlich bei Mexiko gegen die Benutzung mexikanischen Gebiets zur Waffenlieferung an die Roten von El Salvador Protest eingelegt. Wie berichtet wird, benutzen die Kubaner kleine Überwasserschiffe um die Waffen durch den Yucatan-Kanal zu befördern. In der Vergangenheit lagen jedoch Berichte über geheimnisvolle nächtliche Landungen großer ozeantüchtiger U-Boote längs der Küste von El Salvador vor. Es ist bekannt, daß die Kubaner mindestens zweimal dieselelektrisch betriebene Unterseeboote sowjetischer Bauart in



Fidel Castro versorgt Mittel- und Lateinamerika nicht nur mit seiner marxistischen Ideologie, sondern unterstützt auch mit Waffen und Munition.

Dienst gestellt haben, die zum Transport der Waffen von Kuba nach Yucatan verwendet werden könnten, um somit amerikanischen Spionagesatelliten und Überwachungsflugzeugen zu entgehen.

US-Waffen aus Vietnam für die Roten

Die US-Regierung von Präsident George Bush hat bei den Sowjets gegen die Transferierung von sowjetischen Waffen zu den Roten der FMNL protestiert. Wie berichtet hat Bush während des kürzlichen amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen in Malta mit dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow über die Angelegenheit gesprochen.

Die Sowjets haben eindringlich darauf hingewiesen, daß sie für den Transport irgendwelcher Waffen zu den salvadorianischen Roten nicht verantwortlich seien, und daß sie sowohl Kuba als auch dem marxistischen Nicaragua mitgeteilt haben, daß sie gegen die Lieferung von Waffen an El Salvador sind.

Es hat den Anschein, daß die Sowjets die Wahrheit sagen, da es schon seit langem ihre Gewohnheit ist dafür Sorge zu tragen, daß den roten Guerillas in El Salvador Waffen amerikanischer Herkunft geliefert werden. In den meisten Fällen bestanden die Waffenlieferungen aus amerikanischen Waffen und Munition die von den amerikanischen Streitkräften in Vietnam zurückgelassen wurden.

Auf diese Weise können die Sowjets behaupten, daß sie nicht die Waffen liefern, die in El Salvador Verwüstung anrichten.

Die Vereinigten Staaten verfuhren in ähnlicher Weise in Afghanistan, wo sie Vorräte von Waffen aus dem Sowjetblock an die gegen die kommunistische Herrschaft dieses islamischen Staates kämpfenden Guerillas lieferten.

El Salvadors Botschafter für die Vereinigten Staaten, Dr. Miguel Salaveria, teilte uns mit, daß die jetzt nach El Salvador hereinströmenden Waffen sowjetischer Herkunft sind und die Munition »erst im vergangenen Jahr in Kuba neu hergestellt wurde«.

Mexiko und seine linkslastige Geschichte

Erst in allerjüngster Zeit war Mexikos Regierung sehr lautstark in ihrer Verurteilung des amerikanischen Eingriffs in Panama, um das linksstehende, illegal mit Drogen handelnde Regime des General Manuel Antonio Noriega aus dem Amt zu werfen.

In der Vergangenheit zeigten mexikanische Behörden auffallend wenig Interesse daran mit amerikanischen Regierungsbeamten bei der Eindämmung des Stroms von Drogen und des illegalen Grenzübertritts von Fremden in die Vereinigten Staaten zusammenzuarbeiten.

Es wird berichtet, daß die Nordkoreaner Spionageschiffe bis tief in den Golf von Kalifornien zu einer Stelle nur 80 km von der amerikanisch-mexikanischen Grenze entsandten, wo sie die Tätigkeit der US-Air Force in Kalifornien und Arizona überwachten.

Außerdem benutzten die Nordkoreaner den Golf, der die Halbinsel Baja vom mexikanischen Festland trennt, um Nachschub für marxistische Guerillas, die in entfernt liegenden Lagern in Nordmexiko unweit der amerikanischen Grenze ausgebildet wurden, zu entladen.

Offensichtlich stellten die Lager für die Vereinigten Staaten eine deutliche Gefahr dar, da sie zur Ausbildung von Terroristen oder Guerillas zur Infiltration in amerikanisches Gebiet benutzt worden sein könnten.

Spionageschiffe von Terroristen gesichtet

Als über die Tätigkeit der Spionageschiffe berichtet wurde, war diese im Golf schon seit rund zwei Jahren im Gange. Die Schiffe wurden von mexikanischen Fischern und amerikanischen Touristen, die Mexiko bereisten, gesichtet. Eines der Schiffe, das als die »Clomax 71« erkannt wurde, war in Nordkorea registriert, fuhr aber unter mexikanischer Flagge. Erst nach anscheinend heftigem Druck seitens der Regierung von US-Präsident Reagan wurde die Tätigkeit von den Mexikanern eingeschränkt.

Im Januar 1984 wurde eines der Spionageschiffe von der mexikanischen Kriegsmarine beschlagnahmt und in den mexikanischen Hafen Puerto penasco beordert, wo es unter strenger Bewachung bis zum 4. Februar festgehalten wurde. Dann wurde es freigegeben und konnte den Golf verlassen.

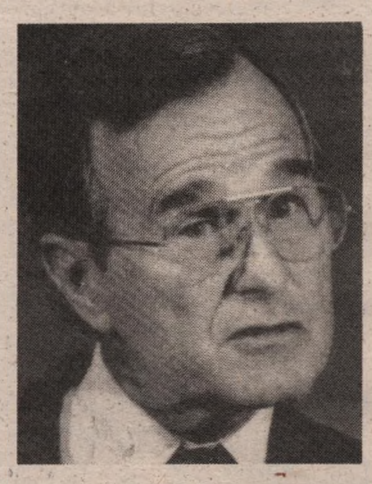
Aus unseren Informationsquellen erfuhren wir, daß die Kubaner die Nachschubroute nach El Salvador quer durch die Halbinsel Yucatan mehrere Monate lang benutzt haben. □

Was bringt die Zukunft?

Victor Marchetti

Sowohl die Israelis als auch die Palästinenser sind besorgt. Das Ende des kalten Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wird einen großen Einfluß auf die Nahost-Politik haben.

Am meisten besorgt sind die Israelis und ihre Freunde in den Vereinigten Staaten, die einen Rückgang sowohl in der finanziellen wie auch strategischen Unterstützung des Judenstaates seitens der amerikanischen Regierung unter George Bush und des amerikanischen Kongresses befürchten. Aber die Palästinenser erkennen auch die Notwendigkeit, ihre Lage neu zu überdenken, in einer sich schnell verändernden Welt, in der alte strategische Verhältnisse revidiert und neue geschaffen werden müssen.



US-Präsident zögert mit der weiteren finanziellen und militärischen Unterstützung der Israelis.

Israel braucht eine neue Marketing-Strategie

In einem Artikel in »Al-Fajr« (»Die Morgendämmerung«), einer Jerusalemer palästinensischen Wochenzeitung, schlägt Dr. Ziad Abu Amr, Professor für Staatswissenschaften an der Universität Bir Zeit am Westufer, eine neue palästinensisch-arabische Strategie vor, begründet auf der Annahme, daß sowjetische und osteuropäische »Unterstützung nicht mehr gewährleistet ist«.

Er trifft eine Reihe von überzeugenden Beobachtungen und Empfehlungen bezüglich der zukünftigen Entwicklungen im Nahen Osten und schlägt vor, daß eine neue Strategie auf der Grundlage der Verpflichtung zu einer politischen Schlichtung des arabisch-israelischen Konflikts, aber von einer Position der Stärke ausgehend, ausgearbeitet werden sollte.

Amrs glaubt, daß »obwohl, oberflächlich betrachtet, Israel in bezug auf die Veränderungen in der UdSSR und Osteuropa der Gewinner zu sein scheint, die Sache in Wirklichkeit aber so aussieht, daß die scheinbaren Gewinne gegen Israel gedreht werden können. Erstens, könne Israel sich nicht länger als Speerspitze des Kampfes gegen den Kommunismus und zum Schutz der vom Kommunismus bedrohten Interessen des Westens verkaufen. Israel wird jedoch versuchen, sich als eine Bastion zum Kampf gegen »Terrorismus« und »islamischen Fundamentalismus« zu vermarkten, die angeblich für »Israel und für westliche Interessen in der Region schädlich sind«.

Die Araber sollten konsequent bleiben

Amr sieht die friedliche Regelung der Intifada und der palästinensischen Situation als Schlüssel zu einem modus vivendi mit Israel. In dieser Hinsicht gebe es zwei Auswahlmöglichkeiten für die von ihm vorgeschlagene arabische Strategie.

»Die erste Option«, regt er an, »ist eine Aufforderung an Israel, die Rechte der Palästinenser und der Araber anzuerkennen und zuzugestehen, so wie sie von der Völkergemeinde anerkannt werden, als einziges Mittel zur Beendigung des Konflikts ... Wenn Israel erst einmal solche Rechte zugesteht, steht es Israel frei nach allen möglichen Mechanismen und Sicherheiten zu suchen, um seine Sicherheit zu gewährleisten ... Die Araber werden Israel immer auf halbem Wege entgegenkommen, sie sollten jedoch aufgefordert werden, ihre Unduldsamkeit aufzugeben.«

Falls Israel die erste Option zu einem auf Gleichberechtigung beruhenden Abkommen ablehnen sollte, empfiehlt Amr, daß die Araber eine Politik auf der Grundlage einer »nichtagressiven Achtung« des Judenstaats verfolgen.

Er schreibt: »Einfach ausgedrückt, die Araber würden Isreael den Rücken kehren und jeden Dialog oder Verhandlung mit ihm ablehnen, solange Israel auf seiner Unduldsamkeit beharrt ... Indessen sollten die Araber der Intifada – da diese die legitimste Form des Kampfes symbolisiert – jede Art von Unterstützung angedeihen lassen, die demokratische Veränderung erweitern und festigen und ihre militärische Abschreckungsmöglichkeiten verbessern, zumindest solange bis der Konflikt gelöst ist und letztere ganz und gar unnötig werden. Darüberhinaus sollten die Araber weiterhin ihre Sache gegenüber der Völkergemeinschaft und den verschiedenen Weltforen und Regierungen verfechten.«

Ein Krieg bringt keine Lösung

Amr ist sich darüber im klaren, daß die zweite Auswahlmöglichkeit ein möglicherweise gefährlicher Weg ist. Daher empfiehlt er, daß, »wenn Israel aus Frustration oder Achtung heraus versucht, aggressiv zu werden und einen Krieg gegen die Araber führt, wie es 1967 getan hat, dann sollten es die arabischen Länder des Ostens mit Unterstützung anderer arabischer Staaten Israel ganz einfach klarmachen, ohne selbst mit den Feindseligkeiten zu beginnen, daß es mit Aggression nicht davonkommen wird. Sie werden dann ihre Abschreckungsmöglichkeiten aktivieren«. Amr rät jedoch, daß, »wenn auch die Welt den Ausbruch eines neuen Krieges im Nahen Osten nicht mit Wohlwollen betrachten wird, so kann sie doch die Araber nicht vor Israel retten, wenn es sich dazu entschließt, einen Krieg gegen einen oder mehrere arabische Staaten zu führen. Daher sollten sich die Araber auf ihr Abschreckungspotential verlassen, um Israel davon abzubringen, auf einen Krieg als Möglichkeit zur Lösung des Konflikts zurückzugreifen, und es dazu veranlassen, sich stattdessen auf politische Mittel zu konzentrieren.«

Auf alten Wegen alte Ziele erreichen

In dieser Hinsicht trägt Amr ein interessantes Argument vor. Er schreibt: »Es ist bemerkenswert, daß gegenseitige Abschreckung die Supermächte dazu zwang, Kriege zu vermeiden und stattdessen in Verhandlungen einzutreten. Als Folge davon ... begannen sie mit dem Prozeß der Rüstungsbegrenzung, Abrüstung und den anderen Formen der Entwaffnung. Gegenseitige Abschreckung trug dazu bei, die Bühne für die Veränderungen zu errichten,die heute in der Weltordnung vonstattengehen.«

Ihrerseits scheinen die Freunde Israels mehr darum besorgt zu sein nach Wegen zu suchen, um sicherzustellen, daß der Dollar-Strom der amerikanischen Steuerzahler weiterhin nach Israel hineinfließt. Wenn diese Hilfe nicht mehr mit dem alten Argument gerechtfertigt werden kann, daß Israel Amerikas bester Verbündeter im Nahen Osten ist, dann, so glauben die Anhänger Israels, müsse sie fortgesetzt werden, um die Einwanderung von sowjetischen Juden nach Israel – von denen die Zionisten die meisten in den besetzten palästinensischen Gebieten ansiedeln möchten – zu finanzieren.

Während also die Araber sich der neuen Weltlage bewußt werden und versuchen ihre Probleme im Rahmen der neuen Weltordnung zu lösen, widersetzen sich die Israelis der Veränderung und verlassen sich auf die alten Wege, um ihre alten Ziele zu erreichen, an denen die Geschichte schnell vorbeigehen wird. □

Israel

Zurück zu den Grundlagen

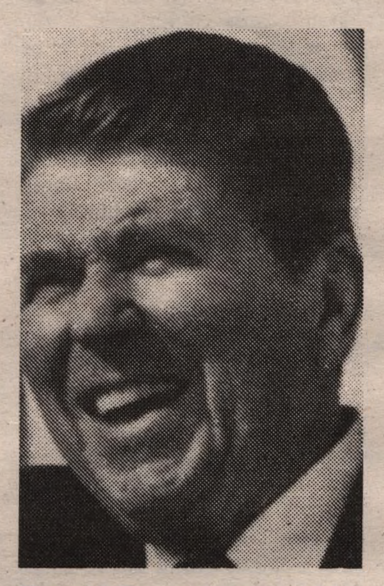
Mark Lane

Traditionalisten fordern pro-israelische Neokonservative heraus. Die ideologischen Risse in der amerikanischen konservativen Bewegung – zwischen pro-israelischen Neokonservativen (Neocons) und den American-First-Traditionalisten – von den liberalen Nachrichtenmedien Paleocons oder Paläokonservative oder Altkonservative genannt – wird immer breiter. Darüber hinaus hat die Debatte zwischen den beiden Gruppen eine Auswirkung zum Besseren auf die amerikanische Politik im Nahen Osten, die derzeit von der Regierung von George Bush neu definiert wird.

Als Folge davon sind die Neokonservativen, die vorwiegend aus ehemaligen jüdischen Liberalen und Ex-Marxisten bestehen, jetzt, wo ihr proisraelischer Ochse ernsthaft auf die Hörner genommen wird, verzweifelt zu Beschimpfungen übergegangen. Das Fundament der einseitigen Unterstützung für Israel wurde auf dem Untergrund des Antikommunismus errichtet.

Suche nach Gründen für Hilfe an Israel

Die Neokonservativen, die unter der Reagan-Regierung zu Macht und Prominenz emporstiegen, vertraten den Standpunkt, daß eine strategische und wirtschaftliche Unterstützung für Israel auf breiter Basis das einzige wirksame Mittel sei, um gegen den sowjetischen Expansionismus im Nahen Osten vorzugehen. Daß dies eine offenkundig falsche Prämisse war, schien für die »Intellektuellen«, die diese Doktrin förderten, darunter solche Eiferer wie Norman Podhoretz, Charles Krauthammer und Jeanne Kirkpatrick, keine Rolle zu spielen.
Seitdem ihren Argumenten durch die politischen Umwälzungen in Osteuropa der Boden entzogen wurde, schlagen die Neokonservativen in einem verzweifelten Versuch um sich, um eine andere logische Grundlage für die amerikanische Unterstützung für Isreael – und für die Feindschaft gegen die arabischen Staaten und die Palästinenser – zu finden.



Ronald Reagan gestand Israel uneingeschränkten Freihandel zu sowie einen Vermittlerstatus zwischen Europa und Amerika.

In ihrem geschwächten Zustand versuchen die Neokonservativen auch das Wiederaufleben der Altkonservativen – Konservative der alten Schule, die sich im Einklang mit ihrer anti-imperialistischen und Amerika-ZuerstPhilosophie gegen ein übertriebenes Eintreten der USA für Israel stellen.

Diskussion um jüdischen Antisemitismus

Ein kürzlich in »Present Tense«, einem Organ des American Jewish Committee, erschienener Artikel malt ein trübes Bild von der Zukunft der Neokonservativen in diesem Kampf – und stellt die Altkonservativen als Bedrohung nicht nur für Israel sondern auch für die Juden weltweit hin. Der Verfasser, Daniel Lazare, der New Yorker Herausgeber der in Chicago ansässigen sozialistischen Wochenzeitung »In These Times«, schreibt, die Philosophie der Altkonservativen mit ihrer Betonung auf Tradition, Familie und Isolationismus in der Außenpolitik strebe nach einer Rückkehr zum »Dorfleben«, was, wie er behauptet, von Unbeweglichkeit und Intoleranz zeuge.

Seine verschleierten Hinweise am Anfang des Artikels auf den potentiellen Antisemitismus, der sich wie ein roter Faden durch die Weltanschauung der Altkonservativen hindurchziehe, kommen später deutlich zum Ausdruck. »Die Traditionalisten sprechen die Sprache des Antisemitismus, sie verrichten ihre Andacht an antisemitischen Kulturheiligtümern, aber bislang gelang es ihnen, die Linie nicht zu überschreiten. Gleichzeitig deutet aber alles darauf hin, daß sie das früher oder später tun werden.«

Eine Untersuchung der Schriften und Reden von Russel Kirk, Autor des 1953 erschienenen Buches »The Conservative Mind«, und der von Lazare als »Patenonkel des neuen amerikanischen Traditionalismus« bezeichnet wird, wird in dem Artikel benutzt, um die Überzeugungen der Altkonservativen und ihren »sprießenden Antisemitismus« zusammenzufassen.

In einer Ansprache vor der Heritage Foundation, dem konservativen Washingtoner Think-Tank, kam Kirk auf den Kern des Streites zwischen den Neu- und Altkonservativen zu sprechen. »Nicht selten hatte es den Anschein«, sagte er, »als ob einige prominente Neokonservative Tel Aviv mit der Hauptstadt der Vereinigten Staaten verwechseln.«

Gegen den uneingeschränkten Freihandel

Die Israelis und ihre Freunde in den USA sind darüber beunruhigt, daß ein Wiederaufleben der Altkonservativen unter den Amerikanern eine größere Empfänglichkeit für den Gedanken mit sich bringen könnte, daß die Zeit gekommen ist, sich ganz und gar von der Weltbühne zu trennen – um sich den überwältigen Inlandsproblemen zuzuwenden, vor denen die Vereinigten Staaten stehen. Dies würde natürlich Israel draußen in der Kälte stehen lassen, und zwar auf mehrfache Weise als nur der Verlust der direkten militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung durch die USA.

Das von den Neokonservativen verteidigte und von der Reagan-Regierung verwirklichte Konzept des uneingeschränkten Freihandels ist Anathema für die Altkonservativen, die für Einfuhrschranken eintreten, um die amerikanische Industrie zu schützen. Israel hofft aus seiner Freihandelsvereinbarung mit den USA und aus seinem Vermittlerstatus zwischen Amerika und der Europäischen Gemeindschaft einen ordentlichen Profit ziehen zu können.

Die Altkonservativen wehren sich auch gegen unbegrenzte Einwanderung. Lazare stellt verschreckt wachsende nativistische Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Belgien und Frankreich fest und, sollten sie sich bis an die amerikanischen Küsten verbreiten, schreibt er, dann bedeutet das Schwierigkeiten für die amerikanischen Juden, da »Juden immer wieder auf der Empfangsseite des Nativismus landen, der vom Nationalismus ausgebrütet wird.«

Keine blinde Unterstützung Israels

Es ist unwahrscheinlich, daß in den Vereinigten Staaten eine ernsthafte antisemitische Bewegung Fuß fassen könnte, und das wissen die Anhänger Israels ganz genau. Viel bedrohlicher für sie ist die Tatsache, daß die Weltanschauung der Altkonservativen keinen Platz hat für eine blinde Unterstützung Israels. Sie glauben, daß dies dem Status der USA in der Welt Abbruch tut, und daß die dem innenpolitischen Prozeß in den USA zugefügten Verzerrungen für Amerika schädlich sind. Daher ist es die Änderung des Status quo, die die Neokonservativen – und übrigens auch Verfechter anderer politischer Überzeugungen –, die Israels Interessen höher bewerten als die der USA, wirklich verängstigt. □

Israel

Politische Krise der Regierung

Mark Lane

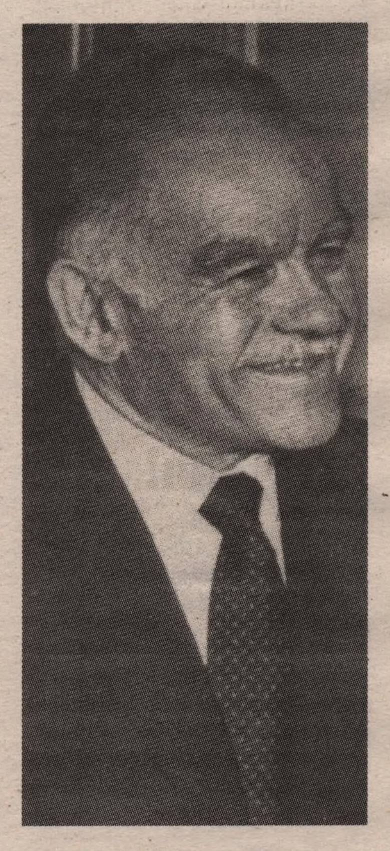
Die innere politische Lage in Israel, kompliziert durch intensive persönliche Rivalitäten der Führung, verschlechtert sich viel schneller als im allgemeinen von diplomatischen und journalistischen Beobachtern wahrgenommen wird. Wegen Beschäftigung der amerikanischen Regierung mit der Panama-Noriega-Affäre, dem lateinamerikanischen Rauschgift-Kartellen und der Entwicklung in Deutschland sowie in Osteuropa werden die Intrigen und Komplotts innerhalb der israelischen Führung vom offiziellen Washington nicht beachtet oder zumindest nicht richtig bewertet.

»Der Druck zur Lösung der Palästinenserfrage, bevor Israel eine Lösung von außen aufgezwungen wird, hat einen kritischen Stand erreicht«, verlautet aus einer Informationsquelle. »Dies hat eine gefährliche Atmosphäre geschaffen. Jeder Politiker möchte der Held sein, der den Judenstaat vor den Arabern und der amerikanischen Bush-Regierung rettet.«

Shamir hat sich in puncto USA geirrt

Zwei kürzliche Ereignisse, die für die sich verschlechternde politische Lage in Israel von besonderer Bedeutsamkeit sind – die aber außerhalb Israels nicht voll verstanden worden sind – sind der »praktische Zusammenbruch« im Friedensspannungsprozeß zwischen Washington und Jerusalem und die Hintergründe des »politischen Beinahe-Selbstmordes« des Wissenschaftsministers Ezer Weizman.

Premierminister Jitzhak Shamir kehrte im vergangenen Jahr von seinem Besuch in den Vereinigten Staaten unter dem Eindruck zurück, alles sei in bester Ordnung. Seine Gespräche mit US-Präsident George Bush und mit dem amerikanischen Außenminister James Baker veranlaßten ihn zu glauben, daß sie eine Go-slow-Annäherung an Verhandlungen mit den Arabern unterstützen. Shamir ist sich jedoch jetzt darüber im klaren, daß er sich geirrt hat, aber er glaubt, er sei vorsätzlich von der Bush-Baker-Mannschaft in die Irre geführt worden – und er ist darüber sehr wütend.



Jitzhak Shamir, Premierminister, wird von dem Verdacht geplagt, daß sich die USA immer stärker in die israelische Innenpolitik einmischen.

Als der israelische Kabinettsminister Elyakim Rubinstein im Januar zu Folgegesprächen mit dem amerikanischen Außenministerium nach Washington kam, war er schockiert zu erfahren, daß das Ministerium nicht länger geneigt war, Shamirs Verschleppungspolitik zu dulden. Stattdessen teilte man Rubinstein mit, die USA hätten eine eigene Annäherung an die Probleme entwickelt, die darauf abzielt, die israelische Position aufzuweichen und gleichzeitig den Verhandlungsprozeß mit den Arabern – einschließlich der PLO – zu beschleunigen.

Verletzung der Souveränität Israels

Shamir sah dies als so etwas wie einen Verrat durch das Weiße Haus an, aber er war noch mehr verärgert über den leichtfertigen, desinteressierten Ton, mit dem das US-Außenministerium die neue amerikanische Position darlegte. Wie berichtet wird, sagte Shamir zu seinen engsten Beratern, er werde nicht dulden, daß die Amerikaner ihm auf diese Weise diktieren. Es sei »eine Verletzung der Souveränität Israels«.

Das amerikanische Positionspapier, das Rubinstein mit nach Jerusalem nahm, enthüllte, daß die amerikanischen Politikmacher für israelische »Bedingungen« bezüglich der Auswahl der Palästinenser, mit denen in Kairo über den Shamir-Plan für Wahlen in den besetzten Gebieten Gespräche zu führen sind, nicht mehr empfänglich sind. In dem Papier wird nämlich gesagt, daß die USA schließlich die Israelis auffordern werden, sich direkt mit Vertretern der PLO an einen Tisch zu setzen, und daß die Gespräche über die Frage der Wahlen hinausgehen sollen. Israel sieht in diesem Papier die vorsätzliche Unterhöhlung seiner langjährigen Position, nicht mit der PLO zu verhandeln, durch Bush und Baker.

Israel unter Druck setzen

Was die Dinge noch schlimmer macht, die amerikanische Position wurde vom Chef der Politikplanung des Ministeriums, Dennis Ross, dargelegt, den die Israelis als einen ihrer stärksten Verbündeten in der US-Regierung erachteten, basierend auf dessen frühere Leistung im Mitarbeiterstab des National Security Council während der Reagan-Regierung. Außerdem machte Ross Rubinstein klar, daß das Weiße Haus unter Bush mit der Unterstützung der amerikanischen Judenheit rechne, um Israel unter Druck zu setzen, sich der neuen amerikanischen Position anzupassen.

Während seines letzten Besuches in den USA wurde Shamir von Führern amerikanisch-jüdischer Organisationen veranlaßt zu glauben, er habe ihre volle Unterstützung für seine Palästinenser-Politik. Nun behauptet er, er sei betrogen worden, und gewisse einflußreiche amerikanische Juden seien stärker daran interessiert, sich die Gunst des Weißen Hauses zu erwerben als Israel zu unterstützen.

Shamir hat die amerikanische Judenheit niemals sehr hoch geschätzt, verlautet aus diesen Kreisen. Wegen seiner Abneigung gegen amerikanische Juden war der Premierminister im vergangenen Jahr auch so vergnügt über deren Unbehagen, »als sie außer sich waren« über die Frage wer ist Jude. Nichtsdestoweniger ist sich Shamir darüber im klaren, welch großen Einfluß sie in den Vereinigten Staaten und innerhalb der Regierung haben. Deswegen wird er sie wohl kaum völlig ignorieren oder unnötig verprellen.

Hoffnung auf eine Regierungskrise

Die Entlassung aus dem Kabinett und anschließende, aber eingeschränkte, Wiedereinstellung Weizmans war von noch größerer Bedeutung, weil dies Shamirs immer gespannter werdenden Status als Gleicher unter Gleichen in der israelischen Führung unterstreicht. Der Weizman-Zwischenfall, verlautet aus vertraulichen israelischen Informationsquellen, war die Folge einer Reihe von verwirrenden Maßnahmen und Gegenmaßnahmen miteinander wettstreitenden Parteien: Einerseits jene, die um den Führer der Labor Alignment Finanzminister Shimon Peres und der Frieden-Jetzt-Bewegung (Shalom Hashev) geschart sind, und andererseits jene die Shamir, Au-

Israel

Politische Krise der Regierung

ßenminister Mosche Arens und der Likud-Partei nahestehen. Peres unterstützte und ermutigte die Frieden-Jetzt-Demonstration, die während der kürzlichen Urlaubssaison in Jerusalem stattfand, und hoffte darauf eine Regierungskrise herbeizuführen. Er »wußte im voraus«, daß die israelische Polizei hart gegen die Demonstranten vorgehen würde, und er hatte vor darauf zu reagieren, indem er Labor aus der Koalitionsregierung herausnehmen wollte.

Aber der Mitführer der Arbeiter-Partei, Verteidigungsminister Jitzhak Rabin, weigerte sich Peres zu unterstützen. Rabin glaubte, die Ausnutzung der Frieden-Jetzt-Demonstration, um die Regierung zu stürzen, würde »das falsche Signal an die Araber« senden.
Peres wandte sich dann an ein anderes Mitglied der Arbeiter-Partei – Weizman – um Hilfe. Weizman war bereit, sich geheim mit einem Mitglied der rechtsstehenden Likud-Partei, dem Industrie- und Handelsminister Ariel Sharon, zu treffen. Peres rechnete damit, daß Sharon wegen seines Ehrgeizes und seiner Differenzen mit Shamir über das »Araber-Problem« bereit wäre, bei dem Plan zum Sturz der Regierung mitzuspielen.

»Jordanien ist Palästina«

Weizman besuchte Sharon auf dessen Ranch in der Negev-Wüste und hielt sich dort fast eine Woche lang auf. Weizman setzt auf Sharons Rivalität zum stellvertretenden Premierminister David Levy, den Shamir zu seinem Nachfolger als Premierminister auserkoren hat. Seinerseits erläuterte Sharon noch einmal seine Pläne, König Hussein zu »entfernen« und Jordanien zum Heimatland der Palästinenser zu machen. Er schlug sogar vor, sollte die Koalitionsregierung stürzen, mit Weizman eine neue politische Partei auf dem Konzept »Jordanien ist Palästina« zu gründen. Nun war es Sharon, der auf Weizmans Ehrgeiz setzte. Weizman, ehemaliger Verteidigungsminister und mächtiger Mann in der Likud-Partei, sprang 1986 zur Labor Alignment über und arbeitet seitdem auf eine Übereinkunft mit den Palästinensern hin.

Indessen erfuhr Arens von den Treffen zwischen Weizman und Sharon »durch Telefonabhörungen und Informanten des Geheimdienstes« und setzte Shamir sofort unter Druck, Weizman zu feuern – weitgehend ein Signal an die Bush-Regierung. Sie waren in erster Linie daran interessiert, den Vorfall auszunutzen, um die Geheimgespräche zwischen den Vereinigten Staaten, der PLO und Vertretern der Israelis, die seit einiger Zeit im Gange waren und langsam außer Kontrolle gerieten, »abzuschrecken«.

Alle warten auf Shamirs Kaninchen aus dem Hut

Weizman, der – mit stillschweigender Genehmigung Shamirs – bei diesen Gesprächen als Weichensteller tätig war, hatte seine Befugnis überschritten, indem er sich mit dem Vorsitzenden der PLO Jassir Arafat traf, als er mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak und einem amerikanischen Regierungsbeamten in Kairo Gespräche führte. Nachdem er gezeigt hatte, daß er immer noch Chef der israelischen Regierung war, und nachdem er das gewünschte Signal nach Washington gesandt hatte, gab Shamir jedoch nach und Weizman durfte zwar seinen Kabinettsposten behalten, aber nicht in das allmächtige innere Kabinett zurückkehren.

Shamir und Arens, so verlautet aus israelischen Kreisen, werden in Bezug auf die Absichten der amerikanischen Regierung immer argwöhnischer und haben den Verdacht, daß Washington versucht, sich in die Innenpolitik Israels »einzumischen«. Aber ihre Bewertung ist, daß die Vereinigten Staaten nicht klug genug sind mit der Komplexität der byzantischen Hinterhalte innerhalb Israels fertigzuwerden, vor allem hinsichtlich der Methode, die erforderlich ist, um die derzeitige Koalitionsregierung dazu zu zwingen, dem Baker-Plan für den Nahen Osten zu entsprechen. □

Panama

Noriegas Mossad-Connection

Mike Blair

Michael Harari, der ehemalige israelische Stationschef des Mossad für Mittelamerika in Mexiko City und langjähriger enger Berater des panamaischen starken Mannes Manuel Antonio Noriega, wurde vor dem bevorstehenden militärischen Einfall amerikanischer Streitkräfte in Panama im vergangenen Dezember gewarnt. Er konnte später den US-Soldaten an Bord einer Maschine der israelischen Luftwaffe entkommen.

Jene, die Hararis Tätigkeiten in Panama genau untersucht haben, glauben, daß das amerikanische Militär »weggesehen hat«, um dem israelischen Meisterspion zu ermöglichen, Panama zu verlassen bevor amerikanische Truppen gegen Noriegas Streitkräfte einschritten.

Flucht mit einer Einkaufstasche

Aus amerikanischen, militärischen Kreisen verlautet, daß in der Nacht der Invasion keine Flugzeuge Panama verlassen durften. Ein Offizier des amerikanischen militärischen Nachrichtendienstes meinte, es sei höchst unwahrscheinlich, daß ein Flugzeug mit Harari an Bord Panama hätte verlassen können, ohne daß die amerikanischen Streitkräfte dies gestattet hätten.

Oberst Eduardo Herrera, der Kommandeur von Panamas neuer Polizei, sagt, Harari habe sich in der Invasionsnacht in Panama City aufgehalten.

»Nach unserer Information befand Harari sich um sieben Uhr an dem Abend, als die Nordamerikaner uns besuchen kamen, in der Wohnung der Senora Felicidad Noriega (Noriegas Ehefrau). Zwei israelische Mitarbeiter sprachen mit ihm und fuhren dann mit ihm davon.«

Es wurde berichtet, daß gegen ein Uhr nachts, gerade zu dem Zeitpunkt, als die US-Streitkräfte mit dem Angriff begannen, Harari gesehen wurde, als er an Bord eines israelischen Transportflugzeugs C-130 ging. Er trug eine Einkaufstasche, und man hörte ihn scherzhaft bemerken, er sei »einkaufen gegangen«.



Golda Meir beauftragte als damaliger israelischer Premierminister Harari mit der Leitung eines Killerkommandos.

Keinerlei Verbindung zur Regierung

Harari erschien am 5. Januar im israelischen Fernsehen und sagte: »Hier bin ich. Ich bin nicht

als blonde Frau verkleidet oder in einem Koffer versteckt in Israel angekommen. Ich habe mich ganz allein, ohne irgendwelche Hilfestellung hinausgeschlichen.« »Ich bin ein privater Geschäftsmann«, versicherte er. »Ich war niemals Berater für Noriega.«

Israelische Regierungskreise haben lange darauf bestanden, Harari sei vor zehn Jahren aus dem Mossad ausgeschieden und habe bei seinen Unternehmungen in Panama keinerlei Verbindung zur panamaischen Regierung gehabt.

Laut Herrera muß Harari jedoch »Einfluß auf die Israelis gehabt haben.«

Herrera, einst ein hoher Offizier in Noriegas Panama-Streitkräften, wurde nach einem Streit mit dem panamaischen Diktator zum Botschafter Panamas für Israel ernannt. Harari wurde von Noriega zum panamaischen Ehrenkonsul in Tel Aviv ernannt. »Ich war Botschafter für Israel«, sagte Herrera, aber Harari war mein Chef. Alles was ich tat, mußte von Harari genehmigt werden.«

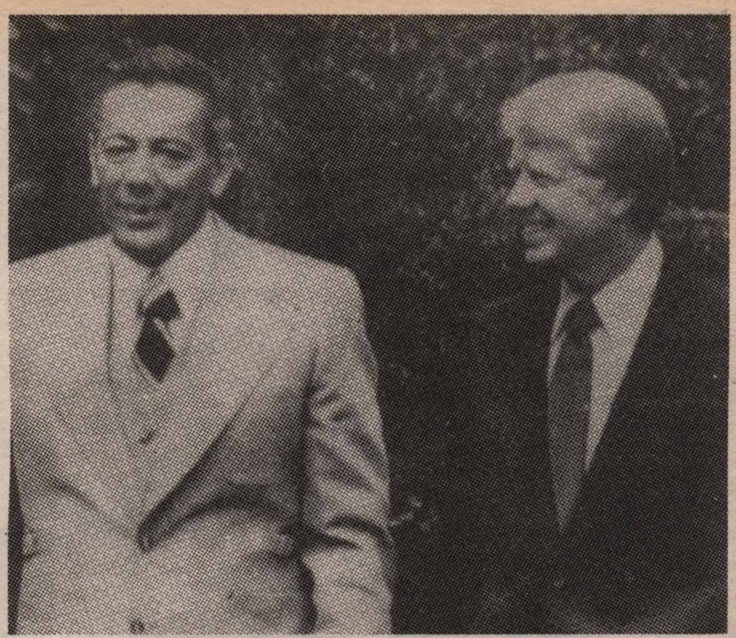
Der im Ruhestand lebende Oberst der US-Armee Charles Stone, der von 1982 bis 1987 in Panama diente, sagte Harari »war ein Geschäftsmann, wie er sich auch selbst darstellt. Aber es geht weit über Geschäfte hinaus und in militärische Verbindungen mit den israelischen Streitkräften hinein.«

Stone sagte, Harari habe in die Wege geleitet, daß panamaische Terroristenbekämpfungskommandos in Israel ausgebildet wurden. Die Kommandos, erklärte er, dienten als Elite-Sicherheits-Abkommandierungen für Noriega.

Als Dank lukrative Geschäfte

Laut Stone belohnte Noriega Harari mit lukrativen Geschäftsabschlüssen.

Ein Beispiel dafür, erklärte er, war die Verlagerung des Vertrages für die Wartung panamaischer Flugzeuge in den USA von einem langjährigen Lieferanten auf einen Betrieb in Miami, der einer israelischen Flugzeugfirma gehört.



General Omar Torrijos (links, mit US-Präsident Jimmy Carter) betraute Harari mit den Sicherheitsdiensten.



General Antonius Manuel Noriega, Panamas ehemaliger starker Mann, wird in den USA wegen Drogenschmuggel angeklagt.

Stone sagte, Harari vermittelte auch den Verkauf und Übergabe von Radar- und Luftverkehrsregelungs-Ausrüstungen an Panamas Militär. Herrera meint, Harari sein in Panama als »Mr. Sixty Percent« bekannt, wegen der 60prozentigen Gewinne, die er mit seinen Maklergeschäften mit Noriega erzielt haben soll.

Wie berichtet, wurden zwischen Noriega und Harari noch folgende weitere Geschäfte abgewickelt:

Harari erledigte alles für Noriega

Harari besorgte israelische Sicherheit für Noriegas Reisen außerhalb Panamas, darunter ein Staatsbesuch in Israel im Juni 1984, wo Noriega von Spitzenbeamten des israelischen Verteidigungs- und Außenministeriums empfangen wurde.

Harari richtete Noriegas Schweizer Bankkonten zur Deponierung der Millionen, die Noriega aus illegalem Drogenhandel und anderen ungesetzlichen Tätigkeiten erzielt hatte, ein.

Harari beschaffte, wie berichtet, mit Billigung der höchsten Ebene der israelischen Regierung, bestens ausgeklügeltes elektronisches Abhörgerät für Noriega, um diesem zu ermöglichen, seinen potentiellen Feinden auf der Spur zu bleiben. Die Ausrüstung soll es Noriega sogar ermöglicht haben, Schlüsselanlagen des amerikanischen Militärs in Panama mit »Wanzen« abzuhören.

Nach einem Bericht zahlte die israelische Regierung Noriega 1985 oder 1986 mehrere Millionen Dollar für das Abfangen und die Übertragung von verschlüsselten amerikanischen Meldungen und Daten über Lateinamerika.

Ein altgedienter Mossad-Spezialist

Harari trat 1945 der Haganah, der jüdischen Miliz, die dem israelischen Militär voranging, bei und diente eine Zeitlang in Rom, wo er mithalf, Juden nach Palästina hineinzuschmuggeln. Er begann dann eine Laufbahn als Spionageabwehrspezialist für den Mossad. Wie berichtet, half Harari bei der Planung und Ausführung des erfolgreichen israelischen Schlags auf Ugandas Flughafen Entebbe im Jahre 1976, wobei 105 Israelis befreit wurden, die sich bei der Entführung des Passagierflugzeugs an Bord befanden und als Geiseln festgehalten worden waren.
Der israelische Premierminister Golda Meir beauftragte ihn auch mit der Leitung eines Killertrupps zur Aufspürung und Tötung von Terroristen, die bei den Olympischen Spielen 1972 an dem Mord an elf israelischen Athleten beteiligt waren.

Dieser aber verwechselte einen marokkanischen Kellner in einem Restaurant in Norwegen mit einem der Mörder von München und schoß ihn vor den Augen der entsetzten Restaurantgäste nieder. Sechs der Killer wurden in Norwegen vor Gericht gestellt und ins Gefängnis gesperrt, und Harari wurde schnell zum Stationschef des Mossad für Lateinamerika in Mexico ernannt.

Als er in Mexico stationiert war, traf er mit Noriegas gleichermaßen korruptem Vorgänger General Omar Torrijos zusammen, und durch ihn wurde er mit Noriega bekanntgemacht, der Torrijos als Chef von Panamas Militärnachrichtendienst diente. □

ADL kritisiert US-Army

Zionistische Gruppen haben ein Überprüfungsgremium der US-Army dafür kritisiert, daß es die Behauptung des Veterans des Zweiten Weltkrieges David Rubitsky zurückgewiesen hat, er habe im Kampf allein 500 japanische Soldaten getötet, und ihm dadurch die Verleihung der Congressional Medal of Honor verwehrt. Rubitsky, 72 Jahre alt, hat seinen Fall in den letzten zwei Jahren überprüfen lassen, aber die amerikanische Armee sagte, es lägen »unwiderlegbare Beweise« dafür vor, daß Rubitsky in einer Schlacht in Neu Guinea im Jahr 1942 keineswegs eine große Anzahl von Japanern getötet hat, wie er behauptet.

Abraham Foxman, landesweiter amerikanischer Direktor der Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Loge, nannte die Entscheidung der Armee »gewissenlos«. Er sagte, die ADL sei »in den letzten beiden Jahren, seit sie von der Diskriminierung erfahren habe, im Namen von Rubitsky tätig gewesen«. □

Der Bombenanschlag auf den Pan-Am-Flug 103

»Der Bombenanschlag auf den Pan-Am-Flug 103 steht in direktem Zusammenhang zu dem Waffen-für-Geiseln-Abkommen, das die Reagan-Regierung mit dem Iran auszuhandeln versuchte«, behauptet Bruce Hemmings. »Die Politik des Versuchs, zu einem Abkommen mit den radikalen Iranern zu kommen, war seinerzeit ein Fehler und ist jetzt ein Fehler.«

Hemming stand 17 Jahre lang in den geheimen Diensten des CIA und trat kürzlich als Protest gegen die geheimen »Lausbubenstreiche« der Agentur in Zusammenhang mit den Machenschaften zwischen der US-Regierung und dem Iran zurück. Speziell wurde Hemmings von seinen Vorgesetzten im CIA 1987 aufgefordert, ein Schreiben an das Senate Intelligence Oversight Committee (Ausschuß zur Überwachung der Geheimdienste) des amerikanischen Senats zu richten des Inhalts, daß Richter William Webster, der neu designierte Direktor des Central Intelligence, zu der Zeit, als er noch Direktor des FBI war, von den geheimen Waffenlieferungen aus den USA an den Iran keine Kenntnis hatte.

Hemmings, der während der Zeit des Geheimabkommens am Iran-Schreibtisch des CIA saß, sagte, er könne einen solchen Brief nicht schreiben – weil nach Mitteilung seiner gleichberechtigten Kollegen im FBI Webster über die Waffenlieferungen genau Bescheid wußte. Es sei sogar möglich, sagte der CIA-Beamte und Veteran der Kriegsmarine aus dem Vietnam-Krieg, daß Webster während seiner Bestätigungsanhörungen einen Meineid leistete, indem er jede Kenntnis von der Iran-Contra-Affäre bestritt.

So schrieb Hemmings einen Brief, in dem er die Fakten niederlegte, wie er sie kannte. Aber das Schreiben an den Senatsausschuß wurde von seinen Vorgesetzten, die immer noch dabei waren ihre Verwicklung in den Iran-Contra-Schlamassel zu vertuschen, stark redigiert. Außerdem wurde das Schreiben wochenlang in der Hauptgeschäftsstelle des CIA liegengelassen und erst Monate später an den Ausschuß versandt, als es keinen Bezug auf Websters Ernennung als Direktor mehr haben konnte.

Danach ging die Laufbahn des altgedienten amerikanischen Offiziers für überseeische Fälle nach unten. Obwohl Hemmings für die Agentur unter Deckung in Casablanca, Algier, Kalkutta, Neu Delhi und Tunis gedient hatte – wo er von der Agentur für seine superlative Untergrundarbeit ausgezeichnet wurde – schien jetzt für ihn kein angemessener Posten in der Hauptdienststelle des CIA mehr vorhanden. Das politische Denken hinter der Verwicklung der USA in die Iran-Geschichte zur Zeit der geheimen Waffengeschäfte beruhte, laut Mitteilung des CIA-Veterans, auf einer Reihe von Fehleinschätzungen und Fehlkonzeptionen. Die ungeheuerlichste von diesen war der Gedanke, daß es einige Mitglieder der radikalen fundamdentalistischen Führung, wie den jetzigen Präsidenten Hashemi Rafsanjani, gab, die »pragmatisch« seien und »mit denen man arbeiten könne«.

Ein weiteres wesentliches Versagen im politischen Denken der Amerikaner zu jener Zeit bestand darin, »auf die Israelis zu hören«, die aus eigenen politischen Gründen wollten, daß die USA den Iran in dessen Krieg gegen den Irak unterstützen sollten.

Obwohl zahlreiche Rechtfertigungen für den Waffenverkauf an den Iran vorgebracht wurden, glaubt Hemmings, daß Hilfe für die im Libanon von islamischen, dem Iran treu ergebenen Fanatikern festgehaltenen Geiseln nur eine untergeordnete Erwägung war. Erstens, war bereits bekannt, daß die Geisel, an der der CIA und die US-Regierung am meisten interessiert war, der CIA-Offizier William Buckley, von den Iranern zu Tode gefoltert wurde.

Hemmings glaubt weiterhin, daß die meisten, der nicht zur Regierung gehörigen Mitglieder der »Enterprise« – das inoffizielle Netzwerk, das von dem damaligen CIA-Direktor William Casey und Oberstleutnant Oliver North aufgebaut wurde, um Waffen in den Iran zu liefern – hauptsächlich besorgt waren, »Geld zu machen« anstatt die Interessen Amerikas im Nahen Osten zu vertreten.

Außerdem hegt der ehemalige CIA-Offizier den Verdacht, daß einige seiner Vorgesetzten im CIA ebenfalls ein »einnehmendes Wesen« an den Tag legten, und daß »sie geheime Bankkonten in der Schweiz unterhalten«. Die vollständige Wahrheit über die Waffengeschäfte mit dem Iran wird der amerikanische Steuerzahler wahrscheinlich nie erfahren. Der gemeinsame Kongreßausschuß, der die Angelegenheit untersuchte, verlor die Nerven und das Weiße Haus leistete gute Arbeit, um den Schaden in Grenzen zu halten.

»Iran-Contra ist ein toter Punkt«, meinte ein Mitarbeiter des US-Kongresses kürzlich. »Und es wird nicht lange dauern, bevor es Pan Am 103 auch ist.« □

Historische Auslegung der Intifada

In dem jüdischen Magazin »Tikkun« schreibt David Biale, Professor für jüdische Geschichte an der Graduate Theological Union in Berkeley, zu den nahöstlichen Nachwehen des derzeitigen osteuropäischen politischen Erdbebens. Er führt aus: »Was Shamir und viele andere Israelis nicht begriffen haben, ist, daß die 1967 besetzten palästinensischen Gebiete ebenso wie Osteuropa die Umwälzungen der Entkolonisierung des späten 20. Jahrhunderts durchmachen. Die Intifada ist sicherlich eine antikoloniale Revolte, wie es die Rebellion der Algerier gegen die Franzosen und der Kampf der Inder gegen die Briten in der ersten Zeit dieses Jahrhunderts waren. Trotz der bedeutenden Unterschiede zwischen ihnen haben diese Revolten eines gemeinsam: In jedem Fall verwehrte eine herrschende Gruppe aus dem Ausland der eingeborenen Bevölkerung ihre nationalen und politischen Rechte.«

Was der Verfasser dieses aufhellenden Artikels jedoch nicht sagt, ist, daß »Shamir und viele andere Israelis« die historische Bedeutung der palästinensischen Befreiungsbewegung nicht begreifen können. Die meisten amerikanisch-jüdischen, pro-israelischen Aktivisten übrigens auch nicht. Sie werden in der Tat niemals deren Bedeutung erfassen. Eine derartige historische Auslegung der Intifada steht im direkten Konflikt mit der Auffassung von Eretz Yisrael, dem langersehnten und geheimnisvollen Ziel der revisionistischen Zionisten. Diese wahren Gläubigen haben darüber hinaus die israelische Politik ununterbrochen seit der Machtübernahme Menachem Begins im Jahr 1977 beherrscht.

Alles, was Israel heute ist – vom besonderen und strategischen Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, über die falsche amerikanische, neokonservative Bewegung zur absoluten Weigerung sich ethisch und gerecht mit den Palästinensern zu befassen – rührt von den geheimnisvollen Überzeugungen und verrückten Verblendungen des revisionisti-

schen Zionismus her. Chaim Weizman, Ben Gurion und die anderen sozialistischen Zionisten, die Israel gründeten – und ihre Anhänger, die den kleinen jüdischen Staat in den ersten 30 Jahren führten und bei denen noch einige Hoffnung bestand, daß sie schließlich zu einer Schlichtung des Streits mit den Palästinensern kommen würden –, sind schon seit langem auf die hinteren Seiten der israelischen Geschichte verdrängt worden.

Jitzhak Shamir (geborener Yzernitzky) kam 1935 im Alter von 20 Jahren aus Polen nach Palästina. Er war bereits ein ergebener Jünger von Wladir Jabotinsky und dessen revisionistischen zionistischen Philosophie. Zwei Jahre später trat er der Irgun Zvaßiß Le'umi (National Military Organization), der revisionistischen radikalen Widerstandseinheit bei, die sich von der Haganah, die von den sozialistischen Zionisten gesteuert wurde, abgespalten hatte. Fast unverzüglich schmeichelte sich Shamir wegen seiner terroristischen Neigungen bei den Revisionisten ein.

1938 versuchten Shamir und ein Mitverschwörer der Irgun einen Sammelkiosk des Verteidigungsfonds der Jüdischen Weltorganisation in Tel Aviv in die Luft zu sprengen, aber sie vermasselten ihre Aufgabe. Die Jüdische Weltorganisation wurde damals von der Bewegung der sozialistischen Zionisten beherrscht.

1940, nachdem Jabotinsky seine terroristischen Operationen aufgegeben hatte, um mit den Briten im Zweiten Weltkrieg zusammenzuarbeiten, trat Shamir der Lehi-Lehamei Herut Yisrael (Kämpfer für die israelische Freiheit) – bei, die als Stern-Bande berüchtigt wurde und deren Führer der allgemein bekannte Abraham Stern war. Shamir wurde bald Operationschef der Bande. In dieser Eigenschaft sandten er und Stern 1941 Abgesandte in die Türkei, um dortigen deutschen Diplomaten ein Bündnis mit Sterns Gruppe vorzuschlagen, um gemeinsam mit den Deutschen gegen die Engländer in Palästina zu kämpfen. Anscheinend wurde dem Vorschlag seitens der deutschen Regierung niemals stattgegeben.

In den darauf folgenden Jahren kam Shamirs Fanatismus – in Form von terroristischen und mörderischen Taten – voll zum Ausdruck. Er nahm an der Planung des Mordes an Lord Moyne, des britischen Resident Minister im Nahen Osten, in Kairo im Jahr 1944 teil. Shamir verkleidete sich seinerzeit als hassidischer Rabbiner in Tel Aviv.

Zwei Jahre später war er an dem Bombenanschlag auf das Hauptquartier der britischen Armee im King David Hotel in Jerusalem beteiligt. Und 1947 war Shamir an der Ermordung des Schweden Graf Bernadotte, des Sondervermittlers der Vereinten Nationen für Palästina, beteiligt. Er wurde 1941 von britischen Behörden verhaftet und noch einmal im Jahr 1946. Beide Male gelang es ihm zu entkommen und zu seinen terroristischen Tätigkeiten zurückzukehren, das zweite Mal aus einem Gefängnis in Eritrea in Ostafrika. Shamirs Hingabe zu Eretz Yisrael und seine Neigung zum Mord war niemals eine Angelegenheit, die bezweifelt werden konnte. Als er in den fünfziger und sechziger Jahren als Chef der europäischen Abteilung des Mossad diente, war er schnell damit bei der Hand »die Beseitigung« der Feinde Israels zu befehlen, behaupten ehemalige Offiziere des israelischen Nachrichtendienstes. Und noch im Frühjahr 1988 befahl Shamir in seiner Eigenschaft als Premierminister Israels die Ermordung eines der obersten Führer der PLO in Tunis, in der vagen Hoffnung, daß dies dem Aufstand der Palästinenser am Westufer und im Gazastreifen vielleicht ein Ende setzen würde.

Kann man von einem Mann mit diesem Fanatismus und diesen tödlichen Neigungen jemals erwarten, zu einer vernünftigen und gerechten Vereinbarung bezüglich der Palästinenser und ihres Landes zu kommen. □

Wer spricht für die US-Juden?

Nachdem sie jahrelang in jüdischen Fragen, besonders in bezug auf Israel, eine solide Front gebildet haben, sehen sich die großen amerikanisch-jüdischen Organisationen jetzt von innen und von außen Herausforderungen gegenüber. Die Intifada – das palästinensische »Abwerfen« der israelischen militärischen Besetzung – und ihre Auswirkungen haben die einst monolithische amerikanisch-jüdische Pro-Israel-Gemeinde bis auf die Grundfesten erschüttert.

Ein jüngstes Beispiel für die Zweifel und Verwirrung, die sich langsam unter den Mitgliedern der Gemeinde verbreiten, war eine wenig publizierte Diskussion in New York. In dieser Debatte standen sich das Schwergewicht der Gemeinde, Seymour Reich, Leiter von B'nai B'rith International und Vorsitzender der Konferenz der Präsidenten der großen amerikanisch-jüdischen Organisationen, und sein Gegenspieler Michael Lerner, Herausgeber des Magazins »Tikkun«, und Vertreter einer »alternativen« jüdischen Lobby gegenüber. Das Thema der Diskussion lautete: »Wer spricht für amerikanische Juden?«

Die Meinungen der Diskussionsteilnehmer wurden drastisch durch ihre gegensätzliche äußere Erscheinung unterstrichen. Reich, das Symbol der breiten Masse des organisierten Judentums des Establishments, war makellos gepflegt und trug einen maßgeschneiderten Anzug mit teurer Krawatte. Lerner, der Herausforderer der Meinung des Establishments und der einst nie in Frage gestellten Macht, war lässig gekleidet und trug eine Jarmulka und einen ungepflegten Bart im Stil der sechziger Jahre.

Was jedoch noch wichtiger ist, Reich befand sich deutlich in der Defensive. Verschwunden war die Erhabenheit des Establishments der Vergangenheit. Erst vor einem Jahr hatten Reich und die Hauptführung sich geweigert, die bloße Existenz, geschweige denn die Rechtmäßigkeit alternativer Meinungen innerhalb der Gemeinde anzuerkennen. »Wir sind keine monolithische Gemeinde«, räumte er ein. Die Konferenz der Vorsitzenden strebt nicht danach »Meinungsäußerungen, die sich von den unsrigen unterscheiden, abzuwürgen«. Aber »wenn wir auch nicht alle amerikanischen Juden vertreten, so sprechen wir doch im Namen der breitesten Koalition der größten jüdischen Gemeinde der Welt«. Reich fügte hinzu, die große Anzahl verschiedener Organisationen unter der Schirmherrschaft der Konferenz sei der Grund, »warum sich die Medien dafür interessieren, was wir zu sagen haben, und warum die Macher der öffentlichen Politik zu unseren Versammlungen kommen«.

Lerner seinerseits klagte an, daß die Führung des Mainstream der Gemeinde das volle Spektrum der Ansichten des amerikanischen Judentums nicht richtig widerspiegele.

»Was in der Presse richtig als Unterstützung des Staates Israel durch uns alle genannt wird, wird fälschlicherweise als Unterstützung der Politik der gegenwärtigen Regierung des Staates Israel bezeichnet«, sagte Lerner. Er berief sich auf kürzliche Meinungsumfragen, die von dem Soziologen Steven Cohen durchgeführt wurden und aus denen hervorgehe, daß beinahe die Hälfte der amerikanischen Juden über Israels Politik gegenüber den Palästinensern zutiefst beunruhigt sind.

Lerner stand der Weigerung der Führung der amerikanischen Judenheit gegen den Premierminister Jitzhak Shamir das Wort zu ergreifen besonders kritisch gegenüber. In der organisierten jüdischen Gemeinde herrschte ein Klima vor, in dem Juden nicht den Eindruck haben, daß sie Shamir mit »lauter und klarer Stimme« sagen könne, daß seine Politik »politisch destruktiv und moralisch abscheulich« ist.

Die Gefahr der Geheimhaltung dieser Ansichten vor der derzeitigen israelischen Führung liegt darin, daß sich die Israelis nicht darüber klar sind, daß ihre fortgesetzte Besetzung des Westufers und des Gazastreifen den Judenstaat die Unterstützung durch die amerikanischen Juden kostet. Die Kosten in den USA bestehen darin, daß viele Juden sowohl gegen die israelische Führung als auch gegen das organisierte Judentum, das kein Forum für diese alternativen Ansichten darstellt, eine Abneigung entwickelt haben. □



Revisionismus

Der Morgenthau-Plan

Anthony Kubek

Die Morgenthau-Tagebücher bestehen aus 900 Bänden, die sich in der Roosevelt-Library in Hyde Park, New York, befinden. Als Berater für den Unterausschuß für Innere Sicherheit des amerikanischen Senats wurde Anthony Kubek mit der Aufgabe betraut, alle Unterlagen zu untersuchen, die sich mit Deutschland befassen, vor allem solche, die mit dem Morgenthau-Plan zur Zerstörung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg in Zusammenhang stehen. Der Unterausschuß war daran interessiert, welche Rolle Dr. Harry Dexter White, der Hauptarchitekt des Plans dabei gespielt hat.

Der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau jun. diente von Januar 1934 bis Juli 1945 in Präsident Franklin Delano Roosevelts Kabinett. Bevor Morgenthau zum US-Finanzminister ernannt wurde, hatte er jahrzehntelang in der Nähe von Roosevelts Wohnung am Hyde Park in New York gewohnt und galt als einer seiner engsten und am meisten vertrauten Freunde. Seine Ernennung war klar und deutlich der Höhepunkt einer zwanzigjährigen Hingabe und Bewunderung für seinen Nachbar am Hudson River. Nach seinem offiziellen Biographen war es Morgenthaus »größte Freude im Leben, Roosevelt zu dienen, den er liebte und vertraute sowie bewunderte«.

Emotionell aufgebracht durch Hitlers Aufstieg

Das US-Finanzministerium und Minister Morgenthau hatte viele Funktionen, die alles bisher Dagewesene in der Geschichte des Ministeriums übertreffen. Aus Morgenthaus-Tagebüchern geht hervor, daß sich das Finanzministerium immer wieder anmaßte amerikanische Außenpolitik zu betreiben. In seinen Memoiren beschrieb der amerikansiche Außenminister Cordwell Hull dies mit den folgenden Worten:

»Emotionell aufgebracht durch Hitlers Aufstieg und seine Verfolgung der Juden, versuchte Morgenthau oft den Präsidenten dazu zu veranlassen, dem Außenministerium vorzugreifen oder entgegen unserem besseren Urteil zu handeln. Wir stellten manchmal fest, daß er Verhandlungen mit ausländischen Regierungen führte, die eigentlich Aufgabe des Außenministers waren. Seine Arbeit bei der Erstellung eines Katastrophenplans für die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege und die Art, wie er den Präsidenten dazu veranlaßte, ihn ohne Absprache mit dem Außenministerium zu akzeptieren, waren Musterbeispiele dieser Art von Einmischung.«

Schnellen und direkten Zugang zum Präsidenten

Eigentlich war es aber Dr. Harry Dexter White, Morgenthaus hauptsächlicher Berater in Geldangelegenheiten und schließlich stellvertretender US-Finanzminister, der die meisten wichtigen Geschäfte des Ministeriums führte. Aus den Tagebüchern geht hervor, daß Whites Einfluß die ganzen Jahre des Zweiten Weltkriegs hindurch enorm groß war.



Henry Morgenthau (links) mit seinem Chef, US-Präsident Franklin D. Roosevelt. Morgenthau wollte mit seinem Plan Deutschland bestrafen und endgültig zerstören.

Kurz nachdem Morgenthau 1934 Minister wurde trat White auf Empfehlung des angesehenen Volkswirts Professor Jacob Viner von der University of Chicago als Wirtschaftsanalytiker in dessen Mitarbeiterstab ein. Damals 42 Jahre alt, stand White kurz davor, von der Harvard University, wo er vorher als Lehrer tätig war, den Doktortitel für Volkswirtschaft zu erlangen. Er stieg im Finanzministerium schnell auf, wurde 1938 zum Director of Monetary Research (Direktor für Forschung in Geldangelegenheiten) ernannt und erwarb sich im Sommer 1941 den zusätzlichen Titel eines »Assistenten des Ministers.«

Wortgewandt, mit einem Schnurrbart versehen und stets elegant gekleidet, war er im Ministerium zwar eine auffällige Erscheinung, blieb jedoch in der Öffentlichkeit bis 1943, als Zeitungsartikel ihn als den eigentlichen Architekten der monetären Vorschläge des Ministers Morgenthau für die Zeit nach dem Kriege identifizierten, weitgehend unbekannt.

Die Tagebücher enthüllten Whites Technik der Dominierung über allgemeine Angelegenheiten des Ministeriums dadurch, daß er seine Pläne und Gedanken dem Minister vortrug, der sie häufig direkt zum Präsidenten trug. Es ist sehr bemerkenswert, daß Morgenthau schneller Zugang zum Präsidenten hatte als irgendein anderes Kabinettsmitglied. Er stand rangmäßig niedriger als der Außenminister im Kabinett, aber Hull beschwerte sich darüber, daß er oft so handelte als sei er »mit Befugnis bekleidet«, um auf das Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten vorstoßen zu können. Morgenthau, meinte Hull, »ließ es nicht bei seiner Arbeit im Finanzministerium bewenden«.

Politik durch Manipulation von Informationen

Über die Jahre hinweg brachte White eine Reihe von Wirtschaftsspezialisten in das Finanzministerium, mit denen er sehr eng zusammenarbeitete. White und seine Kollegen waren daher in der Lage auf die amerikanische Außenpolitik einen Einfluß auszuüben, der, wie aus den Tagebüchern hervorgeht, tiefgehend und ohne Präzedenzfall war. Sie nutzten ihre Macht auf verschiedene Weise aus, um den sogenannten Morgenthau-Plan für die Nachkriegsbehandlung Deutschlands zu entwerfen und zu fördern. Ihre Tätigkeit beschränkte sich nicht auf die Befugnis, die ihnen offiziell erteilt

worden war: Ihre Macht lag im Zugang und in ihrem Einfluß auf den Minister Morgenthau und andere Regierungsbeamte sowie den Möglichkeiten, die ihnen zur Verfügung standen, Informationen auf denen die Politik ihrer Vorgesetzten basieren könnten entweder weiterzuleiten oder zurückzubehalten.

Was dies zu einem einmaligen Kapitel in der amerikanischen Geschichte macht ist, daß Dr. White und einige seiner Kollegen, die eigentlichen Macher der lebenswichtigen Staatspolitik in jenen kritischen Jahren, später in Untersuchungen auf Kongreßebene als Mitglieder in einem Netzwerk der kommunistischen Spionage unmittelbar im Schatten des Washington-Denkmals identifiziert wurden. Zwei von ihnen arbeiteten für die chinesischen Kommunisten.

Verurteilung zu permanenter Kartoffelkost

Mit den einfachsten Worten ausgedrückt bestand das Ziel des Morgenthau-Plans darin, Deutschland zu entindustrialisieren und sein Volk zu einem Hirtendasein zu degradieren sobald der Krieg gewonnen war. Wenn dies erreicht werden könnte, dann würden sich die militarisierten Deutschen niemals wieder erheben, um den Frieden in der Welt zu bedrohen.

Dies war die Rechtfertigung für ihre Planung, aber hinter diesem offensichtlichen Motiv lauerte drohend ein anderes. Das verborgene Motiv wurde im September 1946, mehr als ein Jahr nach der Kapitulation der Deutschen in einer von mehreren Zeitungen veröffentlichten Kolumne der New Yorker »Herald Tribune« entlarft. Das eigentliche Ziel der vorgeschlagenen Verurteilung »ganz Deutschland zu einer permanenten Kartoffelkost« war die Kommunisierung der geschlagenen Nation. »Der letzte Weg um die Deutschen in die Arme der Sowjetunion zu treiben«, so wurde ausgeführt, »besteht darin, daß die Vereinigten Staaten als Verfechter des wahllosen und bitteren Elends in Deutschland hervortreten sollten«.

Jeder, der die Morgenthau-Tagebücher einsieht, geht kaum daran vorbei tief von der ungeheuren Macht beeindruckt zu werden, die sich in den gierigen Händen von Dr. Harry Dexter White ansammelte, der 1953 von J. Edgar Hoover als sowjetischer Agent identifiziert wurde. White übernahm volle Verantwortung für »alle Angelegenheiten, mit denen das US-Finanzministerium zu tun hatte und die irgendwie mit auswärtigen Angelegenheiten in Zusammenhang standen.« Er und seine Kollegen hatten die völlige Billigung des Ministers Morgenthau bei der Formulierung einer Blaupause für die Ausschaltung Deutschlands als Weltmacht. Die Früchte, die der Sowjetunion als Folge einer solchen Planung durch das Finanzministerium in den Schoß fallen könnten, waren unberechenbar.

Das was die Kommunisten wollten

Als Mitglieder des Senate Internal Security Subcommittee Elizabeth Bentley, die als Kurier zwischen White und sowjetischen Agenten fungierte, fragten, ob sie etwas von einem ähnlichen »Morgenthau-Plan« für den Fernen Osten wüßte, gab sie die folgende Erklärung ab.

Miss Bentley: »Nein. Der einzige Morgenthau-Plan von dem ich irgendetwas wußte, war der deutsche.«

Senator Eastland: »Wußten Sie wer diesen Plan aufgestellt hat?«

Miss Bentley: »Es geschah aufgrund von Mr. Whites Einfluß, um die Verwüstung Deutschlands voranzutreiben, denn das ist was die Russen wollten.«

Senator Ferguson: »Das war was die Kommunisten wollten?«

Miss Bentley: »Sicher. Moskau wollte, daß sie – die deutschen Fabriken – völlig dem Erdboden gleichgemacht werden sollten, weil sie dann für die Alliierten nicht mehr von Nutzen sein würden.«

Mr. Morris: »Sie sagen, daß Harry Dexter White daran gearbeitet hat?«

Miss Bentley: »Und auf unsere Anweisung hin trieb er die Sache energisch voran.«

Als J. Edgar Hoover am 17. November 1953 vor dem Unterausschuß aussagte, bestätigte er diese Zeugenaussage wie folgt:

»Alle von Miss Bentley gemachten Angaben, die sorgfältig überprüft wurden, haben sich als richtig herausgestellt. Sie wurde den eingehendsten Kreuzverhören unterzogen; ihre Zeugenaussage wurde von Untersuchungsausschüssen und bei Überprüfungen durch die Gerichte bewertet und wurde für richtig befunden.«

Das strittige Handbuch für die Besatzungspolitik

Mr. Hoover fuhr fort: »Miss Bentleys Bericht über Whites Tätigkeit wurde später von Whittaker Chambers bestätigt; und die Dokumente in Whites eigener Handschrift, deretwegen es keinerlei Streitigkeiten geben kann, verleihen den früheren Informationen über White Glaubwürdigkeit.«

Morgenthau sprang unter die Decke, als er ein Exemplar des »Handbook for Military Government in Germany« in die Hand bekam, das zur Anleitung jedes amerikanischen und britischen Beamten nach Ankunft in Deutschland gedacht war. Das Handbuch gewährte einen Einblick in eine ganz andere Art von Besatzungspolitik als die, welche sich die Beamten des Finanzministeriums erhofften. Seine Tonart war durchweg gemäßigt und milde. Deutschland sollte sich nicht nur selbst unterhalten sondern einen verhältnismäßig hohen Lebensstandard bewahren.

Morgenthau verlor keine Zeit Präsident Roosevelt das »Handbook« zu zeigen, der es sofort als zu weich zurückwieß. Von der kritischen Denkschrift beeindruckt, die White ausgearbeitet hatte, machte der Präsident das Handbuch zunichte und sandte seinerseits eine beißende Denkschrift an den Kriegsminister Henry L. Stimson, mit einer Kopie an Hull.

»Dieses sogenannte Handbuch ist ziemlich schlecht«, begann Roosevelt, und er gab die Anweisung, »alle Exemplare« sofort einzuziehen, da es ihm den Eindruck vermittele, daß Deutschland ebenso »wiederhergestellt werden sollte wie die Niederlande und Belgien, und daß das deutsche Volk so schnell wie möglich wieder auf seinen Vorkriegsvermögensstand gebracht werden soll«.

Die Deutschen brauchen Psychiatrie

So wurden sowohl Hull als auch Stimson vom Präsidenten darüber in Kenntnis gesetzt, daß das Außen- und das Kriegsministerium eine schärfere Einstellung gegen Deutschland zu entwikkeln hätten, oder man würde sie bei der Formulierung dieser Politik umgehen. Laut General Lucius Clay hatte die Unterdrükkung des »Handbook« schließlich eine »verheerende Auswirkung auf die Moral der amerikanischen Beamten, die dafür verantwortlich waren, Deutschland zu entwaffnen«.

Indessen hatten das US-Außenministerium und die Joint Chiefs of Staff schon ihre eigenen Vorschläge und Anweisungen für Nachkriegsdeutschland fertiggestellt. Nach dem Dokument des US-Außenministeriums sollte es keine »umfassende und dauerhafte Behinderung der ganzen deutschen Industrie geben.«

ICS 1067, wie die militärische Direktive beziffert war, war in ihrem Geist unverkennbar dem »weichen« Entwurf des Außenministeriums ähnlich. Darüber hinaus befand sie sich in »Übereinstimmung« mit dem »Handbook«, das heißt, dieser Entwurf duldete nicht nur sondern ermutigte sogar freundliche Beziehungen zwischen amerikanischen Soldaten und deutschen Zivilisten.

Das Ruhrgebiet zusperren und auslöschen

Aus verschiedenen Zusammentreffen zwischen dem Außen- und dem Kriegsministerium entstand schließlich eine neue Fassung der Direktive JCS 1067. Darin wurde der Geist des ursprünglichen Entwurfs völlig ins Gegenteil verkehrt. Sie trug weitgehend die Handschrift von Harry Dexter White. Es war in der Tat bemerkenswert, wie sehr sich das Finanzministerium hier eingemischt und schließlich das Außen- und das Kriegsministerium dazu gebracht hatte, ihre Politik gegenüber Nachkriegsdeutschland grundlegend zu ändern.

Revisionismus

Der Morgenthau-Plan

Im Bereich der Finanzen hatte der Finanzminister natürlich mit der Nachkriegsbehandlung Deutschlands zu tun. Aber Morgenthau mischte sich weitgehend in Angelegenheiten ein, die mit Wirtschaft überhaupt nichts zu tun hatten. Die Deutschen benötigen Psychiatrie, sagte Morgenthau zu White. Er sei daran interessiert, »eher den Geist als den Körper zu behandeln« und an der Planung, »wie die kommende Generation der Kinder aufzuziehen war«. Es wäre vielleicht klug, die gesamte Nazi-SS aus Deutschland herauszunehmen und sie in irgendeinen anderen Teil der Welt zu deportieren.

»Ergreift sie einfach körperlich«, sagte er zu White, und »ich habe keine Angst diesen Vorschlag zu machen«, wenn es auch sehr »grausam sein könnte ... die Tat zu vollenden«.

Bezüglich der Bestrafung der Nazi-Führer schlug White vor, eine Liste von »Kriegsverbrechern« aufzustellen und sie amerikanischen Offizieren an Ort und Stelle vorzulegen, die möglicherweise die Schuldigen ausfindig machen und auf der Stelle erschießen könnten. Morgenthau bemerkte scherzend, man könne einen guten Anfang machen mit Stalins »Liste mit 50.000« – ein Hinweis auf Stalins Toast mit Wodka, den er auf der Konferenz von Teheran an Roosevelt und Churchill ausbrachte.

Die Lage des Ruhrgebiets war eines der Hauptthemen auf einer der vielen Sitzungen des Finanzministeriums. Seit vielen Jahren waren die Kohlenfelder des Ruhrgebiets für die deutsche Volkswirtschaft von wesentlicher Bedeutung gewesen. Der britische Volkswirt John Maynard Keynes hatte nach dem Ersten Weltkrieg gesagt, das Kaiserreich sei »eher auf Kohle und Eisen als auf Blut und Eisen« aufgebaut. Kohle war das Rückgrat der gesamten deutschen Industrie, lebenswichtig für Deutchschlands Stromkraft und für seine chemische, synthetische Öl- und Stahlindustrie. Es war daher Morgenthaus beharrliche Ansicht, daß das Ruhrgebiet »zugesperrt und ausgelöscht« werden müsse, und er war sich dessen sicher, daß der Präsident in diesem Punkt »völlig mit ihm übereinstimmt«.

Im weiteren Verlauf der Gespräche deutete White gerissen an, daß es vielleicht besser wäre, das Ruhrgebiet unter internationale Kontrolle zu stellen, was »Reparationen für zwanzig Jahre mit sich bringen würde«. Dies war ein Scheinvorschlag den Morgenthau auch unverzüglich zurückwies. »Harry, das kannst Du mir überhaupt nicht verkaufen«, sagte er, »weil es nur ein paar Jahre unter Kontrolle stehen würde und die Deutschen dann einen weiteren Anschluß (Anspielung auf Österreich) bekämen!«

Das einzige Programm, bei dem er mitmachen würde, erklärte Morgenthau, sei die »völlige Schließung des Ruhrgebiets«. Als Herold Gaston, der Public Relations Beamte des Finanzministeriums ihn unterbrach und fragte, ob dies bedeute »die Bevölkerung auszutreiben«, antwortete Morgenthau: »Mir ist völlig egal was mit der Bevölkerung geschieht ... ich würde jeden Pütt, jedes Stahlwerk und jede Fabrik vornehmen und zerstören.«

»Jeglicher Art?«, fragte Gaston. »Stahl, Kohle, alles. Einfach zumachen«, sagte Morgenthau. »Sie würden doch die Bergwerke nicht schließen, nicht wahr?«, erkundigte sich Daniel Bell, einer der Gehilfen des Ministers. »Natürlich«, antwortete Morgenthau und er wiederholte, daß die einzige Wirtschaftstätigkeit, die unversehrt bleiben müsse, die Landwirtschaft ist – und die könne einer Form von internationaler Kontrolle unterstellt werden. Er sei dafür, erst die deutsche Wirtschaftsmacht zu zerstören, und dann »werden wir uns als zweites um die Bevölkerung kümmern«.

Zerstörung der deutschen Wirtschaftsmacht

Morgenthau schien sehr zuversichtlich zu sein, daß der Präsident in seiner Unterstützung für ein Bestrafungsprogramm für das Nachkriegsdeutschland nicht wankend werden würde. Ein wirksamer Plan müsse jedoch innerhalb der nächsten sechs Monate durchgeführt werden, andernfalls könnten die Alliierten plötzlich »weich« werden.

Der beste Weg damit zu beginnen, riet Morgenthau, sei amerikanische Pioniere in jede Fabrik für synthetisches Benzin zu schikken und diese in die Luft zu sprengen, oder »die Wasserhähne aufzudrehen, um sie unter Wasser zu setzen«. Dann sollen sich doch die »großen Menschenfreunde ganz einfach zurücklehnen und entscheiden, was mit der Bevölkerung geschehen soll«. Am Ende würde das Ruhrgebiet »einigen der ›Silberminen in Nevada‹ ähneln«, sagte Morgenthau. »Sie meinen wie Shermans Marsch an die Küste?«, fragte Dan Bell. Morgenthau antwortete unverblümt, daß er das Ruhrgebiet zu einer »Geisterlandschaft« machen wolle.

Solcherart waren die Ansichten des Ministers Morgenthau über die Behandlung Deutschlands. Noch niemals in der amerikanischen Geschichte wurde ein rachsüchtigeres Programm für eine besiegte Nation vorgeschlagen. Dadurch, daß das Wirtschaftsministerium einen noch nie dagewesenen Einfluß auf die Festlegung der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland ausübte, wurden die jeder Logik widersprechenden Trugschlüsse, die Umgehung von wichtigen Fragen und die vorsätzliche Mißachtung wesentlicher wirtschaftlicher Zusammenhänge, die im obigen Gespräch offenkundig zutagetraten, als endgültig angenommen in den Nachkriegsplan eingegliedert. Außerdem durfte kein Papier von irgendwelcher Bedeutung, das sich mit der Besetzung Deutschlands befaßte, freigegeben werden bevor es das Finanzministerium billigte. Das Außen- und das Kriegsministerium verhielten sich bald dem Finanzministerium gegenüber auf diesem Gebiet, normalerweise ihr Verantwortungsbereich, buchstäblich unterwürfig.
Auf einer Sitzung im Büro des Präsidenten brachten Morgenthau und Stimson ihre gegensätzlichen Meinungen zum Ausdruck. Stimson widersprach heftig der Empfehlung des Finanzministeriums zur Zerstörung des Ruhrgebiets. Ich bin nach wie vor gegen ein derartiges Programm«, erklärte er und sagte, er halte es für »völlig falsch« den Menschen von Europa die Produkte zu entziehen, die das Ruhrgebiet herstellen könne. Der Plan des Finanzministeriums, falls er angenommen würde, würde neue Kriege hervorrufen, Sympathie für die Deutschen in anderen Ländern erwecken und die Hilfsmittel zerstören, die für den allgemeinen Wiederaufbau des verwüsteten Europa benötigt werden. Er drang auf den Präsidenten ein, keine übereilte Entscheidung zu treffen und »einstweilen« Hulls Vorschlag aufzugreifen, daß die umstrittene Wirtschaftsfrage Thema zukünftiger Gespräche sein sollte.

Churchill änderte seine Meinung

Auf der Gipfelkonferenz von Quebec zwischen Roosevelt und Churchill im September 1943 wurde Morgenthau gebeten, den Engländern seinen Plan zu erläutern. Churchill war zunächst entsetzt und nannte den Plan »in scharfem Ton« »grausam und unchristlich«.

Aber Morgenthau ritt auf dem Gedanken herum, daß die Zerstörung des Ruhrgebiets nach dem Kriege für Großbritannien neue Märkte erschließen würde. Er versprach Churchill auch ein amerikanisches Darlehen in Höhe von 6,5 Milliarden Dollar. Churchill »änderte seine Meinung« am darauffolgenden Morgen.

Obwohl auf der Konferenz von Quebec auswärtige Angelegenheiten und militärische Dinge eingehend besprochen wurden, waren weder Hull noch Stimpson anwesend. Das Finanzministerium bekam bei Verhandlungen über Deutschland den Vorrang über das Außenministerium und das Kriegsministerium.

Die Auswirkungen von Morgenthaus Sieg in Quebec machten sich schnell in Washington spürbar. Bei einem Mittagessen mit dem Staatssekretär im Kriegsministerium, Robert Patterson, brachte Morgenthau die Vereinbarung von Quebec zur Sprache. Patterson sagte scherzhaft: »Europa dadurch zu degradieren, daß man Deutschland zum Ak-

kerland macht, widerstrebt Ihnen das nicht?« Morgenthau antwortete: »Nicht im Falle Deutschlands.«

Ein Verbrechen gegen die Zivilisation

Hull war der festen Ansicht, daß man Morgenthau aus dem Gebiet der allgemeinen Politik hätte heraushalten sollen. Stimson ebenfalls. Als Stimson hörte, daß der Präsident den Plan des Finanzministeriums in Quebec mit seiner Unterschrift versehen hatte, entwarf er schleunigst ein weiteres kritisches Memorandum. »Wenn ich der Ansicht wäre, daß die Vorschläge des Finanzministeriums – unser vereinbartes Ziel, ein dauerhafter Friede – vollenden würden«, schrieb er, »dann würde ich nicht auf meinen Bedenken bestehen. Aber ich kann nicht glauben, daß sie einen dauerhaften Frieden herbeiführen werden. In Geist und Betonung sind sie strafend, nicht aber wie ich meine korrektiv oder konstruktiv.«

Er fuhr fort: »Es liegt nicht im Bereich der Möglichkeit, daß die ganze Nation von siebzig Millionen Menschen, die viele Jahre lang in den Künsten und Wissenschaften Hervorragendes geleistet haben und durch ihre Tüchtigkeit und Energie einen der höchsten Industriestandards in Europa erreichten, zwangsweise aufgefordert werden sollen, alle ihre früheren Lebensmethoden aufzugeben und sie auf ein Niveau herunterdrücken, auf dem praktisch die völlige Kontrolle über die Industrie und Wirtschaft anderen Völkern überlassen werden soll ... Erzwungene Armut ist noch schlimmer, denn sie zerstört den Geist nicht nur des Opfers sondern entehrt den Sieger. Es wäre ebenso so ein Verbrechen, wie das der Deutschen an ihren Opfern – es wäre ein Verbrechen gegen die Zivilisation selbst.«

Deutschland wurde bestraft und demontiert

Die Nachricht von »Morgenthaus Coup in Quebec« sickerte an die Presse durch mit zwei Folgen: Eine bestand darin, daß Roosevelt wegen der eigentlichen Reaktion offensichtlich zu dem Schluß gekommen war, daß sein Finanzminister einen »schweren Fehler« begangen hatte. Die andere Folge war, daß sich der Widerstand der Deutschen an der Westfront verstärkte. Bis dahin bestand nämlich noch eine einigermaßen gute Chance, daß die Deutschen ihren Widerstand gegen die amerikanischen und britischen Streitkräfte aufgeben und die Russen im Osten weiterhin in Schach halten würden, um dem schrecklichen Schicksal einer sowjetischen Besetzung zu entgehen. Dies hätte den Krieg um Monate verkürzt und die Ausbreitung des bösartigen Kommunismus in Mittel- und Ostdeutschland abwenden können.

Wie es den Regierungsbeamten des Finanzministeriums gelang grundlegende Merkmale ihres Planes in die militärische Direktive einzubringen, die ursprünglich von den Joint Chiefs of Staff erstellt und als JCS 1067 bekannt wurde, wird in den Tagebüchern völlig offengelegt. White sorgte dafür, daß viele Elemente seiner Denkweise in JCS 1067 verkörpert wurden. Frühere Direktiven als Leitlinie für amerikanische Truppen nach ihrer Ankunft in Deutschland, die bereits sechs oder mehr Berichtigungen stilistischer Art unterzogen worden waren, wurden jetzt mehr mit Morgenthaus und Whites Gedanken an Bestrafung in Einklang gebracht. Eine neue Direktive, mit der nach einer vollständigen Entnazifizierung verlangt wurde, spiegelte mit einigen Änderungen den Geist und die Substanz des vom Finanzministeriums vorgelegten Plans wider.

Hindernis für die amerikanischen Bemühungen

In den vollen zwei Jahren, in denen die JCS 1067 der Eckstein der amerikanischen Politik war, wurde Deutschland bestraft und anschließend demontiert, ganz im Einklang mit den grundlegenden Bestimmungen des Morgenthau-Plans. JCS 1067 untersagte die Verbrüderung von US-Soldaten mit den Deutschen, ordnete ein strenges Entnazifizierungsprogramm an, das sich sowohl auf das öffentliche Leben als auch auf die Geschäftswelt erstreckte, untersagte amerikanische Hilfe beim Wiederaufbau der deutschen Industrie und hob lediglich die Wiederherstellung des Landwirtschaftssektors hervor.

Später wurde die Direktive JCS 1067 zu einem schweren Hindernis für die amerikanischen Bemühungen in Deutschland. Sie stellte das dar, was man ohne Übertreibung einen schweren Mühlstein um den Hals der amerikanischen Militärregierung nennen könnte. Sie gab der Militärregierung der Vereinigten Staaten nur begrenzte Befugnis, indem sie speziell den amerikanischen Beamten untersagte, irgendwelche Schritte zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft zu unternehmen, abgesehen davon die landwirtschaftliche Produktion auf dem höchstmöglichen Stand zu bringen.
Über verschiedene Kanäle hatte White Informationen darüber gesammelt, welche Direktiven andere Ministerien vorbereiteten. Dies erreichte er durch ein System des »Handelns« mit Morgenthau, das dieser auf seinen Vorschlag hin in die Wege geleitet hatte. Wie Elizabeth Bentley vor dem Internal Security Subcommittee aussagte: »Wir waren beim Einholen von Informationen so erfolgreich ... weitgehend wegen Harry Whites Idee Morgenthau dazu zu überreden, Informationen auszutauschen«. Beamte des Finanzministeriums sandten zum Beispiel Informationen an das Marineministerium, und die Kriegsmarine tat umgekehrt das Gleiche. Es gab laut Miss Bentley mindestens »sieben oder acht Dienststellen«, die mit Morgenthau Informationen austauschen.

Jalta als schrecklicher Fehlschlag

Auf der Konferenz von Jalta am 4. Februar 1945 war die Nachkriegsbehandlung Deutschlands der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung. Das Verhalten des US-Präsidenten läßt auf die gewaltige Einwirkung von Whites Meisterplan und Morgenthaus Verkaufskunst auf sein Denken schließen. Bei wichtigen Punkten bezüglich Deutschland kapitulierte der Präsident bereitwillig vor den Sowjets. Stalin und Roosevelt stimmten im allgemeinen darüber überein, daß die besiegten Deutschen ihrer Fabriken entblößt und sie sich selbst überlassen werden sollten. Aber Churchill wollte genug von der vorhandenen Wirtschaftsstruktur Deutschlands erhalten, um der besiegten Nationen zu ermöglichen, sich bis zu einen gewissen Grad zu erholen

In seinem Buch »Beyond Containment« bewertet William H. Chamberlain Jalta als eine Tragödie des Appeasement:

»Wie München muß Jalta als schrecklicher Fehlschlag eingestuft werden, praktisch ebenso wie moralisch ... Das Jalta-Abkommen ... stellte in zwei seiner Merkmale die Stellungnahme der Vereinigten Staaten zum Prinzip der menschlichen Sklaverei dar. Eines dieser Merkmale war die Erkenntnis, daß deutsche Arbeitskräfte als Quelle für Reparationen benutzt werden könnten ... Und die Vereinbarung, daß sowjetische Staatsbürger, die in den östlichen Besatzungszonen angetroffen werden, den sowjetischen Behörden zu übergeben waren, kam für die vielen Sowjetflüchtlinge, die nicht nach Hause zurückkehren wollten, der Vollstreckung eines Gesetzes gegen flüchtige Sklaven gleich.«

Ein zweiter Deutschland-Plan

Nachdem Präsident Roosevelt aus Jalta zurückgekehrt war, ergriffen Beamte des Außenministeriums die Gelegenheit, selbst ein Programm für Nachkriegsdeutschland durchzudrücken. Am 10. März 1945 legte der Außenminister Edward Stettinius dem Präsidenten den Entwurf einer neuen politischen Direktive für die militärische Besetzung Deutschlands zu dessen Begutachtung vor. Die Hauptbetreiber dieser Strategie waren Leon Henderson, James C. Dunn und James W. Riddleberger, der Experte des Ministeriums für deutsche Fragen. Sie berieten sich absichtlich nicht mit Beamten des Finanzministeriums, weil sie wußten, daß von dort aus große Bedenken erhoben würden.

Die Denkschrift vom 10. März war ein angemessener Ersatz für die rigorose JCS 1067, die White und Morgenthau so sehr gefiel. Sie beruhte auf dem zentralen Konzept, daß Deutschland für die wirtschaftliche Erholung Europas wichtig war. Sie sah eine gemeinsame alliierte Kontrolle über Deutschland, Beibehaltung

Revisionismus

Der Morgenthau-Plan

eines Großteils der deutschen Industrie und einen »Mindestlebensstandard« für das deutsche Volk vor. Die Denkschrift sah keine Zerstückelung vor und Deutschland sollte damit beginnen, »sich finanziell baldmöglichst wieder auf eigene Füße zu stellen.«

Als Morgenthau eine Kopie der Denkschrift des Außenministeriums sah, wurde er so wütend, daß er unverzüglich den Staatssekretär im Kriegsministerium, John J. McCloy, anrief, um seine Beschwerde loszuwerden. »Es ist verdammungswürdig, eine Schande!«, rief er aus. »Riddleberger und diese Burschen setzen uns dieses Ding vor die Nase ... Ich werde es nicht ohne weiteres hinnehmen.«

Der Plan des Außenministeriums, falls angenommen, hätte für Morgenthau und White eine völlige Niederlage bedeutet. »Es macht mich so wütend«, tobte Morgenthau, »ich glaube der Präsident sollte Jimmy Dunn und zwei oder drei andere von diesen Kerlen feuern.«

Einige Tage später, mit einer von White, Coe und Glasser aufgesetzten Denkschrift bewaffnet, eilte er ins Weiße Haus. Er war bestürzt, Roosevelts Tochter Anna und ihren Ehemann Major John Boettinger anzutreffen, die für den Präsidenten sorgten, »dessen Gesundheit zu dieser Zeit so stark angeschlagen war, daß Geistesstörungen zu erwarten waren«. Roosevelt glaubte anscheinend nicht mehr, daß Morgenthau mit seinem Zerstört-Deutschland-Plan »einen Schnitzer« begangen hatte, und als Boettinger kommentierte: »Du willst doch nicht, daß die Deutschen verhungern«, antwortete der Präsident: »Warum nicht?«.

Roosevelt war bereits dem Tode nahe

Morgenthau sagte zu White, er sei über Boettingers Haltung beunruhigt. Die Frage, die sich hier stellt, ist, wußten die Sowjets, was das amerikanische Volk nicht wußte – nämlich, daß Roosevelt dem Tode nahe war und jeden Augenblick Blackouts erleiden konnte? Morgenthau berichtete seiner Mannschaft jedoch triumphierend, der Präsident habe seinen Plan als »gutes hartes Dokument« bezeichnet.

Morgenthau vertraute seinem Tagebuch an: »Wir haben eine gute Mannschaft, sie können die Mannschaft einfach nicht auseinanderbrechen ... Es ist sehr ermutigend, daß wir den Präsidenten dazu bringen konnten, uns zu unterstützen ... sie versuchten ihn zu veranlassen, seine Meinung zu ändern und konnten es nicht – diese Bande vom Außenministerium. Früher oder später muß der Präsident halt sein Haus säubern. Ich meine diese böse Bande ... Sie sind im Herzen Faschisten ...«

Keine Reparationen wie 1918

Das Außenministerium war darüber bitter enttäuscht, daß der Präsident seine Denkschrift vom 10. März zurückgewiesen hatte. Es war eine schwere Niederlage für Riddleberger, Dunn und andere, die für ein vernünftigtes Programm für Deutschland eintraten. Morgenthau vertrat die Ansicht, das neue JSC-Dokument müsse unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß das Papier des Außenministeriums vom 10. März offiziell zurückgezogen worden sei. White fragte McCloy und General Hilldring, ob jeder im Kriegsministerium verstehen würde, daß das neue Dokument die Denkschrift vom 10. März »überholt« hat. McCloy versicherte ihn, daß jedermann ordnungsgemäß benachrichtigt würde. White fragte ihn dann, ob es in der Army völlig »klar« sei, daß das Finanzministerium »Vorrang hat und die Revision jedes anderslautenden Dokuments mit sich bringt«. General Hilldring antwortete, das sei kein Problem.

Ein Hauptstreitpunkt zwischen dem Finanzministerium und dem Kriegsministerium war die Frage der Behandlung deutscher Kriegsverbrecher. Stimson riet dem Präsidenten Prozesse zu führen statt der Politik des »sofortigen Niederschießens«, die von Morgenthau angeregt werde, den Vorrang zu geben. Stimson glaubte, der Beschuldigte müsse das Recht haben gehört zu werden, und es müsse ihm gestattet werden, Zeugen zu seiner Verteidigung zu benennen.

Ein weiterer Streitpunkt zwischen dem Finanzministerium einerseits und dem Außenministerium sowie dem Kriegsministerium andererseits war die Frage der Reparationen. Das Finanzministerium glaubte, daß Reparationen auf das beschränkt werden sollten, was die Alliierten nach Kriegsende aus dem besiegten Deutschland herauswringen konnten. Morgenthau und White waren partout gegen das alte Konzept der langfristigen Reparationszahlungen, weil solch ein jährlicher Tribut den Wiederaufbau der Industrie auf breiter Basis erforderlich machen würde. Sie wollten die Deutschen zu »Schafhirten« machen und ihnen dann die volle Verantwortung dafür aufbürden, für sich selbst zu sorgen. Die Auferlegung von »Reparationen« wie beim Ersten Weltkrieg würde mehr oder weniger zu nichts anderem führen als zur Wiederbelebung der deutschen Industriemacht. In ihrer Denkweise lauerte diese Aussicht tatsächlich drohend am Horizont.

Zwangsarbeit als Wiedergutmachung

White und seine Kollegen waren sorgfältig darauf bedacht, die Nachkriegsbeziehungen zur Sowjetunion nicht zu gefährden. Sie gaben häufig ihrer Befürchtung einer Einkreisung Rußlands durch den Westen Ausdruck. Sie glaubten, daß jene Einzelpersonen in der amerikanischen Regierung, die Deutschland wiederherstellen wollten, sich von dem Gedanken tragen ließen, daß ein starkes Reich als »Bollwerk gegen Rußland« erforderlich sei. Auf diese Einstellung sind sicherlich viele der derzeit zwischen Moskau und Washington aufgetretenen Schwierigkeiten zurückzuführen.

Auf einer der Sitzungen unter Beteiligung der einzelnen Ministerien entwickelte sich ein Streitgespräch über die Frage der Zwangsarbeit von Deutschen als Wiedergutmachung für Kriegsschäden in Rußland. Beamte aus dem Finanzministerium traten dreist für die Bildung großer Verbände von Arbeitskräften ohne äußere Kontrollen ein. Dieser Vorschlag wurde vom Kriegsministerium, Außenministerium und anderen Ministerien zurückgewiesen, die die Ansicht vertraten, daß dies die Behandlung von zwei oder drei Millionen Menschen als Sklavenarbeiter bedeuten würde. Morgenthau erinnerte seine Gegenspieler daran, daß die ganze Frage der Zwangsarbeit bereits in Jalta entschieden worden sei.

»Wir führen lediglich die Jalta-Vereinbarung durch«, rief er aus, und jeder der dagegen protestiert ... »protestiert gegen Jalta ...«. Es ist bemerkenswert, daß fünf Monate vorher Präsident Roosevelt eine Denkschrift an Morgenthau geschickt hatte, die besagte, daß, wenn »sie (die Russen) deutsche Arbeitskräfte haben wollen, gibt es keinen Grund dafür, warum sie diese nicht unter gewissen Umständen und unter gewissen Bedingungen bekommen sollten«.

Die Folgen des Morgenthau-Planes

White vertrat die Auffassung, daß, wenn die Russen zwei Millionen deutsche Arbeiter zum Wiederaufbau ihrer verwüsteten Gebiete benötigen, er nichts Falsches daran erkennen könne; es sei »im Interesse Rußlands« und sogar Deutschlands, wenn die Arbeitskräfte aus den Reihen der Gestapo, der SS und der NSDAP herangezogen werden. »Das ist keine Bestrafung für Verbrechen«, erklärte er, »das ist lediglich ein Teil des Reparationsproblems ebenso wie sie gewisse Maschinen von Deutschland haben wollen ...«.

Solange Morgenthau Finanzminister war, glänzte White in dieser seltsamen Svengali-Rolle, aber grundlegende Änderungen in der Leitung der amerikanischen Außenpolitik traten ein, nachdem Harry Truman Präsident geworden war. Als der Präsident noch Senator war, las er in den Zeitungen über den Morgenthau-Plan und er gefiel ihm nicht. Morgenthau wollte nach Potsdam kommen und drohte mit seinem Rücktritt, falls man ihn nicht zum Mitglied der US-Delegation machen würde. Truman nahm seinen Rücktritt sofort an.

Der Morgenthau-Plan

Was waren nun die Endfolgen des Morgenthau-Plans? Welche tatsächliche Wirkung hatte er auf Deutschland? »Obwohl diese Politik niemals voll übernommen wurde«, schrieb W. Friedmann, »hatte sie doch einen beträchtlichen Einfluß auf die amerikanische Politik in den letzten Stadien des Krieges und während der ersten Phase der Militärregierung«. Obwohl Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill schließlich die Torheit dessen erkannten, was sie in Quebec gebilligt hatten, sorgten Morgenthau, White und die Mitarbeiter des Finanzministeriums dafür, daß der Geist und die Substanz ihres Planes in der offiziellen Politik, so wie diese sich letztendlich in der als JCS 1067 bekanntgewordenen Strafdirektive widerspiegelte, vorherrschten.

Der Marshall-Plan ersetzte den Morgenthau-Plan

Auf sehr entschiedene Weise bestimmte die JCS 1067 die Hauptrichtlinien der US-Politik in Deutschland für volle zwei Jahre nach der Kapitulation. Sicher trat im Herbst 1945 eine neue Strömung in der amerikanischen Politik in Erscheinung und diese führte schließlich im Juli 1947 zur formellen Annullierung der Direktive. Bevor sie jedoch amtlich widerrufen wurde, mußten die unteren Verwaltungsebenen ihre harten Bestimmungen durchführen.

»Die Offiziere der Militärregierung«, schreibt Professor Harold Zink, »waren unfähig zu erkennen, wie Deutschland ohne ein beträchtliches Ausmaß an Industrialisierung umorganisiert werden konnte. Sie versuchten das Morgenthau-Diktat in ihre Wirtschaftspläne einzupassen, verloren sich aber schließlich mehr oder weniger in einem Zustand der völligen Hilf- und Haltlosigkeit.«

Wie White sicherlich vorausgesehen hatte, war die Wirtschaftslage Deutschlands zwischen 1945 und 1948 verzweifelt. Die Städte blieben Trümmerhaufen und Unterkünfte waren knapp, da ein erbarmungsloser Strom fachlich nicht ausgebildeter Flüchtlinge in die Westzonen strömten, wo die Lebensmittelration von 1.500 Kalorien pro Tag kaum zum Lebenserhalt ausreichte. Wie Stimson, Riddleberger und die anderen vorausgesagt hatten, führte der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands jetzt zum Zusammenbruch des Handels auf dem Kontinent, der für den Wohlstand anderer europäischer Nationen von wesentlicher Bedeutung war. Solange die deutsche Industriemacht abgewürgt war, wurde die wirtschaftliche Erholung Europas hinausgezögert – und dies führte mit der Zeit zu ernsthaften politischen Komplikationen. Um Europa wieder gesundzupflegen, wurde 1947 der Marshall-Plan entworfen. Er warf endlich die Philosophie des White-Morgenthau-Programms über Bord.

Morgenthau-Plan entsprach Moskaus Wünschen

Die Währungsreform von 1948 änderte die Lage über Nacht. Diese längst fälligen Maßnahmen beseitigten die schlimmsten Beschränkungen und Hindernisse, und von da an begann die Bundesrepublik Deutschland ihren phänomenalen wirtschaftlichen Wiederaufstieg.

Nachdem dies alles gesagt ist, verfolgt eine Frage den Historiker wie ein Alptraum. Sie lautet: Wenn der Morgenthau-Plan in der Tat psychopathisch deutschfeindlich war, war er auch bewußt und absichtlich rußland-freundlich? Der US-Finanzminister hat niemals bestritten, daß sein Plan sowohl in seiner Philosophie als auch in seiner beabsichtigten Auswirkung deutschfeindlich war, aber niemand in seinem Ministerium hat jemals zugegeben, daß er auch gleichermaßen rußlandfreundlich war. In seinem Buch »And Call It Peace« vertrat Marshall Knappen 1947 die Ansicht, daß der Morgenthau-Plan »sehr genau dem entsprach, was man als russische Wünsche in der Deutschlandfrage vermuten könne.

Er bot ein gewisses Maß an Rache und hinterließ keinen starken Staat im russischen Wirkungsbereich.«

In einem Dokument nach dem anderen enthüllen die Tagebücher Harry Dexter Whites Einfluß sowohl auf das formative Denken als auch auf die endgültigen Entscheidungen des Ministers Morgenthau. Da er von höherer Wirtschaft und den Geheimnissen der internationalen Finanz nichts verstand, hatte der Minister sich bei allen allgemeinen und besonderen Empfehlungen stets auf seine Mannschaft von Experten gestützt. White war der Kapitän dieser Mannschaft; bezüglich der deutschen Frage spielte er von Anfang an alle größeren Trümpfe aus.

Auf Whites Rat hin wurde zum Beispiel das Bureau of Engraving and Printing im April 1944 angewiesen, der sowjetischen Regierung einen Duplikat-Drucksatz zum Drucken des Besatzungsgeldes zu liefern, das im Nachkriegsdeutschland gesetzliches Zahlungsmittel werden sollte. Das Endprodukt dieser phantastischen Entscheidung sollte im ganzen besetzten Deutschland die Inflation stark anheizen, und die Last des Rückkaufs dieser von den Sowjets gedruckten Geldscheine fiel schließlich mit einer Gesamtsumme von mehr als eine Viertelmilliarde Dollar zu Lasten des amerikanischen Steuerzahlers. White ließ dieser Empfehlung im Mai 1944 eine weitere folgen, die wiederum dem späteren Plan vorausging. Diesmal drang er auf ein Nachkriegsdarlehen von 10 Milliarden Dollar an die Sowjetunion.

Die Arbeit eines sowjetischen Spions

Man erinnere sich daran, daß in ihrer Aussage vor dem Unterausschuß des Senats für Innere Sicherheit der selbsteingestandene kommunistische Kurier Elizabeth Bentley anklagte, daß White der Insider war, der den Plan für den Minister Morgenthau ausarbeitete und »auf unsere Anweisung hart vorantrieb«.

Auch Edgar J. Hoover vom FBI klagte an, daß White ein aktiver Agent der sowjetischen Spionage war. Und trotz der Tatsache, daß er fünf Berichte an das Weiße Haus gesandt hatte, in denen er den Präsidenten vor Whites Tätigkeiten warnte, hievte Truman diesen auf einen Posten bei den Vereinten Nationen. Als die erschütternde Geschichte über Whites Dienstleistungen als sowjetischer Agent erstmals in einer Rede des Generalstaatsanwalts Herbert Brownell in Chicago enthüllt wurde, rief dies einen ziemlichen Wirbel öffentlicher Anklagen und Gegenanklagen durch den zu diesem Zeitpunkt schon im Ruhestand befindlichen Harry Truman hervor.

Die Konzentration kommunistischer Sympathisanten im Finanzministerium ist jetzt eine Angelegenheit öffentlicher Archive. White wurde schließlich Staatssekretär. Mit ihm zusammen arbeiten Frank Coe, Harold Glasser, Irving Kaplan und Victor Perlo, die alle in beeidigten Zeugenaussagen als Teilnehmer an der bolschewistischen Verschwörung identifiziert wurden. Als sie von Ermittlern des US-Kongresses befragt wurden, beriefen sie sich beharrlich auf den fünften Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung.

Willkürliche Macht über das Schicksal von Nationen

Niemals zuvor in der amerikanischen Geschichte hatte eine nicht gewählte Bürokratie von gesichtslosen Beamten aus dem »vierten Stock« eine derart willkürliche Macht über die Zukunft von Nationen ausgeübt wie Harry Dexter White und seine Mitarbeiter im Finanzministerium unter Henry Morgenthau jun. Was sie mit ihrer merkwürdigen Verdrehung amerikanischer Ideale zu erreichen versuchten und wie nahe sie dem völligen Erfolg waren, wird in den Morgenthau-Tagebüchern demonstriert, die ich die Ehre hatte zu untersuchen und die 1967 vom Subcommittee of the Committee on the Judiciary (Unterausschuß des Ausschusses für das Justizwesen) des Senats der Vereinigten Staaten veröffentlicht wurden. □

Professor Anthony Kubek hat den vorstehenden Beitrag als Vortrag auf der neunten Konferenz der Revisionisten in Kalifornien gehalten. Der Vortrag wurde zum ersten Mal in englischer Sprache in der Zeitschrift des Instituts for Historical Review »The Journal of Historical Review« veröffentlicht.

David Irving

Haftbefehl in Österreich – Blumen in der DDR

Karl Philipp

Obwohl das österreichische Innenministerium die Votragsreise durch neun Städte schon im Junli 1989 genehmigte, erging im Verlauf der Redetournee im November 1989 geben den in der Welt am meisten gelesenen englischen Historiker, David Irving, Haftbefehl. Irvings und der Organisatoren Rechtsanwalt erhielten vom Innenminister zunächst die Bewilligung, daß der berühmte Zeitgeschichtler der Welt in Österreich seine neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse, wonach es weder in Auschwitz, Birkenau noch Majdanek Gaskammern zur Tötung von Menschen gab, der Öffentlichkeit vorstellen dürfe. Diese ursprüngliche erteilte Zusage von höchster Stelle wurde noch während Irvings Rundreise in einen Haftbefehl verkehrt. Nach Irvings Ansicht konnten die österreichischen Behörden dem wachsenden Druck der jüdischen Gemeinde Wien nicht mehr standhalten und gaben sich schließlich dafür hin, ihn wider die guten Sitten eines zivilisierten Staates mit einem Haftbefehl durch das Land zu hetzen. Der Geschichtswissenschaftler sah sich genötigt, seine Vorträge ab Salzburg in jeweils grenznahen Orten der Bundesrepublik abzuhalten.

Die merkwürdige Haltung der österreichischen Behörden wurde durch Dr. Felix Ermacora vom Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien in einem Brief vom 6. November 1989 an einen um die Freiheit der Forschung bangenden Mitbürger mit folgenden Worten bestätigt: »Im Grunde genommen teile ich Ihre Meinung. Es zeigt sich jedoch aus der Gerichts- und Verwaltungspraxis immer wieder, daß die österreichischen Behörden soweit wie möglich eine Darstellung der Ereignisse vor 50 Jahren in einem ganz bestimmten Sinne wünschen. Dazu dient der Artikel 10, Absatz 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die europäische Kommission hat in einer jüngsten Rechtssprechung der österreichischen Auffassung Rechnung getragen und Begrenzungen der Meinungsfreiheit unter Berufung auf das Demokratieinteresse geteilt.«



Der britische Historiker David Irving besuchte Dresden und entschuldigte sich für den britischen Holocaust.

Zum Auftakt seiner weltweiten Vortragsreisen für 1990 erhielt David Irving eine Einladung von Kulturdirektor Matschke der Stadt Dresden um anläßlich des 45. Jahrestages der Zerstörung eine Rede im Rahmen der Trauerfeierlichkeiten zu halten. In einem Telegramm an den Historiker empfand es die Stadt als Ehre und Verpflichtung zugleich, ihm, dem verdienten Zeitgeschichtler den großen Saal des Kulturpalastes für seinen Vortrag am 13. Februar zur Verfügung zu stellen.

Ehre und Verpflichtung zugleich

Bereits am Morgen des 13. Februar bat das DDR-Fernsehen um ein Vorabinterview und Journalisten meldeten sich zahlreich zu der für vierzehn Uhr anberaumten Pressekonferenz an. Der Konferenzraum konnte nur schwer alle Zeitungs- und Radiojournalisten fassen, als Irving seine Recherchen zu seinem Buch »Die Zerstörung Dresdens« erläuterte und sich anschließend den Fragen der Journalisten stellte.

Die Alliierten waren »christliche Krieger«

Überall in der Stadt klebten Plakate mit Irvings Portrait und dem Hinweis auf seinen Vortrag im Kulturpalast. Vor dreißig Jahren wurde Irving schon einmal von den Stadtoberen zu einem Vortrag eingeladen. Dies geschah anläßlich des Erscheinens seines Buches. Sich an Österreich erinnernd, sah Irving seinem Vortrag am Abend mit gemischten Gefühlen entgegen: »In Österreich würde man mich mit Sicherheit verhaften, wenn ich sagen würde, die Engländer und die Amerikaner hätten 1945 Dresden bombardiert. Denn wie wir wissen, wünscht man sich dort die Ereignisse vor 50 Jahren in einem ganz bestimmten Licht. Und in diesem Licht dürfen die Alliierten nur als ›christliche Krieger‹ erscheinen und nicht als Zerstörer und Mörder«, kommentierte Irving seine Erfahrungen mit der österreichischen Justiz aus schmerzhafter Erinnerung.
Während kurz vor 17 Uhr noch Ströme von Dresdner Bürgern in den großen Saal des Kulturpalastes drängten, bot sich dem Historiker ein selten großer »Bahnhof«. Irving wurde von Kulturdirektor Matschke, seinem Mitarbeiterstab sowie von Stadthonoratioren mit Blumen unter dem gleißenden und blitzenden Scheinwerferlicht der zahlreichen Kameras von Zeitungs- und Fernsehjournalisten herzlich willkommen geheißen. Irving bedankte sich und erinnerte witzelnd an seinen Besuch vor dreißig Jahren: »Die Herzlichkeit der Dresdner hat sich ebensowenig verändert wie die Schwierigkeit, einen englischen Tee zu bekommen.«

Irvings Vortrag wurde durch die Ballade von Gerd Honsik »Der Untergang von Dresden« vom Dichter selbst eingeleitet. Spätestens mit der Strophe: »Ringsum das Tagewerk grauenhafter Wut: verschmorte Kinder an verkohlten Brüsten,verrenkt – ein Meer von Gliedern, Schultern, Hüften –, gegart, gesotten in verkochtem Blut...« traten den bis auf die oberen Ränge niedergelassenen Zuhörern die Tränen in die Augen.

Aufdeckung des Menschheitsverbrechen

Als der Historiker auf die von unzähligen Scheinwerfern hell beleuchtete Bühne und vor das Mikrofon trat, erhoben sich alle Anwesenden und empfingen ihn mit stehendem Applaus. Irving ließ die Menge wissen, daß die Zerstörung Dresdens Schuld an seiner Historikerkarriere war. Noch als er in Westdeutschland vor mehr als 30 Jahren als Stahlkocher arbeitete, wußte er ebenso wenig wie die meisten seiner Landsleute von der sinnlosen und brutalen Zerstörung der Kulturstadt an der Elbe. Ein Kollege informierte ihn seinerzeit darüber.

Bei seinen zunächst einfachen Nachforschungen bestätigten sich die Aussagen seines Kollegen und der Entschluß zur Aufdeckung dieses »Menschheitsverbrechen« – wie er es nannte – war gefaßt. Drei Jahre intensivster Recherchen in Archiven sowie umfangreichste Befragungen von Zeitzeugen folgten, bis sein Erstlingswerk in Druck ging.

Auf ihn aufmerksam wurde ein englischer Verlag, als er in Zeitungsannoncen Mitglieder von gegen Dresden eingesetzte Bomberbesatzungen zwecks Befragungen suchte. Der Verlag sichtete die von Irving bis dahin zusammengetragenen Dokumente und Beweise und bot ihm sofort einen Vertrag an. »Winston Churchill feierte, nachdem er Hunderttausende von Frauen, Kindern, Kriegsversehrten und Tiere ›gebraten‹ hatte. Ich freue mich über den ›Bombenerfolg‹ meines

David Irving

Haftbefehl in Österreich – Blumen in der DDR

Buches und seiner jedes Jahr wiederkehrenden Neuauflagen aus anderen Gründen. Die Menschheit muß es wissen, welch abscheulichem Verbrechen die schönste aller deutschen Städte zum Opfer fiel«, erläuterte Irving den Antrieb seiner Schaffenskraft.

Im Zuge seiner dreißigjährigen Forschungsarbeiten in den bekanntesten Archiven der Welt, trug der Brite tonnenweise Dokumente zusammen, die in Gestalt von Befehlen, Plänen, Reden und Memoranden beweisen, daß Winston Churchill schon in den frühen dreißiger Jahren die Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung vorbereitete.

»Im Gegensatz zu Churchill wollte Hitler niemals den Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung«, konfrontierte Irving die verdutzte Zuhörerschaft. »Es war Winston Churchill, der mit der Bombardierung deutscher Städte den Luftkrieg begann, nachdem er am 3. September 1939 der Reichsregierung den Krieg erklärte«, wußte der Historiker durch seine Dokumentenfunde zu belegen. »Hitler bombardierte weder Rotterdam noch Paris.«

Daß sich die Russen nie am Luftkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung beteiligten, wollte Irving der sowjetischen Weitsicht zugeordnet wissen. Die Sowjets dächten in Generationen und nicht in Jahren. Das, so Irving, sei wahrscheinlich der Grund gewesen, daß man sich an diesen Verbrechen gegen das deutsche Volk nicht beteiligte. Es würde sonst jeden politischen Neubeginn erschwert haben.

Das größte Bomberaufgebot der Geschichte

Irving rekonstruierte für seine mehr als 1000 Zuhörer den Hergang des Angriffs auf Dresden.



Nach den Bombenangriffen kamen amerikanische Tiefflieger und schossen auf die Überlebenden.

Der gigantischste Bombereinsatz der Weltgeschichte sollte bereits im Januar 1945 erfolgen. Churchill wußte jedoch von den gewaltigen Flüchtlingsströmen. Insbesondere von der Flüchtlingswelle aus Breslau, die sich in Richtung Dresden fortbewegte. Von seinen Generälen kamen Vorschläge, deutsche Hydrierwerke zu zerstören, um der deutschen Wehrmacht den Treibstoff zu entziehen. Derartige Vorschläge brachten Churchill zum Rasen.

Irving hielt ein Dokument der Zeitgeschichte hoch und zitierte Teile des Inhalts. Worte von Churchill: »Ich möchte keine Vorschläge hören, wie wir die Kriegswirtschaft sowie die Kriegsmaschinerie außer Gefecht setzen können. Ich möchte Vorschläge haben, wie wir die deutschen Flüchtlinge bei ihrem Entkommen aus Breslau braten können.«

Der geeigneteste Weg zu diesem Ziel schien Churchill, die Hunderttausende Frauen, Kinder, Verletze, Alte, Kriegsversehrte und Tiere, in Dresden ohne Fluchtwege und verteidigungslos eingeschlossen zu wissen. zwischen den Mauern der Stadt konnte es im Gegensatz zum freien Feld kein Entkommen geben.

Als die Zahl der in Dresden angelangten Flüchtlinge die Zahl 600.000 überschritten und damit mehr als 1.200.000 Menschen zusammengepfercht in Elbflorenz auf die Beendigung des für die Alliierten zu diesem Zeitpunkt längst gewonnenen Kriegs hofften, zog in der Nacht vom 13. auf 14. Februar 1945 das Unheil am fernen Horizont auf. Das Alliierte Oberkommando stellte zu diesem Zeitpunkt fest, daß es in Dresden weder Flakabwehr noch Nachtjäger gab und daß alle Krankenhäuser, Standort- sowie Hilfslazarette überfüllt waren.
Das größte Bomberaufgebot der Menschheitsgeschichte, die Flotte der Vereinten Nationen, erhielt von Churchill am 13. Februar 1945 unter dem Decknamen »Clarion« den Mordbefehl. Die Hinrichtung Dresdens war damit besiegelt. Der englische Luftmarschall Arthur Harris (Bomber Harris) setzte für diesen Holocaust an der deutschen Zivilbevölkerung 9000 amerikanische und britische viermotorige Bomber, einmotorige Jäger und Jagdbomber ein. Dresden hatte noch nicht einmal Schutzbunker gehabt.
Erster Nachtangriff: 13. Februar 1945, 21.30 Uhr. Dreißig Minuten lang prasselte es Feuer und Stahl vom Himmel. 460.000 Stabbrandbomben und Phosphorkanister, 3000 der größten Luftminen und Sprengbomben suchten mörderisch ihr unschuldiges Ziel. Dresden brannte nach diesem Schlag. Häuserzellen taumelten wie von Erdstößen ge-

schüttelt. Menschen, Tiere und Gebäude verglühten in dieser Hölle wie Zunder.

Maschinengewehr-Feuer auf Flüchtlinge

Zweiter Nachtangriff: 14. Februar 1945, 0.30 Uhr. Die Schächte öffneten sich 35 Minuten lang für 280.000 Brandbomben und Phosphorkanister, 11.000 Sprengbomben und Luftminen. Der erste Schlag dürfte etwa 100.000 Menschen das Leben gekostet haben. Die erneut über dem sternenklaren Nachthimmel von Dresden heraufgezogene Mordgewalt stürzte wiederum senkrecht auf das in Panik und ohne Ziel in den Feuerschluchten umherirrende, rasende, sterbende Meer von unrettbarem Leben.

Ein Höllenorkan von mehr als 1000 Grad brauste durch die Straßenschluchten und raubte den Todgeweihten ganzer Bezirke die Atemluft. Verwandelte alles Lebendige in feinen Staub und ließ die Gemäuer der Ruinen glühen wie ein Hochofen das flammende Eisen. Die Feuerwehr, die sich dem Phosphororkan entgegenwarf, fiel bis auf einen Mann. Blondes Kinderhaar wurde zu schwarzem Staub, vor dem Hintergrund brennender Häuser, Bäume und Asphalt.

Zum Marsfeld, gellten die Schreie von Abertausenden in ihrer Verzweiflung. Mittlerweile war der Zoo getroffen und Löwen reihten sich hilflos ein als panisches Geleit. Die erhoffte Rettung im Marsfeld war ein Trugschluß. Kampfflugzeuge stürzten sich hernieder auf jene, die zu entkommen versuchten. Maschinengewehrgarben aus den Bordgeschützen bereiteten den Flüchtlingen ein jähes und blutiges Ende.

Ob es sich um kleine Kinder oder um greise Mütter handelte, ihre Körper barsten unter den Geschossen der Tiefflieger. Diejenigen, die in den Kellern Zuflucht suchten, zerfielen zu Asche in der Phosphorglut. Dann raste die Feuerbrunst über den Kreissaal des Krankenhauses hinweg. Die Entbindungsstation war überfüllt mit schwangeren Frauen. Vielfach regte sich unschuldiges, neues Leben und ward doch noch verdammt zum Tode. Vereinzelt gebährten Frauen Kinder in der Flammenhölle, hasteten hinaus mit ihrer zarten Unschuld frischen Lebens. Dort gierte klirrender Frost und sengender Orkan nach beider Leben.

Kriegsversehrte, Verwundete quollen aus den Fenstern hinein in den brodelnden Asphalt. Der Schloßteich versprach, in auswegloser Not, kühle Rettung vor der tobenden Feuersbrunst.



Ein amerikanischer Bomberverband klinkt seine Bomben über Dresden aus. Und das sind die Opfer (unten).

Doch Phosphorbrände sind nicht zu löschen. Die unteren wurden zerquetscht, zerdrückt. Sie ertranken, während die Schichten darüber im Sturm der Funken erstickten. Über der gesamten Stadt brüllte der Brand. Auf über 24 Quadratkilometer erstreckte sich der Höllenschlund dieser Mordnacht.

Das ist schlimmste Propaganda

Dritter Angriff: 14. Februar 1945, 11.15 Uhr. 1200 amerikanische viermotorige Bomber belegten die Vororte von Dresden mit Brand- und Sprengbomben. Eine halbe Stunde lang suchten 180 amerikanische Tiefflieger für ihre automatischen Bordwaffen Fraß am Elbufer und in den Trümmern der Straßenschluchten. Auf alles was sich regte gingen Garben von Maschinengewehrsalven nieder. Ja, die Ernte war reichlich.

Irving: »Am 13. und 14. Februar 1945 wurde eine der schönsten deutschen Städte durch britische und amerikanische Terrorbombenangriffe vernichtet. Wahrscheinlich fanden an die 500.000 Menschen den Tod. In jener Nacht wurden in Dresden mehr Menschen getötet, als im Zuge der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki. Über 12.000 Gebäude wurden dem Erdboden gleich gemacht. Opferzahl und Zerstörung übertrafen bei weitem alles, was sonst Städte im Zweiten Weltkrieg erlitten.«

Und Schlesiens großer Dichter Gerhart Hauptmann schrieb: »Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens.«

Der Historiker setzte sich nun mit den von verschiedenen Seiten wiedergegebenen Zahlen der Mordopfer auseinander, da die offiziellen Medien meistens von 35.000 Toten sprechen. »Das ist schlimmste Propaganda«, empörte sich Irving. »Wenn während des Bombenangriffs auf Hamburg im Juli 1943 55.000 Menschen den Tod fanden, dann können es in Dresden unmöglich weniger gewesen sein. Dabei muß berücksichtigt werden, daß Hamburg eine funktionierende Luftverteidigung besaß und die Bombenlast noch nicht einmal ein Drittel dessen betrug, was über Dresden niederging. Alleine daran erkennen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es sich dabei wieder um einen Propagandaschwindel handelt. Die alliierten Verbrechen durften gemäß offiziellen Richtlinien niemals größer sein als jene, welche man den Deutschen anzulasten gedachte. Das ist der einzige Grund«, kommentierte der Historiker die Nachkriegszahlen-Akrobatik.

Irving konnte 135.000 Tote nachweisen. Allerdings liegen 480.000 amtlich erfaßte Bombenopfer vor. Darunter 37.000 Kinder und Säuglinge, 46.000 schulpflichtige Kinder, 55.000 Kriegsversehrte, Kranke, Ärzte und Schwestern, Rotkreuzhelferinnen und Pflegepersonal, 12.000 Rettungsmannschaften, Feuerwehr, Sanitäter, Luftschutzhelfer und Luftschutzpolizei. Es scheint auch völlig absurd in Anbetracht der zum Zeitpunkt des Angriffs mit 1.200.000 Menschen vollgestopften Stadt und bei mehr als 700.000 von 9000 Kampfflugzeugen abgeworfenen Bomben von 35.000 Toten zu sprechen. Vielmehr kamen auf zwei Einwohner eine Bombe.

Dresden mahnt! Nie wieder!

Irving: »Warum gedenkt man denn der Bombardierung? Andere Städte hatten mehr als 35.000 Opfer zu beklagen. Diese Zahlen sind eine Beleidigung für die Überlebenden dieses Holocaustes an der Dresdner Bevölkerung und an den vielen Flüchtlingen.«

Irving hielt ein Flugblatt der CDU zum Jahrestag der Bombardierung hoch und verlas den Text: Dresden mahnt! Nie wieder: Faschismus, Rassismus, Stalinismus, Machtmißbrauch. »Das schlägt doch dem Faß den Boden aus«, entrüstete sich Irving. »Die Mörder von Dresden waren bekanntlich Antifaschisten, Antirassisten, Antistalinisten und Demokraten. Hier gehen die vermeintlichen Demokraten der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft wieder nach dem beliebten und bewährten Motto vor: das Opfer ist immer schuld.«

David Irving

Haftbefehl in Österreich – Blumen in der DDR

Der Brite konnte abschließend nur schwer begreifen, wie es die Nachkriegsdeutschen fertig brachten, Churchill auch noch den Karlspreis zu verleihen: »Churchill war ein Verbrecher. Er hat diesen Massenmord nicht nur kaltblütig geplant, sondern er hat ihn hinterher auch noch ausschweifend mit Alkohol gefeiert. Er befahl seinen Bomberverbänden nach der Vernichtung Dresdens Chemnitz anzugreifen, um die der Hölle entronnenen, jene, die es schafften, nach Chemnitz zu entkommen, ebenfalls zu braten. Diesem Kriegsverbrecher wurde in der Bundesrepublik der Karlspreis verliehen. Ein unglaublicher Vorgang. Und Bomber-Harris wurde in der Westminster-Abtei durch ein wappengeschmücktes Namensschild ein ewiger Ehrenplatz in der Kirche der englischen Könige eingerichtet. Dieses Privileg ist nur wenigen Rittern des Großkreuzes des Bath-Ordens vorbehalten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Überlebende und Nachkömmlinge von Überlebenden des Holocaustes von Dresden. Der Holocaust an den Deutschen in Dresden war echt. Der an den Juden in den Gaskammern von Auschwitz ist frei erfunden. Ich schäme mich, ein Engländer zu sein.«

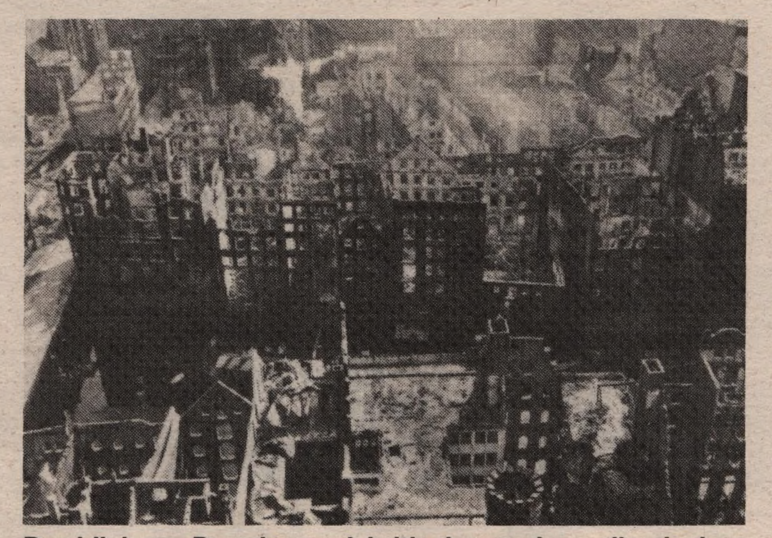
Mit diesen Worten schloß Irving seinen Vortrag. Die anschließende Podiumsdiskussion, an der auch das DDR-Fernsehen teilnahm, fand in einer anderen Räumlichkeit statt. Was die Menschen von Irving in erster Linie wissen wollten, war, wie konnte er sagen, der Holocaust an den Juden in den Gaskammern von Auschwitz sei frei erfunden.

Irving hielt einige Dokumente hoch und verwieß darauf, daß diese Papiere der englischen Abteilung für psychologische Kriegsführung entstammten. »Diese Unterlagen beweisen eindeutig«, so Irving, »daß die Gaskammerpropaganda den brillanten Köpfen des britischen Kriegspropagandaministeriums entstammt.«

Der Historiker zitierte in diesem Zusammenhang den Leiter der Abteilung, Cavendish Bentinck, der die Regierung warnte, die eigene Gaskammerpropaganda mit der Autorität der Regierung seiner Majestät zu versehen. Bentinck, so Irving, befürchtete, daß sich die englische Krone dafür später einmal ebenso peinlich zu entschuldigen hätte, wie sie es seinerzeit im Zusammenhang mit der Propaganda von den durch deutsche Landser angeblich abgehackten belgischen Kinderhände im Ersten Weltkrieg tun mußte.



David Irving (links) wird vom Kulturdirektor der Stadt Dresden und der Vorsitzenden des Magistrats begrüßt.



Das blieb von Dresden nach britischen und amerikanischen Luftangriffen übrig.

Irving verwies auf das Leuchter-Gutachten

Irving verwies darauf, daß sich seine Erkenntnisse auf das von dem französischen Professor Faurisson und dem Kanadier Ernst Zündel in Auftrag gegebene und von dem amerikanischen Ingenieur für Gaskammern zur Tötung von Menschen, Fred Leuchter, erstellten Gutachtens stützten. Leuchter untersuchte Gemäuerproben der in Auschwitz, Birkenau und Majdanek als Gaskammern bezeichneten Gebäude und fand dort keine Zyanidrückstände, während in den Proben der von allen Holocaust-Historikern als offizielle Kleidungsentlausungskammer eingestufte Räumlichkeit 1050 Gramm pro Kilo nachzuweisen waren. In den von den Behörden als Gaskammern ausgewiesenen Gebäude hätten allerdings bis zu einer Million mal mehr Rückstände vorhanden sein müssen, als in der Kleidungsentlausungskammer.

Für Irving beweist diese Sachlage, daß es die Gaskammern zur Tötung von Menschen in Auschwitz, Birkenau und Majdanek niemals gab.

Ein Diskussionsteilnehmer wollte wissen, wie er denn die Zeugenaussagen in dieser Frage bewerte, welche ja von der Existenz der Gaskammern Zeugnis ablegten.

Irving bezeichnete diese Zeugen als Fall für die Psychiatrie. Er zitierte eine Zeugenaussage, die ihm von der zentralen Verfolgungsstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg zur Verfügung gestellt wurde. Dieser von Irving zitierte Zeuge wollte gesehen haben, wie ein SS-Mann mit Gasmaske auf der Leiter bis zum Dach der Gaskammer emporstieg und den Inhalt der Büchse Zyklon B in die Einwurfsluke schüttete. Nach etwa zehn Minuten gräßlichen Geschreis sei alles verstummt und ein Lagerkommando – ohne Gasmaske geschützt – transportierte nach Angaben dieses Zeugen die mehr als 1000 Leichen heraus. Der Zeuge versicherte unter Eid, daß der blaue Nebel noch über den Leichen schwebte, als das Lagerkommando die Leichen hinausschaffte.

Größtes Propagandamärchen unseres Jahrhunderts

Irving: »In der Tat ist dieser Zeuge ein Fall für die Psychiatrie. Wo noch vor einer Minuten die Menschen an dem bläulichen Nebel starben, machte sich das Lagerkommando daran – umgeben von diesem tödlichen, bläulichen Nebel – die Leichen hinauszuschaffen. War das Lagerkommando immun gegen Zyklon-B? Des weiteren wissen wir heute, daß die sogenannten Einwurfsluken erst später, also nach 1945 angebracht wurden, um die Gebäude den Zeugenaussagen anzupassen. Sehr schlampige Arbeit übrigens. Und von Zeugen dieses Formats gibt es Hunderte, versichert der Ludwigsburger Staatsanwalt voller Stolz. Tatsächlich wäre das Lagerkommando in diesem geschilderten Fall sofort selbst getötet worden,

wäre es in die angebliche Gaskammer zum Abtransport der angeblich durch Giftgas getöteten Menschen gegangen.«

Der Geschichtswissenschaftler fügte noch hinzu, daß es in einem, wie dem soeben geschilderten Fall, keines Gases bedurft hätte. Die mehr als 1000 Menschen wären auf der 80 Quadratmeter Grundfläche, in die sie angeblich gepfercht wurden, alleine an Sauerstoffmangel in wenigen Minuten gestorben.

Irving: »Bedenken Sie, daß auch die dünnen Holztüren mit Glasscheiben der angeblichen Gaskammern nur nach innen zu öffnen waren. Wie sollte das möglich sein, nachdem ein Leichenknäuel von mehr als 1000 Körpern die Türen versperrte? Ein weiters Phänomen ist die Tatsache, daß die Luftaufnahmen der Alliierten aus dem Jahr 1944 keinerlei Rauchentwicklung über dem Standort der angeblichen Krematorien zeigen, obwohl zu diesem Zeitpunkt nach gängiger Geschichtsschreibung täglich zwischen 10000 und 20000 Kremierungen stattfanden.

Abgesehen davon verschafft ein Anruf beim nächsten Krematorium Klarheit. Es ist technisch nämlich unmöglich, soviel Leichen in so wenig Krematorien wie in Auschwitz zu kremieren. Weiterhin löst sich das Zyankaligas von den Kristallen erst bei 27 Grad Celsius. Diese Temperaturen waren in Auschwitz, zumindest im Winter nicht gegeben. Im Klartext bedeutet das, daß bei weniger als 27 Grad Wärme das Gas niemals zur Entfaltung gekommen wäre.

Ich habe einigen Parlamentariern des britischen Unterhauses angeboten, diesen Test mit meiner Person in Auschwitz durchzuführen. Aber die Herrschaften meldeten sich seit dieser Zeit nicht mehr bei mir. Ich habe auch gefordert, daß das Leuchter-Gutachten von offiziellen Stellen nachvollzogen wird. Seit zwei Jahren ohne Erfolg. Meine Damen und Herren, bei den Gaskammern von Auschwitz handelt es sich um das größte Propagandamärchen des zwanzigsten Jahrhunderts.«

Eine Dame wollte wissen, ob denn überhaupt niemand in Auschwitz umgebracht wurde.

Irving: »Die Sowjets haben am 21. September 1989 die Totenbücher von Auschwitz veröffentlicht. In diesen Totenbüchern wurden alle Sterbefälle während des Lagerbestehens minutiös aufgezeichnet. Insgesamt waren es 74.000. Ich weiß nicht, wieviel von diesen 74.000 umgebracht wurden. Ich weiß nur, in Gaskammern kamen diese Menschen nicht ums Leben. Es ist ja auch bekannt, daß in den Lagern schlimme Seuchen wüteten. Der jüdische Professor Arno Mayer schreibt in seinem jüngsten Buch, daß mehr als die Hälfte aller Lagerinsassen eines natürlichen Todes starb. Er schreibt auch, daß es keinen Ausrottungsplan gegenüber den Juden seitens Hitlers gab. Deshalb können seriöse Historiker nicht von einem Holocaust in Auschwitz sprechen.

Auch Bonn wird bevormundet

Auschwitz war mit Sicherheit kein Sanatorium. Es war ein Arbeitslager und die Verhältnisse dort waren wahrscheinlich nicht gut. Ich bin sicher, daß auch Verbrechen an Lagerinsassen verübt wurden. So wie beispielsweise Verbrechen an den deutschen und japanischen Insassen in den amerikanischen und kanadischen Konzentrationslagern begangen wurden. Diese Menschen hatte nichts anderes verbrochen, als Deutsche oder Japaner zu einer Zeit zu sein, indem das Land, indem sie ansässig waren, mit dem Land ihrer Väter Krieg führte. Aber wie gesagt, Auschwitz war kein Vernichtungslager.«

Ein anderer Diskussionsteilnehmer aus Dresden meldete sich zu Wort und gestand, daß er sich mit diesen, für ihn neuen, geschichtlichen Aspekten geradezu überrollt fühle. Er sagte wörtlich: »Herr Irving, ich höre diese sensationellen Ausführungen zum ersten Mal. Und ich bin schokkiert. Aber ich glaube Ihnen. Wir wurden von den Offiziellen in der DDR seit 45 Jahren in allen Bereichen so schamlos belogen, daß ich mir über den Wahrheitsgehalt Ihrer Erkenntnisse keine Gedanken mache. Und übrigens ist auch die Bundesrepublik von den seinerzeitigen Kriegsgewinnlern ebenso besetzt und bevormundet wie es die DDR ist. Warum sollten die Sieger im Westen ehrlicher gewesen sein? Wiedergutmachung leistet man ja schließlich nur, wenn man sich schuldig fühlt. Ja, Herr Irving, Sie haben, glaube ich, recht. Das paßt alles zusammen.«

David Irving wurde im Anschluß an die Podiumsdiskussion noch zusätzlich vom DDR-Fernsehen zur deutschen Wiedervereinigung befragt. Auf die Frage, wie er sich ein vereinigtes Deutschland vorstelle, antwortete er: »Neutral und stark, damit es sich selbst verteidigen kann.«
Auf die Frage, in welchen Grenzen er dieses starke, neutrale Deutschland sehe, antwortete er: »In fünf Jahren sehe ich dieses Deutschland weitestgehend in den früheren Reichsgrenzen. Die von Polen besetzten Gebiete sind fast ausnahmslos dünn besiedelt, so daß ein Anschluß keine großen Probleme mit sich bringen wird.«

»Aber kann dieser Prozeß friedlich verlaufen?« wollte die Dame vom Fernsehen wissen. Irving: »Natürlich friedlich.«
Aber freiwillig würden die Polen diese Ländereien nicht herausgeben, forschte die Reporterin weiter. Irving: »Die Transaktion wird nach der Formel ›Mark gegen Hektar‹ abgewickelt werden.«

Im Anschluß an das Fernsehinterview wurde David Irving wiederum von Kulturdirektor Matschke, seinen Mitarbeitern und von den Honoratioren der Stadt mit Blumen verabschiedet. Die Stadtoffiziellen verliehen ihrer Hoffnung Ausdruck, David Irving recht bald wieder in Dresden begrüßen zu dürfen. Der Historiker spendete seine Gage, sowie die Einnahmen aus seinem Bücherverkauf als symbolische Wiedergutmachung Englands an Deutschland zum Wiederaufbau alter Kulturstätten in Dresden. □



Die Vergeßlichen und Unwissenden vergessen oder verdrängen den entsetzlichen Holocaust an den Deutschen in Dresden.

Presse

»Junge Freiheit«

Alfred König

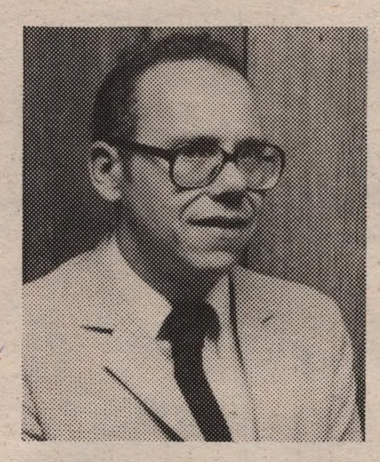
Im fünften Jahrgang erscheint eine Zeitung namens »Junge Freiheit«, die vom »Förderverein zur Wiedervereinigung Deutschlands Unitas Germanica e.V.« herausgegeben wird. Im Untertitel bezeichnet sich die »Junge Freiheit« selbst als »Deutsche Zeitung für Politik und Kultur«. Liest man jedoch die Februar-Ausgabe, muß sich einem zwangsläufig der Eindruck aufdrängen, eine Zeitung vor sich zu haben, die unter dem nationalen Deckmantel die Interessen von CDU und CSU vertritt – und die sind nun einmal nicht konform mit denen Deutschlands.

Was als erstes beim Lesen dieser Zeitung auffällt, daß sie den Republikanern nahesteht, gleichzeitig aber auf deutliche Distanz zu deren Vorsitzenden, Franz Schönhuber, geht. So hat sich dieser dann auch in einem Leserbrief jegliche weitere Zusendung der Zeitung verboten, da sie angeblich falsche Informationen über sein Verhalten während der ersten Tage der mitteldeutschen Revolution verbreitet hat.

Sympathie für Georg Gysi

In einem weiteren Leserbrief beschwert sich ein Herr, daß der pensionierte Konteradmiral der Bundesmarine und frühere hohe Geheimdienstler Günter Poser, der maßgeblich am ersten Programm der Republikaner mitgearbeitet hat, als »senil und weltfremd« bezeichnet wurde. Jeder der Poser persönlich kennt, weiß, daß er dies gerade nicht ist, sondern ganz im Gegenteil aufgrund seines Wissens ein für die nationale Seite sehr wichtiger Mann ist.

Besonders schlimm ist in dieser Februar-Ausgabe der »Jungen Freiheit« aber die Seite 3. Achtzig Prozent dieser Seite werden von einem Interview mit dem CDU-Abgeordneten und deutschland-politischen Sprecher seiner Fraktion, Eduard Lintner, eingenommen. Zwar sagt dieser »wir brauchen keine Zustimmung zur Wiedervereinigung«, spricht sich aber gegen eine Neutralisierung (Teil)-Deutschlands und indirekt für



Fred A. Leuchter, ein amerikanischer Experte für Gaskammern, sorgt mit seinem Gutachten über Auschwitz für internationale Aufmerksamkeit.

eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze aus.

Die restlichen 20 Prozent dieser Seite werden von einem, wie sich unschwer herauslesen läßt, nicht ohne Sympathien verfaßten Porträt des derzeitigen SED-Vorsitzenden Gregor Gysi eingenommen, der als »Manager der Wende« bezeichnet wird. Ausführlich wird darauf eingegangen, warum Gysi trotz angeblich bereits seit einiger Zeit bestehender Zweifel am »real existierenden Sozialismus« dennoch eine Zeit lang am System festhielt, gleichzeitig aber bereits aktiv für oppositionelle Gruppen, wie das »Neue Forum« (sofern es sich beim »Neuen Forum« wirklich um eine Oppositionsgruppe und nicht um eine von der SED gelenkte Organisation handelt; der Verfasser) einsetzte.

Das Spiel mit Namen

Der »erste Hammer« erscheint dann auf Seite 4. Als erste von fünf Meldungen steht dort zu lesen »Von Thadden pro Schönhuber«. Danach will der ehemalige NPD-Vorsitzende den derzeitigen Republikaner-Vorsitzenden bereits seit 1981 kennen, sich aber nicht bei den Republikanern beteiligen, da man das »als Knüppel gegen Schönhuber« verwenden würde. Den Republikanern räumt von Thadden doppelt so hohe Chancen ein, wie sie die NPD in den sechziger Jahren hatte.

Hiermit wird also einem Mann Platz eingeräumt, der, wie sich aus einer persönlich ausgefüllten Akte aus dem Berliner Zentralarchiv ergibt, nach dem Krieg für den russischen Geheimdienst GPU gearbeitet hat – zwar hieß dieser schon seit einigen Jahren NKWD, wurde aber von der überwiegenden Zahl der Deutschen immer noch GPU genannt –. Das ist der gleiche von Thadden, der Informationen zufolge an Entführungen wahrhaft national eingestellter Deutscher nach Ost-Berlin beteiligt gewesen sein soll.

CODE ist im Besitz eines Schreibens eines ehemaligen führenden Mitglieds der NDP, nämlich Herrn Thielen, an den NPD-Vorsitzenden Mußgnug vom 13. Dezember 1973. Hierin steht: »Sicherlich kennen Sie das rechtskräftige Urteil des Oberlandesgerichts Celle vom 15. 11. 1972, aus dem in vernichtender Weise der Unwert von Thaddens als Politiker hervorgeht.

Ein Hammer nach dem anderen

Zudem sind Sie von dem Mitglied Ihrer Partei, Herrn Töpperwien, Göttingen, über den Inhalt meines Schreibens vom 4. Mai 1973 an letzteren unterrichtet, in dem der Wortlaut der Feststellungen des Oberlandesgerichts Celle in seinem Urteil wiederholt wird.

1. Im Gefolge des von Thadden wurden laufend Personen entdeckt, die kriminell sind und denen man Beziehungen zu Geheimdiensten nachsagt.

2. Von Thadden mißbrauchte und täuschte Delegierte, mißachtete die Satzungen und setzt sich über Recht und Rechtsprechung höhnend hinweg.

3. Von Thadden duldet in seiner Umgebung nur Personen seines Schlages, nämlich solche, die das Recht mit Füßen treten, das Vertrauen der Mitglieder mißbrauchen, im Zwielicht und Betrug ihr Geschäft suchen, Eid und Ehrenwort als Bagatelle ansehen, gewagte Schulden machen und ihre Gläubiger betrügen.

4. Von Thadden spiegelt das Wesen des politischen Hasardeurs und Vabanquespielers wider, und er sei der Totengräber nationaler Parteien.

Mein Schreiben an Herrn Töpperwien nahm von Thadden zum Anlaß, gegen mich eine Straffestsetzung durch das Gericht zu beantragen. Diese Antrag wurde kostenpflichtig und rechtskräftig zurückgewiesen. Darüber hinaus hatte von Thadden gegen folgende Behauptungen in meinem seinerzeitigen Rundbrief sich nicht gewehrt.

1. Wörtliche Wiedergaben von Äußerungen der Mitglieder des Präsidiums und des Bundesvorstandes der NPD sowie die Mitgliederliste waren dem Geheimdienst der Bundesrepublik und anderer Nationen im Osten bekannt geworden. Ich habe im Präsidium von Thadden und Heß erklärt, nur sie kämen als Informanten in Betracht, da sie in beiden Gremien säßen und allein Zugang zu den internen Geschäftsvorgängen (Mitgliederlisten) hätten. Diese Feststellung wurde von beiden widerspruchslos hingenommen.

2. Über Gehälter, Aufwandsentschädigungen, nicht beschlossene Entnahmen und Rednergelder verschaffte er sich monatlich ein Einkommen von etwa DM 5.000,-. Der Sachverständige stellte den geringen Aussagewert der Buchführung fest und räumte

Im September 1944 bombardierten britische Bomber das KZ Auschwitz. Das Bild wurde aus einem Bomber über dem KZ aufgenommen.



Presse:

»Junge Freiheit«

die Möglichkeit weiterer Unkorrektheiten ein.

3. Ich sagte ihm deshalb in Gegenwart von Zeugen: ›Sie sind der widerlichste Lump, der mir in meinem Leben begegnet ist. Ihre niederträchtige Gesinnungslosigkeit war für mich eine harte Zumutung. Sie haben mich getäuscht und belogen und ihre Stellung als Bundesgeschäftsführer und Ihre Tätigkeit als Schriftleiter der DN mißbraucht, um die Mitglieder zu täuschen.‹ Er, der angeblich nationale Politiker und Nachfahre eines deutschen Adelsgeschlechts nahm dies hin.«

Die Antwort auf den Leuchter-Bericht

Und einem derartigen Mann wird von der »Jungen Freiheit« Platz eingeräumt. Und aus der Zehn-Zeilen-Meldung geht nicht hervor, daß man sich seitens der Zeitung von von Thadden distanziert, wie dies etwa mit dem Wort »Bezeichnenderweise« hätte gemacht werden können.

Der »zweite und größte Hammer« folgt dann auf Seite 7. Auf dieser Seite veröffentlicht der als Initiator des »Historikerstreits« in die Analen eingegangene Professor Ernst Nolte von der Freien Universität Berlin »Die Antwort auf den ›Leuchter-Report‹«. In der Einleitung zu dem entlarvenden Bericht heißt es wie folgt:

»Im Frühjahr 1988 fand in Toronto ein Strafprozeß gegen den Deutsch-Kanadier Ernst Zündel statt; er war angeklagt, Zweifel an der Ermordung von sechs Millionen Juden während der NS-Zeit verbreitet zu haben. In dem Prozeß spielte der ›Leuchter-Report‹ über die KZ's Auschwitz, Birkenau und Majdanek eine Rolle. Leuchter, ein in Boston ansässiger, auf das Entwerfen und Herstellen von Exekutions-Gaskammern in US-Gefängnissen spezialisierter Ingenieur, kommt in einem chemisch-thermodynamischen Gutachten zu dem Schluß, daß es in diesen KZ's ›keine Exekutions-Gaskammern‹ gegeben habe. Eine ernsthafte und vor allem seriöse Auseinandersetzung mit diesem Gutachten hat bislang nicht stattgefunden.

Heute sind die Spuren angeblich verschwunden

Der JF-Redaktion liegt eine ›kritische Stellungnahme‹ des Instituts für Zeitgeschichte (München) vor, worin das Leuchter-Gutachten als eine ›pseudowissenschaftliche, ziemlich plump gemachte NS-apologetische Propagandaschrift‹ tituliert wird, der Untersuchungen des gerichtsmedizinischen Instituts der Universität Krakau aus dem Jahre 1945 gegenüberstünden, die auch an Gebäuderesten in Auschwitz sowie an Opfern deutliche Spuren von Zyklon-B nachgewiesen hätten. Die damals an den Ruinen festgestellten Spuren wären heute verschwunden, da sie ›seit mehr als vierzig Jahren Wind und Wetter ausgesetzt‹ gewesen seien.«

In seinem Eröffnungsabsatz kommt Nolte zu dem Schluß: »Der Stellungnahme des Instituts für Zeitgeschichte ist in der Sache kaum etwas hinzuzufügen ... Der Leuchter-Bericht vermag mithin nicht zu überzeugen.«

Zwar kritisiert auch Nolte, daß es besser gewesen wäre, damals eine internationale Sachverständigenkommission einzusetzen, so wie es die Deutschen bei den Morden von Katyn taten, und sich nicht nur auf das Sachverständigengutachten der Universität Krakau zu beschränken sowie »unabweisbare Fragen, so diejenige nach der Glaubwürdigkeit einzelner Zeugen, insbesondere der kriegsgefangenen SS-Offiziere, nach den Widersprüchen bei den Zahlenangaben und auch nach der technischen Ausführbarkeit« zu beantworten, doch ändert dies nichts an Noltes Meinung, Leuchter habe unrecht.

Er begründet dies vor allem damit, daß es »auch für den naturwissenschaftlichen Laien nach dem ersten Schock einleuchtend (wird), daß in Räumen, die seit mehr als vierzig Jahren Wind und Wetter ausgesetzt sind, zwingende Beweise hinsichtlich der Nicht-Existenz bestimmter Vorgänge nicht mehr gewonnen werden können, es sei denn, der Nachweis gelänge, eine durch äußere Einflüsse unzerstörbare Blaufärbung habe sich analog zu dem Zustand der sog. Entwesungsräume ergeben müssen. Eben diesen Nachweis führt Leuchter nicht ...«

Dann schreibt Nolte weiter: »Doch alle diese Fragen betreffen entweder die Deutung oder dasjenige, was man die ›Hülle‹ nennen könnte. Dem ›Kern‹ gegenüber ist kein Zweifel möglich: dem keineswegs bloß auf ›natürliche‹ Ursachen wie Typhus und anderen Seuchen zurückzuführenden Untergang von vielen Hunderttausenden von Juden (aber auch von zahlreichen Slawen, Zigeunern und Geisteskranken) im deutschen Machtbereich während der Kriegsjahre. Man mag die Glaubwürdigkeit der Aussagen von Höß, Wisliceny und selbst Eichmann mit der Begründung in Frage stellen, daß sie nicht unter rechtsstaatlichen Bedingungen zustandegekommen sind, aber die Berichte der Einsatzgruppen stehen außerhalb jeden Zweifels, selbst wenn die einzelnen Zahlenangaben übertrieben sein sollten ...«

Über die britischen Bombenangriffe schweigt man

Nolte endet mit den Worten: »Wer aus ganz Europa Millionen von Menschen zusammenholte, um sie in typhusverseuchten Ghettos einzupferchen, muß von Vernichtungsabsichten erfüllt gewesen sein. Aber nach meiner Auffassung spricht die höchste Wahrscheinlichkeit dafür, daß nicht ein besserer Leuchter-Bericht in die Welt tritt, sondern, daß in Gestalt von noch konziseren Gutachten gerade das Gegenteil geschehen wird.«

Dazu sind einige Klarstellungen notwendig: So wurden keinesfalls »Millionen Menschen zusammengeholt, um sie in typhusverseuchten Ghettos einzupferchen«. Vielmehr wird auch von ehemaligen KZ-Gefangenen sehr oft selber darauf hingewiesen, daß die sanitären Verhältnisse in der Regel in Ordnung waren. Typhus-Epidemien entstanden beispielsweise im KL Bergen-Belsen, nachdem britische Bomber die Zufahrtswege zerbombt und das Lager von der Außenwelt und der Versorgung lebenswichtiger Güter abgeschnitten hatten sowie Gefangene einen Aufstand probten und die sanitären Anlagen zerstörten.

Leuchter hat sich mit Verwitterung beschäftigt

Jeder auf dem Gebiet der Gase bewandte Chemiker hätte Herrn Nolte erklären können, daß die Gase bei einer derart massiven Konzentration. wie sie in den Exekutions-Gaskammern hätte gegeben sein müssen, tief in den Stein eindringen. Durch »Wind und Wetter« werden aber nur die obersten Schichten der im Stein enthaltenen Gas-Konzentrationen in vielleicht Millimeter-Stärke abgetragen, die tiefer im Stein gelegenen bleiben dagegen erhalten und lassen sich auch noch nach 45 Jahren – ein angesichts modernster Meßinstrumente ohnehin winzig kleiner Zeitraum – messen und hochrechnen.

Und Leuchter geht sehr wohl darauf ein. So heißt es in den Punkten 14.000 und 14.001: »Wie schon erwähnt, wurden gezielt gerichtlich verwertbare Proben von Backsteinen, Mörtel, Beton und Ablagerungen von Stätten in Polen genommen. Zyanide und Zyanidverbindungen können an einem gewissen Standort lange Zeit verbleiben, und wenn sie nicht mit anderen Chemikalien in Reaktion treten, können sie in Backsteinen und Mörtel herumwandern.

Aus den angeblichen Gaskammern der Krematorien I, II, III, IV und V in Auschwitz wurden 31 gezielte Proben entnommen.

Ein Kontrollmuster wurde aus der Entlausungsanlage Nr. 1 in Birkenau entnommen. Dieses Kontrollmuster wurde aus einer Entlausungsanlage entnommen, von der bekannt war, daß dort Zyanid verwendet worden ist, was auch durch das Vorhandensein von Blaufärbung offenbar wurde.

Die chemische Untersuchung des Kontrollmusters Nr. 32 zeigte einen Zyanidgehalt von 1.050 mg/kg, eine sehr starke Konzentration (während die der anderen Proben zwischen 0 und 7,9 mg/kg lagen; der Verfasser).

Die Beschaffenheit der Standorte, aus denen diese Proben entnommen wurde, ist die gleiche wie im Standort, aus dem das Kontrollmuster stammt: kalt, dunkel und feucht. Nur bei den Krema IV und V war es anders, da diese Lokalitäten dem Sonnenlicht ausgesetzt waren (die Gebäude waren abgerissen) und das Sonnenlicht die Zersetzung von ungebundenem Zyanid beschleunigt haben dürfte. Zyanid verbindet sich in Mörtel und in Backsteinen mit Eisen und wird zu eisenhaltigem Zyanid oder preußisch-blauem Pigment, einer sehr stabilen Eisen-Zyanid-Verbindung.«

Was Professor Nolte verschweigt

Leuchter weist also selber auf die Vergleichbarkeit der Proben hin. außerdem wäre es doch vermessen zu glauben, daß er, der selbst von den amerikanischen Behörden – dem Department of Correction and Human Resources des Staates Missouri – als »engineer spezializing in gas chambers and executions« und als »well versed in all areas and is the only consultant in the United States that I know of« bezeichnet wird und von daher einen Ruf zu verlieren hat, einen so kläglichen Fehler begehen würde. Und das Institut für Zeitgeschichte ist doch für seine Einseitigkeit bekannt.

Daneben geht Nolte in seinem »Gegengutachten« in keinster Weise auf die vielen anderen Punkte von Leuchter ein, daß beispielsweise »Drainagen angelegt waren, die es ermöglicht hätten, daß Gas jedes Gebäude im Lager erreicht hätte«, »keine zufriedenstellende Einbringungsmöglichkeit für Zyklon B vorgesehen war«.

Ebenfalls kein Wort zu Leuchters Aussage, daß die vorhandenen Krematorien überhaupt nicht in der Lage gewesen seien, derart viele Leichen, wie immer berichtet, zu verbrennen. So bezifferte Leuchter die Zahl der hypothetisch möglichen Vergasungstoten auf 123.976, die der hypothetisch möglichen Kremierungen auf 242.176 und die der real möglichen Kremierungen auf 106.512! Also deutlich weniger als die immer wieder genannten vier Millionen.

Und die in der Einleitung zu Noltes »Antwort« gemachte Feststellung, daß die Universität Krakau an Gebäuderesten von Auschwitz deutliche Spuren von Zyklon B nachgewiesen habe, stellt auch keinen Widerspruch zu dem Bericht Fred A. Leuchters dar, da dieser selbst zu eben diesem Ergebnis kommt (1.050 mg/kg) – unbestritten ist aber selbst in der heutigen (Umerziehungs-)Geschichtsschreibung, daß es in Auschwitz keine Exekutions-Gaskammern, sondern reine Entlausungsgaskammern gab. Die Menschenvergasungen sollen vielmehr in Birkenau stattgefunden haben.

Welchen Interessen dient man

Und eine Zeitung, wie die »Junge Freiheit«, die ein derart oberflächliches Gegengutachten abdruckt, ohne jedoch das Leuchter-Gutachten in all seinen Ergebnissen konkret darzustellen und die Leser, die in ihrer überwiegenden Zahl den genauen Wortlaut des Leuchter-Berichts wohl nicht kennen, damit zwangsläufig zu einem für den Amerikaner ungünstigen Ergebnis kommen zu lassen, muß sich die Frage gefallen lassen, welche Interessen sie wirklich vertritt: deutsche jedenfalls nicht.
Denn die Tendenz ist klar: Professor Ernst Nolte gilt wegen des von ihm ausgelösten Historikerstreits als »Rechter«. Selbst als »Nazi« wurde er von einigen beschimpft. Für viele ist er eine Art Symbolfigur dafür, daß die »Einzigartigkeit« der damaligen Geschehnisse nunmehr auf den Boden der Tatsachen, daß es eben lediglich ein kleiner Teil der Geschichte war, »heruntergespielt« werden soll.

Wenn also ein derartiger Mann so offen, wie Nolte dies tut, Front gegen den Leuchter-Bericht macht, (gegen den selbst nach genau zwei Jahren, Leuchter stellte seinen Bericht am 5. April 1988 fertig, noch kein in der selben Ausführlichkeit erstelltes Gegengutachten vorliegt), »dann muß das ja wirklich, wie das Institut für Zeitgeschichte es sagt, eine ›pseudowissenschaftliche, ziemlich plump gemachte NS-apologetische Propagandaschrift‹ sein«. Und hierzu hat die »Junge Freiheit« nicht unwesentlich beigetragen. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.
Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11 **ISSN 0932-3473**

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 25. April 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie Ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Historiker Streit

Antwort auf den »Leuchter-Report«

Ernst Nolte

Die Monatszeitschrift »Junge Freiheit« veröffentlichte in der Februar-Ausgabe 1990 unter dieser Überschrift einen Beitrag von Professor Dr. Ernst Nolte von der Freien Universität in Berlin. Wir drucken diesen Artikel wortgetreu nach, um den Lesern die Möglichkeit zu geben, die Antworten unserer Mitarbeiter David Irving und Fred A. Leuchter besser interpretieren zu können.

Die Zeitung leitete den Beitrag von Professor Nolte mit folgendem redaktionellem Vorspann ein: Im Frühjahr 1988 fand in Toronto ein Strafprozeß gegen den Deutsch-Kanadier Ernst Zündel statt; er war angeklagt, Zweifel an der Ermordung von sechs Millionen Juden während der NS-Zeit verbreitet zu haben. In dem Prozeß spielte der »Leuchter-Report« über die KZ's in Auschwitz, Birkenau und Majdanek eine Rolle. Leuchter, ein in Boston ansässiger, auf das Entwerfen und Herstellen von Exekutions-Gaskammern in US-Gefängnissen spezialisierter Ingenieur, kommt in seinem chemischthermodynamischen Gutachten zu dem Schluß, daß es in diesen KZ's »keine Exekutions-Gaskammern« gegeben habe. Eine ernsthafte und vor allem seriöse Auseinandersetzung mit diesem Gutachten hat bislang nicht stattgefunden. Der JF-Redaktion liegt eine »Kritische Stellungnahme« des Instituts für Zeitgeschichte (München) vor, worin das Leuchter-Gutachten als eine »pseudowissenschaftliche, ziemlich plump gemachte NS-apologetische Propagandaschrift« qualifiziert wird, der Untersuchungen des gerichtsmedizinischen Instituts der Universität Krakau aus dem Jahre 1945 gegenüberstünden, die noch an Gebäuderesten in Auschwitz sowie an Opfern deutliche Spuren von Zyklon-B nachgewiesen hätten. Die damals an den Ruinen festgestellten Spuren wären heute verschwunden, da sie »seit mehr als vierzig Jahren Wind und Wetter ausgesetzt gewesen« seien. Hierzu und zu offenen Fragen der Holocaust-Forschung äußerte sich exklusiv in der JUNGEN FREIHEIT der Berliner Historiker Prof. Dr. Ernst Nolte:

Der Stellungnahme des Instituts für Zeitgeschichte ist in der Sache kaum etwas hinzuzufügen. Neben dem dort erwähnten Gutachten von J.-C. Pressac gibt es inzwischen noch weitere gewichtige Äußerungen, und auch für den naturwissenschaftlichen Laien wird es nach dem ersten Schock einleuchtend, daß in Räumen, die seit mehr als vierzig Jahren Wind und Wetter ausgesetzt sind, zwingende Beweise hinsichtlich der Nicht-Existenz bestimmter Vorgänge nicht mehr gewonnen werden können, es sei denn, der Nachweis gelänge, eine durch äußere Einflüsse unzerstörbare Blaufärbung habe sich analog zu dem Zustand der sog. Entwesungsräume ergeben müssen. Eben diesen Nachweis führt Leuchter nicht, und der Vergleich, den er mit Hinrichtungen in amerikanischen Gaskammern vornimmt, ist zwar für einen Ingenieur naheliegend und keineswegs illegitim, aber er schlägt angesichts der ganz andersartigen Umstände nicht durch. Der Leuchter-Bericht vermag mithin nicht zu überzeugen.

Gleichwohl sollte er ein Anstoß zum Nachdenken sein. Als im Frühjahr 1943 die Massengräber der 4500 polnischen Offiziere bei Katyn von deutschen Truppen entdeckt wurden, ließ die deutsche Regierung eine internationale Ärztekommission und zahlreiche ausländische Journalisten zum Tatort kommen, und es blieb kaum ein Zweifel zurück, daß die Sowjets die Schuld trugen. (Ob der Befehl von Stalin selbst herrührte oder von der Zentrale der Geheimpolizei oder von lokalen Machthabern, konnte natürlich nicht gestellt werden.) Gleichwohl leugnete die Sowjetuntion das Verbrechen strikt ab und legte es während der Nürnberger Prozesse sogar »den Faschisten« zur Last. Sie hätte mit größerer Zuversicht so handeln können, wenn die Untersuchungen lediglich im Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Berlin gemacht worden wären. Im Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte wird darauf hingewiesen, daß Untersuchungen über Gasspuren an Überresten der Opfer 1945 vom Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Krakau durchgeführt wurden. Eine internationale, großenteils aus Neutralen bestehende Kommission von Ärzten und Naturwissenschaftlern hätte jeden Zweifel im Keim ersticken können. Daher ist um die Feststellung nicht herumzukommen, daß die sowjetischen und polnischen Behörden bei der »Spurensicherung« nicht die notwendige Sorgfalt haben walten lassen. Insofern sind die Zweifel, die heute von »revisionistischer« Seite vorgebracht werden, nur eine Entsprechung zu jenem hartnäckigen Leugnen hinsichtlich Katyns, und sie sollten deshalb nicht ausschließlich und einseitig negativ beurteilt werden.

Sie können vielmehr die Einsicht stärken, die unter Sachkennern kaum bestritten ist, nämlich die Einsicht, daß es noch viele »offene Fragen der Holocaust-Forschung« gibt. So ist es ja ein auffallender Tatbestand, daß alle großen Darstellungen der »Endlösung« von Reitlinger und Hilberg bis zu Adam und Dawidowicz im Grunde Schilderungen der nationalsozialistischen Judenpolitik oder der europaweiten Deportationen sind, aber daß sie das Endstadium in Auschwitz bzw. Treblinka, Belczek usw. nicht mehr zum Gegenstand ausdrücklicher Untersuchung machen. Gerade hier jedoch ergeben sich unabweisbare Frage, so diejenige nach der Glaubwürdigkeit einzelner Zeugen, insbesondere der kriegsgefangenen SS-Offiziere, nach den Widersprüchen bei den Zahlenangaben und auch nach der technischen Ausführbarkeit. Das im Gutachten erwähnte Buch von J.-C. Pressac ist meines Wissens das erste, das einen Teil dieser Fragen im Detail angeht. In Deutschland wird ihm hoffentlich bald ein anderes, im Manuskript bereits fertiggestelltes Buch folgen, das charakteristischerweise von einem »Amateurhistoriker« geschrieben ist. Ob diese Bücher ohne die Herausforderung durch den Revisionismus zustandegekommen wären ist fraglich.

Wenn der Revisionismus und mit ihm Leuchter für die Öffentlichkeit klar gemacht hätten, daß auch »Auschwitz« ein Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen und Kontroversen sein muß, müßte man ihnen ein Verdienst aussprechen, auch dann, wenn sich letzten Endes herausstellen sollte, daß die Opferzahlen noch größer und die Vorgänge noch schrecklicher waren, als man bisher angenommen hat.

Aber es muß auch eine Vielfalt von Interpretationen geben. Zwischen »Intentionalisten« und »Funktionalisten« sind nicht die Tatbestände strittig, wohl aber deren Motivierung. Glücklicherweise gilt diese Kontroverse bisher als wissenschaftlich legitim, so daß sie von moralischen Verdammungsurteilen frei geblieben ist, obwohl die funktionalistische These zu der Konsequenz führt, daß die »Judenvernichtung« lediglich ein Nebenereignis des Zweiten Weltkriegs war. Aber ebenso strittig dürfen und sollten die Fragen sein, ob der Vernichtungsprozeß eher aus dem überlieferten Antisemitismus oder aus der neuen Erfahrung des Antibolschewismus resultierte und ob es sich um einen »nationalen« oder um einen »internationalen« Vorgang handelte.

Doch alle diese Fragen betreffen entweder die Deutung oder dasjenige, was man die »Hülle« nennen könnte. Dem »Kern« gegenüber ist kein Zweifel möglich: dem keineswegs bloß auf »natürliche« Ursachen wie Typhus und andere Seuchen zurückzuführenden Untergang von vielen Hunderttausenden von Juden (aber auch von zahlreichen Slawen, Zigeunern und Geisteskranken) im deutschen Machtbereich während der Kriegsjahre. Man mag die Glaubwürdigkeit der Aussagen von Höß, Wisliceny und selbst Eichmann mit der Begründung in Frage stellen, daß sie nicht unter rechtsstaatlichen Bedingungen zustandegekommen sind, aber die Berichte der Einsatzgruppen stehen außerhalb jedes Zweifels, selbst wenn die einzelnen Zahlenangaben übertrieben sein sollten.

Ich würde die funktionalistische Auffassung sehr ernst nehmen, wenn die Juden in Hitlers Äußerungen vor dem Kriege und während des Krieges ebenso nur eine Nebenrolle gespielt hätten, wie es angeblich mit ihrer Vernichtung der Fall war. Aber Hitlers Denken und die nationalsozialistische Ideologie als solche verlangten mit der gleichen Konsequenz die Eliminierung des »Weltfeindes«, wie die bolschewistische Ideologie die Liquidierung des »Klassenfeindes« forderte. Keines der beiden Postulate war von vornherein und notwendigerweise mit »physischer Vernichtung« identisch. Aber beide trieben sich nur allzuleicht dahin fort, sofern Bedingungen besonderer Art und insbesondere Anzeichen von Widerstand gegeben waren. Die »Revisionisten« haben nach meiner Auffassung nicht von vorneherein unrecht, wenn sie auf die Klärung zahlreicher Einzelfragen dringen – eine Klärung, die im Endergebnis ihren Erwartungen sehr wenig entsprechen mag. Aber sie haben in meinen Augen schlechterdings unrecht, wenn sie die nationalsozialistische Ideologie als »bloße Rhetorik« abzutun versuchen. Ich persönlich würde – um mich der revisionistischen Terminologie zu bedienen – sogar dann ein «exterminationistischer Intentionalist« bleiben, wenn mir ein sehr viel besser begründeter »Leuchter-Bericht« vorgelegt würde. Wer aus ganz Europa Millionen von Menschen zusammenholte, um sie in typhusverseuchte Ghettos einzupferchen, muß von Vernichtungsabsichten erfüllt gewesen sein. Aber nach meiner Auffassung spricht die höchste Wahrscheinlichkeit dafür, daß nicht ein besserer Leuchter-Bericht in die Welt tritt, sondern daß in Gestalt von noch konziseren Gegengutachten gerade das Gegenteil geschehen wird. □

Historiker-Streit

Wahrheit macht frei!

David Irving

Genauso, wie David Irvings Hitler-Biographie »Hitlers Krieg« – nunmehr einbändig unter dem Titel »Führer und Reichskanzler«, Langen-Müller, erschienen – der auslösende Punkte für den sogenannten Historikerstreit wurde – denn vorher hatte sich die deutsche Historikerschaft mit allgemeinen Feststellungen bequemt, und sich herzlich wenig um den tatsächlichen Stand der Urkunden – so hat seit Juni letzten Jahres das von ihm in englischer Sprache eingeleitete und herausgegebene Prozeßgutachten »The Leuchter Report« endlich die längst fällige wissenschaftliche Kontroverse unter Historikern des Dritten Reiches über Auschwitz und das Vorhandensein überhaupt der berüchtigten Gaskammern ausgelöst. Bislang hatte diese Kontroverse nur rechts außen geschwelt.

Mit der aufwendigen Lieferung von Laborergebnissen und Beweisen über das Nichtvorhandensein von nennenswerten Zyankaliresten in den angeblichen »Gaskammer-Trümmern«, im Gegensatz zu der noch vorhandenen, bekanntlich mit Zyklon-B betriebenen Kleider-Entseuchungskammer, hat der Leuchter-Bericht ein Fragezeichen über den ganzen Mythos von Auschwitz gesetzt.

Ein neutraler, unbestechlicher Diplomingenieur

Die wissenschaftliche Methodik ist unanfechtbar. Leuchter, ein neutraler, politisch unvoreingenommener, unbestechlicher Diplomingenieur, ist US-Fachmann für Hinrichtungsverfahren. Wenn man heute dem Leichentuch von Turin kein Glauben mehr schenken kann, umso weniger den »tödlichen Gaskammern« von Auschwitz.

Ich gebe zu, das Leuchter-Gutachten weist Lücken auf, die man allerdings bei Herausgabe eines geschichtlichen Prozeßdokuments nicht beseitigen konnte; bei diesen handelte es sich jedoch um periphere Wertungen und statistische Berechnungen des Ingenieurs Leuchter; diese tun aber an den wissenschaftlichen Laborergebnissen keinen Abbruch, in denen festgestellt wurde, daß im Februar 1989 in den »Gaskammer«-Trümmern keine nennenswerten Zyankaliverbindungen festgestellt wurden. Dagegen in einer Musterprobe aus der Kleiderentseuchungskammer eine Zyankalimenge von 1050 Milligramm pro Kilo. Das sind wissenschaftliche, exakte, in einem unabhängigen, kommerziellen US-Labor festgestellte Tatsachen.

Nun kommt das Münchner Institut für Zeitgeschichte mit einem – in wessen Auftrag? – hergestellten Gegengutachten. Dieses kenne ich zwar nicht, denn das Institut hat wohlweislich mir davon keine Kenntnis gegeben. Zeitungsberichten zufolge, stützt es sich auf ein Gutachten des Gerichtsmedizinischen Instituts der Universität Krakau, sowie auf ein Gutachten des Franzosen J.-C. Pressac; letzterer ist wohl identisch mit dem früheren rechtsradikalen, nunmehr »einseitig« gewordenen Franzosen Jean Claude Pressac, dessen Verleger, die Zionisten Serge und Beate Klarsfeld, dem deutschen Volke wohl überdrüssig bekannt.

Unzulänglichkeiten in der Methodik

Zum merkwürdigen Krakauer Bericht wäre folgendes zu sagen. Ich kenne ihn wohl. Bezeichnenderweise wurde die Existenz dieses, in polnischer Sprache angefertigten Gutachtens erst nach Veröffentlichung des Leuchter-Berichts bekannt. Welch Zufall! Der polnische Bericht wurde mir von befreundeter jüdischer Seite in London im November letzten Jahres zugespielt. Ich habe ihn inzwischen unabhängig übersetzen lassen.

Anders als der Leuchter-Bericht weist meines Erachtens das Krakauer Gutachten wesentliche Unzulänglichkeiten sowohl in der Methodik als auch in den Folgerungen auf – wenn man gutgläubig voraussetzt, daß es sich tatsächlich um ein authentisches, aus dem Jahre 1945 stammendes Dokument handelt. Mir lag nur eine Fotokopie vor.

Hier wäre zu bemerken, daß die deutsche Forschung nicht immer eine glückliche Hand gezeigt hat, ist doch der Hitler-Forscher und Endlösungsfachmann Professor Dr. Eberhard Jäckel, Stuttgart, mühelos auf die gefälschten Hitler-Tagebücher und ähnliche Urkunden hereingefallen. Und er hat sogar das angesehene Münchner Institut für Zeitgeschichte veranlaßt zu einem Preis von DM 50.000 die erst nach dem Krieg zusammengedichteten »Kriegstagebücher« des Hitler-Adjutanten Generalleutnant Gerhard Engel nicht nur zu erwerben, sondern auch, trotz meiner Einwände, zu veröffentlichen.

Das Krakauer Gutachten behandelt einen Zinkrahmen, von welchem ohne Belege behauptet wird, er stamme aus Auschwitz, und eine Haarmenge – nicht »Überreste der Opfer«, die wiederum angeblich aus Auschwitz-Birkenau stammen, und zwar 25,5 Kilo Haar in einem Papierbeutel.

Nun bin ich zwar kein Haarmengenfachmann, denke aber, daß 25,5 Kilo Haar etwa das Volumen eines kleineren Elefanten ausmacht, was sich wiederum schwerlich, auch tot, in einen »Papierbeutel« unterbringen läßt.

Nicht die einzigen Ungereimtheiten

Das ist sowieso unwichtig, denn die – laut Gutachten schwachen, nur am Rande des Feststellbarkeitsvermögens – vorhandenen Zyankalimengen lassen sich weniger abenteuerlich durch die normalen, in Auschwitz wie auch in den sonstigen KZs obwaltenden Entwesungs- beziehungsweise Entlausungsvorkehrungen erklären. Den KZ-Häftlingen wurden gleich bei der Ankunft die Haare geschoren und die Kleidungsstücke abgenommen zwecks Entlausung in der vorher erwähnten, hierfür speziell erbauten Sondereinrichtung. Dies stellt übrigens die einzige, echte Gaskammer in Auschwitz dar, auch heute noch vorhanden, wird jedoch Touristen wohl gemerkt nicht gezeigt, denn die Intelligenteren würden wohl gleich die berechtigte Frage stellen, warum seien hier die blauen Zyankaliflecken noch an den Wänden trotz »Wind und Wetter« vorhanden, aber nicht nicht in den Todesgaskammern?

Warum hier die gasdichten Panzertüren mit Gucklock, wo nur Kleidung mit Zyankali (Zyklon B) entseucht wurde, und nicht dort in den Kammern, wo angeblich Millionen vergast wurden? Warum ist in letzteren, tödlichen Kammern ein Fenster aus normalem Fensterglas in der Tür, das jeder Häftling hätte leicht herausschlagen können?
Das sind nicht die einzigen Ungereimtheiten. In den heutigen Anlagen in Auschwitz-Birkenau lassen sich die Stellen klar nachweisen, wo irgendwelche Behörden in den 46 Jahren seit Aufnahme der erst in den siebziger Jahren bekannt gewordenen alliierten Luftaufklärungsfotos an den Bauten herumgefummelt haben, wohl um die Decken und anderes den Nachkriegsaussagen der gottlob in Hunderttausenden noch vorhandenen Überlebenden dieses »Vernichtungslager« anzupassen.

Wie solche Aussagen zustande kamen, ist ein Kapitel für sich, gehört aber nicht in diese Stellungnahme.

Sogar ein 30jähriger ehemaliger polnischer Mitarbeiter des Auschwitz-Museums hat in einem Leserbrief an die »New York City Tribune« – siehe CODE Nr. 2/1990, Seite 66 – letzten Jahres zugegeben, daß es sich für die Polen um einen notwendigen, devisenbringenden Schwindel handelt. Meine gleichgesinnten Kollegen und ich, wir haben einen Videofilm über alle die Unzulänglichkeiten hergestellt. Endlich soll hier Klarheit geschafft werden. □

Historiker-Streit

Probleme mit Gaskammern

Fred A. Leuchter

Der amerikanische Gaskammer-Experte Fred A. Leuchter hat speziell für CODE einige Ergänzungen zu seinem Gutachten erarbeitet, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten.

Eine Frage wurde aufgeworfen bezüglich der Bedeutung einiger der gerichtlich verwertbaren Proben (Kremas IV und V), die in Auschwitz-Birkenau entnommen und von mir in meinem Bericht (An Engineering Report on the Allege Execution Gas Chambers at Auschwitz, Birkenau und Majdanek, Poland, vom 5. April 1988) analysiert wurden. Zunächst handelt es sich bei dem fraglichen Ferriferrocyanid (Preußisch Blau) um eine äußerst stabile Verbindung. Sie wurde in Hülle und Fülle – 1050 Milligramm pro Kilo – in der Entlausungskammer Nr. 1 in Birkenau gefunden. Spuren der Verbindung wurden in den angeblichen Gaskammern zur Menschentötung in den Kremas I, II, III, IV und V gefunden.

Die Verhältnisse sind die gleichen

Die Frage der Stabilität ist klar und eindeutig dadurch beantwortet worden, daß große Mengen in der Entlausungskammer Nr.1 (Probe Nr. 32) vorhanden waren. Größere – nicht kleinere – Mengen hätte man in Kremas I, II, III, IV und V finden müssen. Sie wurden dort aber nicht gefunden.

Es ist richtig, daß Kremas IV und V seit der Sprengung der Gebäude vor etwa fünfundvierzig Jahren (1945) den Elementen ausgesetzt waren, aber die Daten sind die gleichen wie für Kremas I, II und III, die unversehrt sind. Kremas I, II und III befinden sich im jungfräulichen Zustand und es gibt keine Beweise dafür, daß irgendwelche Wandflächen durch Mensch oder Natur verändert wurden. Die Verhältnisse in Krema I und der Entlausungskammer Nr. 1 sind die gleichen und, obwohl die Gebäude den Kremas II und III beschädigt sind, befinden sich die Kremas II und III im gleichen Zustand wie Krema I und Entlausungskammer Nr. 1.

Die in den Kremas I, II und III entnommenen Proben stimmen in der Natur und Analyse mit denen überein, die in den Kremas IV und V entnommen wurden. Für sich betrachtet wären die in den Kremas IV und V entnommenen Proben nicht bedeutsam, aber im Lichte der Tatsachen, daß die Analysen die gleichen sind wie bei Kremas I, II und III sagt uns eine Menge. Sie unterstützen die Befunde in Kremas I, II und III ebenso wie die der Entlausungskammer Nr. 1.

Wir weisen darauf hin, daß je höher der Eisengehalt des Mauerwerks ist, desto größer ist auch die Cyanidmenge, die sich mit Eisen verbindet und daher der größere Cyanidrückstand (Preußisch Blau). Die geringste Eisenmenge wurde in der Entlausungskammer Nr. 1 gefunden, was die Schlußfolgerung erhärtet, daß Kremas I, II, III und IV wenig oder gar kein Cyanwasserstoffgas (Zyklon B) gesehen haben.

Alle Proben bestätigen das Ergebnis

Die Beunruhigung über die in den Kremas IV und V entnommenen Proben – weil sie den Ele-

gendwelche Wandflächen durch Mensch oder Natur verändert wurden. Die Verhältnisse in Krema I und der Entlausungskammer Nr. 1 sind die gleichen und, obwohl die Gebäude den Kremas II und III beschädigt sind, befinden sich die Kremas II und III im gleichen Zustand wie Krema I und Entlausungskammer Nr. 1.

Alle Proben – Nr. 1 bis Nr. 32 – bestätigen meine Untersuchungsergebnisse, daß Kremas I, II, III, IV und V als Gaskammer zur Tötung einer großen Anzahl oder auch nur kleinen Anzahl von Menschen ungeeignet sind.

Kurz gesagt, die angeblichen Gaskammern in Auschwitz-Birkenau wurden zu keinem Zeitpunkt als Gaskammern benutzt. Ich habe William B. Lindsey, Forschungschemiker für E. I. Du-Pont de Namours & Co (Inc.), der jetzt im Ruhestand lebt, gebeten, einen kurzen Bericht über die physikalischen Eigenschaften von Ferriferro-Verbindungen (Preußisch Blau) zu erstellen.

Giftigkeit von Zyklon B

Aus den medizinischen Daten geht hervor, daß 300 Teile pro Million ohne ärztliche Behandlung schnell zum Tod führen. 100 bis 200 Teile sind tödlich innerhalb einer halben Stunde. Für US-Gaskammern wurde überlegt, daß etwa 1600 Teile erforderlich sein würden, um einen schnellen unabänderlichen Tod zu gewährleisten und eine Dosis in doppelter Stärke würde es möglich machen, daß eine ausreichende Menge von Zyklon B den Hinzurichtenden durch Konvention – da sich kein Luftstromapparat in der Gaskammer befindet – innerhalb einer kurzen Zeit erreicht.

Das durchschnittliche Volumen einer amerikanischen Gaskammer ist etwas weniger als 600 Kubikfuß. Etwa zwei Dutzend Schwefelcyanidbriketts mit einem Durchschnittsgewicht von einer halben Unze werden in verschiedenen Pinten verdünnter – 18 bis 33 Prozent – Schwefelsäure gegeben um die erforderliche Menge HCN-Gas zu erzeugen. Die Kammer wird mit einem relativen – zur Außenumgebung – Unterdruck von zehn psi, der zwei psi HCN-Gas beinhaltet, betrieben. Die Faustregel ist somit annähernd zwei psi HCN-Gas/600 Kubikfuß bei etwa 80 Grad Fahrenheit (26 Grad Celsius). Die normale Zeit bis zum Tod beträgt etwa vier Minuten.

Diese Zahlen schwanken ein wenig je nach Größe der Kammer, die durch die physikalischen Zwänge ihrer Lage bestimmt wird und dadurch, ob es sich um eine Ein-Mann- oder Zwei-Mann-Kammer handelt. Diese Zahlen wurden auf die einfachste Kammer ohne Installation berechnet, wo der Steinguttopf mit der Säure (Gaserzeuger) sich unter einem der Stühle befand.

Die meisten Kammern waren ausgeklügelter mit dem Gaserzeugen unterhalb der Kammer und einem Leistungssytem, um die Säure zum Gaserzeuger und das innerhalb der Kammer abgeworfene Schwefelcyanid über ein Ventil in den Gaserzeuger zu befördern.

Aus technischen Daten, die uns von der Firma Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung) für das Insektenbekämpfungsmittel Zyklon B zur Verfügung gestellt wurden, geht hervor, daß größere Mengen HCN erforderlich sind, um viele Insekten zu töten, die aber vergleichbar sind mit jenen Dosierungen, die in den amerikanischen Gaskammern zur Tötung von Nagetieren verwendet werden. Degesch spezifiziert auch lange Begasungszeiten und noch längere Entlüftungszeiten. Begasungszeiten bis zu 72 Stunden und Entlüftungszeiten von mindestens zehn Stunden je nach Temperatur- und Feuchtigkeitsverhältnisse.

Die Todeszeiten wären Stunden

Man nehme zur Kenntnis, daß ein Toxikologe behaupten wird, daß die Dosis von 3200 Teile (0,32 Prozent) viel höher als notwendig sei; er hat völlig Recht. Aber er zieht dabei nicht das Problem in Erwägung, innerhalb kürzester Frist innerhalb der Kammer eine ausreichende Dosis von mehr als 600 Teile zu dem Hinzurichtenden zu fördern.

In Anbetracht der Tatsache, daß alle amerikanischen Gaskammern auf Konvektion angewie-

sen sind, um das Gas zu verteilen, wie das auch bei allen angeblichen deutschen Nazi-Gaskammern in Polen der Fall war, war eine viel größere Gaskonzentration an der Quelle erforderlich.

Noch größer ist das Problem mit den angeblichen Gaskammern in Polen in Anbetracht der Tatsache, daß sie angeblich mit Hinzurichtenden vollgestopft waren, was eine natürliche Konvektion erheblich behindern würde. Dort waren keine Umlaufventilatoren, und selbst wenn diese vorhanden gewesen wären, dann hätten sie wegen der Blockierung durch die Hinzurichtenden nicht funktioniert. Eine weit höhere Dosis von HCN-Gas wäre erforderlich gewesen, selbst mit Umlaufventilatoren, und eine viel längere Gasverteilungszeit wäre notwendig, um das Gas durch die ganze Kammer hindurch in Umlauf zu bringen.

Die Todeszeiten wären dann in Stunden und nicht in Minuten zu messen gewesen. In Anbetracht der durchlässigen – nicht gasdichten – Kammern, die dort verwendet wurden, der erforderlichen HCN-Dosierungen und der von den großvolumigen Ventilatoren erzeugten Drucke hätten die Bedienungsleute ohne Frage sich selbst und die halbe Umgebung begast. Der Unfall in Bophal, Indien, wäre blaß im Vergleich zu der Zahl der Unfallopfer, die hier zu beklagen gewesen wären. □



Historiker-Streit

Eigenschaften von Preußisch Blau

William B. Lindsey

Der Autor war langjähriger Forschungschemiker in den amerikanischen Werken von E. I. DuPont de Namours & Co (Inc.)

Eisen-Berlinat (Berliner Blau und Preußisch Blau) wurde von Diesbach, einem Färber in Berlin, im Jahr 1704 entdeckt. Seitdem wurde es weiterhin, manchmal ausschließlich als dunkelblaues Pigment und Farbstoff verwendet wegen seiner hervorragenden Stabilität gegen Witterungseinflüsse – Regen und Sonnenschein – und Wäschewaschen. Es wird auch weiterhin als Farben, Tinten und für Wäschebläuen verwendet wegen seiner Stabilität – sogar in fein verteilter Form – in Wasser.

Lichtfest über lange Zeiten

Die tiefe blaue Farbe in »Blaupausen«, in Wasserlösungen entwickelt, ist ebenfalls Eisen-Berlinat, und es ist hier besonders nützlich wegen seiner extremen Unauflösigkeit in Wasser und seiner Lichtfestigkeit über lange Zeiträume hinweg. Wenn es zur Färbung von Geweben oder Papier verwendet wird, dann ist das Substrat, welches sich im Verlauf langer Zeiträume verschlechtert, nicht die Pigmentteilchen.

Erst in den letzten Jahren hat Kupferphtalocyanin-Pigment das Eisen-Berlinat als blauen Auswahlfarbstoff bei teueren Handelsfarben verdrängt. Dies geschah, um eine unterschiedliche Abtönung von Blau zu bekommen und die gleiche Deckkraft mit einem geringeren Pigmentgewicht zu erzielen. »Blaupausen« wurden im Handel ersetzt nicht wegen eines Mangels an Farbenfestigkeit und Dauerhaftigkeit der »Blaupause«, sondern weil schnellere, weniger »unsaubere« – »trockene« – automatische Methoden zur Verfügung standen. Eisen-Berlinat wird jedoch immer noch in einer Vielfalt von Handelsfarben, Tinten und Bläuen verwendet, wo eine lichtfeste, ungiftige Blaufärbung von langer Dauerhaftigkeit gewünscht wird.

Obwohl Eisen-Berlinat schon seit Jahren hergestellt wird, stand seine genaue chemische Struktur bis vor relativ kurzer Zeit in Zweifel. Jahrelang wurde »Berliner Blau« als Ferriferrocyanid und »Thurnbull's blue« als eisenhaltiges Ferricyanid bezeichnet. Als Folge davon, und um Verwechslungen zu vermeiden, verwenden Autoren die Begriffe »Eisen-Berlinat«.

Es besteht nur eine geringe augenscheinliche Ähnlichkeit zwischen Eisen-Berlinat und den meisten anderen gängigen Cyaniden. Es ist ein tiefes Blau, aber die meisten gebräuchlichen Cyanide sind weiß, fehlweiß oder bräunlich. Eisen-Berlinat ist eine der unlöslichsten Substanzen, viele andere Cyanide sind leicht lösbar und hochgiftig für Tiere.

Eisen-Berlinat ist unempfindlich gegen Wasser und kann eingenommen werden, ohne daß das Subjekt als Folge davon Cyanidvergiftung erleidet. Die meisten anderen Cyanide reagieren sogar mit Wasser und geben tödlichen Cyanwasserstoff frei.

Die außergewöhnliche Stabilität von Eisen-Berlinat sowie seiner Farbe wird auf die räumliche Anordnung von sechs Cyanidradikalen und zwei Eisenatomen, das »Berlinat«-Ion, in dem Molekül zurückgeführt. Obwohl es in der anorganischen Chemie noch andere ähnliche molekulare Komplexe gibt, sind sie nirgendwo so gebräuchlich, so billig und so nützlich wie Eisen-Berlinat.

Eine außergewöhnliche Stabilität

Ein Maß für die Unlöslichkeit von Eisen-Berlinat in Wasser bei zwei Grad Celsius wurde von Tananaew und anderen gefunden. Sie bestimmen das Löslichkeitsprodukt von Eisen-Berlinat mit einem Wert von 3,0x10. Dies ergibt eine Löslichkeit von 3,6 Milligramm Eisen-Berlinat in einem Kubikmeter (1000 Liter) Wasser, um eine vollständige Sättigung zu erreichen. Im Vergleich dazu löst ein Liter Wasser bei 18 Grad Celsius fünf Milligramm weißes Zinkcyanid auf, bei zehn Grad Celsius lösen 100 Milliliter Wasser 48 Gramm weißes Schwefelcyanid auf. Bei Raumtemperatur ist Cyanwasserstoff eine klare, wasserähnliche Flüssigkeit. Die beiden Flüssigkeiten sind mischbar wie zum Beispiel Ethanol und Wasser mischbar sind.

Dieser sehr stabile Eisen-Berlinat-Komplex kann durch Reagenzien wie 100 prozentige Schwefelsäure und andere Komplexbilder wie Tartrat (Salz der Weinsäure) und Oxalsäure zersetzt werden.

Es ist die extreme langfristige Stabilität von Eisen-Berlinat gegen Licht, Witterungseinflüsse, Wäschewaschen, die Eisen-Berlinat jahrelang zu einem wertvollen Handelsprodukt gemacht hat. Wenn ihm die Lichtfestigkeit abging, dann würden Farben, Flaggen, Uniformen, die mit ihm gefärbt sind, in der Sonne verblassen.

In der Farbe, vielleicht sein größter Anwendungsbereich, würde dies einen schmutzigfarbenen Pigmentträger auf dem Substrat hinterlassen. Würde es ihm an Stabilität gegenüber Wasser mangeln, dann würden Tinten und Wäschebläuen den Kunden ohne die erforderliche tiefe blaue Farbe, so wie sie gebraucht werden, erreichen. Gewebe – zum Beispiel Uniformen –, die mit Eisen-Berlinat gefärbt sind, würden schon nach ein paarmal waschen wie »stonewashed« Jeans aussehen. □

Syrien

Stürzt das Marionetten-regime der Supermächte

Die von den USA und den Sowjets unterstützte Marionettenregierung in Syrien befindet sich seit dem Sturz des Ceausescu-Regimes in Rumänien in schlechter Verfassung, heißt es in einem Pressebericht aus dem Präsidentenpalast des Premierministers, General Michel Aoun, in Baabda, Libanon.

»Mit dem Sturz des Ceausescu-Regimes ist das Hafez Assad-Regime in Syrien erschüttert worden«, wird kommentiert. »Bis zum heutigen Tag hat Rumänien nämlich 45 Prozent der syrischen Militär- und Industrietechnologie gestellt, in Anwendung der ›Vorzugsvereinbarungen über Zusammenarbeit‹ zwischen den beiden Regimes in den Bereichen der Wirtschaft, der Industrie, des Handels und des Militärwesens. Angesichts dieser Entwicklung ist das Assad-Regime besorgt um seine Infrastruktur in Anbetracht der Tatsache, daß 70 Prozent des Straßen- und Fernmeldenetzes rumänischer Bauart ist, und darüber hinaus ohne Entschädigung von Mannschaften verschiedener rumänischer ›Experten‹ durchgeführt wurden.«

Man weist auch weiter auf die »technischen und menschlichen Austausche auf der Ebene der Methoden und Mittel zur Unterdrückung der Bevölkerung hin«.

Für Syrien wird es auch immer schwieriger seine riesigen Drogenproduktions- und Dealerfirmen zu verbergen, die wie Regierungsbeamte des Weißen Hauses behaupten, gar nicht vorhanden sein sollen. Als Reaktion auf eine Forderung unter dem Freedom of Information Act (Gesetzt für Informationsfreiheit) in den Vereinigten Staaten durch Joseph Boohaker, einem der stellvertretenden Vorsitzenden des Council of Lebanese-American Organizations, antwortete die amerikanische Drogengesetz-Vollstrekkungsbehörde, sie habe so viele Akten über ihre »Operation Minerat« – eine Untersuchung der von Syrien gesteuerten Heroinproduktion im Bekaatal des Libanon –, daß es 108 110,38 Dollar kosten würde, um die gesamten Akten zu kopieren. □

Israel

Sowjetische Juden sollen Westbank besiedeln

Israels Premierminister Jitzhak Shamir, voller Begeisterung über die Aussicht auf eine größere Einwanderung sowjetischer Juden nach Israel, prahlte kürzlich vor seinen Anhängern der Likud-Partei damit, daß das Hineinströmen sowjetischer Juden zu einem »größeren Israel, einem stärkeren Israel, Eretz Yisrael«, führen wird.

Die stillschweigende Folgerung war klar: Die sowjetischen Juden werden das Westufer und den Gazastreifen bevölkern und die dort lebenden Palästinenser vertreiben. Aber nach einem führenden Demographen, Dr. Efrat, wird dies wahrscheinlich nicht der Fall sein – es sei denn die israelische Regierung zwingt die Sowjetjuden dazu in den besetzten Gebieten zu leben.

Auf der Grundlage früherer Praktiken werden sich die sowjetjüdischen Einwanderer, wenn sie die Wahl haben, weitgehend dafür entscheiden in Israels größeren Städten und Wohngegenden zu leben. 1988 wählten 50 Prozent der Sowjetjuden Jerusalem, Tel Aviv oder Haifa als Wohnsitz. Weitere 30 Prozent wählten andere dicht bevölkerte Zentren innerhalb Israels. Nur zwölf Prozent entschlossen sich dazu in die Entwicklungsstädte in Galiläa und die Negevwüste zu gehen, und auch dort suchten sie sich nur die größeren Städte aus. Keiner der sowjetischen Einwanderer traf die Wahl, in den besetzten palästinensischen Gebieten leben zu wollen. Es ist auch kein Zufall, daß fast alle Emigranten vorher in der Sowjetunion in Städten lebten. □

China

Peking verstärkt Unterdrückung der Studenten

Die kommunistische Regierung Chinas hat Sicherheitsstreitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt und die Polizeikräfte in Zivil auf dem Universitätsgelände verstärkt, nachdem bekannt geworden war, daß der rumänische kommunistische Diktator Nicolaie Ceausescu gestürzt worden ist. Aus chinesischen Quellen verlautet, daß die Polizei jede Versammlung von Studenten überwachen und jeder Gruppe, ganz gleich wie klein sie auch sei, die das Universitätsgelände verläßt, nachspüren sollte.

Als am 23. Dezember 1989 berichtet wurde, Ceausescu sei der Gefangennahme entgangen, schlugen Studenten ein regierungsfeindliches Plakat an das schwarze Brett einer Universität an: »Ein Hund wird vermißt. Er heißt Ceausescu. Kleiner Hund, mische Dich nicht unter die anderen drei Hunde: Deng (Xiaoping), Yang (Shangkun) und Li (Peng).«

Um schärfere Kontrollen sicherzustellen, wurde der Urlaub für Polizeibeamte gestrichen und Führern von Arbeitereinheiten eingeschärft, bei irgendwelchen Anzeichen von Reibereien sofort scharf einzugreifen.

Den Tod von Ceausescu feierten die Studenten der Universität von Peking, indem sie Flaschen zerschlugen – eine auf Deng Xiaoping, dessen Namen auf chinisisch wie »kleine Flasche« klingt, gerichtete Stichelei. □

Peru

Garcia wütend über US-Invasion in Panama

Die panamaische Flagge weht neben der Perus oberhalb des Palastes des peruanischen Präsidenten Alan Garcia. Garcia sagte in einem Interview mit der »New York Times«: »Sie wird solange oben bleiben, bis die Yankee-Truppen Panama verlassen.« »Mit welcher Befugnis entführten die Vereinigten Staaten Bürger und stellen sie vor Gericht? Die Invasion war eine illegale Fahndung gegen eine ganze Nation«, meint Garcia.

Er sagte voraus, daß die öffentliche Meinung in Lateinamerika auf den »Zirkus« des Noriega-Prozesses negativ reagieren werde. »So sehr Noriega ein Diktator war, wird man ihn noch mehr als Lateiamerikaner denn als Diktator sehen. Die Menschen werden eine Leidenschaft für ihn entwickeln.«

Was diejenigen betrifft, die derzeit in den Büros des panamaischen Präsidentenpalastes sitzen: »Die Tatsache, daß Endara den Amtseid auf einem US-Militärstützpunkt abgelegt hat, nimmt diesem die ganze Legitimität. Wenn erst einmal der Karneval der Invasion vorüber ist, werden die Proteste beginnen und amerikanische Truppen werden die interne Wirtschaftskrise nicht lösen«, fügte er hinzu.

»Der Einmarsch in Panama hat die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika um 30 Jahre zurückversetzt«, sagte Garcia. »Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß sie Lateinamerika mißachten und mißhandeln können, weil sie mehr an Osteuropa interessiert sind. Lateinamerika ist verwundet, aber seine Führer wollen noch nichts sagen.« □

China

Kultur-revolution kehrt zurück

Der Vizepräsident des kommunistischen China Wang Zhen kündigte einen Angriff gegen chinesische Intellektuelle an, was an Mao Tse Tungs berüchtigte Kulturrevolution erinnert. Er sagte, er werde 4000 Intellektuelle in ein »Reformarbeitslager« in der entfernt gelegene nordwestliche Provinz Xinjiang schicken.

Wang, ein Vertrauter des Genossen Mao, war Kommandeur der produktiven Bauernarmee in Xinjiang, die von der Penkinger-

Regierung schon seit langem als Exilort für politische Häftlinge benutzt wird.

Die Ankündigung rief unter den Intellektuellen in Peking einen Sturm der Entrüstung hervor. Der große Meister der chinesischen Malerei, Li Kou Yen, starb am 5. Dezember 1989 an einem Herzanfall, nach dem er vom Kulturministerium »eingeladen« wurde zu erklären, was er während der Demonstration des letzten Frühjahrs und Sommers getan hat. Etwa 250 Beamte mußten ihre Tätigkeit im Mai und Juni bereits siebenmal in einem von dem kommunistischen Regime eingeführten »Doppelerklärungs«-Programm »klarstellen«. □

Iran
Neues Waffenabkommen mit den USA

Geheimdienstkreise haben den Verdacht, das die Lieferung von weiteren Waffen in den Iran eines der Geprächsthemen zwischen dem amerikanischen Berater für Nationale Sicherheit, Brent Scowroft, dem stellvertretenden US-Außenminister Lawrence Eagleburger und den chinesischen Führern gewesen ist.

Wie berichtet, fand die letzte Runde der amerikanisch-iranischen Verhandlungen Ende November 1989 in Algier statt, und zwar kurz nach Bushs persönlicher Entscheidung, iranische Vermögenswerte in der Größenordnung von 576 Millionen Dollar wieder freizugeben. Die nächsten Schritte sollen amerikanische Entschädigungsleistungen an die von dem Abschuß des iranischen Airbus im Juli 1988 betroffenen Familien, sowie neue Waffenlieferungen sein. Bereits im Dezember gab dann Washington auch offiziell bekannt, daß Entschädigungen an die Familien der nicht-iranischen Familien bald ausgezahlt werden.

Aus Geheimdienstkreisen sind folgende Verhandlungspunkte bekannt geworden: Anfang Dezember besuchte eine große chinesische Militärdelegation Teheran, und die chinesisch-iranische Zusammenarbeit ist im letzten Jahr auf allen Gebieten, darunter auch bei der Kernenergie, verstärkt worden.

Zweitens: Irans Mitteilungen in den vergangenen Monaten, wonach seine Rüstungsindustrie einen neuen Typ von Hubschrauber oder sogar Düsenjäger »Made in Iran« entwickelt hatten, sind, wie berichtet wird, nur eine Tarnung für einen Strom von Waffenlieferungen aus dem Westen.

Drittens: Einige Kunden von Kissinger Associates haben finanzielle Interessen sowohl in China als auch im Iran, wie zum Beispiel die Fluor Corporation, die zusammen mit der deutschen Firma Thyssen in Isfahan den ölpetrochemischen Komplex errichtete. Im November 1989 schloß die iranische Regierung mit Thyssen eine entsprechende Vereinbarung ab, um die Arbeiten fortzusetzen. □

Algerien
Aufschwung der Fundamentalisten

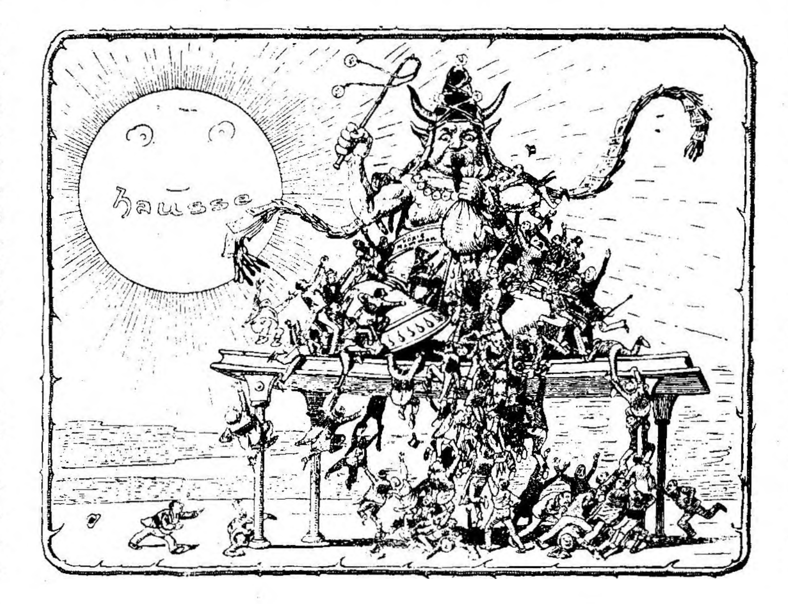
Algerien scheint nach einer Massenversammlung von 10000 islamischen Frauen in der Hauptstadt Algier, die von Scheich Mahfoud Nanah organisiert wurde, reif für einen Aufschwung in den Aktivitäten der islamischen Fundamentalisten zu sein.

Auf der Versammlung drängten die streitbaren Frauen auf eine Beendigung jeder prowestlichen und feministischen Tätigkeit.

Die Massenversammlung zeigte die Stärke der Moslems, die im Laufe des letzten Jahres an Einfluß in Algerien gewonnen haben. Als Folge verlangten einige Mitglieder des Zentralkomitees der regierenden National Liberation Front (NLF), daß islamische Gesetze in Algerien in die Tat umgesetzt und das Lehrfach Französisch aus den Schulen verbannt oder durch Englisch ersetzt wird.

Die Verbreitung des Fundamentalismus in Algerien ist die Folge gemeinsamer Druckausübung durch die Vereinigten und den Internationalen Währungsfonds (IWF) mit dem Ziel, einer »größeren Liberalisierung und Demokratisierung der algerischen Gesellschaft«.

Das gleiche Argument wird in Washington gegen Tunesien angewendet. Während des Staatsbesuchs des tunesischen Präsidenten Ben Ali hat US-Präsident George Bush seine »Überraschung« über Ben Alis Weigerung, den tunesischen Fundamentalisten einen offiziellen Status zu verleihen, zum Ausdruck gebracht. Der Anführer der tunesischen Fundamentalisten, Ghannoushi, arbeitet bekanntlich im Namen des CIA in Afghanistan, wo er als tunesischer Moslem verschiedene Versöhnungsmissionen zwischen den afghanischen Mudjahedin-Gruppen leitete. Während seine politische Unterstützung aus Washington kommt, wird Ghannoushi direkt von den Saudis finanziert.



Im Austausch für die tunesischen Moslems, die in Afghanistan im Namen Washingtons eine Rolle spielen, versprach die Bush-Regierung Einfluß geltend zu machen, um deren öffentliche Anerkennung in Tunesien zu erlangen. Diese wiederholten Forderungen haben jetzt einen ernsthaften diplomatischen Streit zwischen Tunesien, Saudi Arabien und den Vereinigten Staaten ausgelöst. □

China
Vor neuen Protesten der Freiheitskämpfer

Shen Tong, ein Führer der chinesischen demokratischen Bewegung, der im vergangenen Juni aus der Volksrepublik China floh, berichtete auf einer Pressekonferenz in den USA, die Milderung des Kriegsrechts in Peking sei »sehr kosmetisch«, aber die Studenten und Arbeiter planen »jede Gelegenheit auszunutzen, um es auf die Probe zu stellen«.

Es wird in den kommenden Wochen sehr viele symbolische Tage geben, die für das chinesische Volk sehr bedeutsam sind. Diese Tage werden dem chinesischen Volk große Möglichkeiten bieten wieder etwas anzufangen. Shen räumt ein, daß das Massaker die eigentliche Studentenbewegung zerschlagen hat. Die Gewalttätigkeiten hätten aber in der Bevölkerung als Ganzes eine viel größere Abneigung erzeugt und dies schüre den Widerstand durch eine Kombination von Arbeitern, studentischen Intellektuellen und örtlichen Behörden. Die Küstenstädte sind sehr liberal und offen und liegen im Streit mit der Zentralregierung. Sogar in Peking gibt es Parteimitglieder, die die Führung in Frage stellen.

»Alles, was die chinesische Regierung im vergangenen Jahr getan hat, war die Arbeiterführer umzubringen. Aber die Arbeiter haben noch ihre Interessen. In den vergangenen elf Jahren, als studentische Intellektuelle die Führung übernahmen, folgten die Arbeiter nicht. Jetzt haben die Arbeiter mehr Selbstbewußtsein.« □

Briefe

Betr.: Weltkirchenrat »Kirchengelder für SWAPO«; Nr. 3/90

Am 21. März 1990 wird in Windhoek die kommunistische Neger-Republik »Namibia« ausgerufen. Die terroristische SWAPO-Bewegung unter Führung von Comrade Sam Nuyoma wird in Übereinstimmung mit der internationalen Hochfinanz die zukünftigen Geschicke dieses Landes bestimmen.
In diesen Tagen geht eine der größten politischen Schmierenkomödien ihrem Ende zu. Seit den Tagen des Turnhallenschwindels in den Jahren 1975/76 ist die Bevölkerung von Südwest im Namen der Demokratie und der Selbstbestimmung durch alle politischen Strukturen geschleift worden, um sie schließlich reif zu machen für eine Ovambo-Diktatur.
Nirgendwo in Afrika scheint es korruptere und charakterlosere weiße Politiker gegeben zu haben als gerade in Südwest. Das jahrelange blinde Vertrauen zu abgefeimten Politikern und Falschspielern und das völlige Fehlen jeglicher Courage teilen die weißen Südwester mit den weißen Siedlern in Kenia, Nordrhodesien, Rhodesien, Angola und Südafrika.
Nur die Franzosen in Algerien und die Portugiesen in Lourenco Marques wehrten sich ihrer Haut, erlagen aber dann dem Verrat.
Wie die weißen Siedlergemeinschaften in Rhodesien und Südafrika hatten auch die Südwester mehrfach die Gelegenheit, sich mit ihrer Stimme vor dem Untergang zu retten: 1977 im Referendum, 1978 erste »Ein Mann eine Stimmen-Wahl«, 1980 Wahl zum weißen Landesrat und im März 1989 wiederum Wahl zum weißen Landesrat, daneben noch etliche Zwischenwahlen.
Bis häufig 80–90 Prozent der abgegebenen Stimmen konnten die Untergangsparteien immer wieder einheimsen. Die HNP dagegen, die verzweifelt und mit geringsten finanziellen Mitteln der weißen Bevölkerung den rettenden Ausweg zeigte, stieß immer wieder auf Ablehnung und erreichte meistens kaum 10 Prozent der Stimmen.
Als die weiße Bevölkerung im März 1989 bei der letzten Wahl zum Landesrat in großer Mehrheit die Wahl boykottierte (auf Empfehlung der Republikanischen Partei) oder die korrupte Nationale Partei wählte, war der politische Kampf verloren. Als letzte Möglichkeiten boten sich Riesen-Demonstrationen der gesamten Bevölkerung gegen die Ausführung von UNO-Resolution 435 an. Wiederum versagten sich die Politiker der Nationalen Partei, und das Schicksal nahm seinen Lauf.
Die künftige Entwicklung dieses Landes ist vorgezeichnet. Nach einer relativ erträglichen Übergangszeit, in der »Namibia« ein Modell für Südafrika darstellen soll, wird die Zeit der eigentlichen Entkolonisierung in etwa 2–3 Jahren beginnen. Sobald die politische und militätische Macht in Südafrika in die Hände des ANC übergangen ist, wird das große Rachegericht über die Weißen im südlichen Afrika kommen. Es kommt ja nicht ungefähr, daß der »Westen« ausgerechnet die schlimmsten Terroristen Mugabe, Nuyoma und Mandela an die Macht gerückt hat.

Heinz Calow, Swakopmund, Südwestafrika.

Betr.: Deutschland »Wir sind das Volk«, Nr. 2/90

Ein Volk von der Bedeutung des deutschen Volkes und in einer derart dominierenden Lage im Herzen Europas kann man nicht neutralisieren. Das hatten ja die »Siegermächte« (Juden und Allierte) schon seit dem 8. Mai 1945 mit ihren Lizenzpolitikern in der DDR und der BRD versucht. Dieser Versuch ist aber am 9. November 1989 durch den Aufstand der DDR-Deutschen gegen das Jalta-Diktat der »Siegermächte« und durch das Überrennen der Berliner-Mauer gescheitert. Davon wurden die »Siegermächte« und ihre BRD- und DDR-Lizenzpolitiker, die sich auf dem Status quo von Jalta eingerichtet hatten, total überrascht und machten daher zuerst süßsaure Gesichter zum Geschehen in Berlin und der DDR.
Heute sind sie dabei, auch dieses zu »bewältigen« im deutschfeindlichen Sinne. Und über das von ihnen favorisierte »Europa«-Konzept urteilte der neben Friedrich der Große einzige Realpolitiker Deutschlands Bismarck: »Ce qui parle Europe a tort!« Die »Siegermächte« hatten sogar 1945 versucht – Morgenthau- und Ehrenburg-Plan – das deutsche Volk total zu vernichten. Nicht aus humanitären Erwägungen, die den »Siegermächten« total fremd sind.
Bombenterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung und den Atombombenterror gegen die japanische Zivilbevölkerung ersetzten diese Vernichtungspläne. Dazu malträtierten sie Deutschland, zerstückelten es und hielten bis heute den Krieg mit Deutschland durch die »Feindstaatenklauseln der UNO-Charta« aufrecht, die ihnen jederzeit das Recht zu neuen Repressalien ermöglichen – natürlich im Namen der »UNO-Menschenrechte«.
Der Deutschenhaß und der Vernichtungswille der »Siegermächte« war – ist und bleibt – so groß, daß sie sogar die Oberherrschaft der außereuropäischen Mächte USA und UdSSR 1945 in Kauf nahmen und den Verlust ihrer Empire einschließlich Kolonien.
Und ganz gleich, wer oder welches Staatssystem in Deutschland herrschte, ob Wilhelm II., Stresemann (Freimaurer) oder Hitler, ob Monarchie, Demokratie oder Diktatur – von solchen Politikern konstruktive Politik zu erwarten, ist eine Illusion!

Helmut Golz, Köln.

Betr.: Deutschland »Die Stunde der Wahrheit«, Nr. 2/90

Der Diktator ist gestürzt, endlich, und sein Sturz verursacht ein Gedrängel bei denjenigen, die ihm noch rasch einen Eselstritt versetzen möchten.
Auf seine Komplizen wird Jagd gemacht, das heißt, auf die östlichen, und sie werden für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen.
Wer aber zieht die westlichen Mittäter der Diktatur zur Rechenschaft? Die das menschenverachtende System doch jahrzehntelang unterstützt haben: Die alles taten, um die zahlreichen Schwächen dieser allein auf Unterdrückung spezialisierten Einrichtung zu kompensieren? Die immer wieder verhinderten, daß der ganze Widersinn dieses unmenschlichen Systems sich gegen die Urheber selbst kehrte? Die der Diktatur eilfertig alle diejenigen Geschäfte abnahmen, die ihr bei der Unterdrückung der Völker vielleicht hätten hinderlich sein können?
Und das alles konnten sie aus einer gesicherten Position inmitten der freien Welt heraus tun, unter deren Schutz und mit Hilfe ihres Potentials; unter dem Deckmantel »Entspannung«, der ihnen half, ihre Komplizenschaft mit den Unterdrückern zu verbergen und jeden Widerstand aus den eigenen Reihen in Mißkredit zu bringen.
Das hat nun ein Ende, und wir sollten unverzüglich darangehen, diese jüngste Vergangenheit zu bewältigen. Die Dinge müssen schonungslos beim Namen genannt werden, und die Mitschuldigen an der kommunistischen Tyrannei ebenso.
Können wir es denn zulassen, daß sie, die zuvor ihre Karriere als Komplizen der Unterjochung begonnen hatten, sie nun als Vergangenheitsbewältiger in ihrem Sinn fortsetzen, um sich so aus der Anklagebank heraus in den Richterstuhl zu mogeln?
Sind wir es den Menschen im Osten, die so lange unter der Tyrannei zu leiden hatten und so große Opfer bringen mußten, um sich von ihr zu befreien, denn nicht schuldig, daß wir nun all diejenigen zur Verantwortung ziehen, die hier im Westen ebenfalls zu ihren Leiden beigetragen haben? Und bei dieser Vergangenheitsbewältigung sollte man den gleichen Maßstab anlegen wie bei der unaufhörlichen Bewältigung der ominösen zwölf Jahre. Da könnten wir gleich zeigen, ob wir inzwischen etwas dazugelernt haben.

Richard Helm, München.

*

Nach der Aufhebung der Grenze zwischen der BRD und der DDR besteht die Gefahr, daß unsere Terroristen in die DDR übersiedeln. Außerdem muß vermieden werden, daß bei der Schaffung einer Demokratie, einer wirklichen Volksregierung, alle Fehler unserer Demokratie wiederholt werden. Helmut Schmidt hatte mal gesagt, daß unsere Demokratie mit schweren Fehlern behaftet ist, die man nicht beheben kann.
Er hatte scheinbar gemeint, daß in unserer Demokratie die Bevölkerung auf die Regierung überhaupt keinen Einfluß hat.
Sie darf nur alle vier Jahre ihren Stimmzettel in die Wahlurne werfen, für Personen, die sie nicht kennt, die sich nach der Wahl beschimpfen und bekämpfen, sich behindern und darum keine Möglichkeit zum gemeinsamen, vernünftigen Regieren haben.
Es muß alles getan werden, um eine wirkliche, geschlossene Volksregierung zu schaffen, die gemeinsam alles zum Wohle des Volkes tut und ihren Amtseid auch wirklich hält.
Anstelle feindlicher Parteien, müssen an der Spitze des Staates, erstklassig ausgebildeten Fachkräfte gesetzt werden, zum Beispiel das Gesundheitswesen muß von erstklassigen Medizinern und die Verteidigung von fähigen Offizieren organisiert werden. Die Bevölkerung muß die Kontrolle haben, daß alles zum Wohle des Volkes geschieht und daß sie nicht getäuscht und belogen wird.
Man darf nicht wieder den Fehler machen und die Regierung in feindliche Parteien spalten.
Es ist keine leichte Aufgabe, eine solche neue, wirkliche Volksregierung zu schaffen und darum müssen entsprechende Fachkräfte sorgfältig ausgewählt werden, um bei der Organisation einer solchen Regierung alle Fehler der zur Zeit bestehenden »Demokratien« zu vermeiden.

Herbert Biemann, Fellbach.

Betr.: Deutschland »Massenflucht aus der DDR«, Nr. 12/89

Was sich seit dem 9. November 1989 im Zonenrandgebiet getan hat, wäre vor Monaten noch als Utopie oder mit den Worten des Bundeskanzlers als »Blühender Unsinn« abgetan worden. Nun ist es doch geschehen! Die Grenzen zur DDR und Ost-Berlin, Mauer und Stacheldraht, haben große Löcher erhalten. Der erste Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands ist getan! Der Volkswille triumphierte über die Spaltungspolitiker in Ost und West! Das Volk, die Deutschen in Mitteldeutschland, machen Realpolitik, und eine Fülle von »Trabis« rollt mit der ganzen Familie zum Einkauf und zu Besuchen in den Westen!
Aber machen wir uns nichts vor: der Weg zur deutschen Einheit ist noch weit. Berge von Problemen müssen noch bewältigt werden. Aber packen wir es an: Raus aus der NATO und dem Warschauer Pakt! »Neutralität ist kein Verrat!« (Günther Kießling) Helfen wir den Deutschen drüben.

Rudolf Stubert, Kulmbach.